Dienstag, 21. Mai 1985 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 116 - 21.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 85 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Brandt: Bei seinem Besuch in Moskau (26. bis 29. 5.) wird der SPD-Vorsitzende auch mit dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow zusammentreffen.

Klage: Verfassungsbeschwerde gegen das Weiterbildungsgestz haben die Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Sie wenden sich vor allem gegen die Verpflichtung, die Weiterbildung zu finanzieren.

Berlin: Während seiner Reise nach Tokio zur Konferenz von 20 Weltstädten bemüht sich der Regierende Bürgermeister Diepgen verstärkt um Wirtschaftskontakte. Er wirbt bei den Japanern für Berlin als idealen Handelsstützpunkt. (S. 12)

Parteispenden: Die Staatsanwaltschaft hat ihre Berufung gegen den Freispruch für den Textilfabrikanten Steilmann überraschend zurückgezogen. Steilmann hatte 170 000 Mark an zwei der CDU nahestehende Vereinigungen gezahlt.

Staatsbesuch: Der Präsident von Tansania, Julius Nyerere, kommt heute zu einem zweitägigen Besuch nach Bonn, wo er mit Bundespräsident von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl zusammentrifft. (S. 5)

Terroranschlag: Vier Polizisten, darunter eine Frau, sind gestern in Nordirland getötet worden, als ihr Wagen auf eine Mine fuhr. Als Täter vermutet die Polizei die Untergrundorganisation IRA.

Schweden: Beendet ist der Streik der Staatsbediensteten. Die Tarifpartner einigten sich auf eine zweiprozentige Lohnerhöhung von Dezember an. (S. 8)

Kuba: Havanna reagierte auf die Entscheidung der USA, den für die kubanische Bevölkerung bestimmten Rundfunksender „Radio Marti" in Betrieb zu nehmen, mit der Suspendierung des erst im Dezember 1984 unterzeichneten Immigrationsabkommens mit Washington.

Kandidat: Einstimmig hat der SPD-Vorstand in Bayern den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Karl Heinz Hiersemann, als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1986 vorgeschlagen.

17. Juni: In der Gedenkstunde des Parlaments zur Erinnerung an den Volksaufstand in der „DDR" vor 32 Jahren wird auf Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der frühere Bundesminister Georg Leber (SPD) sprechen. Die Sondersitzung findet am 17. Juni um 15 Uhr im Bundeshaus statt.

ZITAT DES TAGES



„Ich glaube, es gibt keinen Ort, in dem so viele Menschen über den Frieden reden, an ihn glauben, um ihn beten wie in Jerusalem"

Teddy Kollek, der diesjährige Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, über die Stadt, deren Bürgermeister er ist (S. 12) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Neueinstellungen: Mehr als 1000 Mitarbeiter will BMW von sofort an bis zum Jahresende neu einstellen. Der Anteil der Stellen, die durch die seit 1. April geltende Arbeitszeitverkürzung bedingt sind, liegt deutlich unter 500, erklärte ein Sprecher des Automobilkonzerns.

Frankreich: Beim größten Auslandskunden der Bundesrepublik Deutschland hat sich das konjunkturelle Klima wieder leicht erwärmt. Am deutlichsten zeigt sich das bei den Investitionsgütern. (S. 14)

Subventionen: Für einen jährlichen Abbau aller Finanzhilfen um jeweils zehn Prozent und zusätzliche gezielte Einzelmaßnahmen hat sich das Institut der deutschen Wirtschaft ausgesprochen. Entfallen sollten auch Mehrfach-Subventionen von Bund, Ländern und Gemeinden. (S. 13)

Börse: Neue Kaufaufträge aus dem Ausland sorgten für weiter steigende Aktienkurse. Der WELT-Aktienindex erreichte mit 186,3 (184,4) einen neuen Höchststand. Der Rentenmarkt war sehr freundlich. BHF-Rentenindex 102,443 (102,299). Performance-Index 102,407 (102,205). Dollar-Mittelkurs 3,0328 (3,0815) Mark. Goldpreis je Feinunze 323,30 (322,50) Dollar.

KULTUR

Video-Piraten: Den Raubkopierern will die Filmindustrie jetzt mit dem Einsatz von Privatdetektiven das Handwerk legen. Während die Zahl der Videogeräte in Deutschland jährlich etwa um eine Million zunimmt, ging der Umsatz mit bespielten Kassetten 1984 um ein Drittel auf 250 Millionen Mark zurück.

Eröffnung: „Türkische Kunst und Kultur aus osmanischer Zeit" heißt die Ausstellung, mit der das neue Museum für Kunsthandwerk in Frankfurt eröffnet wurde. Sie umfaßt den Zeitraum von der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen 1453 bis zur Schwelle der Neuzeit und ist bis Ende Juni zu sehen. (S. 25)

SPORT

Tennis: Bei der Mannschafts-Weltmeisterschaft der Herren steht es zwischen Deutschland und Australien 1:1. Schwaier schlug Cash 6:2, 6:3, Westphal unterlag McNamee 3:6, 3:6.

Schach: Die Neuauflage der Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Karpow und Herausforderer Kasparow wird im September in Marseille stattfinden. Sie geht über 24 Partien. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Selbstmord: Der umstrittene Bier-Professor Helmut Kieninger, der in den bayerischen Bierpanscher-Skandal verstrickt war, hat sich im Gefängnis das Leben genommen. *Die Staatsanwaltschaft* ermittelte gegen ihn wegen Verstoßes gegen das Chemikalien- und Lebensmittelgesetz.

China: Harte Bestrafung der Fußballfans, die nach der 1:2-Niederlage der Volksrepublik gegen Hongkong am Sonntag randaliert hatten, fordert die Zeitung „*Peking Daily*". (S. 2 und 26)

Wetter: Leicht bewölkt, einzelne Schauer. 22 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Genscher findet Kanzler auf gleichem SDI-Kurs

Kohl sieht „Chance und Risiko" für die Allianz / Mahnung an den Kreml

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich vor der Nordatlantischen Versammlung in Stuttgart in einer überraschenden Mischung aus Skepsis und optimistischer Erwartung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) Präsident Reagans geäußert. Vor den 200 NATO-Parlamentariern aus 15 Ländern sagte der Kanzler nach dem in Bonn verteilten Redetext: „Die Strategische Verteidigungsinitiative von Präsident Reagan bedeutet für das Nordatlantische Bündnis Chance und Risiko zugleich. Wir können heute nicht voraussagen, ob sie sich als ein Mittel alternativer Kriegsverhinderung und als ein Weg zur verminderten Abhängigkeit von den nuklearen Waffen und zu ihrer letztlichen Beseitigung erweisen wird."

Schon kurze Zeit, nachdem der Kanzler gesprochen hatte, verlautete aus der Umgebung Genschers, mit Kohls Rede werde deutlich, daß es zwischen Außenminister und Regierungschef wegen der mit SDI zusammenhängenden Probleme nicht die Differenzen gebe, von denen in jüngster Zeit soviel die Rede gewesen sei. Genscher, so hieß es weiter, vertrete bei SDI die gleiche Position, wie sie Kohl in Stuttgart umrissen habe.

Der Kanzler bekräftigte die Bedingungen, unter denen SDI aus deutscher Sicht für die NATO nur angegangen werden dürfe, und sagte, die Sicherheit Europas dürfe von der der USA nicht abgekoppelt werden, die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion müsse so lange unverändert gültig bleiben, wie keine für die Kriegsverhinderung erfolgversprechende Alternative gefunden sei, und schließlich müßten konkrete SDI-Forschungsergebnisse in kooperative Lösungen gemeinsam mit der Sowjetunion einmünden, wozu sich Präsident Reagan mehrmals bereit erklärt hat. Auch Genscher hat schon häufig auf die Bestimmungen des ABM-Vertrages aufmerksam gemacht, der zwar Forschung für eine strategische Raketenabwehr zuläßt, nicht aber die einseitige Aufstellung eines dafür geeigneten Systems.

Auch in der Beurteilung der Genfer Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion zeigte Kohls Stuttgarter Rede offensichtlich Positionen, mit denen der Außenminister voll übereinstimmt. Der Kanzler nannte alle drei Genfer Verhandlungsforen (Atomare Mittel-

● Fortsetzung Seite 12

Paris lotet Chancen aus

ms. Bonn

Während die französische Regierung in öffentlichen Erklärungen ihre Ablehnung einer Beteiligung am amerikanischen SDI-Weltraumprogramm bekundet, lotet sie intern ihre Chancen aus. Nach Informationen, die dem Bundeskanzleramt in Bonn zugegangen sind und hier mit besonderer Aufmerksamkeit registriert werden, hält sich eine offizielle Expertendelegation der französischen Regierung unter Leitung des Generals Delaye vom 20. bis zum 31. Mai zu diesem Zweck in den USA auf. Die Delegation führe „Erkundungsgespräche" in Washington und in den SDI-Forschungszentren. Auch die norwegische Regierung, die ihr Nein zu SDI erklärt hat, entsendet in der ersten Juni-Hälfte eine offizielle Delegation. Im Bundeskanzleramt hieß es, die Franzosen bewegten sich – öffentliche Erklärungen hin oder her – „in dem, was sie tun, auf der Linie der Bundesregierung in Bonn".

Seite 2: Changierend
Seite 4: Bekräftigung der Strategie

Die Deutschen sparen wieder mehr

Dollaranleihen unter den Anlagefavoriten / Interesse an Aktien rückläufig

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Nach zwei Jahren sinkender Ersparnisbildung haben die Deutschen in der Bundesrepublik 1984 wieder mehr auf die hohe Kante gelegt: 146 Milliarden Mark oder sechs Prozent mehr als im Vorjahr. Damit stieg die Sparquote von 12,5 auf 13 Prozent. Darin spiegelt sich der gewachsene Einkommensspielraum der privaten Haushalte wider, der jedoch nicht voll für zusätzliche Konsumausgaben genutzt wurde.

Noch mehr als zuvor zeigte sich 1984, wie sehr die deutschen Sparer hohe Zinsen zu schätzen wissen. Sie kauften für 26,5 Milliarden Mark festverzinsliche Wertpapiere, das waren immerhin 10,5 Milliarden Mark mehr als 1983.

Unter den Anlagefavoriten rangierten dabei öffentliche Titel und Dollaranleihen, bei denen neben Zinsvorteilen auch noch Wechselkursgewinne lockten. In Aktien wurden nur noch *0,7 Milliarden Mark* angelegt (nach 4,1 Milliarden im Vorjahr), und das trotz reger Beteiligung an neuen Emissionen.

Als weiteren Renner macht die Bundesbank die als Konkurrenz zum Bundesschatzbrief vom Kreditgewerbe entwickelten längerfristigen Sonderformen des Kontosparens aus, vor allem das „Zuwachssparen" mit steigendem Zins oder Bonus sowie Sparkassenzertifikate; sie brachten es auf 13 Milliarden Mark oder gut zwei Fünftel mehr als 1983. Weiter an Beliebtheit verloren dagegen normale Spareinlagen, die mit 20,8 Milliarden Mark um 9,8 Milliarden weniger als im Vorjahr nachgefragt wurden.

Auch Geldanlagen bei Versicherungen und Bausparkassen haben gegenüber Wertpapieren und den attraktiveren längerfristigen höherverzinslichen Anlagemöglichkeiten bei Banken merklich an Boden verloren. Bei den Versicherungen ging der Geldzugang gegenüber dem besonders hohen Vorjahresergebnis (36,2 *Milliarden Mark*) auf 35,9 Milliarden zurück, und bei den Bausparkassen, denen 1983 noch fast fünf Milliarden Spargelder zugeflossen waren, hielten sich die Zu- und Abgänge 1984 nur etwa die Waage, was die Bundesbank darauf zurückführt, daß die Zuteilungen kräftig gestiegen sind und daß die Bausparsummen bei neuen Verträgen meist relativ bescheiden waren, weil Modernisierungen gegenüber aufwendigeren Neubauvorhaben an Bedeutung gewonnen haben.

Die Geldvermögen, unter denen die Wertpapiere zu Tageskursen bewertet sind, summierten sich bei den privaten Haushalten im Jahresdurchschnitt 1984 auf fast 1950 Milliarden Mark. Darauf kassierten die Bundesbürger 90 Milliarden Mark Zinsen, die bereits acht Prozent des gesamten verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte ausmachen, verglichen mit 4,5 Prozent zu Beginn der 70er Jahre. Somit haben die Zinseinkünfte der privaten Haushalte als stabilisierendes Element der Einkommensentwicklung im Laufe der Zeit merklich an Bedeutung gewonnen.

Kohl sieht keine Klarstellung zu Schmude

Äußerungen zur Präambel des Grundgesetzes bedauert / Brandt nennt Diskussion überflüssig

PETER PHILIPPS, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat die von seinem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Jürgen Schmude eröffnete Debatte über die Präambel des Grundgesetzes als eine „unergiebige und deshalb auch überflüssige Diskussion" bezeichnet. Allerdings ist die Äußerung Brandts im Deutschlandfunk, daß es hier um einen „persönlichen Beitrag Schmudes" gehe und „die SPD überhaupt nichts davon hält, jetzt das Grundgesetz zur Diskussion zu stellen", von der Bundesregierung nicht als ausreichend für die vom Kanzler erwartete „Klarstellung" angesehen worden. Der stellvertretende Regierungssprecher Jürgen Sudhoff hat vielmehr nach einem Gespräch Schmudes mit Kanzleramtschef Schäuble bekräftigt, daß der „Bundeskanzler zutiefst bedauert", was von Schmude vorgetragen worden sei. Die SPD sei aufgefordert, bei der gemeinsamen deutschlandpolitischen Grundlage zu bleiben und diese nicht in Frage zu stellen. Auch die von Schmude am Wochenende selbst vorgenommenen, „späteren entschuldigenden oder interpretierenden Äußerungen", so Sudhoff, könnten den Bundeskanzler in seiner Meinung nicht beeinflussen.

Das Gespräch Schmudes im Kanzleramt war bereits in der vergangenen Woche verabredet worden. Im Mittelpunkt stand die Unterrichtung Schäubles über den Inhalt der Gespräche Vogels und Schmudes mit SED-Chef Honecker in Ost-Berlin. „Nur am Rande", wie es übereinstimmend hieß, hat der Kanzleramtschef den SPD-Politiker auf dessen Überlegungen angesprochen, den Inhalt der Grundgesetz-Präambel auf Aktualität zu überprüfen. Schäuble soll sein „Bedauern" geäußert und zugleich die Frage gestellt haben, wie es denn nun weitergehe in der SPD, nachdem sich auch der Vertraute des ehemaligen Kanzlers Schmidt, Bölling, ähnlich wie Schmude erneut zu Wort gemeldet habe. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Seiters, kündigte jedenfalls an, daß die Union diesen Vorgang und „andere Aspekte der SPD-Politik" im Bundestag zur Sprache bringen werde, etwa im Rahmen einer Aktuellen Stunde.

Brandt, der sein Unbehagen über Schmudes Vorstoß gestern nicht verbarg, versuchte – ähnlich wie bei Apels Mißgriff im Berliner Wahlkampf, daß die deutsche Frage „nicht mehr offen" sei – durch semantische Hilfen Entlastung zu schaffen: „Es ist ganz und gar illusionär, einerseits die Wiedervereinigung zu predigen und andererseits zu meinen, es könne alles so bleiben mit der militärischen Teilung Europas und dessen, was man Deutschland nennt. Das eine schließt das andere aus." Auch der Begriff der Wieder-Vereinigung sei nicht mehr der richtige. In diesem Sinne seien Schmudes Gedanken zu verstehen.

Bonn denkt an Stärkung der Investitionen

Entscheidungen sollen zusammen mit dem Etat '86 getroffen werden / Reaktion auf NRW-Wahl

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Zum erstenmal hat jetzt Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg Überlegungen für neue beschäftigungspolitische Maßnahmen der Bundesregierung bestätigt. Konkrete Pläne existierten jedoch noch nicht.

„Richtig ist, daß Regierung und Koalitionsparteien gemeinsam Überlegungen anstellen, wie auf der Grundlage des erfolgreichen stabilitätspolitischen Kurses der Bundesregierung die privaten und öffentlichen Investitionen weiter gestärkt werden können", heißt es in der Pressemitteilung des Finanzministeriums. Entscheidungen würden zusammem mit dem Bundeshaushalt 1986 getroffen werden, dessen Entwurf der Minister Ende Juni im Kabinett vorlegen wird.

Ausgelöst wurde die jetzige Diskussion durch den Ausgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl. Das schlechte Abschneiden der CDU wurde dabei unter anderem damit begründet, daß die wirtschaftliche Erholung noch nicht auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen habe.

Auch Bundeskanzler Kohl hatte investitionsfördernde Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit ins Spiel gebracht. Unter Konjunkturexperten hat die Diskussion überrascht, da der wirtschaftliche Verlauf den bisherigen Prognosen entspricht.

Die Überlegungen in den Regierungsparteien setzten bei der Bauwirtschaft an, die sich in einer Krise befindet. Um die Bauinvestitionen der Unternehmen anzukurbeln, wurde die Verkürzung der Abschreibungsfristen auf Gebäude ins Gespräch gebracht. Die Spekulationen wurden auch dadurch genährt, daß sich gestern Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann und der Staatssekretär im Finanzministerium, Hans Tietmeyer, zu „Routinesitzungen" bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufhielten. Es werde überlegt, heißt es, daß diese Institution ihre Programme für den Umweltschutz und die Dorferneuerung erweitert, um die Investitionen der Gemeinden zu steigern. Zum Wochenende hatte die Kreditanstalt ihre Kreditzinsen um 0,25 Prozent gesenkt.

Im Arbeitsministerium knüpfen die Überlegungen beim Arbeitsförderungsgesetz an, obwohl über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gegenwärtig 80 000 Arbeitsplätze bereitgestellt werden, ein neuer Höchststand. Überdies sei das Beschäftigungsförderungsgesetz erst seit dem 1. Mai in Kraft.

Von seiten der Wirtschaft ist in Gesprächen eine vorgezogene Verbesserung bei den Unternehmensteuern vorgeschlagen worden. Der Bundestag wird am Freitag die zweistufige Steuerreform beschließen.

DER KOMMENTAR

Der Sparer als König

CLAUS DERTINGER

Die Deutschen sparen wieder mehr. Sie tun es nicht nur, weil ihre Einkommen etwas gestiegen sind, was zum Teil auch damit zusammenhängt, daß die Arbeitslosigkeit 1984 nicht weiter zugenommen hat, sondern auch, weil sie die während des Arbeitskampfes angegriffenen Reserven wieder auffüllen. Die Zurückhaltung beim Kauf neuer Autos, ausgelöst durch die Katalysatordiskussion, spielt ebenfalls eine Rolle. Man kann also den Bundesbürgern nicht nachsagen, sie seien zu ausgesprochenen Konsummuffeln geworden.

Die privaten Haushalte haben auch 1984 wieder den Löwenanteil der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis erbracht. Ihr Anteil war mit 65,4 Prozent zwar nicht mehr so hoch wie im Vorjahr (69,4 Prozent) und bei weitem niedriger als 1981/82, als er auf 90 Prozent hochgeschnellt war. Aber das ist nicht etwa beklagenswert, sondern Ausdruck der Normalisierung. Diese Entwicklung signalisiert, daß die Wirtschaft nach Überwindung der Rezession wieder mehr spart und daß der Staat dank der Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung weniger von den Ersparnissen der übrigen Bereiche auffrißt.

Nicht weiter überraschend ist es, daß sich die Sparer weiterhin auf jene Geldanlagen stürzen, die hohe Zinsen bringen, und das sind vor allem festverzinsliche Papiere. Das zwingt die Banken und Sparkassen, auch einige Produkte mit einigermaßen konkurrenzfähigen Zinsen anzubieten, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, daß die Bürger an ihnen „vorbeisparen".

Auf diesem Feld spielt sich schon seit einiger Zeit der eigentliche Wettbewerb im Kreditgewerbe ab. Und wenn nicht alles täuscht, wird die Konkurrenz künftig noch härter toben. Denn alle Gruppen des Gewerbes sind auf die privaten Kunden als wichtigste Geldlieferanten für das Kreditgeschäft angewiesen, um die sich auch die Assekuranz bemüht. Als Sparer ist der Kunde König. Und sollte seine Bank oder Sparkasse ihn das nicht fühlen lassen, so möge er sich ruhig einmal bei der Konkurrenz umschauen.

Proteste gegen Todesschüsse an der Mauer

F. D./DW. Bonn

Als „unmenschlichen Akt der Gewalt" hat die Bundesregierung gestern die Schüsse von „DDR"-Grenzsoldaten an der Berliner Mauer gebrandmarkt, die in der Nacht zu gestern wahrscheinlich einen Flüchtenden getötet haben. Diese Verletzung des Menschenrechts auf Leib und Leben stehe in krassem Widerspruch zu den humanitären Prinzipien, denen sich alle Staaten verschrieben hätten und sei unvereinbar mit dem Ziel gutnachbarlicher Beziehungen, sagte Regierungssprecher Sudhoff.

Der britische Stadtkommandant verurteilte gestern auch im Namen seines amerikanischen und französischen Kollegen den „erneuten brutalen Schußwaffengebrauch" und forderte die Verantwortlichen in Ost-Berlin auf, diese „unmenschliche Praxis und die Verletzung der Menschenrechte zu beenden".

Der Berliner Senat schloß sich diesem Protest an und wies darauf hin, eine derart menschenverachtende Anwendung von Waffengewalt schade dem Entspannungsprozeß.

Britische Armeeangehörige und Berliner Polizei waren gegen drei Uhr früh von Spandauer Anwohnern alarmiert worden, die auf „DDR"-Gebiet nahe der Mauer mehrere Feuerstöße gehört hatten. Sie konnten beobachten, wie „DDR"-Grenzsoldaten eine leblos daliegende Person mit einer Plane abdeckten und abtransportierten. Ein Senatssprecher sagte, man müsse davon ausgehen, „daß der Flüchtling tödlich getroffen wurde".

EG-Kommissar greift Politik Reagans an

v. K. Paris

Äußerst kritische Worte des EG-Kommissars für die Mittelmeergebiete und früheren französischen Außenminister Claude Cheysson zur amerikanischen Mittelamerikapolitik in einem Interview mit Radio Luxemburg finden in Pariser Regierungskreisen Zustimmung, auch wenn Cheyssons Thesen als nicht mehr verbindlich für die französische Politik bezeichnet werden. Cheysson hatte das US-Embargo gegen Nicaragua scharf verurteilt, die Politik Reagans in Südamerika als eine „wirtschaftliche Abschnürung unliebsamer lateinamerikanischer Staaten" bezeichnet und den Vorwurf erhoben, Reagan lasse sich von „imperialistischen Vorstellungen" leiten. Seine früheren Mitarbeiter im Quai d'Orsay verweisen auf die Position der EG nach der Konferenz von Puerto Rico im Februar, die ähnliche Sorgen zum Ausdruck gebracht habe.

Cheysson hatte im Zusammenhang mit der geplanten amerikanischen Weltraumstrategie Verständnis für die „Zweifel" der Deutschen an einer Allianz aufgebracht, die einen Krieg vielleicht nicht mehr ganz ausschließe. „Gottlob sind die politischen Verantwortlichen der Bundesrepublik fest im Lager Europa und der NATO", sagte der frühere Minister. Cheysson kritisierte die massive Subventionierung der US-Regierung für privatindustrielle Rüstungsbetriebe bei ihren SDI-Plänen, die das freie Spiel der Konkurrenz in der Spitzentechnologie verfälsche. Schon deshalb müßten die Europäer ihre ganze Kraft auf die Förderung eigener technologischer Kapazitäten verwenden.

In Moskau wird Gandhi mit Gorbatschow konferieren

Ausgedehnte Auslandsreise trotz innerer Unruhen

DW. Neu-Delhi

Moskau ist heute die erste Station einer ausgedehnten Auslandsreise des *indischen Ministerpräsidenten* Rajiv Gandhi. Gandhi, der sich sechs Tage in der Sowjetunion aufhalten will und von dort aus weiter nach Frankreich, in die USA, nach Algerien, Ägypten und in die Schweiz reisen will, wird in Moskau mindestens zwei Mal mit Parteichef Michail Gorbatschow zusammentreffen.

In einem gestern von der indischen Nachrichtenagentur PTI veröffentlichten Interview wertete Gorbatschow den bevorstehenden Besuch als „großes Ereignis". Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß Gandhi die von seinem Großvater Nehru begründete Tradition der Beziehungen zur Sowjetunion fortführen werde. Politische Beobachter sehen in der Reise Gandhis in die Sowjetunion eine „Goodwill-Tour", die der führende blockfreie Staat Indien gegenüber Moskau anstrebt.

Gandhi tritt seine Reise zu einem politisch brisanten Zeitpunkt an. Kasten-Unruhen und religiöse Konflikte destabilisieren die indische Politik. Im Zusammenhang mit seiner Auslandsreise wurden Attentatspläne indischer Extremisten auf den Regierungschef bekannt.

In Moskau will Gandhi vor allem über Wirtschafts- und Rüstungsfragen sprechen. Beim jüngsten Treffen des indisch-sowjetischen Ausschusses hatte die sowjetische Seite Indien angeboten, zwei große Kernkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 1500 Megawatt zu bauen.

Als Rüstungslieferant bleibt Moskau für Indien weiterhin von großer Bedeutung, obwohl Gandhi darüber auch mit den USA und westeuropäischen Ländern in Kontakt getreten ist. Indien ist seinerseits als Produzent hochwertiger Raketen, Radaranlagen und elektronischer Ausrüstung gefragt. Als Vorgespräche des indisch-sowjetischen Rüstungsgeschäfts werden die intensiven Erörterungen des indischen Verteidigungsministers Rao im April in Moskau und des sowjetischen Marschall Jefimow in der vergangenen Woche in Indien verstanden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Changierend

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Präsident Reagans SDI-Initiative verwandelt einige Europäer in Chamäleons. Ein solches Tierchen zeichnet sich durch drei Fähigkeiten aus: Es hat eine lange, vorschnellbare Zunge; in Erregungszuständen wechselt es die Farbe; es kann mit seinen beiden vorstehenden Augen in verschiedene Richtungen gucken.

Nehmen wir Frankreich. Mit vorschneller Zunge lehnt unser sympathischer Nachbar SDI rundweg ab. In Wirklichkeit versetzt das Projekt Frankreich in einen solchen Erregungszustand, daß es in Tarnfarbe bei den Amerikanern antichambriert. Unser Freund blickt mit dem einen Auge politisch abweisend, während er mit dem anderen Auge lüstern nach den technologischen Chancen Ausschau hält.

Wie Frankreich, so Norwegen. Und wir? Unser Kanzler mit changierenden Farben? Helmut Kohl muß aufpassen, daß ihm das nicht angehängt wird. Seit seiner Rede vor der Münchner Wehrkundetagung sollte eigentlich klar sein, was der Kanzler für richtig hält. Aber es haben sich Zweifel eingeschlichen. Zuerst nach der Rede, die Kohl auf dem CDU-Parteitag hielt. Und jetzt wieder nach Kohls Stuttgarter Rede. Oder handelt es sich nur um einen falschen Eindruck, den der gewiefte Taktiker Genscher vorzugaukeln versteht?

Genscher ließ verbreiten, nach den Ausführungen Kohls vor den NATO-Parlamentariern gebe es an dem nahtlosen Schulterschluß des Kanzlers mit dem Außenminister keinen Zweifel mehr. Da alle Welt die Skepsis Genschers gegenüber SDI kennt, wird Kohl auf solche Art dem Verdacht ausgesetzt, an seinen eigenen Münchner Aussagen irre geworden zu sein. Und schon sind die allezeit behenden Innenpolitiker dabei, zu schlußfolgern, der Kanzler habe in der ihm eigenen Bockigkeit aus dem Wahlergebnis von Nordrhein-Westfalen die Konsequenz gezogen, nun erst recht mit der FDP auf Gedeih und Verderb zusammenzugehen.

Das hier beschriebene interessante Tier verfügt auch über einen Wickelschwanz. Wenn der Kanzler es nicht schafft, zweifelsfrei Klarheit zu schaffen, was seine Regierung mit SDI im Sinn hat, werden ihn andere Europäer mit der genannten Extremität einwickeln, während er selbst in den Ruf kommt, unbeständig wie ein Chamäleon zu sein.

Wo sind die anderen?

Von Peter M. Ranke

Unsere Sicherheitsbehörden täten gut daran, sich von den Israelis die Namenslisten der ausgetauschten Gefangenen geben zu lassen. Drei israelische Soldaten, die im September 1982 bei Bhamdoun östlich von Beirut in einen Hinterhalt gerieten, werden in den nächsten Tagen in Genf gegen 1187 Palästinenser und Libanesen ausgetauscht.

Fast zweihundert von diesen gehören zur Terror-Organisation „Generalkommando" von Achmed Jebril. Sie werden von Genf nach Libyen geflogen, denn Jebril, der sein Quartier in Damaskus hat, arbeitet mit Libyen und Syrien zusammen. Unter den jetzt Freigelassenen befinden sich berufsmäßige, in Israel verurteilte Killer. Sie könnten bald auch in Bonn auftauchen und Jagd auf Khadhafi-Gegner machen.

Bei den meisten anderen dürfte es sich um Insassen des früheren Internierungslagers Ansar handeln, die nun in Libanon, in den besetzten Gebieten oder gar in Israel selbst bleiben dürfen. Jerusalem mußte aber auch einwilligen, bereits verurteilte Terroristen laufen zu lassen. Der Preis für die drei israelischen Soldaten ist also hoch. Es sind angeblich die letzten in Gefangenschaft; ein drusischer Sergeant wird noch vermißt.

Der Gefangenenaustausch kam erst in Gang, nachdem Bruno Kreisky die Quote 350 Araber für einen Israeli vorgeschlagen hatte. Jebril feilschte dann noch um einige mehr. Die Freilassungsaktion hat gezeigt, daß seine Terrorgruppe „Generalkommando" nicht nur gegen die Arafat-PLO kämpft, sondern auch Hausrecht in Libyen und Syrien besitzt. Da nicht nur die drei israelischen Soldaten in Ostlibanon oder in Syrien festgehalten wurden, sondern auch aus Beirut entführte Amerikaner und Franzosen, müssen die Syrer auch über die Verstecke der schiitischen Terrorgruppe „Islamischer Heiliger Krieg" bestens informiert sein.

Die Behauptung der Syrer, sie wüßten nichts und könnten für die Freilassung der seit Monaten gefangenen vier Amerikaner und zwei Franzosen nichts unternehmen, ist nicht wahr. Ihr „Mitkämpfer" Achmed Jebril, der mit syrischer Hilfe drei Israelis seit fast drei Jahren gefangen hielt, beweist das Gegenteil. Damaskus schuldet Auskunft.

Tränen in Peking

Von Leonid Hoerschelmann

Daß nun auch in Peking ein verlorenes Fußball-Länderspiel zu Tumult, zu wilden Ausschreitungen Jugendlicher, zu umgestürzten Autos und eingeschlagenen Fensterscheiben geführt hat, enthält – die aus moralischen Gründen natürlich gebotene Entrüstung aller Wohlmeinenden einmal beiseitegelassen – aus mehreren Gründen auch ein wenig Trost.

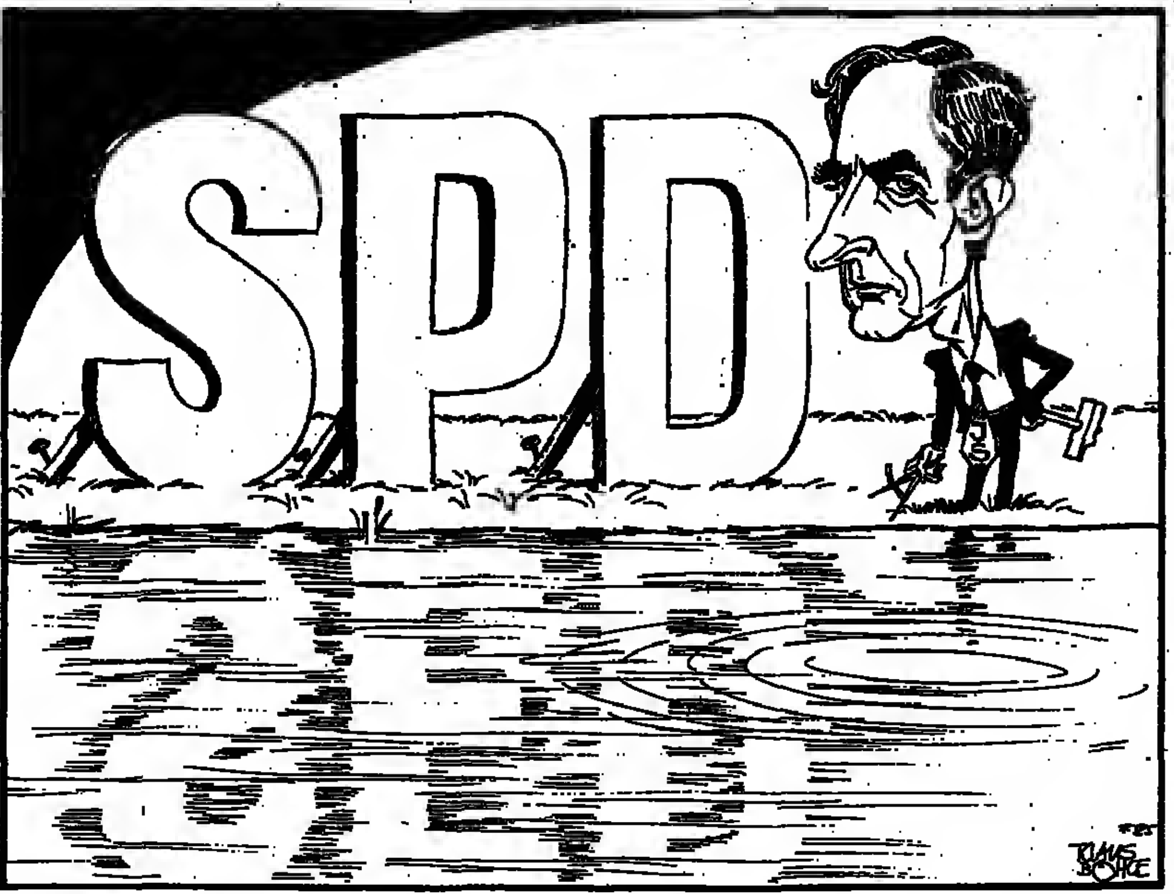
Da ist einmal das Faktum: Der Zwerg Hongkong blamiert den Riesen Rotchina und vermasselt ihm die Teilnahme an der Fußball-Weltmeisterschaft.

Da ist zum anderen das korrigierte Vorurteil. Viele Zuschauer an seiner Seite, berichtet ein rotchinesischer Reporter, seien ob dieser Fußball-Schmach in Tränen ausgebrochen. Und das sollen die ewig lächelnden, weise sich bescheidenden, ins Unvermeidliche sich fügenden Jünger des Konfuzius (oder des Mao) sein?

Schließlich ist da die beruhigende Erkenntnis, daß vieles von dem, was wir unter dem Bannspruch unserer hochbezahlten Kulturpessimisten als selbstverschuldete, zum Tode führende Krankheit der westlichen Zivilisation zu bereuen uns gewöhnt haben, wohl doch auch andere Ursachen und Hintergründe hat.

Es seien die schlimmsten Ausschreitungen gewesen, die Peking seit der Kulturrevolution erlebt habe, berichten die Zeitungen. Und was haben uns unsere fixen Zeit- und Gesellschaftskritiker stets eigebleut? Die Fußball-Rowdies seien nur das Produkt einer von Wirtschaftskrisen, Massenarbeitslosigkeit und faschistischer Gewaltverherrlichung geschüttelten Gesellschaft, die sich in kapitalistischer Gier und hemmungsloser Kommerzialisierung sogar den Sport für ihre menschheitszerstörenden Machenschaften zunutze macht.

Nun stehen sie wieder am Anfang, die rotchinesischen Fußballfunktionäre und unsere blaßrot lackierten Zeitkritiker. Die nächste Fußball-Weltmeisterschaft ist erst wieder vier Jahre danach. Wetten, daß die Kapitalismusverdammer nicht so lange brauchen, bis sie wieder etwas Neues gefunden haben?



Stille Wasser KLAUS BÖHLE

Wie man Siege verspielt

Von Enno v. Loewenstern

Manchmal fällt tatsächlich Manna in der Wüste. Dann kommt es nur noch darauf an, daß der Wanderer es merkt und die Himmelsgabe verwertet.

Am Abend seiner bittersten Niederlage seit Antritt der Kanzlerschaft machte Kohl im Fernsehen eine Randbemerkung über den „primitiven Antiamerikanismus" der SPD. Hätte Brandt den Vorhalt gelassen überspielt und nicht zu schreien angefangen, dann wäre der Union wohl erst recht nicht bewußt geworden, was ihr bis jetzt noch nicht ganz bewußt geworden ist: daß Kohl hier, völlig unkalkuliert, zum Nerv durchgestoßen ist.

Hätte es eines weiteren Beweises bedurft, so hätte ihn Glotz mit seinem Versuch einer „Dokumentation" gegen Geißler nachgeliefert, in der alles mögliche drinstand vom Kommunikationsforscher Hundhausen bis zum Jesuiten Busenbaum, nur nichts über Geißler – außer der Versicherung, die der Betroffene sich vermutlich eingerahmt hat: „Geißler ist inhaltlich ein Christlich-Sozialer: und deshalb ein Demokrat. Und es wäre auch falsch, seine Methode als ‚nazistisch' zu charakterisieren."

Na also. Was soll's? Es beweist zweierlei. Erstens, daß die SPD sich noch nicht so recht an Kohl selbst herantraut, was für diesen ja doch ganz interessant ist. Zweitens, daß die SPD – ja, dieselbe SPD, die sich mit „die Sozis kommen wieder" feiern läßt – schon wieder in der Defensive ist, wenn nicht geradezu auf der Flucht.

Als hätte sie sich nicht genug bloßgestellt, stieß Schmude nach mit einer Absage an Wiedervereinigung und Menschenrechte, um sich dann wieder zu korrigieren. Jammervoller kann eine Partei ihren geistigen Zustand nicht illustrieren. Es sei denn, man zählte den unglücklichen Hans-Jochen Vogel dazu mit seinen Klagen über den von Reagan ausgeladenen Willy Brandt. Wer diesen Vorgang analysiert, wird darauf gestoßen, daß es um mehr geht als um die Eitelkeit eines Preisträgers vor der Tür.

Wenn der Präsident der Vereinigten Staaten eine Woche lang im Land ist und den Chef der Opposition pointiert nicht empfängt, dann handelt er so nicht aus Zeitdruck oder Unlust, sondern aus der Einschätzung, daß das Verhältnis der SPD zu den von diesem Präsidenten geführten USA völlig zerrüttet ist. Und daß eben dieser primitive Antiamerikanismus, der es mit systematischen Verdächtigungen der USA und schließlich mit dem Ruf des „Enkels" nach einem Austritt aus dem Bündnis zerrüttet hat, durch kein noch so freundliches Gespräch mit dem Großvater überwunden werden kann – daß eine Beziehung zur SPD für Washington schlicht keinen Sinn mehr hat.

Was würde das für Deutschland und den freien Westen bedeuten, wenn diese SPD, die von den Amerikanern in ihrem jetzigen Zustand offenbar als hoffnungslos aufgegeben wurde, wieder in Bonn an die Macht käme?

Was würde es für die SPD bedeuten, wenn die Union diese Frage endlich mit Nachdruck zu stellen begänne? Wenn sie zudem das Zerreden von Freiheit und Menschenrechten für unsere Landsleute im Osten durch die SPD zur Sprache brächte, nicht nur in seiner moralischen Dimension, sondern auch in seiner politischen Dimension? – die mit der anderen nur zu eng verknüpft ist, denn ein Volk, das Freiheit und Selbstbestimmung (!) als politisches Ziel preisgäbe, gäbe dem Unterdrücker recht und begäbe sich selbst in die moralische Defensive, die es nicht in Freiheit überleben könnte.

Daher die Aufregung bei Brandt und Glotz. Zunächst allerdings brauchen sie sich nicht zu sorgen. Die Union ist viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, als daß sie alle diese Probleme in ihrer Dimension



Die noch nicht verwerteten Eigentore der SPD: Geißler FOTO: FERDI HARTUNG

erfaßte. Sie ist vollauf damit ausgelastet, die falschen Antworten zu suchen, um den unbequemen richtigen auszuweichen. Hat man am Ende wirklich in Nordrhein-Westfalen verloren, weil man – wie heißt das so süffig? – darauf hinarbeitet, einen geordneten Staat einer linken Regierung zu übergeben?

Es lag nicht und es liegt nicht mehr am armen Schrecki, wenn die Bundesregierung sich nicht darzustellen vermag. Es liegt am Kanzler. Das Geschwätz vor Bitburg hätte er mit wenigen klaren Worten zerfetzen können. Das neuerliche Geschwätz über SDI wirkt genauso tödlich. Natürlich kann kein Mensch heute präzise vorrechnen, was SDI alles bringt, daher auch der Begriff „Forschung". Aber die ungeheure Chance müßte der Bundeskanzler artikulieren können, wenigstens so klar wie auf der Münchner Wehrkundetagung im Februar. Und er müßte in dieser wie in vielen anderen Fragen dazwischenfahren, ehe die lieben Kabinetts- und Koalitionskollegen sie ihm zerreden. Er braucht auf Genschers Selbstdarstellungskünste keine Rücksicht zu nehmen; die FDP hat keine andere Möglichkeit als das Bündnis mit der Union. Was er braucht, ist der Eindruck von Stärke seiner Person und seiner Partei; was für Ergebnisse eine unsichere Haltung einfährt, hat er gesehen.

Man hat in Nordrhein-Westfalen und vorher im Saarland verloren, weil man durch die Aufstellung von Kandidaten wie Zeyer und Worms signalisierte, daß man im Grunde gar nicht gewinnen wollte. Man hat in Berlin nur halb gewonnen, weil man den Wahlkampf mit halber Kraft führte. Wenn diese Regierung Unsicherheit zeigt und dies durch Wählergruppenstimmenkauf und durch Konzessionen an die Antiamerika-Stimmungmache etwa in der SDI-Frage beweist, wird sie verlieren. Wenn sie hingegen 1987 den Wählern einen geordneten Staat präsentieren kann – was zweierlei voraussetzt: erstens, daß der Staat geordnet wird, und zweitens, daß man ihn zu präsentieren versteht –, dann wird sie mit absoluter Sicherheit triumphal gewinnen. Und wenn sie sich nicht bald entscheidet, wird ihr die Entscheidung aus der Hand genommen.

IM GESPRÄCH H. Schiedermair

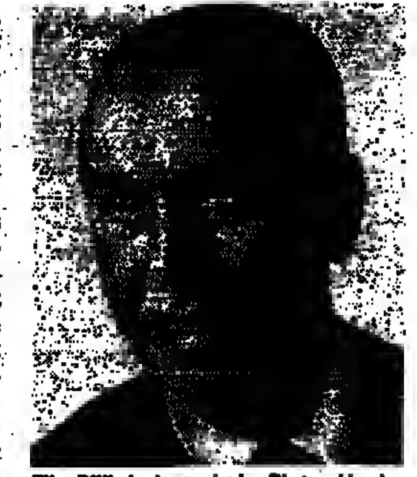
Witz und tiefere Bedeutung

Von Peter Philipps

Der erste Eindruck, den man auch später nicht revidieren muß, ist weit entfernt von allen Zerrbildern des „typisch" deutschen, unnahbaren und zerstreuten Professors. Hartmut Schiedermair bevorzugt als Präsident des Hochschulverbandes und damit als erster Interessenvertreter der Universitäts-Professoren vielmehr das deutliche Wort, verbunden mit brillant-hintergündigem Witz. Der Hochschulverbandstag in Osnabrück hat ihn wieder einmal in dieser Rolle funkeln lassen. Dabei ist das Wort dieser Organisation wieder gewichtiger geworden – aber auch stärker eingebunden – im Konzert der Hochschulpolitik, seitdem nicht mehr George Turner an der Spitze der Westdeutschen Rektorenkonferenz steht, mit dem Schiedermair eine gegenseitige innige Ablehnung verbindet, sondern das Verbandsmitglied Theodor Berchem.

Von Hause aus ist der Kölner Ordinarius Schiedermair, der zuvor lange Jahre in Saarbrücken lehrte und forschte, Professor für Öffentliches und Völkerrecht sowie Rechtsphilosophie, und als Jurist in präzise beschreibenden Formulierungen geübt. Geschwafel ist ihm ein Greuel. Nur so konnten auch Sätze wie diese entstehen: Es geht uns „bei der Verteidigung der wissenschaftlichen Lehre nicht um den Lehrer, der um sein Schulhaus bangt. Vielmehr halten wir an der wissenschaftlichen Lehre fest, weil dies ein zwingendes Gebot jener oft beschworenen Einheit von Forschung und Lehre ist, die eben Lehre ohne Forschung nicht zuläßt." Punktum.

Natürlich kann ein solcher Mann nicht bequem sein, auch nicht immer für seine Freunde. Aber als gutem Juristen geht ihm die Sache vor. Und da scheut sich der 49jährige auch nicht, aus dem in Mode gekommenen Gefangenenchor vieler seiner Standeskollegen über die eigene Frustration in den Massenuniversitäten auszubrechen und offen zu bekennen,



Für Billigheimer kein Platz: Hochschulverbandspräsident Schiedermair FOTO: BORCHERT

wieviel Spaß ihm sein Dasein als Professor gerade auch in der Zusammenarbeit mit Studenten macht. Und der Repräsentant von 11 500 Verbands-Mitgliedern vergißt auch bei allen Klagen über die von reformeuphorischen Gesetzgebern in allen Bundesländern zu verantwortenden Mängel nicht die Mahnung an die eigene Adresse: „Die Universitäten werden in Zukunft noch mehr als bisher gefordert sein, ihrem Auftrag durch Qualität und Leistung zu genügen."

Für Billigheimer, so das Credo Schiedermairs, darf weder in den Reihen der Studenten noch unter den Professoren Platz sein. Und dazu gehört als Ergänzung auch seine Forderung nach Umkehr, die nahtlos an die von Berchem initiierte Fragestellung der letzten WRK-Jahrestagung anschließt: „Weg vom Spezialisten", was heißt: vom Überspezialisierten. Nachdem sich die „Nebenfächer wie an den Schulen emanzipiert" haben (Schiedermair) und die Fakultäten atomisiert sind, ist eine Re-Reform geboten, deren Vorbild in vielerlei Hinsicht die alten Fakultäten und der „Generalist" sein müssen: der Professor, der sein Fach als ganzes kennt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Schmudes Vorschläge beschäftigen viele Zeitungen:

Frankfurter Allgemeine

Es geht jetzt um das Bonner Grundgesetz selber. Die SED in der DDR wäre durchaus imstande, den Deutschen in der Bundesrepublik ein neues zu diktieren. Da Schmude ihr bereits mit der Erfüllung von drei ihrer Geraer Forderungen gewinkt hat – direkt oder im Wege von Interpretationskunststücken –, hat die Ostberliner Führung jetzt anscheinend eine Änderung der Grundgesetz-Präambel auf die Tagesordnung gesetzt.

General-Anzeiger

Er sollte wissen, daß man mit einer Verfassung, und zumal mit der besten Verfassung, die die Deutschen je besaßen, nicht leichtfertig umgeht. **(Bonn)**

RHEINPFALZ

Schmudes Exkursion in die komplizierte deutsch-deutsche Nachkriegslandschaft ist nämlich kein Ausrutscher, sondern die präparierte Beschreibung eines Denkmodells, das sich in der SPD – von Lafontaine bis Eppler und andere ewige Jungsozialisten – auf tragende Pfeiler stützen kann. **(Ludwigshafen)**

Schwäbische Zeitung

Ebenso fahrlässig, wie Schmude auf Vertragsbestimmungen und Grundgesetzgebote zu verzichten bereit ist, geht er mit den Menschenrechten um. Er will sie von der westlichen Politik trennen, weil sie durch diese Verbindung unglaubwürdig würden – und zwar in den Gesprächen mit Ostblockregierungen. **(Leutkirch)**



OSNABRÜCKER ZEITUNG

Die Tatsache, daß Schmude seinen forschen Vorstoß bereits nach 24 Stunden abbrach, zeigt die ganze Fragwürdigkeit seines Unternehmens.

NORDBAYERISCHER KURIER

Wer den Anspruch der Deutschen auf Wiedervereinigung auch nur in Frage zu stellen versucht, indem er absurde Überlegungen darüber anstellt, dem muß sofort auf die Finger geklopft werden. **(Bayreuth)**

WESTFALENPOST

Ist doch etwas faul an der SPD? Ein Lafontaine, der den Austritt aus der NATO verlangt, die vielen antiamerikanischen Stimmen, die Willfährigkeiten von Vogel und Bahr gegenüber den sowjetischen Göttern und nun der Totalverzicht auf die von Kurt Schumacher erkämpfte Grundgesetzklausel für ein wiedervereinigtes Volk – das ist zuviel, um der SPD die jeweils nachgelieferte Verharmlosung solcher Anpassungen an sowjetische Wunschträume abzunehmen. **(Hagen)**

Nicaragua – isoliert zwischen Ländern der Hoffnung

Der Weg eines Landes, dem alle Chancen geboten wurden / Von Werner Thomas

Die „New York Times", die meist ein düsteres Bild von diesem Lande gezeichnet hatte, verkündete per Schlagzeile auf Seite eins: „Optimismus kehrt nach El Salvador zurück". In Guatemala werden die Militärs bald die Macht abtreten. Zwei Vertreter der politischen Mitte liegen vorn in der Bewertung der Chancen, im Oktober die ersten fairen Wahlen seit langer Zeit zu gewinnen. Das demokratische Musterland Costa Rica verzeichnete 1984 die höchste wirtschaftliche Wachstumsrate Lateinamerikas: 6,6 Prozent. In Honduras tobt zwar ein erbitterter Verfassungsstreit zwischen dem Präsidenten und einem Parteirivalen, aber die Bevölkerung reagiert gelassen, denn die Streitkräfte stützen die Regierung. Anfang nächsten Jahres finden wieder Wahlen statt. Daß niemand den Sieger schon im voraus benennen kann, zeugt für die junge Demokratie.

In einem Land der Region aber sieht es frappierend anders aus: Von Nicaragua hört man nichts als Krisen, Klagen, Konfrontation. Die Wirtschaft befindet sich in einem „höllischen" Zustand (Präsident Ortega). Militärfahrzeuge und Uniformträger dominieren das Straßenbild. Die Presse verbreitet Panikstimmung. Eine dreiwöchige Reise durch die Region vermittelt den Eindruck: Mittelamerika ist seit der Machtübernahme der sandinistischen Comandantes im Juli 1979 der Krisenschauplatz der Region und der Weltpolitik, und dabei bleibt es.

Früher sorgte sich kaum jemand um die sozialen Probleme dieses Gebietes oder die Exzesse der Somoza-Diktatur. Auch nicht Willy Brandt. Im August 1969 ließ sich der damalige Außenminister der großen Koalition von Somozas Bonn-Botschafter Jaime Somarriba Salazar mit dem Ruben-Dario-Orden ehren.

Heute tritt er für ein sandinistisches Nicaragua ein, dessen Sprechchöre bei den Feiern des ersten Jahrestages der Revolution im Juli 1980 skandierten: „Wenn Nicaragua gesiegt hat, wird El Salvador siegen". Fidel Castro war anwesend. Maurice Bishop, der marxistische Führer Grenadas, der drei Jahre später von radikaleren Rivalen ermordet wurde, nannte unter dem Applaus der Menge einen revolutionären Fahrplan: „Im nächsten Jahr El Salvador, im übernächsten Jahr Guatemala, dann ganz Mittelamerika." Noch heute werden mittelamerikanische Guerrilleros in Nicaragua militärisch gedrillt. Wie der „Miami Herald" vor wenigen Wochen berichtete, überwacht der frühere kubanische Angola-General Arnaldo Ochoa dieses Ausbildungsprogramm. Das sandinistische Parteiorgan „Barricada" bestätigte Anfang Mai zum ersten Mal seinen Einsatz in Nicaragua.

Nicaragua ist das einzige „revolutionäre" Land der Region geblieben. Den anderen blieb dies Schicksal erspart dank der militärischen und wirtschaftlichen Hilfe der Reagan-Regierung, oft gegen den Widerstand der Opposition auf dem Kapitolshügel durchgesetzt. Aber das ist nicht der einzige Grund. Die Marxisten haben ihre Rechnung ohne das Volk gemacht. Arturo Rivera y Damas, der salvadorianische Erzbischof, bezeichnet die Comandantes als „Führer ohne Volk". Heute betreibt die Guerrilla in El Salvador wieder, was sie seit Anbeginn machte: Ermordung von Bauern, Sprengung von Kraftwerken und Leitungen und ähnliche „revolutionäre Handlungen", die den angeblich wahren Volkswillen verkörpern.

Der Christdemokrat José Napoleon Duarte hat in El Salvador Demokratie und Wirtschaft systematisch wiederaufgebaut. Dieselbe Möglichkeit hätte Nicaragua gehabt. Die Comandantes hatten dem damaligen US-Präsidenten Carter ein demokratisches Nicaragua versprochen, woraufhin dieser Somoza seine Unterstützung entzog. Somozas Armee brach zusammen. Die Comandantes konnten triumphal in Managua einmarschieren.

Die USA und deren Verbündete gaben ihnen enorme Summen an Unterstützung, bis sie schließlich den Charakter des Regimes erkannten: Das Geld wurde nicht zum Aufbau der Wirtschaft, sondern zum Ankauf von Waffen verwendet. Heute ist das Land ärmer denn je, aber es hat eine Armee von 130 000 Mann. Der Kardinal Miguel Obando, aber auch Alfonso Robelo und Arturo Cruz, einst Mitglieder der sandinistischen Junta, und Virgilio Godoy, der frühere Arbeitsminister der sandinistischen Regierung, erinnern die Comandantes lediglich an ihre eigenen Worte. „Wenn die Herren einen Dialog mit der Opposition eröffnen und demokratische Verhältnisse schaffen, wird bald Friede einkehren", meint Godoy.

Das marxistische Nicaragua steht heute allein in der Region, umgeben von Nationen, in denen die Menschen neue Hoffnung schöpfen auf eine bessere politische und wirtschaftliche Zukunft. Ortegas Weltreise hat an der Isolation seines Landes nichts geändert. „Die Comandantes haben Nicaragua ins Abseits manövriert", sagt Bernd Niehaus, der ehemalige costaricanische Außenminister. Er sieht nur einen Ausweg: „Demokratie".



Der große Treck vom „Rustbelt" zum „Sunbelt"

In Amerika scheint der Verfall zu grassieren. Doch der Schein von Rost- und Ruinenlandschaften trügt: Wer unter die Oberfläche blickt, begegnet dem amerikanischen Phänomen eines rasanten Wandels in einer mobilen Gesellschaft.

Von HANS-J. STÜCK

Auf Reisen durch die Weiten der USA ist es immer wieder zu sehen – das verlassene, verfallene Farmhaus mit leeren Fensterhöhlen und bemooster Veranda, das windschief am Straßenrand trauert. Wer sich in den Großstädten des atlantischen Nordostens umschaut, erlebt den Verfall auf weniger romantische Weise. Dort verrotten Piers, Lagerhäuser und ganze Viertel zu bizarren Rosthaufen und Ruinenlandschaften, die Erinnerungen an das europäische Elend der Nachkriegszeit wecken.

Besonders deprimierend ist die Autofahrt entlang der vielen, längst zu verbogenen Stahlgerippen verkommenen Piers an Manhattens Westseite. Auch der Highway ist dort ein holpriges Relikt besserer Tage, als die Betonpiste auf Stelzen der Welt erste Stadtautobahn war. Frisch eingeflogene Amerika-Besucher, von Schlaglöchern und Ruinenbeschau zweifach erschüttert, stoßen dann gern Verzweiflungsschreie aus: „Unglaublich, diese Amerikaner! Warum lassen die nur alles so verkommen?"

Die um Ordnung und Äußeres besorgten Europäer aus relativ kleinen Ländern, die sich schon wegen des knappen Bodens keine Ruinen leisten können, beschreien Amerikas „Niedergang", wiewohl sie nur Stunden zuvor auf einem der größten und modernsten Flughäfen der Welt amerikanischen Boden betreten haben. Und ähnlich positiv müßten auch Übersee-Reisende, die noch heute per Schiff ankommen, ihr Entrée in New York empfinden, denn die wenigen noch benutzten Piers sind schon vor Jahren auf das modernste umgestaltet worden.

Bei Reisen durch die Provinz, wenn die Straßen immer wieder an baufälligen Farmhäusern vorbeiführen, erklärt dem staunenden Fremdling selten jemand, daß sich die Farmer längst bessere Häuser zugelegt haben und daß sie sich wegen ihres großen Grundbesitzes einfach nicht die Mühe machen, das alte Haus abzureißen. Daß die alten Katen deshalb Wind und Wetter überlassen werden, ist immer noch die Regel.

Daß in den riesigen und reichen USA Antiquiertes einfach verfällt, hat lange Tradition. Da unterscheiden sich die toten Goldgräber-Städte in Kalifornien nicht von den Piers in New York oder Boston, und selbst die fürchterliche Trümmerlandschaft der South Bronx in New York, wo der Niedergang besonders erschrekckend ist, hat im Prinzip die gleiche Ursache – die Schnellebigkeit und Vitalität des Landes, daß immer wieder zu neuen Ufern aufbricht und gerade in unseren Tagen tiefgreifende Veränderungen durchmacht, die vor allem in den alten Industrie-Ballungszentren des Ostens schmerzliche Wunden schlagen.

Der Europäer, der die Slums sieht, weiß nicht immer, daß die Bevölkerung New Yorks, Clevelands oder Buffalos seit langem drastisch schrumpft, während in Kalifornien, Texas oder Florida völlig neue Zentren entstanden sind, in denen die rauchlose Industrie des Elektronik-Zeitalters, das Rückgrat der neuen Dienstleistungsgesellschaft, prosperiert.

Die Amerikaner haben zwei griffige Vokabeln zur Bezeichnung der sich so kraß unterschiedlich entwikkelnden Gebiete geprägt – „Sunbelt", Sonnengürtel, für die südlichen Bundesstaaten, die sich im Glanz phantastischen Wohlstands sonnen, und „Rustbelt", Rostgürtel, für die alten Industrie-Staaten im Norden, wo rostende Fabriken und überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit beredte Zeugen wirtschaftlichen Niedergangs sind, der trotz wachsender Bemühungen um Ansiedlung moderner Industrien noch nicht gestoppt ist.

Schon 1980 hatte die starke Bevölkerungsbewegung in die blühenden Bundesstaaten dafür gesorgt, daß in jenem Jahr zum ersten Mal mehr Menschen im Süden und Westen der USA (118 Millionen) als im Osten und Norden (108 Millionen) lebten.

Vor kurzem schrieb die „New York Times": „Der gesamte Industriegürtel zwischen Massachusetts und Minnesota wird von verödeten Fabriken, Lagerhallen und Freiflächen, wo einst solche Anlagen standen, verunstaltet. Sie künden von einer gewaltigen Wanderungsbewegung, deren Auswirkungen auf die Nation noch gar nicht abzuschätzen sind."

Nirgendwo läßt sich die erstaunliche Flexibilität, mit der die Amerikaner auf den Wandel reagieren, besser erkennen als auf den großen „Trailer Parks" im ganzen Land, wo der jüngsten Schätzung zufolge inzwischen zehn Millionen Menschen – einem neuen Arbeitsplatz folgend – in meist großen und bequemen Wohnwagen leben. Winkt ein besserer Job, geht's wieder auf die Reise, mit Familie und Siebensachen im Trailer. An Pkw und Wohnwagen mit allen Schikanen ist leicht abzulesen, daß die modernen Nomaden, darunter besonders viele Techniker und Ingenieure, gutes Geld verdienen.

Und wer sich in den USA trotzdem ein Haus baut, denkt nicht im Traum daran, ein Haus für die Ewigkeit zu errichten. Es ist meist aus Holz und ohne Keller, denn ein Haus aus Stein mit tiefem Fundament baut sich hierzulande höchstens ein Millionär, der die Zukunft schon in der Tasche zu haben glaubt.

Es sind die gewaltigen Ressourcen des Landes und das traditionell tief verankerte Leistungsdenken, die die Amerikaner außergewöhnlich wandlungsfähig gemacht haben. Und so läßt sich kein College-Absolvent einfallen, beim Einstellungsgespräch nach den Pensionsansprüchen zu fragen. (SAD)



Monumente des schnellebigen Amerika: Verfallene Fabrik- und Wohnhäuser in Brooklyn FOTO: SVEN SIMON

Die vergessenen Deutschen, ein Leben als Minderheit

Fast zwei Millionen Sowjetbürger geben ihre Nationalität mit „deutsch" an. Doch in Deutschland weiß man wenig über sie.

Von JOACHIM NEANDER

Genau 71 632 Deutsche aus der Sowjetunion sind zwischen 1970 und 1984 in die Bundesrepublik übergesiedelt. Der Aussiedlerstrom ist fast versiegt – 1984 waren es nur noch 911. Die deutsche Öffentlichkeit scheint sich damit abzufinden. Daß aber die Deutschen in der Sowjetunion weit mehr sind als nur ein Aussiedlerproblem, daß noch bei der letzten Volkszählung fast zwei Millionen Sowjetbürger ihre Nationalität mit „deutsch" angaben, obwohl ein Teil von ihnen kein Wort Deutsch mehr spricht, stößt kaum auf Interesse. Auf einer wissenschaftlichen Tagung in Schlangenbad wurden neue Tatsachen über diese bis an die chinesische Grenze hin verstreute Volksgruppe bekannt, über die die offizielle sowjetische Statistik so gut wie nichts aussagt.

Auf der von der Volkswagenstiftung und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde ausgerichteten Tagung fielen auch kritische Worte. Professor Wilhelm Kahle (Wittlich), der über die religiöse Lage der Deutschen in der Sowjetunion referierte, meinte, die EKD habe bis zum Adenauer-Besuch 1955 nicht einmal von der Existenz dieser Menschen gewußt. Und Professor Benjamin Pinkus (Tel Aviv), der über die Juden in der SU berichtete (auch sie sind trotz der Aussiedlung von über 230 000 drüben noch mit fast zwei Millionen vertreten), sagte: „Israel tut zu wenig für die Juden in der Sowjetunion, aber die Deutschen tun noch viel weniger für ihre Leute ..."

Das beginnt mit dem Wissen. 1897 gab es in Rußland 1,8 Millionen Deutsche. Über sie gibt es eine detaillierte Statistik. Sie spielten eine wichtige Rolle, als bäuerliche Kolonisatoren des sogenannten Steppengürtels im Süden des Landes, aber auch als Kaufleute, Ingenieure, Lehrer etc. in den Städten.

Was ist davon geblieben? Der größte Teil der fast zwei Millionen, die sich bei der sowjetischen Volkszählung 1979 als Deutsche bezeichneten und zum größten Teil dies auch in ihren Paß eintragen ließen, lebt heute in der zentralasiatischen Sowjetrepublik Kasachstan. Etwa 40 Prozent sind Kolchosbauern, 40 Prozent Industrie- und Bauarbeiter.

Schoo 1939 wurden in der (noch bis 1941 existierenden) autonomen deutschen Wolgarepublik alle deutschen Schulen geschlossen. Nach der Verschleppung aller Deutschen in die asiatischen Regionen der Sowjetunion gab es für sie, die man als Faschisten und fünfte Kolonne der Nazis ansah (ein Vorurteil, das teilweise bis heute erhalten geblieben ist), zunächst bis 1955 überhaupt keinen Schulunterricht. Erst nach der Teilrehabilitierung aus Anlaß des Adenauer-Besuchs konnten deutsche Kinder wieder zur Schule gehen. Sie besuchen russische Schulen, lernen auch Kasachisch (aber nur 10 Prozent können es sprechen, weil – wie Aussiedler berichten – niemand das richtig ernst nimmt) und Deutsch als erste oder zweite Fremdsprache.

Die Sprachwirklichkeit in den ländlichen deutscben Familien sieht so aus: Ein Teil der Älteren, die in der alten Heimat an der Wolga oder dem Schwarzen Meer noch reine deutsche Dialekte sprachen, können nicht richtig Russisch. Sie verständigen sich in einem Mundartgemisch, das schwäbische, pfälzische und sogar plattdeutsche Elemente enthält. Das Hochdeutsche ist ihnen fremd, im Bildungsstand ist diese Gruppe infolge der planmäßigen Unterdrückung und Deklassierung während des Krieges und nach 1945 teilweise unter das Durchschnittsniveau der Russen und Ukrainer gerutscht. Es gibt viele Analphabeten.

Die junge Generation spricht fließend Russisch, kann auch die elterliche Mundart noch verstehen, hat aber zum großen Teil Probleme mit dem Hochdeutschen. Dennoch haben bei der letzten Volkszählung von fast 60 Prozent der Deutschen das Deutsche auch als ihre Muttersprache angegeben.

Die Mischehen sind zahlreich (50 Prozent in den Städten, 30 Prozent auf dem Lande). Und doch sieht es so aus, als werde diese versprengte Gruppe von Deutschen sich halten. Weil diese Menschen unter ihrer Nationalität offenbar mehr verstehen als nur Sprache und Staatsangehörigkeit. Einige Feststellungen, die in den Schlangenbader Referaten deutlich wurden:

- Trotz ihrer Sündenbockrolle in der sowjetischen Öffentlichkeit haben die Deutschen auch dort eine Art Musterknabenfunktion auf bestimmten Gebieten. Sie arbeiten gern und besser. Rein deutsche Arbeitshrigaden sind häufig.
- Sie gelten als gute Rotarmisten, obwohl sie auch dort zum Teil als Faschisten beschimpft werden und sich deswegen dann gern mit Esten und Letten zusammentun (Kommentar eines Aussiedlers: „Wenn man uns schon Faschisten nennt, dann halten wir auch zusammen ...").
- Die Kasachen werfen die Deutschen gern mit den Russen in einen Topf – beides sind für sie Europäer, die sich für etwas Besseres halten und eigentlich in Kasachstan nichts zu suchen haben.
- In religiösen Fragen dagegen haben wiederum die Kasachen mehr Verständnis für die Deutschen. Auch sie bewahren schließlich ihre Traditionen gegen den offiziellen sowjetischen Atheismus.
- Nur 3,8 Prozent der Deutschen sind Mitglieder oder Kandidaten der Kommunistischen Partei. Bei der Gesamtbevölkerung sind es fast 7 Prozent. Im Obersten Sowjet der Republik Kasachstan sitzen seit diesem Jahr 13 Deutsche. 1971 waren es nur zwei. Die meisten Deutschen stehen der Sowjetunion loyal gegenüber.

Unter den Experten ist man sich keineswegs einig über die Zukunftsperspektiven. Weitere 100 000 Deutsche haben Ausreiseanträge gestellt. Die Chancen einer Ausreise scheinen gering. Aber Professor Pinkus glaubt, daß weder die jüdische noch die deutsche Auswanderungsbewegung tot sei. Auch für die Bleibenden scheint sich manches zu bessern. Alfred Eisfeld vom Osteuropa-Institut in München sagt voraus, es werde trotz aller Assimilationstendenzen einen Kern von 300 000 bis 400 000 Deutschen in der Sowjetunion geben, der sich auch auf lange Sicht als Nationalität behauptet. Die Geburtenrate der Deutschen ist tatsächlich um ⅔ höher als die der Russen. Eisfeld: „Schon vor 100 Jahren hat man prophezeit, mit den Rußlanddeutschen werde es in 30 Jahren vorbei sein. Und sie leben heute noch."

Wichtig wird sein, ob die deutsche Öffentlichkeit diese ihre Landsleute zur Kenntnis nimmt. Das religiöse Leben verzettelt sich drüben teilweise in zahlreichen Sekten. Hilfe ist daher schwierig.

Aber daß mehr als bisher getan werden muß, darüber war man sich in Schlangenbad einig. Ist es ein Zufall, daß die erste wissenschaftliche Befragung deutscher Spätaussiedler aus der Sowjetunion von der lettischen Professorin Rasma Karklins von der Universität Chicago vorgelegt wird und der Israeli Meir Buchsweiler (in Frankfurt geboren) den deutschen Kollegen eine ausführliche Liste wünschenswerter Forschungsvorhaben über die Deutschen in der Sowjetunion präsentiert?

Beim Telefonieren in die „DDR" hilft Pfarrer Beck

Telefonieren in die „DDR" ist nicht immer einfach. Da gibt es Orte, die nicht selbst angewählt werden können, oder solche, wo dies nur während einiger Stunden möglich ist. Das dies nicht sein muß, beweist „Telefon-Pfarrer" Manfred Beck.

Von BERND HUMMEL

Die Dame von der Telefonauskunft gibt schon nach wenigen Minuten entnervt auf: „Fürstenwalde/Spree – das gibt es nicht in meinem Verzeichnis." Wenn überhaupt, dann könne jetzt nur noch die Kollegin vom Sonderplatz helfen. Doch auch die muß nach einigem Suchen nach der Durchwahlnummer für die Kreisstadt in der „DDR" passen. Ihre amtliche Auskunft lautet: „Der Ort ist im Selbstwählferndienst nicht erreichbar, es gibt keine Durchwahl."

Daß diese Auskunft falsch ist, kann man den Fernsprechauskünften zwischen Flensburg und Passau nicht anlasten. Sie alle arbeiten nach dem sogenannten „Avon", dem amtlichen Verzeichnis der Ortsnetzkennzahlen der deutschen Bundespost – und das enthält zahlreiche direkt anwählbare „DDR"-Ortsnetze nicht, obwohl diese längst von der „DDR" freigegeben wurden.

Dahinter verbirgt sich ein deutsch-deutsches Telefon-Wirrwar. Das Bundespostministerium in Bonn räumt ein, daß auf ihr Betreiben bestimmte „DDR"-Ortsnetze blockiert wurden. Ein Sprecher des Ministeriums begründet diese Maßnahme so: „Von den 1116 für das Bundesgebiet zugelassenen Ortsnetzen der DDR sind 50 nach Vorgabe Ost-Berlins nur zu bestimmten Zeiten im Selbstwählferndienst zu erreichen. Um zu vermeiden, daß außerhalb der Zeiten, in denen Selbstwahl möglich ist, von den Teilnehmern dennoch Wahlversuche vorgenommen und damit das ohnehin hoch ausgelastete Leitungsbündel zusätzlich blind belastet wird, wurden diese 50 Ortsnetze von der Deutschen Bundespost nicht veröffentlicht beziehungsweise für die Selbstwahl nicht zugelassen."

Zu diesen gesperrten Ortsnetzen gehört Fürstenwalde/Spree ebenso wie etwa Erkner, Rüdersdorf bei Berlin, Spreenhagen oder Beerfelde. Diese Orte sind dennoch direkt anwählbar. Herausgefunden hat dies in mühsamer Kleinarbeit ein Mann, der sich seit Jahren bereits um die Ungereimtheiten im deutsch-deutschen Telefonverkehr kümmert: Pfarrer Manfred Beck aus Lünen. Der nämlich fand bei Reisen in die „DDR", durch Recherchen bei den Fernmeldedienststellen in der Bundesrepublik und durch zahllose eigene Wählversuche heraus, „daß mindestens 159 von der Deutschen Post der DDR für die internationale Selbstwahl ganztägig freigegebenen Ortsnetze von unserer Seite aus als nicht anwählbar bezeichnet werden". Aber: Sowohl diese Netze, als auch Ortsnetze der „DDR" mit zeitlicher Begrenzung lassen sich nach seinen Erfahrungen nahezu problemlos direkt anwählen.

Beispiel Fürstenwalde/Spree. Diese sogenannte Knotenvermittlungsstelle erhielt mit den dazugehörenden Ortsnetzen die neue Kennzahl „35". Und die wurde prompt von der Bundespost gesperrt. Jederzeit in Direktwahl erreichbar ist dieser Bereich jedoch, wenn von der Bundesrepublik die zuvor geltende Kennzahl nämlich „377" verwendet wird. Und noch eines hat Manfred Beck herausgefunden: „Die Darstellung der Post, daß Fürstenwalde nur zeitlich eingeschränkt erreichbar sei, entspricht nicht den Tatsachen. Dies haben zahlreiche Versuche den ganzen Tag über ergeben."

Der Grimm des Pfarrers ob dieser Diskrepanzen zwischen behördlicher Darstellung und eigener Erfahrung ist mittlerweile bei den Politikern beiderseits der deutsch-deutschen Grenze aktenkundig. So gingen offene Briefe an die Postminister in Bonn und Ost-Berlin, und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß ging ebenso ein Beschwerdebrief ins Haus wie auch Erich Honecker. Doch praktische Erfolge blieben bislang aus. So gründete Beck schließlich eine Initiative, die sich „Fernmeldetechnischer Volkskontrolldienst" nennt, dessen Helfer die Informationsständer der Bundespost mit Handzetteln und Informationsmaterial versorgen.

Sogar in der „DDR" macht der Pfarrer bei Besuchen auf die innerdeutschen Telefon-Mißstände aufmerksam. Ein Plakat an der Sonnenblende des Pkw – Aufschrift: „Selbstwahl möglich in fast alle Orte der DDR. Was die Bundespost verschweigt, sagt ihnen Tel. 02306/4 46 31" – blieb von den „DDR"-Grenzposten ebenso unbeanstandet wie von der „Volkspolizei". Der „Telefon-Pfarrer" hilft nämlich auch den Menschen in der „DDR" aus – mit ihnen nicht bekannten Kennzahlen für Gespräche innerhalb der „DDR".

Seit neuem hat überdies das amtliche Verzeichnis der Bundespost Konkurrenz bekommen, durch ein von Manfred Beck aufgelistetes und vom Bund der Mitteldeutschen in Bonn herausgegebenes „Verzeichnis der durch Selbstwahlferndienst erreichbaren Ortsnetze der DDR". Die Nachfrage ist groß: Immerhin werden in diesem Heft 97 Prozent aller Ortsnetze mit Kennzahlen benannt, während es die Bundespost nach eigenem Bekunden lediglich auf 72 Prozent bringt. Im Vergleich mit der „DDR" schneidet sie dabei nicht gut ab. Die „Deutsche Post" jenseits der innerdeutschen Grenze bringt es nämlich auf etwa 80 Prozent.

Neuer Spitzenkandidat sieht Chancen für SPD

Hiersemann gewählt / Noch kein bayerischer Landeschef

PETER SCHMALZ, München

Mit den Worten, ein „gewichtiger Anlaß" habe den Landesvorstand der bayerischen SPD zusammengeführt, eröffnete Parteisprecher Fridolin Scheuble die Pressekonferenz, und keinem Medienvertreter entging die Anspielung dieser Formulierung: Bayerns SPD-Führung hat sich gestern in geheimer Wahl einstimmig dafür ausgesprochen, daß der zweieinhalb Zentner schwere Karl-Heinz Hiersemann im Landtagswahlkampf 1986 als Spitzenkandidat gegen Franz Josef Strauß und die CSU antritt. Es sei nigendwo auch nur eine Andeutung zu erkennen, so Landesparteichef Helmut Rothemund, daß ein anderer diese Funktion übernehmen könnte. Rothemund selbst hat zweimal vergeblich versucht, für die SPD Prozente zu gewinnen, bei der letzten Wahl 1982 war er mit 31,9 Prozent gescheitert.

Der neue Mann, seit elf Jahren im Landtag, Stellvertreter im Fraktions- wie im Landesvorstand und seit wenigen Wochen auch fränkischer Bezirksvorsitzender, gab sich gestern nach dem Vertrauensvotum seiner Genossen zuversichtlich: Die CSU, so meint er, werde bei der nächsten Wahl jeden zehnten Wähler verlieren und die SPD habe gute Chancen, über 35 Prozent hinauszukommen. „Das ist unser Wahlziel." Für 1990 peilt er gar noch eine höhere Marke an: Man wolle so weit vorankommen, daß bei der übernächsten Wahl die Frage, „wer dann regiert, spannend wird".

Spritzig und locker solle sein Wahlkampf werden, verspricht Hiersemann, der, mit flinker und frecher Zunge ausgestattet, den Wahlkämpfern der bayerischen Regierungspartei ein härterer Kontrahent sein wird, als der eher spröde Rothemund dies sein konnte. Soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz will er in den Mittelpunkt stellen, der Kampf gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage, der bisher als zentrales Thema angekündigt war, wurde stillschweigend auf die hinteren Ränge verwiesen, nachdem auch in der SPD erkannt wurde, daß damit landesweit kaum Lorbeeren zu ernten sind.

Die Wahlen an Saar und Ruhr scheinen auch auf Bayerns Sozialdemokraten belebend gewirkt zu haben. Hiersemann spricht von einer „Art Aufbruchstimmung" und einer „hervorragenden Ausgangssituation", während die CSU an Nervosität kaum zu überbieten sei.

Die starken Worte sind jedoch geeignet, eine Belastung zu verdrängen, der die Genossen in diesem Jahr noch ausgesetzt sind: Nach dem Spitzenkandidaten muß jetzt noch ein Landesvorsitzender gefunden und auf dem Landesparteitag in Hof im September gekürt werden, nachdem auch hier Rothemund als Folge der gescheiterten Parteireform das Handtuch wirft.

Im Juni will sich der Landesvorstand damit befassen und kurz vor dem Parteitag eine Empfehlung geben, welcher der beiden Kandidaten, die seit Wochen an der Basis für sich werben, ihm als geeigneter erscheint: Rudolf Schöfberger, der Münchner Bundestagsabgeordnete mit drastischer Formulierungsgabe, oder Anke Martiny-Glotz, die von sich behauptet, sie wage den Versuch, „den Dschungel mönnlicher Seilschaften zu durchkämmen".

Bisher stehen die Aktien offenbar besser für Schöfberger, der aus seiner Zeit, als er den Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel vehement bekämpfte, den Spitznamen „Roter Rudi" trägt. Als erster der drei bayerischen Parteibezirke hat sich Ostbayern schon für Schöfberger entschieden.

Frau Martiny-Glotz, die Ehefrau des SPD-Bundesgeschäftsführers, nimmt die Konkurrenz locker. Es gebe Personen, meint sie, ohne den Namen ihres Mitbewerbers zu nennen, „deren Unterhaltungswert in Bierzelten dem von Franz Josef Strauß nicht nachsteht", sie aber, eine geborene Westfälin mit Wohnsitz im Münchner Umland, „glaube an die besseren Argumente". Außerdem sei die Zeit reif für eine Frau, die 120 Jahre währende Männer-Dominanz in der SPD müsse beendet werden.

Noch ist das Rennen nicht gelaufen, wenn auch Schöfberger die Nase vorne hat. Nicht wenigen Genossen behagt aber weder der eine noch die andere, die beide aus dem linken Parteilager kommen. Doch ein dritter Kandidat ist nicht in Sicht.

Luftwaffe aus dem Tief heraus

Von RÜDIGER MONIAC

Der Geist in der Luftwaffe und die Motivation der Soldaten sind gut. Auch bei den Verbänden, die tagtäglich rund um die Uhr Dienst machen – das sind die meisten –, höre ich seit Monaten keine Klagen." Mit diesen Worten faßte der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Eberhard Eimler, in einem Gespräch mit der WELT die innere Situation der von ihm geführten Teilstreitkraft zusammen. Besonders erfreut fügte der General hinzu, sein Urteil schließe ausdrücklich auch die wehrpflichtigen Soldaten ein. „Ich bin angetan von den jungen Leuten. Sie kommen zum Teil aus einem gesellschaftlichen, von der Friedensdiskussion geprägten Umfeld, das nicht ohne Einfluß auf sie ist. Aber sie machen doch ihren Dienst, so daß ich nur sagen kann: Anerkennung."

General Eimler vergißt natürlich nicht, auch die dunklen Flecken auf diesem Bild zu erwähnen. Dies sind die sogenannten „besonderen Vorkommnisse", Ereignisse, die die Truppe zu melden hat, Unregelmäßigkeiten, die aus dem Rahmen des normalen Dienstes fallen. Letztes Jahr waren es rund 1200 „BVs", nicht mehr als im Jahr vorher. „Das ist", sagt der General, „bei 110 000 Mann nicht schlecht." Er fügt hinzu, den ganz schlimmen Entgleisungen wie Mißhandlung von Untergebenen oder unwürdiges Verhalten gehe er persönlich auf den Grund. „Ich lege Wert darauf, daß diese Dinge abgestellt werden." Letztes Jahr registrierte die Luftwaffe davon laut Eimler nicht mehr als fünfzehn.

Nach seinem Urteil wirkt auf die Luftwaffe und ihre Angehörigen besonders motivierend, daß seit einiger Zeit der Truppe wieder im nötigen Umfang Waffen und Material zugeführt werden, damit sie ihren Auftrag erfüllen kann. „Es tut sich was, heißt es in den Verbänden." Offensichtlich macht bei den Soldaten auch Eindruck, daß der Inspekteur sich nachdrücklich darum bemüht, jedem der Männer, wo immer er steht, das Gefühl zu geben, gebraucht zu werden. Eimler sagt: „Der gute Sicherungssoldat ist so wichtig wie der Flugzeugführer." Der eine ist dafür verantwortlich, daß die fliegenden Waffensysteme vor gegnerischen Angriffen aus der Luft oder auch vom Boden her geschützt werden sowie schnell und fachmännisch versorgt wieder starten können. Der andere im Cockpit ist für den wirksamen Einsatz zuständig.



Generalleutnant Eberhard Eimler ist seit 1. April 1983 Inspekteur der Luftwaffe. Der 54jährige ist der erste Amtsinhaber ohne eigene Kriegserfahrung. 1956 kam Eimler über den Umweg über die Marine zur Luftwaffe und machte dann seine Karriere „wie im Bilderbuch" bis zum Generalleutnant.

FOTO: WEREK

Ausdrücklich schließt der Inspekteur darin auch die Reservisten der Luftwaffe ein. Mittlerweile verfügt sie nach seinen Worten über 322 kleinere und größere Reserveeinheiten unterschiedlichster Struktur und Aufgabenstellung: für die schnelle Startbahninstandsetzung, den Nachschub oder als Flak-Batterien und Sicherungsstaffeln für die Eigensicherung.

Die Umrüstung der Luftwaffe auf die neuen Systeme zur Luftverteidigung wie „Patriot" und „Roland" macht teilweise erhebliche Sorgen, berichtet der General. Er nennt das Umrüstungsvorhaben das größte, das die Luftwaffe je zu bewältigen hatte. Mehr als 10 000 Mann sind davon betroffen. Zum Teil müssen für die neuen Raketenverbände, die an die Stelle der alten Nike/Hercules-Regimenter treten, neue Standorte gefunden werden. Umzüge sind nötig. Eimler verlangt von der Personalplanung – ein „Riesenhaufen Arbeit" – ein Minimum an Härtefällen.

Er bleibt beim Thema Personal und faßt das wohl derzeit heißeste Eisen überhaupt an, die Frage, ob der Verwendungsstau bei den Truppenoffizieren gelöst wird. Der Gesetzentwurf zur zeitlich gestaffelten vorzeitigen Entlassung von 1500 Offizieren liegt gegenwärtig im Bundestag. Die Ausschüsse müssen ihn bald beraten. „Alle in der Truppe schauen ziemlich gebannt, was in den nächsten Monaten passiert, ich auch", meint der Inspekteur. Der General bestätigt nur, was auch die Parlamentarier, die kundigen zumindest, längst wissen. Wird das Problem jetzt nicht entschärft, ist schwer abzusehen, wie unter den Truppenführern die noch gehaltene Motivationshöhe weiter gehalten werden soll.

Über die Zukunft der materiellen Ausstattung der Luftwaffe weiß der Inspekteur im großen und ganzen nur Positives zu berichten, auch unter Einschluß des schwierigen Themas „IFF", des Freund-Feind-Erkennungssystems, das die guten Beziehungen zwischen den Verteidigungsministern in Bonn und Washington stark zu belasten drohte. Bei IFF kommt es Eimler hauptsächlich darauf an zu erklären, wie dringend der Bedarf der Luftwaffe für ein leistungsfähiges System ist. Es muß die „Interoperabilität" zwischen den Luftstreitkräften innerhalb der NATO verbessern. Alle Bedenken seien diesem Aspekt unterzuordnen.

Optimistisch ist der General, daß bald die Entscheidung für die Beschaffung von 40 Tornado-Flugzeugen zur Verbesserung der Aufklärungskomponente fallen wird. Die Verbände für den Luftangriff in die Tiefe des Gegners brauchen nach seinen Worten ein Flugzeug, das ihnen in dem schwieriger und gefährlicher gewordenen „Bedrohungsspektrum" eine bessere Durchsetzungsfähigkeit gegen die Luftverteidigung verschafft. Als Pfadfinder sollen diese Maschinen in der „elektronischen Kampfaufgabe" (electronic combat role) deren Leitradar niederkämpfen und den Jagdbombern Breschen schlagen, erläutert der General. Diese Zielsetzung sei schon lange in den Strukturüberlegungen des Generalinspekteurs „konzeptionell und operativ" definiert gewesen und damit nichts Neues. Erst jetzt aber setze sie sich in ein Beschaffungsprojekt um, für das auch das Geld eingeplant sei.

Auch die Chancen zur Beschaffung eines Jagdflugzeuges in den neunziger Jahren (JF 90) beurteilt der Inspekteur im wesentlichen als gut. Man werde sich mit Frankreich und Großbritannien, die beide unterschiedliche Vorstellungen über die Auslegung hätten, wahrscheinlich einigen können. Jedenfalls, so Eimler weiter, brauche die deutsche Luftwaffe wie ihre Partner beispielsweise als Nachfolger für die bald dreißig Jahre alte „Phantom" ein neues, mit moderner Technik ausgestattetes Flugzeug. Denn bereits zwei von drei Flugzeugen gehörten im Warschauer Pakt zur technisch neuesten, der dritten Generation. Die Luftverteidigung gegen diese Armada in Gestalt von statischem Raum- und Objektschutz (für den Raum eine Kombination aus „Patriot" und „Hawk", für die Objekte „Roland") brauche eine mobile Ergänzung. „Nur mit Flugzeugen kann man schnell Schwerpunkte bilden und Breschen abriegeln, die der Gegner in die eigene Luftverteidigung geschlagen hat".

Garski weist vor Gericht alle Vorwürfe zurück

hrk. Berlin

An dem ersten von wahrscheinlich 150 Prozeßtagen gegen den Berliner Architekten Dietrich Garski („Baulöwe der 70er Jahre") zeigte sich der Angeklagte auf der Anklagebank zwar einsichtig, aber ohne Unrechtsbewußtsein. Seinen Kritikern innerhalb und außerhalb des Gerichts schleuderte der Mann, dessen umstrittene Geschäfte maßgeblich zum Sturz des Berliner Senats unter Dietrich Stobbe (SPD) beigetragen hatten und 93 Millionen Mark aus Steuergeldern kosteten, entgegen: „Ich habe mich nicht persönlich bereichert! Ich habe nicht auf Kosten der Bank und des Landes Berlin ein verschwenderisches, üppiges Playboy-Leben geführt! Es sind bei meiner Firma nicht Millionen spurlos verschwunden oder in dunkle Kanäle versickert!"

Garski kämpft vor Gericht „Um mein Leben", sagt er. Die Staatsanwaltschaft habe sich schließlich bei ihren Überprüfungen selbst von minimalen Ausgaben überzeugen können, daß er „jede verfügbare Mark" in seine Firma gesteckt habe. „Sie war mein Leben, und mein Leben war meine Firma." Er besitze keinerlei „etwa verborgenes Vermögen", beteuerte Garski, der entschieden Vorwürfe zurückwies, er habe Bankleute oder Politiker „unzulässig beeinflußt oder gar bestochen".

In seiner Erklärung – vom Blatt verlesen und sorgfältig formuliert – bekannte sich Garski dabei unumwunden zu seiner Verantwortung: „Ich trage die volle unternehmerische Verantwortung für den großen finanziellen und ideellen Schaden, der der Bank und Berlin durch den Zusammenbruch meiner Firma Bautechnik entstanden ist, und den ich aufrichtig bedauere." Es sei aber „nicht wahr, daß ich in unmoralischer oder gar strafbarer Weise gehandelt habe. Alles, was ich getan habe, geschah reinen Gewissens und um die Firma und das große Engagement der Bank und des Landes Berlin zu erhalten". Seine Flucht aus der Stadt Ende 1980 verteidigte er als „. . . die Reaktion eines physisch und psychisch völlig erschöpften Mannes".

Manches, was gestern im Moabiter Justizpalast zur Sprache kam, klang sehr märchenhaft, so etwa Garskis Geschäftsverbindungen zum arabischen Multimillionär Kaschoggi und das feine Gewebe der Verteilung von Schmiergeldern. Nüchterner verliefen die rhetorischen Duelle zwischen dem Kammervorsitzenden, Hansgeorg Bräutigam, und dem Angeklagten. Nur einmal kam Heiterkeit auf, als der Vorsitzende Garski fragte: „Und Strafanstalten haben Sie auch gebaut?". „Ja", entgegnete der Angeklagte trocken.

In der Anklage steckt keine politische Brisanz mehr: Die Staatsanwaltschaft entlastet ausdrücklich die damals zuständigen SPD- und FDP-Senatoren. Der Restkredit von 25 Millionen Mark wäre von ihnen „in Kenntnis der wahren Umstände" nicht verbürgt worden. Garski selbst sah sich gestern schon auf freiem Fuß, „wenn der Prozeß fair verläuft".

Aufregung hatte vor Prozeßbeginn ein Interview des „Senders Freies Berlin" mit zwei wichtigen Zeugen, den Ex-Senatoren Wolfgang Lüder (FDP) und Klaus Riebschläger (SPD), verursacht. Justizsenator Rupert Scholz tadelte Intendant Lothar Loewe und Chefredakteur Joachim Braun, weil sie trotz Kenntnis der Bedenken die Ausstrahlung nicht verhindert hätten. „Die Wahrheitsfindung vor Gericht kann jetzt erheblich erschwert werden", befand Scholz.

Meinungen über den neuen Ausweis bleiben kontrovers

Öffentliche Anhörung in Bonn / Harte Auseinandersetzungen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Weitgehende Übereinstimmung im Bereich der Fälschungssicherheit, sehr verschiedene Ansichten über die Maschinenlesbarkeit." Mit diesem Satz charakterisierte der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, der SPD-Abgeordnete Axel Wernitz, die Stellungnahmen und gelegentlich kämpferisch-kontroversen Äußerungen von 20 Sachverständigen, die gestern anläßlich einer öffentlichen Anhörung des Parlaments in Bonn über Gesetzentwürfe von Regierung und Fraktion der „Grünen" zur Ausgabe neuer Personalausweise Gutachten abgaben.

Während zum Beispiel der Präsident des Bundeskriminalamtes, Heinrich Boge, oder der „Bund Deutscher Kriminalbeamter" durch seinen Bundesvorsitzenden Ingo Hermann (Polizeipräsidium Berlin) die Einführung fälschungssicherer und maschinenlesbarer Personalausweise bejahten und diese Ansicht durch eine Fülle von Argumenten verteidigten, bezog der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz des Landes Hamburg, Christian Lochte, die umfassendste Gegenposition. Lochte führte dabei ins Feld, daß der Aufwand einer, wie er sagte, 500 Millionen Mark teuren Maßnahme einem Straftatbestand begegnen wolle, der in der Praxis kaum vorkomme. Im Bereich Hamburg seien 1984 nur 25 Fälschungen von Ausweisen vorgekommen, Führerscheine und Reisepässe eingeschlossen. Mit einer langen Liste wollte Lochte beweisen, daß Terroristen bei ihrer Festnahme stets mehrere gefälschte ausländische Papiere bei sich hatten, also ein deutsches fälschungssicheres Papier nichts geändert hätte.

Außerdem, so Lochte, ließe sich durch Fahndungserfolge in Großbritannien oder Belgien, wo es keine Personalausweispflicht gebe, beweisen, daß kein Zusammenhang zwischen Fälschungssicherheit, Maschinenlesbarkeit und kriminalistischen Erfolgen bestehe.

Kriminelle Energie

Dagegen machte Bundeskriminalamtschef Boge geltend, daß zur Zeit 549 914 Bundespersonalausweise, 172 Berliner Personalausweise und 14 697 Blankopersonalausweise zur Sachfahndung ausgeschrieben seien. Es sei bemerkenswert, so Boge, welche kriminelle Energie Straftäter aufwendeten, um in den Besitz von Personalausweisen zu gelangen, was 1984 durch 597 Fälle des Diebstahls von amtlichen Siegeln, Stempeln und Vordrucken für Personal- und Kraftfahrzeugpapiere zu belegen sei.

Um Zusammenhänge zwischen Taten, bei denen Ausweise eine Rolle spielen, erkennen und die unrechtmäßige Benutzung abhanden gekommener Ausweise feststellen zu können, seien derzeit in der Sachfahndung 564 783 Personalausweise ausgeschrieben. Mit der abgeschlossenen Einführung fälschungssicherer Ausweise werde dieses Potential zur Begehung von Straftaten für Täter unbrauchbar. Ausdrücklich bejahte Boge die geplante Maschinenlesbarkeit des neuen Ausweises wegen des damit verbundenen „Gewinns an innerer Sicherheit".

Außerdem machte Boge gegenüber Lochte den Vorwurf, der Hamburger Verfassungsschützer habe durch seine offenherzige Schilderung von Ausweis-Praktiken von Terroristen Geheimnisverrat begangen und die Arbeit des BKA erschwert.

Sprachschwierigkeiten

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich, machte geltend, daß in aller Regel von Straftätern deutsche Ausweise benutzt würden, weil der Besitz von ausländischen bei „Niederlassung" zu unkalkulierbaren Schwierigkeiten schon wegen nicht vorhandener Sprachkenntnisse führen könnte. Hellenbroich dämpfte die Erwartung, daß mit einem neuen fälschungssicheren und maschinenlesbaren Personalausweis die Schwierigkeiten der Verbrechensbekämpfung auf lange Sicht behoben sein könnten, durch den Hinweis, daß ausländische Nachrichtendienste „in kürzester Zeit" die Herstellung von deutschen Ausweisen nach neuen Verfahren beherrschen würden – auch „per Zutritt in die Bundesdruckerei".

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Reinhold Baumann, zweifelte in seinem Diskussionsbeitrag anläßlich der Sachverständigen-Anhörung im Bundeshaus die Zulässigkeit einer Maschinenlesbarkeit des neuen Personalausweises mit Hinweis darauf an, eine „Einschränkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung" sei nur dann zulässig, wenn hierfür eine überzeugende Begründung gegeben werden könne. Diese fehle aber bisher. Nach dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 seien Einschränkungen des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung „nur im überwiegenden Allgemeininteresse zulässig". Die „Eingriffsqualität" des Staates gegenüber dem Bürger werde erhöht, wenn dieser Bürger verpflichtet werde, einen Ausweis zu besitzen, der „multifunktional" verwendet werden könne und als „Instrument vielfältiger automatischer Datenverarbeitung eingesetzt werden kann".

Breit attackiert die „Wende" in der Medienpolitik

DGB spricht von „Kommerzialisierung" des Fernsehens

dpa, Mannheim

Kritik an der „Wende in der Medienpolitik" hat der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit, auf dem Gewerkschaftstag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) in Mannheim geäußert. In der Bundesrepublik Deutschland würden die Weichen bewußt in Richtung auf eine Informationspolitik gestellt, die vorrangig von der Wirtschaft bestimmt werde. Mit dem Argument, dem mündigen Bürger solle ein größeres Informationsangebot zur Verfügung stehen, werde das „bewährte Gleichgewicht" von privater Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk „bedenkenlos jenen geopfert, die sich auf jenem Sektor ganz erhebliche Marktchancen und Profite versprechen".

Breit unterstrich, für den DGB sei der öffentlich-rechtliche Rundfunk wesentlicher Bestandteil der demokratischen Gesellschaft. Bisher fehle aber jede finanzielle und gesetzliche Absicherung für die den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten von den Ministerpräsidenten zugesagte Bestands- und Entwicklungsgarantie.

Die „bisherige Kommerzialisierung" von Funk und Fernsehen zeigt nach den Worten des DGB-Chefs auch, daß nicht kleine und mittlere Presseverlage, sondern die schon heute vorherrschenden Unternehmen auf den Medienmarkt drängten. Damit entstehende Doppelmonopole im Print- und Rundfunkbereich stellten eine Informations- und Meinungsmacht dar, die die Medienlandschaft in erheblichem Umfang der Einseitigkeit auszuliefern drohe. Die Antwort der Arbeitnehmer auf diese Herausforderung müsse der Zusammenschluß der Gewerkschaft Kunst und der IG Druck und Papier zur neuen Mediengewerkschaft sein.

Breit forderte vor den rund 200 Delegierten der RFFU und zahlreichen Gästen zugleich auch konkrete Beschäftigungsimpulse von der öffentlichen Hand. Der „bescheidene Aufschwung" der beiden vergangenen Jahre habe sich auf dem Arbeitsmarkt nicht ausgewirkt. Die Bundesregierung müsse ihre „beschäftigungspolitische Tatenlosigkeit" aufgeben. Wer die konjunkturelle Erholung nicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern dazu nutze, den Arbeitnehmern immer neue Opfer aufzuzwingen, müsse sich nicht über eine Verschlechterung des sozialpolitischen Klimas wundern.

Von gestern nachmittag an standen Beratungen der Delegierten über einen Satzungsentwurf für die erste Stufe der Bildung der Mediengewerkschaft auf dem Programm.

Bekräftigung der gültigen Verteidigungsstrategie

Verteidigungsplanungsausschuß der NATO tagt in Brüssel

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Bewegt von der Sorge, die atlantischen Diskussionen über die angeblichen Möglichkeiten der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) könnten die gültige Militärstrategie der NATO in Mißkredit bringen, konzentrieren sich die Verteidigungsminister des Bündnisses bei ihrer Tagung morgen und Donnerstag in Brüssel darauf, deren friedenssichernden Wert zu unterstreichen. Nach Bonner Informationen wird der „Verteidigungsplanungsausschuß" der NATO das seit 1967 gültige grundlegende Dokument MC 14/3, in dem die Strategie der flexiblen Reaktion im einzelnen beschrieben ist, ohne Abstriche bekräftigen. Damit soll gleichzeitig klargemacht werden, daß die Allianz auf absehbare Zeit auch der sogenannten Triade ihre kriegsverhindere Wirkung zuschreibt. Dieser Begriff umfaßt die konventionelle Verteidigungsmittel sowie die Nuklearwaffen mittlerer und interkontinentaler Reichweite.

Alle drei Elemente werden in ihrer Bedeutung nachdrücklich hervorgehoben. Die Ministersitzungen dieser Woche in Brüssel sind, wie es gestern in Bonn weiter hieß, darauf ausgerichtet, die Planungsprozesse innerhalb der NATO zur Verstärkung der konventionellen Verteidigung auf eine Weise zu koordinieren und zu harmonisieren, wie das in der Geschichte der Allianz noch nicht der Fall gewesen sei. Grundlage dafür sei die Aufforderung der Minister auf ihrer letzten Dezembersitzung an den Generalsekretär Carrington gewesen, die vorhandenen Kräfte aus den begrenzten Ressourcen des Bündnisses zusammenzufassen.

Dies hat als Ergebnis die Vorlage zweier Arbeitsunterlagen für die Ministersitzung gebracht. Ein Bericht aus dem Militärausschuß schafft für die Minister den von Wörner schon vor zwei Jahren geforderten konzeptionellen Planungsrahmen für die Streitkräfte (conceptual military framework) über die nächsten fünfzehn Jahre. Das Dokument trägt die Bezeichnung MC 299. Der andere Bericht des Generalsekretärs liefert einen Entwurf für die „ministeriellen Richtlinien" der Planung. Wie es in Bonn hieß, wird in dem Entwurf auch der Gedanke der Aufgabenteilung und Spezialisierung zwischen den NATO-Streitkräften vorgetragen und erwogen, für gemeinsame Verteidigungsaufgaben ähnlich wie bei der Finanzierung des fliegenden Aufklärungs- und Führungssystems Awacs einen von allen Ländern bestückten gemeinsamen Geldtopf zu schaffen.

Mißklang um SDI bei WEU-Parlamentariern

v. K. Paris

Das amerikanische Weltraumprojekt (SDI) sorgte auf der 31. Parlamentarierversammlung der Westeuropäischen Union (WEU), die gestern in Paris eröffnet wurde, für Mißstimmung. Zwar steht das Thema offiziell nicht auf der Tagesordnung, da ein Zusammenstoß zwischen Befürwortern und Gegnern vermieden werden soll. Aber ein Bericht des holländischen Sozialisten Harry van den Bergh über neue Technologien und ihre Anwendung im militärisch-strategischen Bereich sprach genau diese Thematik an und gelangte dabei zu einer negativen Antwort auf die amerikanische Einladung zu einer europäischen SDI-Beteiligung.

Die konservativen Abgeordneten aus den Parlamenten der sieben Mitgliedstaaten (die Brüsseler sechs plus Großbritannien) vor allem die britischen Tories und die deutschen Christdemokraten haben mit Auszug gedroht, falls die Sozialisten, an ihrer Spitze die Franzosen, auf einer Debatte über diesen Bericht bestehen sollten. Man hofft, daß Außenminister Genscher als augenblicklicher Ratsvorsitzender am Mittwoch die Wogen glätten und einen annehmbaren Kompromißvorschlag machen kann.

Drohung mit einem Frauen-Vorstand

hey, Bonn

Sechs bekannte Grüne-Politikerinnen befürchten nach den Wahlpleiten für ihre Partei das Aus. Sie wollen das mit einem „Überlebenskonzept" verhindern, das der Parteitag Ende Juni verabschieden soll. Gleichzeitig warnen sie, als Konsequenz aus den Niederlagen den Bundesvorstand zu stürzen. Sonst wollen sie einen Frauen-Vorstand durchsetzen. Die ehemalige Abgeordnete Antje Vollmer: „Das ist eine ernste Drohung."

Deren Kollegin Christa Nickels verlangte, schnellstens aus den Fehlern zu lernen. Es dürfe aber „nicht alles über den Haufen" geworfen und jetzt genauso „wie bei den anderen" gemacht werden. Allerdings seien „etliche" Beschlüsse „praktisch schon vom Tisch", meinte sie.

In einem Zehn-Seiten-Papier fordern sie die „Professionalisierung" des ehrenamtlichen Vorstands. Der hat aber finanzielle Bedenken. Weiter verlangen die Frauen eine Wahlkampf- und Strukturkommission. Auch in der Rotationsfrage halten sie sich noch bedeckt.

Die grünen Inhalte kamen zu kurz

Alternative in NRW zerstritten / Endlose Diskussionen über Verfahrensfragen

WILM HERLYN, Marl

In heilloser Zerstrittenheit präsentieren sich die nordrhein-westfälischen Grünen nach ihrem Wahldebakel am 12. Mai. Statt Fehler zu analysieren und Perspektiven zu entwikkeln, liefern sie sich Grabenkämpfe, in denen die Linien zwischen Realpolitikern, Fundamentalisten und Öko-Sozialisten so verschwommen sind wie ihr Programm. Im Landeshauptausschuß, dem höchsten Gremium zwischen den Parteitagen, benötigten die Delegierten am Sonntag in Marl mehr als zehn Stunden, um einen Antrag der früheren Bundestagsabgeordneten Christa Nickels, Antje Vollmer und Eckhard Stratmann sowie des Bundesvorstandsmitglieds Lukas Beckmann mit dem knappen Ergebnis von 17 zu 15 Stimmen abzulehnen, den Landesvorstand zu entlassen.

Die beiden Geschäftsführer Martin Pannen und Thomas Hoofs hatten mit einer schonungslosen Analyse für erhebliches Aufsehen und für Unruhe (WELT vom 18. Mai) gesorgt. Darin werden vor allem die Fundamentalisten und Ökosozialisten um Stratmann und Hubert Nickoff für den unklaren und verfahrenen Kurs verantwortlich gemacht. Einer Handvoll Delegierten gelang es in Marl, die Versammlung mit nicht endenden Geschäftsordnungsdebatten und Schuldzuweisungen zu entnerven, so daß das Präsidium zeitweise die Handlungsfähigkeit verlor. Christa Nickels giftete, als ihre Wortmeldungen nicht mehr berücksichtigt wurden: „Unverschämtheit".

Michael Happe, einer der angegriffenen Realpolitiker und Landesvorstandsmitglied, versuchte vergeblich, Linie in die Diskussion zu bringen. Er forderte einen Neuanfang mit den vier Stufen „erst die Fehler analysieren, dann Perspektiven daraus entwickeln, unsere Strukturen überdenken und zuletzt die Gremien neu besetzen". Sein eindringlicher Appell fruchtete wenig. Antje Vollmer hatte als eine der ersten erkannt, daß das Verhalten der Grünen in NRW entscheidenden Einfluß haben wird auf die Stimmung in den anderen Landesverbänden auch im Hinblick auf die Landtagswahl in Niedersachsen 1986 und die Bundestagswahl 1987.

„Die Grünen als Hoffnungsträger, die praktisch automatisch gewählt werden, die Zeiten sind vorbei", formulierte Lukas Beckmann. Ihm gehe es vor allem darum, die Glaubwürdigkeit der Partei wiederzuerringen. Und Realpolitiker Gabriel Falkenberg erkannte: „Die Sozialdemokraten sind jetzt die Hoffnungsträger, sie und nicht wir stehen als Kompetenz für die Vereinigung von Arbeit und Ökologie." Die Landtags-Spitzenkandidatin Marianne Hürten und Hubert Niehoff warfen dem Landesvorstand erregt vor, er habe mit seiner Wahlanalyse in „unerhörter Weise die Kandidaten diffamiert". Niehoff erklärte: „Wer so an die Öffentlichkeit geht, betreibt die Spaltung der Partei."

Mit Mühe nur konnte das Präsidium („bleibt ruhig, Leute, ruhig, ruhig") eine namentliche Abstimmung über die Bühne ziehen, ob nun ein oder zwei Landesdelegiertenversammlungen den Schaden diskutieren sollen. Das Ergebnis war so wie der Tagesverlauf: „Geduldet euch noch ein wenig – wir haben jetzt drei verschiedene Ergebnisse." Am 8. Juni wird nun die Basis debattieren – und Stratmann argwöhnt: „Das wird nicht anders als hier in Marl."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wieder Fälle von Kannibalismus in Südafrika?

M. GERMANI, Johannesburg

Durch die Unruhen in den schwarzen Städten Südafrikas, besonders am Ostkap, das nach internen Parolen der „United Democratic Front" (UDF) bereits als „befreites Gebiet" bezeichnet wird, ist ein grausiger Fall von Kannibalismus aufgedeckt worden. Nach Informationen der WELT ist der schwarze Stadtrat Kini Kini in Uitenhage, ein wohlhabender Geschäftsmann, der öffentlich für einen friedlichen Weg des Ausgleichs in Südafrika eintrat, zusammen mit seinen beiden Kindern und zwei Leibwächtern am 23. März ermordet worden. Die Leichen wurden mit Benzin übergossen, anschließend Teile von einem johlenden Mob verzehrt. Man glaubte bislang, in Südafrika den Kannibalismus seit mehreren Jahrzehnten überwunden zu haben. In letzter Zeit wurden Ex-Kaiser Bokassa in Zentralafrika und Idi Amin in Uganda als Kannibalen entlarvt.

Das Verbrennen und Verzehren des Feindes hat nach afrikanischem Glauben zwei Bedeutungen: Die Afrikaner sind, trotz aller Christianisierung sehr stark im Glauben an die Ahnen, die praktisch das Leben der Familien teilen, verhaftet. Durch das Verbrennen eines Menschen kann sein Geist nicht zu den Vorfahren eingehen, er kann aber auch, wenn er getötet wurde, nicht mehr Rache an seinen Mördern nehmen, denn seine Seele wurde mitverbrannt. Durch den Verzehr gewisser Körperteile gehen, so der Glaube, sowohl Bildung, Intelligenz und Macht auf diejenigen über, die an diesem „Mahl" teilhaben.

Frau Kini ist die einzige Überlebende des Massakers von Uitenhage. Derzeit befindet sie sich in London, um an einer Demonstration der „Opfer gegen den Terrorismus" anläßlich des zweiten Jahrestages der Bombenexplosion von Pretoria teilzunehmen. Am 20. Mai 1983 waren bei dem bisher schwersten Bombenanschlag in Südafrika 19 Menschen getötet, über 200 verwundet worden. Verübt hatte den Anschlag die in Südafrika verbotene kommunistische Untergrundorganisation „African National Council" (ANC), die enge Kontakte mit der UDF unterhält.

Die Mitglieder der Bewegung „Opfer gegen den Terrorismus" hielten gestern vor sieben Botschaften in Pretoria friedliche Demonstrationen ab. Diese Länder (die Bundesrepublik, Schweden, Großbritannien, Australien, die USA, Niederlande und Kanada) dulden ANC-Vertretungen. In einer Protestnote an den Botschafter der Bundesrepublik wird auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß es sich bei den Opfern des ANC hauptsächlich um unschuldige Frauen und Kinder handelt. Weiter heißt es in dem Schreiben, eine deutsche Stiftung habe 99 781 englische Pfund für den ANC gezahlt, während er gleichzeitig finanzielle Unterstützung von den „Grünen" und anderen Parteien erhalte.

Musterbeispiel für Faß ohne Boden

Von ACHIM REMDE

Das Blasorchester, das Bundesminister Warnke vor der ehemals deutschen Schule von Lushoto – berühmte Eleven sind Klaus von Amsberg und Kai-Uwe von Hassel – mit einer eigenen Version von Miriam Makebas „Maleika" begrüßte, geht in ununterbrochener Tradition auf die deutsche Kolonialzeit zurück. Auch viele Häuser des idyllischen Ortes, in den Usambara-Bergen nicht weit von Tanga im Norden Tansanias gelegen, sind unverkennbar deutsch geprägt. Der letzte hier geborene Deutsche, ein Automechaniker, der nie in seinem Leben in Deutschland war, hat sich gerade zur Ruhe gesetzt. Im Dunkel der Wälder des gemäßigten Klimas der über 2000 Meter ansteigenden Bergwelt blühen die Usambara-Veilchen, die sich so gut in deutschen Wohnzimmern halten.

Die Deutschen, die nach kurzer Kolonialzeit als „streng, gerecht und diszipliniert" in Erinnerung geblieben sind, sind längst wieder da: als Entwicklungshelfer. Wie kaum jemand auf der Welt hatte es Tansanias Präsident Nyerere verstanden, für die Entwicklung seines Landes ausländische Hilfe zu mobilisieren, aus West und Ost, aus Nord und Süd, die Deutschen in vorderster Reihe. War es der Charme des ehemaligen Dorfschullehrers, der noch heute zu schulmeistern liebt und ehrenhalber den Suaheli-Titel „Mwalimu" (Lehrmeister) trägt? Oder war es die traumtänzerische Ideologie des von ihm propagierten „Ujamaa"-Sozialismus, die besonders viel Raum für verstiegene Ideen linkslastiger, sogenannter Entwicklungsexperten ließ? Ein buntes Gemisch von Nationen stand Schlange, um dem Mwalimu Helfer und Geld anzudienen. Der nahm, wie es kam.

TANSANIA

Das Ergebnis ist katastrophal. In der kontroversen Diskussion um die Wirksamkeit westlicher Entwicklungshilfe – aus dem Ostblock kommt so gut wie nichts – gilt Tansania zu Recht als Musterbeispiel für ein „Faß ohne Boden", in dem Millionen und Milliarden versickert sind. Generationen von deutschen Entwicklungshelfern sind hier auf Kosten des deutschen Steuerzahlers mit mehr oder weniger großem Eifer selbst konzipierten und häufig abstrusen Aufgaben nachgegangen. Während der Mwalimu sich als Vorkämpfer für eine neue Weltwirtschaftsordnung profilierte und im SPD-Vorsitzenden Willy Brandt einen geistesverwandten Gesprächspartner für seine weltverbesserischen Ideen fand, nahm für die Bevölkerung des fruchtbaren Landes die wirtschaftliche Talfahrt kein Ende. Nyerere setzte dem ganzen die Krone auf, indem er den Westen bei jeder sich bietenden Gelegenheit beschimpfte, der Ausbeutung und des Neokolonialismus bezichtigte. Der aber bezahlte weiterhin unverdrossen die Zeche für die ideologischen Eskapaden des Bankrotteurs.

Der Internationale Währungsfonds (IWF), der als einzige Institution ein makroökonomisches Konzept für die Gesundung maroder Volkswirtschaften anzubieten hat, nahm sich Tansania vor und setzte für weitere Hilfe, auf die das Land dringend angewiesen ist, eindeutige Bedingungen. Darunter vor allem eine massive Abwertung des tansanischen Schilling, der einen horrenden Schwarzmarktkurs hat. Geführt von Finanzminister Msuya artikulierte sich in der tansanischen Regierung eine Gruppe von Pragmatikern, sicherlich nicht ohne Nyereres Zustimmung, denn ohne diese geschieht in Tansania nichts, und setzte Maßnahmen zur Liberalisierung der Staatswirtschaft durch. Auch kleinere Abwertungen fanden statt. Nyerere selbst erklärte zwar noch im November öffentlich, daß die afrikanischen Länder eigentlich die Bezahlung ihrer Auslandsschulden einfach verweigern sollten. Doch das tat er fast scherzhaft, in Form eines Gedankenspiels, so daß eine heftige Reaktion des deutschen Entwicklungshilfeministers weitgehend ins Leere traf. Dann überraschte der Mwalimu die Öffentlichkeit mit der Ankündigung, er wolle noch in diesem Jahre vom Präsidentenamt zurücktreten und sich auf den Vorsitz der Einheitspartei beschränken. Wer Nyereres Nachfolger wird, ist offen. Ohnehin wird Nyerere, wenn er will, als Parteivorsitzender mächtiger sein als jeder Präsident.

Bei seinem Besuch in Tansania vom 9. bis 13. Mai, der lange geplant war, bevor von Nyereres Deutschlandbesuch vom 21. bis 23. Mai die Rede war, gewann Warnke den Eindruck, daß in Tansania eine Tendenzwende zu einer flexibleren und pragmatischeren Wirtschaftspolitik stattgefunden habe. In der Tat ist der Abwärtstrend des tansanischen Bruttosozialprodukts bereits seit 1983 gestoppt, die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise erhöht, der Agrarsektor ist großenteils privatisiert und die wild wuchernden staatlichen Anbau- und Vermarktungsorganisationen sind weitgehend abgebaut worden. Das alles bestimmte Warnke, mit deutscher Entwicklungshilfe wieder etwas stärker einzusteigen. Die Bundesregierung will 5 Millionen Mark für die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben bereitstellen. All dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine Einigung mit dem IWF, ohne die Tansania nicht wieder auf die Beine kommen kann, nicht abzusehen ist.

Die Saudis fürchten den Terror der schiitischen Kommandos

Bittgesuch Riads in Teheran / Finanzielle Hilfe für das Mullah-Regime?

PETER M. RANKE, Kairo

Nicht einer Vermittlung im Golfkrieg galt die überraschende Reise, die den saudischen Außenminister Prinz Feisal zum ersten Mal nach vier Jahren nach Teheran führte. Aus saudischen Kreisen in Kairo wird bekannt, daß Prinz Feisal seinen iranischen Kollegen Velayati aufforderte, die Ausbreitung des Terrors schiitischer Geheimkommandos auf Saudi-Arabien unbedingt zu verhindern.

Jetzt einsatzbereit

Die Saudis sind aufgeschreckt durch den Bomben-Anschlag in der Hauptstadt Riad, wo es am Sonnabend einen Toten und mehrere Verletzte gegeben hatte. Für den Terror-Akt erklärte sich die schiitische Geheimorganisation „Islamischer Heiliger Krieg" verantwortlich. Diese Gruppe unterhält enge Beziehungen zu Teheran, wird zum Teil in Iran ausgebildet und operiert von der ostlibanesischen Bekaa-Ebene aus. Dort sind syrische Truppen stationiert.

Der saudische Innenminister Prinz Naif (50), ein Bruder von König Fahd, hat die Reise des Außenministers nach Teheran veranlaßt. Angeblich hat Prinz Feisal dort nicht nur gemahnt, sondern auch einen Scheck hinterlassen. Die Saudis haben schon öfter Dollar-Beträge in Millionen-Höhe nach Teheran transferiert, damit arabische Öltanker im Golf nicht von der iranischen Luftwaffe angegriffen werden. Auch Irak erhält saudische Finanzhilfe. So verkaufen die Saudis täglich 200 000 Barrel Rohöl aus eigener Förderung zugunsten Iraks.

Saudische Regierungskreise erinnern jetzt daran, daß vor einem Jahr Einzelheiten über die Ausbildung schiitischer Terrorkommandos in drei iranischen Lagern bekannt wurden. Sei scheinen jetzt einsatzbereit zu sein. Als erstes Ziel ihrer geplanten Anschläge wurde Saudi-Arabien genannt. In der Öl-Provinz Hasa leben rund 300 000 schiitische Glaubensbrüder, die scharf überwacht werden, damit sie Terroristen keinen Unterschlupf oder Hilfe bieten.

Innenminister Naif und sein Stellvertreter, Prinz Achmed, ebenfalls ein Vollbruder von König Fahd, haben noch den Terror-Überfall auf die große Moschee in Mekka vom November 1979 in Erinnerung. Daher wurden jetzt die Polizeikontrollen an den Grenzen und auf den Flughäfen verstärkt. Man befürchtet, daß der Fastenmonat Ramadan, der Montag begonnen hat, und die nachfolgende Pilgerzeit fanatische Schiiten zu Terror-Aktionen herausfordern.

Saudi-Arabien ist bei islamischen Fundamentalisten als korrupt und proamerikanisch verhaßt. Außerdem bekämpfen sie das Königshaus, da der Koran keine Könige kennt.

Der islamische „Heilige Krieg" hat vorige Woche von Beirut aus Kuwait und den USA eine „große militärische Aktion" angedroht, wenn sie nicht dafür sorgten, daß zehn ihrer schiitischen Terroristen in kuwaitischem Gewahrsam gegen sechs entführte Amerikaner und Franzosen ausgetauscht würden.

Aktion angedroht

Die zehn Terroristen – drei Libanesen und sieben Iraker – hatten am 12. Dezember 1983 sieben Sprengstoffanschläge gegen amerikanische und andere Einrichtungen in Kuwait unternommen, bei denen fünf Tote und 61 Verwundete zu beklagen waren. Unter den in West-Beirut vom „Islamischen Heiligen Krieg" entführten Amerikanern befinden sich zwei Geistliche, der AP-Korrespondent Terry Anderson und der Diplomat William Buckly sowie die Franzosen Marcel Carton und Marcel Fontaine. Der schwarze amerikanische „Friedenskämpfer", Reverend Jesse Jackson, will sich auf einer Nahost-Reise um ihre Freilassung bemühen.

Mitterrands Pläne für die Kanaken

Frankreichs Sozialisten wollen Kolonialkonflikt vermeiden / „Strategische Basis"

A. GRAF KAGENECK, Paris

Edgar Pisani, der seit vier Monaten amtierende „Sonderkommissar" des Präsidenten Mitterrand für das Übersee-Territorium „Neu-Kaledonien im Pazifik, kehrt zum zweiten Mal seit seiner Ernennung zum Rapport nach Paris zurück. Denn in Neu-Kaledonien stehen die Dinge auf des Messers Schneide. Die nächsten Tage werden über die Frage entscheiden, ob Premierminister Fabius seinen Plan zur Überführung des Gebietes in eine Unabhängigkeit „in enger Anlehnung an Frankreich" verwirklichen kann oder ob sich Paris dem neuen Kolonialkonflikt gegenübersieht, den die Sozialisten fürchten.

Die Spannung zwischen den zwei Bevölkerungsgruppen des kleinen Archipels, den europäischen Siedlern (Caldoches) und den melanesischen Ureinwohnern (Kanaken), haben seit Anfang des Jahres ständig zugenommen. Sie haben ihren Ursprung in den Wahlen zur Regionalversammlung vom vorigen November, die von der kanakischen sozialistischen Befreiungsfront (FNLKS) boykottiert wurden und zu einer erdrückenden Mehrheit der Siedler-Partei RPCR (Sammlungsbewegung für Caledonien in der Republik) führten. Ihren Höhepunkt erreichten sie, als der von Mitterrand zur Erkundung eines neuen Status nach Neu-Kaledonien entsandte Edgar Pisani Mitte März seinen Plan „Unabhängigkeit-Assoziation mit Frankreich" verkündete. Demnach sollte die Insel bis 1987 ihre Unabhängigkeit unter einer frei gewählten Regierung erlangen, die sich gleichzeitig verpflichtete, die Außen- und Verteidigungspolitik, die innere Ordnung und die Justiz Frankreich zu überlassen. Außerdem erhebt der Plan den Anspruch, daß Frankreich in Neu-Kaledonien eine permanente „strategische Basis" für fliegende und seegebundene Streitkräfte unterhalten könne. Sowohl der RPCR-Senator Dick Ukeiwe, der sich in Frankreich auf die Oppositionsparteien, vor allem Chiracs RPR abstützen kann, wie sein Gegenspieler Jean-Marie Tschibao, Chef der Kanaken-Partei FNLKS, die auch von den deutschen Grünen unterstützt wird, lehnten den Plan ab. Pisani wurde nach Paris zurückbeordert, und man rechnete mit seiner Abberufung. Zur allgemeinen Überraschung kehrte er aber wenig später nach Numea, der Hauptstadt des Territoriums, zurück, diesmal mit einem Plan des Premierminister Fabius in der Tasche: Das Gebiet soll in vier Regionalkörperschaften aufgegliedert werden, deren jede ihre eigene Versammlung wählt und aus denen Delegierte in eine Dachversammlung für das gesamte Territorium entsandt werden. Stichwort: Dezentralisierung und lokale Autonomie.

Der neue Plan erfuhr kaum weniger Ablehnung als der erste. Die Extremisten unter den Kanaken wollen die Unabhängigkeit sofort, die Caldoches sehen ihre letzten Privilegien als gesellschaftlich übergeordnete, europäische Siedlerschicht davonschwimmen. Die lang andauernde Spannung entlud sich am 8. Mai in blutigen Zusammenstößen und Sprengstoffattentaten. Am selben Tag verkündete der französische Verteidigungsminister Charles Hernu von der Brücke des Atom-Jagd-U-Boots „Rubis" herunter, das am Vortag im Hafen von Numea eingelaufen war, daß Frankreich demnächst mit dem Ausbau der strategischen Basis beginnen werde. Nicht nur die kanakische Befreiungsfront, selbst die Nachbarregierungen von Australien und Neuseeland sind dagegen, letztere, weil sie eine Übertragung des Ost-West-Konflikts auf den südlichen Pazifik fürchten.

Mitterrand will nun den Fabius-Plan der Nationalversammlung am 29. Mai zur Beratung vorlegen. Die Bevölkerung von Neu-Kaledonien soll dann im nächsten Jahr in einer Volksabstimmung über ihre endgültige Zukunft entscheiden.

Pole fordert Verständnis für Schlesier

JGG. Düsseldorf

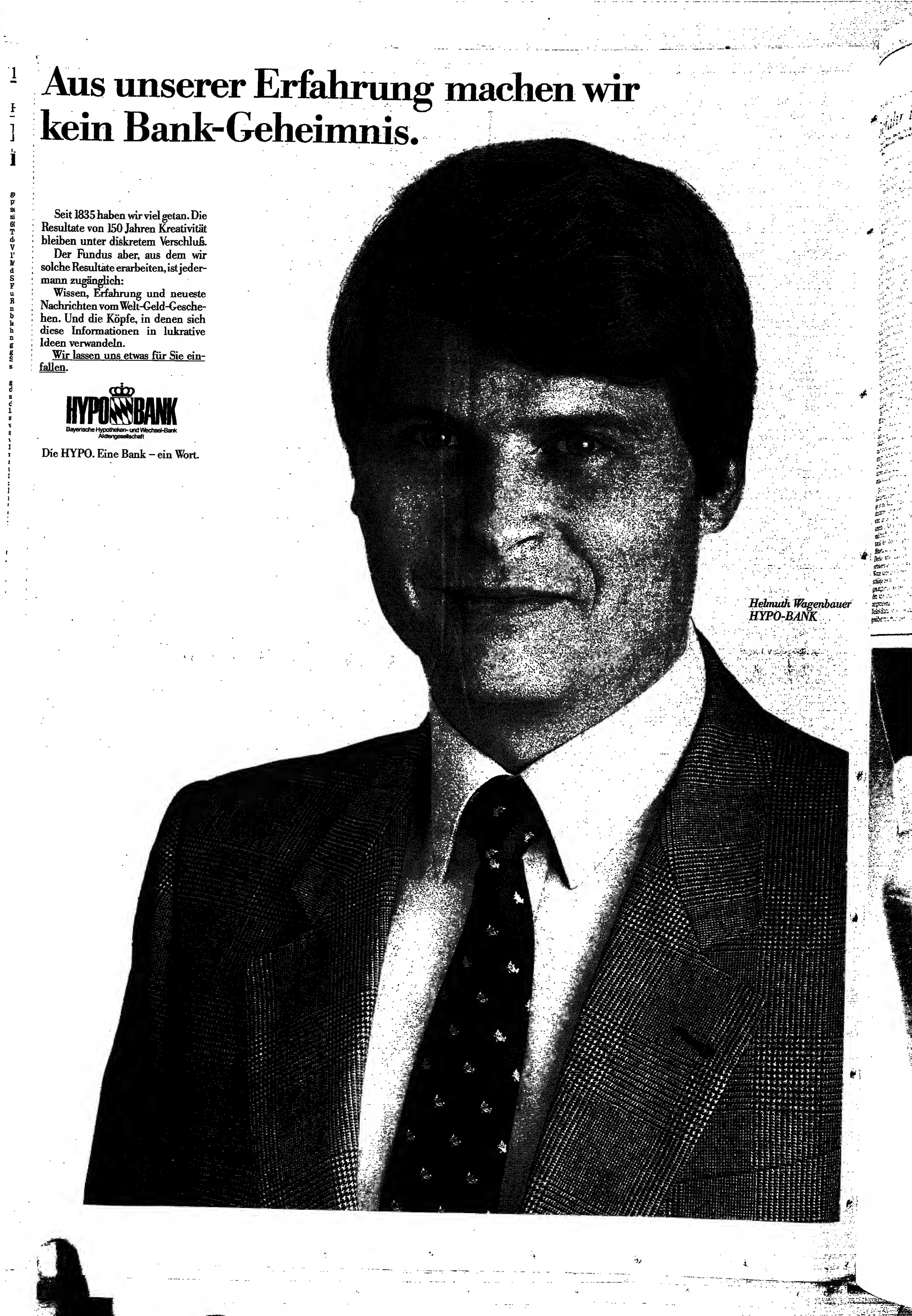
Ein besseres Verständnis der Polen für die Deutschen, besonders die Schlesier, hat der polnische Publizist Piotr Pawel Ursyn gefordert. In der exilpolnischen Zeitschrift „Kultura" (Paris) schreibt der erst jüngst in die Bundesrepublik Emigrierte, es sei „allerhöchste Zeit", in den deutsch-polnischen Beziehungen umzudenken. Die sieben Jahrhunderte lang festliegende Grenze zwischen Polen und Deutschland sei bis 1945 wohl die sicherste gewesen, die je zwischen zwei Nationen bestanden habe.

Obwohl er die Oder-Neiße-Linie für Polen für existenznotwendig und den Zugewinn deutschen Territoriums für gerecht hält, gesteht Ursyn ein, sein Land habe „bedeutend mehr" Gebiete im Westen erhalten als erwartet. Doch könne man die „historische Präsenz" Deutschlands in seinem einstigen Osten nicht verleugnen, wie das in Polen amtlich geschehe. „Die historische Präsenz der Deutschen" in den Oder-Neiße-Gebieten „hat viele Analogien mit der polnischen hinter dem Bug ...", schreibt Ursyn.

„Die deutschen Schlesier können sich folglich auf eine Tradition berufen, die bis ins 13. Jahrhundert zurückgeht, auf eine längere, als die polnische in Weißruthenien und Litauen. Sie hatten das selbe Recht (polnische), Aufstände (in Oberschlesien) zu bekämpfen, wie die Polen das Recht hatten, Lemberg zu verteidigen, polnisch-Litauen zu integrieren." Die Existenz von Landsmannschaften in der Bundesrepublik Deutschland hält Ursyn für normal. „Besäße die Volksrepublik Polen nur ein Quentchen Souveränität, würde es zweifelsohne gewaltige Verbände der Lemberger, Wilnaer und Wolhynier" mit ähnlichen Aktivitäten wie die Schlesier unter Czaja und Hupka geben.

Die heutige Verwahrlosung in den einst blühenden deutschen Provinzen Schlesien, Pommern und Ostpreußen, „der ökonomische und kulturelle Raubbau", gehe eindeutig auf das Konto Volkspolens. Man habe dort nach 1945 viel polnisches „Lumpenproletariat" angesiedelt. Ursyn kritisiert, daß nach 1945 ganze Häuserkolonnen von teilweise großem kulturhistorischem Wert auseinandergenommen wurden, um mit ihren Ziegeln Warschau wieder aufzubauen. Auch die Zerstörung deutscher Gräber, die vorsätzliche Entfernung deutscher Grabinschriften bedauert er. Dafür könne man aber weder das polnische Volk, noch eine angebliche „polnische Wirtschaft" verantwortlich machen.

Gemeinsam mit polnischen Neuemigranten hat die Pommersche Landsmannschaft jetzt die Charta der Vertriebenen und das Manifest der Pommern ins Polnische übersetzt. Heute findet in diesem Zusammenhang in Uelzen ein pommersch-polnisches Treffen „Mut zum Dialog" statt.


Aus unserer Erfahrung machen wir kein Bank-Geheimnis.
Seit 1835 haben wir viel getan. Die Resultate von 150 Jahren Kreativität bleiben unter diskretem Verschluß.
Der Fundus aber, aus dem wir solche Resultate erarbeiten, ist jedermann zugänglich:
Wissen, Erfahrung und neueste Nachrichten vom Welt-Geld-Geschehen. Und die Köpfe, in denen sich diese Informationen in lukrative Ideen verwandeln.
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.
HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.
Helmuth Wagenbauer
HYPO-BANK

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gefahr im Hallenbad

„Zwölf Tote nach Deckeneinsturz in einem Schweizer Hallenbad": WELT vom 11. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch in unserer Bundesrepublik sind Hallenbäder gebaut worden, deren abgehängte Decken eine potentielle Gefahr für Menschen bedeuten können. Besonders Hallenbäder, die bis zu den Jahren 1978 bis 1980 gebaut wurden, sind durch ihren geringen Wärmeschutz gefährdet und sollten nach diesem schweren Unglück in der Schweiz umgehend untersucht werden.

Aus Gründen des Schallschutzes werden und wurden in der Vergangenheit in vielen Hallenbädern abgehängte Decken eingebaut. Sie bestehen selten aus Beton, sondern oftmals aus Leichtmaterial mit aufgelegten Schallschluckmatten.

Bei der Installation einer abgehängten Decke ist immer darauf zu achten, daß keine Taupunktunterschreitung an der darüberliegenden Dach-Unterseite auftritt. Eine entsprechende Berechnung ist deshalb unumgänglich. Fast immer muß als Ergebnis dieser Berechnung eine ausreichende Belüftung des Deckenhohlraumes erfolgen. Ein Randstreifen von wenigen Zentimetern als umlaufender Belüftungsschlitz zur „freien Belüftung" reicht nicht aus. Mehr wird jedoch in den meisten Fällen vom Akustiker nicht zugestanden, da dann der Sinn einer abgehängten Decke als Schallabsorber nicht mehr gegeben ist. So bleibt nur eine mechanische Be- und Entlüftung des Deckenhohlraumes durch Ventilatoren übrig, was jedoch selten konsequent ausgeführt wird.

Bei Nichtbeachtung der physikalisch-technischen Sachzusammenhänge ist die Möglichkeit eines Deckeneinsturzes gegeben: Der Taupunkt wird an der Dachunterseite unterschritten. Schwitzwasser bildet sich und tropft auf das Schallschluckmaterial der abgehängten Decke. Das Material wird durchfeuchtet, und die Decke wird dadurch wesentlich schwerer als im trockenen Zustand. Wenn keine größeren Sicherheitszuschläge bei den Halterungen der abgehängten Decke berücksichtigt worden sind und wenn falsches Halterungsmaterial – nicht jeder Chrom-Nickel-Stahl ist widerstandsfähig gegenüber chlorhaltiger Hallenbadluft – verwendet wurde, dann können die Halterungen in einer Kettenreaktion brechen.

Wenn jeder Hallenbad-Hersteller und jeder Hallenbad-Betreiber diese Zusammenhänge kennt, ist es um die Sicherheit der Hallenbad-Nutzer gut bestellt. Nur: meine bescheidenen persönlichen Erfahrungen sehen anders aus.

Mit freundlichen Grüßen
C. Harms,
Fockbek

Klassenrecht?

„CSU zweifelt am Kanzlerbonus": WELT vom 14. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Stoiber sieht es vollkommen richtig, daß die CDU durch die halbherzige Rechtsreformpolitik, in der sie sich schwach gezeigt hat, enttäuschte.

Das geltende Ehe- und Scheidungsfolgenrecht dokumentiert ein höhnisches Klassenrecht von gestern, das Arbeit nicht bewertet. Nach der Scheidung zahlt der Lebenstüchtigere gemäß seiner Arbeitsleistung Unterhalt an denjenigen, der sich seinen sozialen Stand mühelos erscheiden durfte und „vornehm" arbeiten läßt. Ein „Untermieterverhältnis" mit Unterhalt vom Expartner ist der liberale Nepp, der sich offenbart.

Heiratet der Unterhaltspflichtige dagegen ganz seriös, dann wird der Widerstreit der Gesetze zu Lasten der intakten Familie besonders deutlich: Im Steuerrecht heißt es sehr richtig, daß zusammenlebende Eheleute eine Gemeinschaft des Erwerbs und Verbrauchs bilden, in der jeder Ehegatte an den Einkünften und Lasten wirtschaftlich zur Hälfte teilhat. Zwischen geschiedenen Ehegatten besteht eine solche Gemeinschaft nicht mehr. Trotzdem verurteilen die Bürgerrechtler folgendermaßen. Die Hausfrau hat keinen Anteil an den Einkünften, sondern nur an den Lasten in der Ehe, während die geschiedene Frau nur an den Einkünften und nicht an den Lasten beteiligt ist.

Das Schutzgebot des Grundgesetzes ist für die intakte Familie eine Legende – wie lange noch?

Hochachtungsvoll
O. Callies,
Schenefeld

Unzulänglich

„Anbiedern bürgerlich": WELT vom 23. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei Ihnen erschien ein Bericht über die geplante Beschaffung von Jagdflugzeugen für die österreichischen Luftstreitkräfte.

Leider wird durch den Ankauf von 24 alten Jägern Saab Draken die österreichische Luftverteidigung nicht wesentlich verstärkt. Dies wäre erst möglich, wenn die Maschinen mit Jagdraketen ausgerüstet werden könnten.

Eine derartige Bewaffnung aber verbietet der Österreichische Staatsvertrag von 1955. Auf diese Unzulänglichkeit hat Anfang 1977 der damalige Verteidigungsminister General von Lütgendorf in einem Interview für Ihre Zeitung eindringlich hingewiesen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Dr. N. Krivinyi,
Wien

Erich Knauf

In der WELT erschien der Glückwunsch für Werner Bochmann von Reginald Rudorf. Darin wurde erwähnt, daß Bochmann der Komponist des berühmten Liedes „Heimat Deine Sterne" war. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, daß der Text des Liedes von Erich Knauf stammt, dem Journalisten, der damals nicht mehr schreiben durfte, weil er sich durch eine abfällige Kritik an Dussolina Giannini, die als Carmen in Berlin gastiert hatte (1935 oder 1936), „mißliebig" gemacht hatte, verhaftet worden war und ein paar Wochen im Konzentrationslager Sachsenhausen dafür „büßen" mußte.

Knauf, der ein Nazigegner ersten Grades war, wurde 1944 durch die Denunziation eines Hausgenossen wegen „staatsfeindlicher" Bemerkungen wieder verhaftet und zusammen mit Erich Ohser (dem berühmten Karikaturisten E. O. Plauen) zum Tode verurteilt. Ohser hatte mit Knauf zusammen gewohnt und mit dem für verläßlich gehaltenen Denunzianten manchen Abend verbracht, bei dem man kein Blatt vor den Mund nahm. Knauf wurde in Brandenburg, nachdem alle Gnadengesuche seiner Frau fehlgeschlagen waren, hingerichtet, Ohser beging, ehe es für ihn soweit kam, Selbstmord im Zuchthaus.

Ich meine, die Erinnerung an diese beiden Freunde sollte, gerade im Zusammenhang mit Bochmanns 85. Geburtstag, wachgehalten werden. Frau Knauf erhielt Wochen später die Rechnung für die Hinrichtung, wenn ich mich recht entsinne (ich habe sie gesehen) in Höhe von etwa 600 Reichsmark. Das Kriegsende machte die „Bezahlung" der Rechnung hinfällig.

Dr. F. Hock,
Hamburg 20

Unverständlich

„Die ‚Satire' wird zum Fall WDR": WELT vom 3. Mai

Nachdem auch Werner Höfer in seinem „Frühschoppen" vom 5. Mai sich heftig darum bemühte, diese „Satire" zu verharmlosen, scheint es sehr wichtig zu sein, daß sehr viele Bürger sagen, was sie davon halten – auch gegen professionelle Wortakrobaten. Es ist ein Machwerk hochgradiger Geschmacklosigkeit und Infamie. Wenn man schon glaubt, diese „Satire" veröffentlichen zu müssen, so ist es etwas grundsätzlich anderes, wenn sie auf einer intimen Kleinkunstbühne aufgeführt wird, statt bei ARD und Eurovision. Dies zu Pleitgens Versuch nach der Reportage über „Bitburg" (ARD, 5. 5. 85), die Gegner dieser „Satire" als Feinde der Pressefreiheit zu diffamieren.

Mit freundlichen Grüßen
M. Waldeck,
Vlotho

*

„Pankraz, E. Kisch und das große Wegsehen": WELT vom 29. April

Wer – wie der Unterzeichner – die „goldenen 20er Jahre" bewußt miterlebt hat, kann die in dem Artikel genannten Tatsachen und Beurteilungen nur voll unterstreichen. Was das Bonner Postministerium zu dieser Ehrung von Egon Erwin Kisch veranlaßte, bedarf in der Tat einer tiefenpsychologischen und tiefenpolitischen Untersuchung.

Dr. G. Goldberg,
Hamburg 36

Wort des Tages

„Kein Gebot Gottes fällt uns schwer, keines lästig, wenn wir nur wollen. Fehlt uns aber der Wille, so erscheint uns auch das leichteste als eine gewaltige Last."

Johannes Chrysostomos, Heiliger und Kirchenlehrer (344–407)

Personalien

GEBURTSTAGE

Einer der angesehensten theologischen Forscher in der Bundesrepublik Deutschland, der emeritierte Professor für Neues Testament an der Universität Marburg, Dr. **Werner Georg Kümmel**, feierte in Marburg seinen 80. Geburtstag. Bereits mit seinem 1929 erschienenen Buch „Römer 7 und die Bekehrung des Paulus" machte er sich einen Namen weit über sein Fachgebiet hinaus. Die Arbeit zählt heute zur Grundlagenliteratur der biblischen Anthropologie. 1932 erhielt Professor Kümmel einen Ruf an die Universität Zürich, wechselte 1949 an die Universität Mainz und wurde 1952 Nachfolger **Rudolf Bultmanns** an der Universität Marburg, wo er bis zu seiner Emeritierung 1973 tätig war.

*

Der Heidelberger Ordinarius für Klinische Radiologie und Ärztliche Direktor der Universitäts-Strahlenklinik, Professor Dr. **Karl zum Winkel**, feierte seinen 65. Geburtstag. Zum Winkel, der in Weiler in Thüringen geboren wurde, begann 1939 sein Medizinstudium an der Universität Jena und beendete es nach dem Besuch der Universitäten München, Berlin, Königsberg, Breslau und Göttingen mit der Promotion 1945 an der Universität Göttingen. 1948 übernahm er in Weida die ausgedehnte Landpraxis seines Vaters. Eine Fachausbildung für Radiologie absolvierte er in Gera. 1957 verließ er mit seiner Familie Mitteldeutschland und setzte seine Tätigkeit als Radiologe an der Heilstätte Königstuhl in Heidelberg fort. In der Folgezeit befaßte er sich intensiv mit nuklearmedizinischen Untersuchungen der Nierenfunktion, wobei seine 1962 als Monographie veröffentlichte Arbeit als Grundlage der modernen Nierenfunktionsdiagnostik angesehen wird. Seine außergewöhnlichen wissenschaftlichen Leistungen im Gesamtbereich der Nuklearmedizin wurden durch die Verleihung des Otto-Hahn-Preises der Stadt Frankfurt am Main gewürdigt. Nach einer Professur auf dem Lehrstuhl für Radiologie der Freien Universität Berlin von 1969 bis 1975 erhielt er einen Ruf auf den Lehrstuhl für Klinische Radiologie an der Universität Heidelberg. Die Heidelberger Strahlenklinik, mit 80 Betten eine der größten Strahlenkliniken Europas, wurde dank der unermüdlichen Initiative von Professor zum Winkel auch apparativ auf den neuesten Stand gebracht.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Peter Johannek**, Hochschullehrer für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Münster, übernahm den Lehrstuhl „Westfälische Landesgeschichte und Mittelalterliche Geschichte" an der Westfälischen Wilhelms-Universität.

AUSZEICHNUNGEN

Mit der Verleihung der Thomas-Morus-Medaille 1985 ist in Bonn **Freya von Moltke**, Witwe des als führender Kopf der Widerstandsgruppe Kreisauer Kreis am 23. Januar 1945 in Plötzensee hingerichteten **Helmuth James Graf von Moltke**, geehrt worden. Der englische Humanist, Philosoph, Jurist, Staatsmann und Märtyrer **Thomas Morus**, von 1529 bis 1531 Lordkanzler unter **Heinrich VIII.**, wurde am 6. Juli 1535 auf dem Tower-Hill hingerichtet, weil er in unbeugsamer Rechtsgesinnung seinem König den Eid verweigerte und diesen als selbsternanntes Oberhaupt der englischen Kirche nicht anerkennen konnte. Die Thomas-Morus-Gesellschaft, im Dezember 1980 in Bensberg bei Köln als deutsche Sektion der internationalen Vereinigung „Amici Thomae Mori" (Freunde des Thomas Morus) gegründet, dient dem Zweck, das geistige, religiöse und humanistische Erbe Morus' im deutschen Sprachgebiet zu fördern und zu verbreiten. Nach Professor Dr. **Hans Maier**, bayrischer Kultusminister, dem Philosophen **Robert Spaemann** sowie dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. **Alois Mertes**, wurde mit Freya von Moltke erstmals eine Frau mit der Thomas-Morus-Medaille ausgezeichnet.

*

Professor Dr. **Franz Pöggeler** (58), Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine Pädagogik an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, ist von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden.

*

Der „Gustav-Heinemann-Bürgerpreis" 1985 ist im Rastatter Schloß der Deutschen Sektion der Umweltschutzorganisation „Greenpeace" verliehen worden. Die mit insgesamt 20 000 Mark dotierte Auszeichnung war 1976 nach dem Tod des früheren Bundespräsidenten **Gustav Heinemann** von der SPD gestiftet worden. Den Preis nahmen die drei Geschäftsführer von „Greenpeace", **Gerd Leipold**, **Monika Griefahn** und **Harald Zindler** entgegen.

WAHL

Frankreichs Botschafter in Bonn **Jacques Morizet** hat die Schirmherrschaft über den „Internationalen Club La Redoute" in Bad Godesberg übernommen. Sein Vorgänger in diesem Amt war Finnlands Botschafter **Heikki Kalha**, der in Kürze die Bundesrepublik Deutschland verläßt. Während der Jahreshauptversammlung des Clubs, der in der Redoute in Bad Godesberg ansässig ist, wurde auch ein neuer Generalsekretär gewählt. Die Wahl fiel auf Generalkonsul a. D. Dr. **Oskar von Siegfried**. Vorstandsvorsitzender bleibt **Rudolf Graf von Buquoy**. Schirmherr des Internationalen Clubs ist traditionell der Bundespräsident, heute also **Richard von Weizsäcker**. Der Club, der sich durch eine Vielzahl internationaler Veranstaltungen auszeichnet, widmet sich vor allem auch der Pflege kultureller Beziehungen.

Der Stuttgarter Komponist **Karl Marx** ist im Alter von 87 Jahren verstorben. Er hatte sich mit seinen Oratorien, Motetten, Kantaten sowie Spiel- und Kammermusik auch international einen Namen gemacht und war ein Hauptvertreter der Jugendmusikbewegung. In seinen Kompositionen strebte er äußerste Einfachheit des meist polyphonen Satzes an. Bedeutende Dirigenten wie **Wilhelm Furtwängler**, **Karl Böhm** und **Hermann Abendroth** nahmen sich der Musik von Marx an. **Carl Orff** ermutigte den Künstler nach der Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg zum Musikstudium. Der gebürtige Münchner wurde 1927 in seiner Heimatstadt Theorielehrer für Tonkunst und übernahm zwei Jahre später den Münchner Bach-Verein. Von 1939 bis 1944 war er an der Grazer Musikhochschule. Von 1946 bis 1966 lehrte Marx an der Stuttgarter Musikhochschule und verhalf diesem Institut zu großem Ansehen.

Sonderbotschafter des Papstes nach Warschau

AFP, Warschau

Der Sonderbotschafter Papst Johannes Paul II., Luigi Poggi, wird am 3. Juni zu einem zweiwöchigen Besuch in Polen eintreffen, wurde aus Kirchenkreisen in Warschau bekannt. Während seines Aufenthaltes auf Einladung der polnischen Bischöfe wird Poggi außer mit Primas Kardinal Jozef Glemp auch mit Außenminister Stefan Olszowski und Religionsminister Adam Lopatka zusammentreffen.

Der Sonderbotschafter des Papstes reist alljährlich in die polnische Hauptstadt. Dem kommenden Besuch wird von Beobachtern jedoch besondere Bedeutung zugeschrieben, da die Verhandlungen zwischen Kirche und Staat in Polen praktisch am toten Punkt angelangt sind. Ungelöste Probleme bleiben weiterhin der rechtliche Status der Kirche, der geplante Fonds für die private Landwirtschaft sowie die Einrichtung diplomatischer Beziehungen zwischen Warschau und dem Vatikan.

Um den geplanten Landwirtschaftsfonds hatte es in den vergangenen Monaten ein heftiges Tauziehen gegeben. Er war von der katholischen Kirche in Polen stark favorisiert worden. Mit einer raschen Einigung in den Problempunkten kann kaum gerechnet werden, dafür sind die Positionen auf beiden Seiten zu sehr verhärtet.

Arbeitskampf in Schweden durch Kompromiß beigelegt

Palme schaltete sich ein / Bezüge um zwei Prozent angehoben

DW. Stockholm

Der Arbeitskampf im öffentlichen Dienst Schwedens ist gestern mit der Annahme eines Kompromiß-Vorschlages nach 18tägiger Dauer beendet worden. Dieser Kompromiß, den Schwedens sozialdemokratischer Ministerpräsident Olaf Palme in langwierigen Gesprächen mit der Gewerkschaftsführung vorbereitet hatte, sieht zum 1. Dezember Einkommensverbesserungen von zwei Prozent vor. Ursprünglich hatte die Gewerkschaft TCO-S als Ausgleich für Lohnverluste aus dem Jahr 1984 eine Anhebung der Bezüge um 3,1 Prozent gefordert.

Der in den vergangenen drei Wochen von der Gewerkschaft gezielt gegen sensible Bereiche des öffentlichen Lebens in Schweden angewandte Streik hatte sich als einer der folgenschwersten Arbeitskämpfe in den vergangenen Jahrzehnten erwiesen. Nur vier Monate vor den nächsten Parlamentswahlen war in den vergangenen Tagen nicht nur das öffentliche, sondern auch das Erwerbsleben mehr und mehr belastet worden. Da sich auch die Zollbeamten und die Flugleiter dem Arbeitskampf angeschlossen hatten, lag nahezu die Hälfte des schwedischen Außenhandels brach, und der gesamte Flugverkehr von und nach Stockholm mußte eingestellt werden. Dies führte zum Beispiel bei der skandinavischen Fluggesellschaft SAS, die gerade erst den nur wenige Wochen zurückliegenden Streik in Dänemark überwunden hatte, erneut zu Millionenverlusten.

Von dem Arbeitskampf in Schweden waren zuletzt etwa 100 000 Menschen betroffen, darunter allein auch 35 000 Lehrer, die zusammen mit fast 70 000 Angestellten des öffentlichen Dienstes mit Billigung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von den Arbeitgebern ausgesperrt wurden. Palme hatte sich gegenüber der sozialdemokratischen Gewerkschaft vor allem deshalb unnachgiebig gezeigt, weil er im Vorfeld der Parlamentswahlen die Inflation im Lande verstärkt bekämpfen wollte. Er setzte darauf, daß sich die Volksmeinung gegen die Streikenden richten werde, wenn die Auswirkungen des Arbeitskampfes für den einzelnen Bürger spürbar würden.

Es wird damit gerechnet, daß sich jetzt die Lage in Schweden zur Wochenmitte wieder normalisiert. Die ersten Flugzeuge konnten bereits wenige Stunden nach dem in dreitägigen Verhandlungen erzielten Kompromiß die schwedische Hauptstadt wieder anfliegen oder verlassen. Allerdings standen gestern in den schwedischen und dänischen Häfen noch mehrere Hundert Lastkraftwagen, die auf ihre Zollabfertigung warteten.

Kreisky sagt Besuch in Israel ab

Heftige Presseangriffe der Grund? / Jerusalem befürchtete Demonstrationen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler und jetzige Ehrenvorsitzende der Sozialistischen Partei, Bruno Kreisky, hat einen für heute geplanten Besuch in Israel abgesagt. Offiziell heißt es, die Reise des Altbundeskanzlers sei „auf unbestimmte Zeit" verschoben worden. Kreisky, der von einem israelischen Friedensinstitut eingeladen worden war und mit Ministerpräsident Shimon Peres sowie anderen Politikern der israelischen Arbeiterpartei zusammentreffen wollte, wird heute in Wien vor der Presse zu der nicht zustandegekommenen Reise Stellung nehmen. Jedoch ist bereits klar, daß die Absage auf die heftige Pressekampagne zurückgeht, die in Israel um die Person Kreiskys begonnen hat.

Man fürchtet nicht nur Demonstrationen gegen Kreisky, den die große israelische Zeitung „Maariv" als „schmutzigsten Juden der neueren Geschichte" titulierte – wofür sich das Blatt inzwischen allerdings entschuldigt haben soll. Außerdem könnte der Besuch zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Position der israelischen Arbeiterpartei schaden. Zugleich waren in Israel Stimmen laut geworden, die den Besuch Kreisky mit der Bitburg-Kontroverse um Präsident Reagan in Zusammenhang brachten.

Kreiskys Verhältnis zu Israel war bereits während dessen Kanzlerschaft gespannt. Als Jude machte er aus seiner Ablehnung des Zionismus kein Hehl. Scharf kritisierte er die israelische Politik gegenüber den Arabern, besonders den Palästinensern. Als österreichischer Regierungschef traf er mehrfach mit PLO-Chef Yassir Arafat zusammen, den libyschen Staatschef Khadhafi lud er zu einem Besuch nach Wien ein. Kreiskys Begegnungen mit offiziellen israelischen Persönlichkeiten – etwa mit der Ministerpräsidentin Golda Meir – verliefen meist frostig. Bekannt war, daß Kreisky den seinerzeitigen Ministerpräsidenten Begin scharf attackiert hat. Auch für die Politik Israels in den besetzten arabischen Gebieten fand Kreisky immer wieder Worte der Verurteilung.

Andererseits steht außer Zweifel, daß Kreisky bei der Ausreise sowjetischer Juden nach Israel über Wien eine wichtige Rolle spielte. Auch nachdem es einer aus der CSSR einreisenden Truppe arabischer Terroristen gelang, eine Auflösung des jüdischen Durchgangslagers bei Wien zu erzwingen, setzte Österreich seine Hilfeleistung an sowjetische Juden fort: Die Auswanderer aus der Sowjetunion werden seither in verschiedenen kleineren Hotels untergebracht – der arabischen Forderung war pro forma Genüge getan – in der Sache aber änderte sich nichts.

Wer Kreisky als Skeptiker oder gar als Gegner des Zionismus bezeichnet und damit auch seine eher reservierte bis unfreundliche Haltung gegen Israel erklärt, kommt der Wirklichkeit näher als jene israelischen Stimmen, die ihn als „jüdischen Antisemiten" darstellen wollen. Kreisky hat mehr als ein Dutzend Familienmitglieder durch die Judenverfolgung des Dritten Reiches verloren. Seine heutige Haltung ist aus seiner Herkunft und aus seiner politischen Vergangenheit zu erklären. Kreiskys Familie stammt aus Mähren, also aus der heutigen Tschechoslowakei. Das böhmisch-mährische Judentum, besonders in seiner bürgerlichen Schicht, fühlte sich dem österreichischen und deutschen Kulturkreis zugehörig. Die Juden Böhmens und Mährens wurden noch in den zwanziger Jahren von den nationalistischen Tschechen als „Deutsche" – und damit als im national-tschechischen Sinne unzuverlässig – klassifiziert.

Kreisky schloß sich als wohlbehüteter Sohn eines Industriellen bereits in jungen Jahren der Sozialdemokratie an. Er ergriff also für eine politische Richtung Partei, die eigentlich im Widerspruch zu seiner sozialen Herkunft stand. Der Religion – und damit auch dem religiösen Judentum, das in Israel eine so große Rolle spielt – stand und steht er, der sich als „Agnostiker" zu bezeichnen pflegt, reserviert gegenüber. Auf sein persönliches Schicksal angesprochen hat er mehrfach zu verstehen gegeben, er sei als Sozialdemokrat politisch verfolgt worden – folglich nicht ein „rassisch Verfolgter" gewesen.

US-Sender strahlt Programm nach Kuba aus

AP, Washington

Zum Jahrestag der Unabhängigkeit Kubas hat die US-Regierung mit der regelmäßigen Ausstrahlung von Rundfunkprogrammen über Politik, Kirchen- und Sportgeschehen nach Kuba begonnen. Die kubanische Regierung reagierte daraufhin mit der Aussetzung des im Dezember 1984 mit den USA geschlossenen Einwanderungsabkommens und mit einem Einreiseverbot für in den USA lebende Kubaner.

Radio Havana nannte die Aufnahme der Sendungen von „Radio Marti" gerade zum Unabhängigkeitstag „zynisch und provozierend". Auch der Name des Senders, der an den kubanischen Nationalhelden Jose Marti erinnert, sei eine „schwere Beleidigung" Kubas. „Radio Marti" sendet nach Angaben des US-Außenministeriums über Anlagen des Senders „Stimme Amerikas" (Voice of America) auf den Florida vorgelagerten Inseln.

In dem am 14. Dezember 1984 geschlossenen Einwanderungsabkommen hatte Washington die Aufnahme von jährlich bis zu 20 000 Auswanderern aus Kuba zugesagt. Noch dieses Jahr sollte Kuba 3000 politische Gefangene in die USA ausreisen lassen. Im Gegenzug sollte Havana 2700 in den USA unerwünschte Kubaner – zumeist Geisteskranke und Kriminelle – wieder aufnehmen, die 1980 von Kuba abgeschoben worden waren.

Zwischen gesunder Skepsis und hysterischer Spurensuche: 20 Jahre „Monitor"

Wenn Aufklärungslust manisch wird

Wichtige Geburtstage sollten mehrmals hintereinander begangen werden. Das gilt auch für „Monitor", das politische Magazin des WDR. Am eiligsten hatte es wohl die Jury des Adolf-Grimme-Preises, die „Monitor" bereits vor mehreren Wochen das Geburtstags-Präsent in Form einer Auszeichnung überreichte. „Monitor"-Chef Klaus Bednarz hingegen reklamierte bei der letzten Sendung – seiner 15. Sendung und der 285. „Monitor"-Sendung überhaupt – am Dienstag, dem 14. Mai just diesen Tag als den Geburtstag des Magazins. Aber in der Einladung zum Umtrunk im Vierscheibenhaus am Kölner Appellhofplatz hieß es: „Das zeitkritische Magazin Monitor wird am 20. Mai 1985 20 Jahre alt – vielen Prophezeiungen zum Trotz". Hingegen gab die Pressestelle des WDR den heutigen 21. Mai als den 20. Geburtstag von „Monitor" an.

Und sie liegt damit exakt richtig. Denn am 21. Mai des Jahres 1965 wurde „Monitor" zum ersten Mal ausgestrahlt. „Monitor-Chef der ersten Stunde" war damals Claus Hinrich Casdorff. Und lange schien es, als sei er so wenig von „Monitor" zu trennen wie Köln vom schönen Dom. Während etwa beim Hamburger Pendant „Panorama" die Chefs wechselten wie die Ehemänner einer Elizabeth Taylor, so hielten es „Monitor" und Casdorff mehr als 16 Jahre miteinander aus. Dabei machte sich schon frühzeitig Väterchen Frust bemerkbar. So wurde bereits im September 1968 durch Intendantenbeschluß Casdorffs „Monitor" vom Vierzehntage- auf den Vierwochen-Turnus gedrückt. Ebenso mußte „Monitor" auf die Traumzeit vom frühen Freitagabend verzichten und mit einem Montagabend-Termin vorlieb nehmen, bis dann 1978 die Dienstagabend-Zeit angesetzt wurde.

Casdorff belebte nicht nur das elektronische Medium, sondern auch die Print-Medien. Die Attacken gegen die Frankfurter Polizei oder ein Interview mit einem maskierten Tupamaro sorgten für Schlagzeilen. Redakteure, die er heranzog, stehen mittlerweile zum Teil im „ARD-Gotha". Man denke an Namen wie Claus Richter oder Martin Schulze. Insbesondere bildete Casdorff über ein Jahrzehnt hindurch mit Rudolf Rohlinger ein unverwechselbares Interview-Tandem beim „Kreuzfeuer", das gegen diverse Gesprächspartner aus der Bonner Prominenz eröffnet wurde.

1977 kam an seine Stelle die ein wenig fadere „Gegenrede". Doch so ganz ohne Kreuzfeuer ging es auch wieder nicht: Wenn schon nicht die Bonner Prominenz, so sollte wenigstens „Monitor" selbst im Kreuzfeuer bleiben. Und tatsächlich schuf Casdorff vor elf Jahren die im Anschluß an Monitor dargebotene Dritte-Programm-Sendung „Monitor im Kreuzfeuer" – ein Feedback der Tele-Leute zum Tele-Publikum, das heute noch existiert.

Am 10. November 1981 präsentierte sich in „Monitor" erstmals ein 1975 in China gewachsener Rotbart mit zwei Silberstreifen. Er gehörte zu Gerd Ruge, dem vormaligen WDR-Sonderkorrespondenten Fernsehen, der Casdorff als „Monitor"-Chef abgelöst hatte. „Ich möchte nicht dauernd im Kasten hängen", meinte der gebürtige Hamburger Ruge zu der Dezenz seiner Selbstdarstellung, welche sich ein wenig von der bohrenden Quasseligkeit in der „Gegenrede" des Hamburger Landsmannes Casdorff unterschied. So wurde auch die „Gegenrede" abgeschafft. Allerdings: Monitor, der vormalige Hecht im Karpfenteich, verwandelte sich in einen Bassin-Fisch. Es wurde alles ein wenig ausgewogener – aber auch fader.

Das änderte sich gewiß, als Ruge zum Chefredakteur avancierte und als der mit den sowjetischen Behörden wegen seiner Dissidenten-Sendungen in Konflikt geratene frühere ARD-Moskau-Korrespondent Klaus Bednarz ab Januar 1984 die „Monitor"-Moderation-Leitung übernahm. Nun wurden müde Parlamentarier munter. Im letzten Jahr gab es allein zehn Anfragen im Bundestag wegen Reportagen von „Monitor". Ebensooft kamen die Länderparlamente in Bewegung. Nicht alles unbedingt Ruhmesblätter für die oftmals hysterischen Spurensucher des Magazins.

Auch für die Gerichte gab und gibt es Arbeit. Derzeit läuft beim Amtsgericht München ein Prozeß, der katholischen Organisation „Opus Dei" gegen „Monitor". Das Landgericht Köln beschäftigt sich mit der Berufung des WDR gegen ein Urteil, das Bundesminister Geissler gegen einen Formaldehyd-Beitrag erwirkt hat. In diesem Jahr schieden sich die Geister insbesondere an „Monitor"-Reportagen über den Pershing-Unfall.

Nach jeder Sendung werden Briefschreiber mobil. Bednarz: „Ich erhalte bergeweise Briefe. Darin befinden sich faksimilierte Fahrkarten zu verschiedenen Moskauer Bahnhöfen. Immer wieder gärt der braune Urschlamm." Das klingt nicht gerade souverän, eher beleidigt und denunziatorisch.

Für die WDR-Volontäre jedoch *scheint „Monitor" ein Dorado* zu sein. Denn in der Gunst des WDR-Nachwuchses, der sich die bevorzugten Redaktionen zum Teil aussuchen kann, liegt die „Monitor"-Redaktion mit Abstand an der Spitze.

GISELHER SCHMIDT





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Ursus, der Unbesiegbare
Italienischer Spielfilm (1963)
11.25 Freitags Abend
11.55 Umschau
12.10 Die dritte Generation
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wie in alten Zeiten
Aus dem Leben zweier Kino-Plakatmaler
Film von Michael Lentz
16.55 Spaß am Dienstag
Zeichentrickfilme
17.20 Da schau her!
Von einer Affenpflegemutter, die in ihrer Wohnung in der Münchner Innenstadt kranke Äffchen wieder gesundpflegt, handelt die heutige Ausgabe dieser Sendereihe für Neugierige. Des weiteren wird das australische Schnabeltier zu sehen sein, eine äußerst ungewöhnliche Erscheinung, denn dieses Eier legende, mit einem Entenschnabel bewehrte Tier ernährt seine Jungen wie ein Säugetier.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Das Rateteam um Robert Lembke, das erst kürzlich die 300. Sendung seines „heiteren Beruferatens" feiern durfte, versucht auf ein neues, ungewöhnliche Betätigungsfelder sowie einen Gaststar auszuknobeln ...
21.00 Report
Die Zukunftsmacher – das Forschungsministerium des Herrn Riesenhuber / Die sowjetische Militärmission und ihre Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland
Moderation: Günther von Lojewski
21.45 Magnum
Das Geheimnis der Herzogin
22.30 Tagesthemen
23.00 Nebenwirkungen
Fernsehfilm von Raimund Weber
Mit Bernd Tauber u. a.
Regie: Ralph Bridle
Eines Tages stellt Arzneimittelvertreter Heinz Braune fest, daß in seinem Bezirk ein an sich erfolgreiches Rheuma-Mittel nicht mehr gekauft wird. Er versucht auf eigene Faust, die Gründe herauszufinden ...
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
Für Computer-Freaks
Mit Biggi Lechtermann
16.20 Die Reise nach Varna
Sowjetischer Jugendfilm
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Eine Klasse für sich
Geschichten aus einem Internat
Studienrat Bruhns hat manchmal etwas merkwürdige Überzeugungen. Als die Schülerzeitung des Internats sich nun mit diesem Lehrer näher beschäftigt, gehen die Redakteure des Blattes dabei leider ein wenig zu weit ...
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Verkehrsgericht
Vorsicht: Zwillinge unterwegs!
Bei einem Verkehrsunfall werden drei Fahrzeuge beschädigt und eine Frau leicht verletzt. Wer am Steuer saß, läßt sich kaum feststellen, denn die betrunkenen Insassen des Unfallwagens, die Zwillinge Andrea und Simone Kastor, beschließen, darüber keinerlei Angaben zu machen ...
21.15 WISO
Wirtschaft und Soziales
Moderation: Friedhelm Ost
Wenn die Heizkosten berechnet werden, gibt es oft lange Gesichter. „So viel können wir gar nicht verbraucht haben", heißt es dann. Und dies manchmal nicht zu Unrecht, denn die Ablesemechanismen müssen nicht unbedingt den tatsächlichen Verbrauch anzeigen.
21.45 Heute-Journal
22.05 Saint Jack
Amerikanischer Spielfilm mit Ben Gazzara
Regie: Petert Bogdanovitsch
23.55 Gute-Nacht-Musik
„Mein Mädel hat einen Rosenmund" (Brahms): Ludwig Baumann, Bariton; Oresta Cybriwsky, Klavier
0.00 heute



Ben Gazzara als Jack Flowers in dem Film „Saint Jack" – ZDF, 22.05 Uhr FOTO: DEFD

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Hermann Feldhoff aus Italien
20.45 Rückblende
Vor 60 Jahren: Jazz-Musik in Deutschland – ein neuer Rhythmus erobert Europa
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
22.15 Deutschlandbilder
... dann ist die Hinrichtung noch humaner!
23.00 Auslandsmagazin
Beiträge u. a.:
Über 50 Jahre Moskauer U-Bahn
Die Religion der Rastafaris in Jamaika
Französische Partnersuche per Computer
Das jüngste Verkehrsmittel in den USA – die U-Bahn
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Gitarrenwerkstatt
19.15 Haste Töne? – Amateure und Profis machen Musik
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
Fragestunde – live mit Ulrich Plenzdorf
21.15 Steckbriefe (4)
22.15 Juristenstammtisch
23.00 Fasnacht
Fernsehspiel von Bruna Kiser
0.20 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Eisenbahnmuseum in Nairobi
18.45 Uhlandstraße 4
19.05 Formel Eins
20.00 Die Herren mit der weißen Weste
Deutscher Spielfilm (1969)
Mit Martin Held, Heinz Erhard und Rudolf Platte
Regie: Wolfgang Staudte
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur – aktuell in Hessen
22.30 Dada lebt nicht nur, Dada blüht
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Fragezeichen
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Des Königs Dieb
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit David Niven, Roger Moore, George Sanders u. a.
Regie: Robert Z. Leonhard
22.30 Avec plaisir (6)
23.00 Nachrichten

BAYERN
18.15 BR-Fenster
18.45 Rundschau
19.00 Flash Gordon (12)
19.20 Duell in den Wolken
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Mit Rock Hudson u. a.
Regie: Douglas Sirk
20.50 Die Sprechstunde
21.35 Rundschau
21.50 Z. E. N.
21.55 Aschaffenburger Gespräche '85
Sind wir Revanchisten?
23.25 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
Mit Irene Cara, Bonnie Tyler, Paul McCartney u.a.
14.00 Die Chronik der Familie Rius
Teil 1
15.00 Die Bären sind los
Der große Wurf
15.30 Musicbox
Musik, die unter die Netzhaut geht
16.30 Scooby-Doo
Die Festung der Schrecken
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Recht und Terror
18.00 Hoppla Lucy
Das Puzzlespiel
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Waldrausch
Österreichischer Spielfilm (1962)
Mit Marianne Hold, Gerhard Riedmann, Ingeborg Schöner u. a.
Regie: Paul May
Wenn der Wald seinen Rausch hat, d. h. wenn Pollenwirbel den Tag verdunkeln, dann ist auch der Mensch bedeutsamen Einflüssen ausgesetzt, die seine Verhaltensweise verändern ...
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Weekend auf dem Lande
Emma Peel, die sich als Bridge-Expertin hervorgetan hat, wird von einem Sir Cavalier in sein Landhaus eingeladen. Steed kann sie nicht begleiten, denn er ist die Treppe hinuntergefallen ...
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Sturm über dem Nil
Englischer Spielfilm (1955)
Mit Laurence Harvey, Mary Ure, Anthony Steele u. a.
Regie: Terence Young, Zoltan Korda
Obwohl Leutnant Feversham Kolonialkriege haßt, wirft er sich tapfer in die Schlacht gegen aufständische Stämme im Sudan, um seiner Verlobten und seinen Freunden zu imponieren ...
23.50 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Deutschland – Deutschland
Erinnerungen an die Geschichte einer geteilten Nation
2. Die Abgrenzung
Dokumentation von Heinz Hemming und Manfred Rexin
Nach Stalins Tod waren Hoffnungen aufgekeimt, daß sich die im „Kalten Krieg" erstarrten Fronten zwischen den Großmächten lockern würden und auch eine Lösung der „deutschen Frage" möglich wäre.
20.15 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
Die Liebe und das Geschäft
Fernsehfilm von Fritz Eckhardt
Chefportier Huber und seine Chefin können in letzter Minute einen Selbstmord verhindern. Eine Dame – Ariane Möller – wollte ihrem Leben mit Tabletten ein Ende setzen. Der lebenserfahrene Huber nimmt sich ihrer an ... Doch dessen Schwester Resi beobachtet eifersüchtig die weitere Hilfe!
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

KRITIK

Botschaften eines schrägen Lebensgefühls

Das Establishment nennt die wüsten Herren „junge Wilde", die „laut und grell" seien, ihre „Schau hinfetzen" und, überhaupt, „U-Malerei" sind. Das hat uns gerade noch gefehlt, nach dem Tanz um die goldene Trennung in E- und U-Musik: jetzt sind die Maler dran.

Aber so ganz verwunderlich ist das alles denn doch nicht, schaut man zwischen den Farben und lauscht man zwischen den Tönen von Joachim Obsts 45minütigem Bericht „Mauer Pauer" über Berlins „Heftige Maler".

Deren Arbeiten haben sich schließlich längst zur „Senatskunst" gemausert und damit zum Objekt einer hilflosen Kritik, die beim Beschreiben mit Wörtern, die nicht neu sind, zwanghaft dahin kommen muß zu meinen, auch die „Heftigen" seien num mal nichts Neues.

Denen selbst, voran Fetting, Salome, Mittendorf und Zimmer, seit den irren Siebzigern des wütend-rotzig-grellen Aufbruchs und dem Wir-sind-wer-Gefühl längst Einzelkämpfer auf dem Kriegspfad zum Goldenen Topf, ist das völlig schnuppe, ebenso wie die Ismen in den Statements und Katalogen: Wo sie hinmalen, wächst kein Gras mehr. Neue Sinnlichkeit statt neue Sachlichkeit ist Trumpf.

Hingeworfene Wörter als Sendungskommentar zu hingeworfenen Bildern auf Kanvas, Putz- und Mauerwerk: Keine letzten, große Zeitenzuckungen, nicht zahm geworden; Lust auf mehr Emotion, Trieb, Wildwuchs.

Erst Spray-Athen, dann Punkkultur, jetzt „End-art". Botschaften schrägen Lebensgefühls, von Angst, Sehnsucht, Wahn und Wonnen besessen. „Sturm und Drang an der Mauer" hat man das genannt, „die Mauer als Abenteuerspielplatz".

Dennoch: Ein bißchen ruhiger sind sie schon geworden; der Kulturbetrieb steht schließlich Schlange, steht Schlange zu einer Welt, die vor Kreativität fast explodiert und viel seriöser in ihrem Anliegen ist, als viele das wahrhaben wollen. End-art? Nein. Start-art. ALEXANDER SCHMITZ

Film über Verbrechen in der Pharmazie-Industrie

Die Methode Betrug

Der Verdacht drängt sich gleich auf, daß man Angst vor der eigenen Courage hat. Das Fernsehspiel „Nebenwirkungen" von Raimund Weber (Buch) und Ralph Bridle (Regie) behandelt nämlich nach Orginalunterlagen einen handfesten Pharma-Betrug.

Es ist also ein TV-Spiel zu einem gewiß aktuellen Thema – und dennoch ist es auf der Nachtleiste der ARD plaziert worden.

Es liegt fast auf der Hand, daß sichmehr für diese Problematik interessieren als nur die, denen es möglich ist, um diese Zeit noch in die Röhre zu gucken.

Nebenwirkungen – ARD, 23.00 Uhr

Im Mittelpunkt des Films steht der Pharma-Vertreter Heinz Braune (Bernd Tauber), der sich immer tiefer in ein Netz von kriminellen Vorgängen verstrickt. Täglich besucht er Ärzte, weist sie auf die neuesten Pharma-Präparate seiner Firma hin, verteilt Musterpackungen und Werbegeschenke – Routine für ihn und viele seiner Kollegen.

Doch eines Tages muß er feststellen, daß in seinem Bezirk „Trugon" – ein erfolgreiches Rheuma-Mittel – nicht mehr verkauft wird. Sein Chef Tanger, der Leiter des Außendienstes, erwartet eine Erklärung. Braune kann sie ihm jedoch nicht geben und versucht auf eigene Faust, die Gründe für den ominösen Vorgang zu finden.

Immer tiefer verwickelt er sich dabei in ein Geflecht von Exportfirmen, Spediteuren, Großhändlern und ausländischen Scheinfirmen.

In die Sache selbst gerät er also wider eigenen Willen. Aber er versucht – quasi als ein selbsternannter Kommissar –, die Sache aufzuklären. Gehorcht Braune zunächst der eigenen Not, indem er sich selbst aus dem „Dreck" ziehen will, so wird er immer mehr zu einem Spürhund, der gegen seine eigene Firma recherchiert.

Doch in diesem Film gehe es nicht nur um einen Kriminalfall, meint Ralph Bridle, sondern es gehe auch „um den täglichen Gang der Geschäfte einer ganzen Branche".

Und die Figur von Braune habe die Funktion von Aufklärung, „tatsächlich und dramaturgisch", meint Raimund Weber. Damit sind ziemlich hohe Ansprüche formuliert. Können sie eingehalten werden? Das wird zu sehen sein. Spät, gewiß. Aber immerhin. DW



Bernd Tauber als Heinz Braune in dem Wirtschaftskrimi „Nebenwirkungen" – ARD, 23.00 Uhr FOTO: URSULA RÖHNERT

STUDIO

Mit Brezeln, Wein und Jazzmusik feierte das ZDF in seiner Mainzer Zentrale ein kleines internes Jubiläum: In diesen Tagen strahlt der **ZDF-Musikkanal** sein 500. Programm aus.

Zu empfangen ist dieses einzige reine TV-Musik-Programm der Welt, das alle Musiksparten – von der Klassik bis zum Hardrock nebeneinander – zu ihrem Recht kommen läßt, zur Zeit nur im Bereich der Kabelpilotprojekte, übrigens überall zur selben Sendezeit – Ludwigshafen (13 000 Anschlüsse) und München (30 000) hängen bereits dran. Dortmund (2000) und Berlin (240 000) kommen demnächst hinzu. Auf weitere Städte und damit Personenkreise kann gehofft werden.

Dort, wo die ZDF-Musik empfangen werden kann, liegt sie in der Gunst und Nutzung der Zuschauer inzwischen schon vor allen 3. Programmen der ARD. Das Programmschema ist übersichtlich: Jeden Tag eine andere Art von Musik. Montag Unterhaltungsmusik, Dienstag Klassik, Mittwoch Volksmusik, Donnerstag Oper, Freitag Pop und Rock, Samstag Operette und Sonntag Show.

Das ZDF produziert außer Kleinigkeiten wie Moderation keine Sendungen speziell für den Musikkanal. Das meiste lief bereits im Hauptprogramm, oder es wird dort demnächst einmal ausgestrahlt.

Aber die Zuschauer nutzen vieles – vor allem die 50 im ZDF bereits ausgestrahlten Opern –, um es noch einmal zu genießen oder aufzeichnen zu können. Außerdem sendet der Musikkanal Musikproduktionen, die von der Eurovision übernommen wurden, aber nicht für das Hauptprogramm vorgesehen sind.

Ob eines Tages alle deutschen Fernsehzuschauer dieses spezielle Musikprogramm des ZDF werden empfangen können, hängt ein wenig von der wetterpolitischen Entwicklung ab. ZDF-Planungschef Walter Konrad zitiert seinen Intendanten Professor Stolte: „Theoretisch kann der Musikkanal von einem auf den anderen Tag auf den Satelliten umsteigen." J.N.

Notarztwagen mit Blaulicht und Martinshorn sind mittlerweile zu einem vertrauten Bild auf unseren Straßen geworden. Den Einsatz von Ärzten bei Unfällen und akuten lebensbedrohlichen Erkrankungen gibt es seit etwa zehn Jahren. Daß die Ausbildung zum Notarzt nicht gesetzlich geregelt ist, steht im Gegensatz zur guten Organisation und technischen Ausrüstung dieses Dienstes. Aber auch die Zahl der Notärzte reicht noch nicht aus.



Gerade bei Verkehrsunfällen ist Erste Hilfe oft lebensrettend. Eine fundierte Ausbildung von Notärzten und Laien ist die Voraussetzung FOTO: DIETER THIERBACH

Mediziner fordern Zusatzausbildung für die Versorgung von Notfällen

von ANNETTE TUFFS

Auf dem Deutschen Anästhesiekongreß, der vom 15. bis 19. Mai in Bonn stattfand, stand die Forderung eines Fachkundenachweises für den Notarzt im Mittelpunkt der Diskussion. Er wird, wie Prof. Friedrich Wilhelm Ahnefeld von der Universität Ulm mitteilte, von der Deutschen Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin empfohlen und von der Bundesärztekammer gefordert. Bis jetzt ist er nur in Baden-Württemberg verpflichtend durch das Rettungsdienstgesetz eingeführt.

Die Narkoseärzte sind auch im Krankenhaus weitgehend für lebensrettende Maßnahmen und Wiederbelebung zuständig und organisieren meist den Notarztdienst. Deswegen sind gerade sie an einer verbesserten und einheitlichen Ausbildung der Notärzte interessiert. Der Fachkundenachweis soll durch theoretische und praktische Übungen, die etwa 80 Stunden umfassen, erworben werden. Dazu gehört auch eine vorgeschriebene Anzahl von Einsätzen im Rettungswagen als zweiter Arzt.

Zusatzausbildung für alle Ärzte

An diesen Veranstaltungen sollen vor allem Ärzte teilnehmen, in deren Verantwortungsbereich auch Wiederbelebung und Notfallmaßnahmen fallen, z.B. Chirurgen, Kinderärzte und Allgemeinmediziner. Es soll keine weitere Zersplitterung der Medizin mit einem neuen Facharzt für Notfallmedizin geben. Die zusätzliche Ausbildung soll vielmehr fächerübergreifend und verbindend wirken, da sie auch von den Vertretern der verschiedenen Disziplinen übernommen wird. Der Notarzt muß in der Lage sein, einen Herzinfarkt ebenso wie eine lebensbedrohliche Krankheit bei einem Kind oder Verletzungen bei einem Verkehrsunfall zu behandeln.

In den USA übernehmen zum Teil nur Sanitäter die Rettungseinsätze. Eine Untersuchung zeigte, daß in etwa 70 Prozent die Anwesenheit eines Notarztes notwendig ist. Diagnose und Behandlung müssen dem geschulten Arzt überlassen bleiben, der von einem gut ausgebildeten Sanitäter unterstützt wird. Es gibt bis heute kein Berufsbild des Rettungssanitäters. Er wird von dem zuständigen regionalen Hilfsverband, z.B. dem Deutschen Roten Kreuz, ausgebildet. Auch er braucht eine einheitliche und intensivere Schulung.

Der Forderung nach einem Fachkundenachweis für Notärzte steht entgegen, daß alle approbierten Ärzte in der Lage sein sollten, am Rettungsdienst teilzunehmen. Eine zu große Anzahl von Medizinstudenten macht es aber unmöglich, ausreichenden praktischen Unterricht anzubieten. Diesem Mißstand, der nicht an der Wurzel angepackt werden kann, soll nun durch die zusätzliche Qualifikation zum Notarzt abgeholfen werden.

Bis jetzt war es dem Studenten überlassen worden, wo er den Erste-Hilfe-Kurs, der für die Zulassung zum Physikum Voraussetzung ist, ablegt. Er soll nun als Veranstaltung der Universität eingeführt werden, in dem die Studenten auch die Herzmassage erlernen. Wie Prof. Peter Sefrin von der Universität Würzburg mitteilte, sollen „Ärzte-im-Praktikum", die im Bereich der Anästhesie ausgebildet werden, Kenntnisse in der Notfallmedizin erwerben.

Schnelle Hilfe kann Leben retten

Entscheidend für das Überleben des Notfallpatienten sind meistens die ersten fünf bis zehn Minuten, die durch die Überlebenszeit des Gehirnes vorgegeben sind. Der Rettungswagen trifft jedoch meist erst danach ein. Die Erste Hilfe des Augenzeugen kann durch den Einsatz eines guten Notarztes und Sanitäters mit hervorragender technischer Ausrüstung nicht ersetzt werden, sie muß ihm vorausgehen.

Auf die große Bedeutung des Laienhelfers als erstem Glied in der „Rettungskette" wies Prof. Dietrich Kettler von der Universität Göttingen hin. Etwa 17 Prozent der Unfalltoten sterben zum Beispiel an der Einatmung von Erbrochenem. Eine korrekte Seitenlagerung des Verletzten durch den Ersthelfer kann dies weitgehend verhindern. Aber auch die Aufrechterhaltung von Herz- und Kreislauffunktion durch die Massage des Herzens sollte von Laien erlernt werden. Denn oft führt der Stillstand des Kreislaufes zum Aussetzen der Atmung.

In Amerika wurden 35 Prozent der Bevölkerung in der erweiterten Ersten Hilfe, die auch die Herzmassage einschließt, ausgebildet. Dies reichte aus, um die Anzahl der Unfalltoten erheblich zu verringern. Die Bundesrepublik ist, z. B. verglichen mit den skandinavischen Ländern, ein „Entwicklungsland" in der Ersten Hilfe. Dort wird den Kindern in der Schule spielerisch beigebracht, wie sie Rettungsmaßnahmen ausführen sollen. Obwohl nach einer Umfrage 50 Prozent der Bevölkerung einer gesetzlichen Einführung erweiterter Erste-Hilfe-Kurse zustimmen, gibt es bis jetzt in der Bundesrepublik nur die ungenügende Ausbildung, die für die Führerscheinprüfung verlangt wird.

Für eine ausreichende Erste Hilfe durch den Laien könnte die Einführung von entsprechendem Unterricht in den Schulen, möglicherweise im Rahmen eines geeigneten Projektes, sorgen. Wiederholungskurse für Erwachsene sollen die Kenntnisse, die vom Kind mühelos erworben wurden, wieder auffrischen.

Erschwert wird der Rettungsdienst auch durch einen folgenschweren Irrtum, der immerhin von fast 20 Prozent der Bevölkerung begangen wird. Sie verwechseln den Notarzt mit dem „ärztlichen Notfalldienst", der eine ärztliche Versorgung außerhalb der Sprechstundenzeit und am Wochenende durch die niedergelassenen Ärzte gewährleistet. Sie können auch zu Notfällen gerufen werden, sind aber meist nicht dafür speziell ausgebildet wie der Notarzt. Um eine derartige Verwechslung zu vermeiden, soll dieser jetzt „Rettungsarzt" genannt werden.

Ist der Atommüll unter Tage sicher?

Die Europäische Gemeinschaft beschließt jetzt den Bau von drei Versuchs-Endlagern

Von RUDOLF WEBER

Eine besorgte Öffentlichkeit hat bewirkt, daß in den letzten Jahren die Forschung auf dem Gebiet der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle weltweit beschleunigt worden ist. Die Europäische Gemeinschaft hat jetzt einen Überblick über die gemeinsamen Arbeiten ihrer Mitgliedsländer gegeben.

In Luxemburg bestand in der vergangenen Woche unter 400 Wissenschaftlern Einigkeit darüber, daß sowohl in Ton- und Granitgesteinen wie auch in Salzdomen sichere Endlager angelegt werden können. Als nächsten Schritt errichtet nun die EG in Belgien, der Bundesrepublik und Frankreich je ein Demonstrations-Endlager.

Zahlreiche Untersuchungen zur Endlagerung, in der Bundesrepublik beispielsweise im früheren Salzbergwerk Asse II und in der Eisenerzmine „Konrad", lassen den Schluß zu, daß sich Granit, Sedimentgesteine (Absetzgesteine) und Salz grundsätzlich zur sicheren Endlagerung eignen.

In der Bundesrepublik und in den Niederlanden finden sich zahlreiche und ausgedehnte Steinsalz-Dome. Die letzten Zweifel, ob sie zur Endlagerung von Abfällen, die Wärme abgeben, genutzt werden können, sind nun durch Heizversuche in Asse II ausgeräumt: Das erwärmte Steinsalz „kriecht", so daß auch kleinste Risse geschlossen werden, durch die Wasser eindringen könnte.

Tiefbohrungen und „Felslabore" in Granit haben gezeigt, daß die Formationen zwar immer von wasserführenden Spalten durchzogen sind, daß jedoch die Wanderungsgeschwindigkeit des Wassers sehr gering ist und diese Durchlässigkeit mit zunehmender Tiefe im allgemeinen abnimmt.

Der Bau dieser Lager und das Befüllen mit radioaktiven Abfällen ist nicht immer einfach. Ein großes Problem ist, daß nach Jahren die Abfallgebinde zerfallen und Wasser die langlebigen radioaktiven Stoffe an die Erdoberfläche transportieren und damit das Trinkwasser verseuchen könnte.

Was sich bei dieser „Migration" durch Hüllmaterial und Gestein abspielt, ist noch nicht in allen Einzelheiten verstanden. Um dies zu klären, hat die EG das Projekt *Mirage* (Migration von Radionukliden in der Geosphäre) begonnen, das Feldversuche in Ton, Granit und Salz umfaßt.

Mehrere voneinander unabhängige erste Abschätzungen kommen zu dem Ergebnis, daß die zusätzliche Strahlenexposition auch im ungünstigsten Fall weit unter zehn Millirem pro Jahr liegen, also weniger als ein Zehntel der natürlichen Belastung betragen würde. Eine sichere Endlagerung wurde von den Wissenschaftlern grundsätzlich für möglich gehalten. Jeder in Aussicht genommene Standort muß jedoch auf seine Verwendung hin eigens überprüft werden.

Obwohl noch Kenntnislücken, insbesondere bei der Migration, bestehen, seien nun, so die Wissenschaftler, genügend Erfahrungen gesammelt, um den Bau von Demonstrations-Endlagern in Angriff nehmen zu können. Sie entstehen unter Federführung der Europäischen Gemeinschaft in Gorleben (für Salz), im belgischen Mol (für Ton) und an einem noch festzulegenden Ort in Frankreich (für Granit).

Mit Hilfe dieser Versuchs-Endlager für mittel- und hochradioaktive Abfälle sollen Daten gewonnen werden, so daß man Anfang der 90er Jahre industrielle Endlager anlegen kann. Die Kosten eines solchen Lagers (ca. vier Milliarden Mark) würden – auf den Strompreis bezogen – die Kilowattstunde um weniger als 0,1 Pfennig verteuern.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Tierschutzgesetz

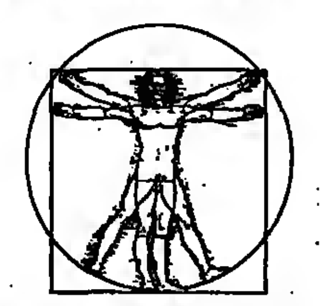
Bonn (dpa) – Die Wissenschaftsorganisationen haben Änderungen am Regierungsentwurf für ein neues Tierschutzgesetz gefordert, das in der letzten Woche in erster Lesung beraten worden ist. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft und die Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte wandten sich dagegen, daß in den vorgesehenen beratenden Kommissionen auch Vertreter von Tierschutzorganisationen mitwirken sollen. Diesen fehle die einschlägige wissenschaftliche Qualifikation.

Weltweite Bekämpfung

Paris (dpa) – Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle hat gestern eine weltweite Zusammenarbeit in der Bekämpfung von Tierseuchen gefordert. Vor der 53. Generalversammlung des Internationalen Tierseuchenamtes betonte Kiechle, zur Sicherung der Welternährung bedürfe es auch einer wirksamen Bekämpfung verlustreicher Tierseuchen sowie einer Verbesserung des Hygienestandards und der Konservierungstechniken.

Neues für Amateurfunker

Bonn (DW.) – Die Internationale Amateurfunk-Ausstellung „ham radio" in Friedrichshafen am Bodensee wird vom 28. bis zum 30. Juni 1985 bereits zum zehnten Mal veranstaltet. Dazu werden über 100 Hersteller und Geräteanbieter sowie 13 000 Funkamateure aus ganz Europa erwartet. Auch die Philatelisten kommen dabei auf ihre Kosten: Am 28. 6. wird auf dem Messegelände ein Sonderstempel ausgegeben.



Hohe Lebenserwartung

Genf (DW.) – Die Japaner haben die höchste Lebenserwartung, wie ein Bericht der Weltgesundheitsorganisation zeigt. Japanerinnen leben demnach 80,2 Jahre, Japaner 74,5 Jahre. Die letzten verfügbaren Daten aus der Bundesrepublik aus dem Jahr 1982 geben eine Lebenserwartung von 76,9 (Frauen) bzw. 70,2 Jahren (Männer) an.

Satelliten-Reparatur

Cape Canaveral (dpa) – Der nutzlos im All treibende defekte Nachrichtensatellit „Syncom" soll möglicherweise im August im Weltraum repariert und doch noch auf seine vorgesehene Umlaufbahn gebracht werden. Er war im April von der Raumfähre „Discovery" ausgesetzt worden, seine Antriebsraketen, die ihn in die Umlaufbahn bringen sollten, hatten jedoch versagt.

NACHRICHTEN

Schach-WM in Marseille?

Tunis (dpa) – Die Neuauflage der Schach-WM zwischen Anatoli Karpow und Garri Kasparow soll im September über 24 Partien in Marseille erfolgen. Weltmeister wird, wer zuerst sechs Siege erringt. Ansonsten gewinnt der, der die meisten Partien für sich entschieden hat. Bei Gleichstand behält der Weltmeister, also Karpow, seinen Titel. Ersatzorte sind London und Moskau.

Nemes siegt in Breda

Breda (sid) – Die 16jährige Olga Nemes (Reutlingen) gewann in Breda (Holland) den Europa-Grand-Prix der Tischtennis-Spielerinnen. Im Finale setzte sie sich mit 21:19, 15:21, 21:14 gegen die frühere holländische Europameisterin Bettine Vriesekoop durch.

Aus in der Vorrunde

Zalaegerszeg (sid) – Die deutschen Fußball-Junioren sind bei der dritten Europameisterschaft „Unter 16 Jahren" in der Vorrunde gescheitert. Nach der 1:2 (1:2)-Niederlage gegen die UdSSR liegt die Mannschaft mit 1:3 Punkten auf Rang drei. Die UdSSR führt die Tabelle an.

Barcelona ausgeschieden

Madrid (sid) – Der spanische Fußballmeister FC Barcelona ist im Viertelfinale des Liga-Pokals ausgeschieden. Gegen Real Madrid wurde 1:1 und 2:2 gespielt. Die Anzahl der auswärts mehr erzielten Treffer entschied zugunsten Madrids.

Göppingen steigt auf

Hannover (dpa) – FA Göppingen kehrt in die Handball-Bundesliga der Männer zurück. Im zweiten Aufstiegsspiel verloren die Göppinger zwar mit 21:25 (8:8) gegen den VfL Hameln, schafften aber wegen des Hinspielsieges von 20:12 den Wiederaufstieg.

Winkler springt ein

Warendorf (dpa) – Der fünfmalige Olympia-Goldmedaillengewinner Hans-Günter Winkler (Warendorf) wird vorübergehend für den tödlich verunglückten Springreiter-Bundestrainer Hermann Schridde einspringen. Als Nachfolger will Winkler nicht zur Verfügung stehen.

ZAHLEN

FUSSBALL

WM-Qualifikation, Europagruppe 1: In Athen: Griechenland – Polen 1:4 (0:1). – Tabelle: 1. Belgien (7:3 Tore/7:3 Punkte), 2. Polen (9:6/5:3), 3. Albanien (5:7/3:5), 4. Griechenland (4:9/3:7).

GOLF

Nationale Offene Deutsche Meisterschaft in Stuttgart, Endstand: 1. Langer (Anhausen) 278 (66+70+70+72) Schläge, 2. Giedeon (Burg Overbach) 287 (70+73+71+73), 3. Gögele (Augsburg) 294 (73+70+75+76), 4. Reiter (Braunschweig) 295 (75+75+71+74), 5. Stamm (Braunschweig) 296 (78+74+71+73), 6. Hübner (Hubbelrath) 296 (74+73+73+76)

Damen, Endstand: 1. Helbig (Bucholz-Heide) 231 (76+78+77), 2. Koch (Hannover) 233 (77+81+75), 3. Chudzinski (Wuppertal) 237 (78+79+80), 4. Blecher-Simon (Stuttgart) 243 (78+82+83), 5. Haubensak 244 (80+84+80), Ruland (Bad Wörishofen) 244 (82+78+84), Beer (Hanau) 244 (75+85+84).

VOLLEYBALL

Pokalfinale, Damen, 2. Finalspiel: TV Lohhof – Viktoria Augsburg 3:2 (6:15, 15:7, 15:6, 9:15, 15:5), Hinspiel: 1:3, Augsburg damit Pokalsieger.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Madrid, Herren, Endspiel: Maurer (Deutschland) – Duncan (USA) 7:5, 6:2. – **Nationscup in Düsseldorf, Gruppenspiel** Deutschland – Australien 1:0: Schwaier – Cash 6:2, 6:3.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 11, 21, 27, 37, 41, 45. Zusatzspiel: 39. (Ohne Gewähr).

MOTORSPORT / Jetzt der große Dreikampf zwischen McLaren, Lotus und Ferrari in der Formel 1

Zweimal hat er schon gewonnen, aber Alain Prost sagt: „Bisher war unser Auto noch nie perfekt"

PETER STÜTZER, Monte Carlo

Auf die letzten Takte der „Marseillaise" fielen Regentropfen. Mag ja sein, daß das Wetter der Prinzessin die Laune verdorben hatte, ein Gesicht wie zehn Tage Regenwetter machte sie jedenfalls. Wenigstens ein Lächeln hätte sich Stéphanie von Monaco doch abringen können. Schließlich wurde kaum fünf Meter vor ihrer hübschen Nase ein Mann geehrt, der ihr auch als solcher nicht gerade unbekannt sein sollte. Stéphanie aus dem Hause Grimaldi und Alain Prost aus dem Zirkus Formel 1, das war die Romanze des Jahres im letzten Sommer.

Offensichtlich, man hat sich nichts mehr zu sagen. Nicht mal im Glücksmoment. Caroline, erste Dame im Fürstentum, hat die Siegerehrung weit freundlicher über die Bühne gebracht, und Prost mischte den monegassischen Regen mit Champagner-Spritzern. Der kleine Franzose freute sich riesig. „Das war ein Sieg zum richtigen Moment. Ich war immer der Ansicht, daß sich die Weltmeisterschaft hauptsächlich nach Monte Carlo abspielt." Und da, sagte der Sieger, befinde er sich nun, nur zwei Punkte hinter dem in der Gesamtwertung führenden Elio de Angelis in einer glänzenden Ausgangsposition.

Die Gegenwart ist schon rosig, doch Prost setzt auf eine noch bessere Zukunft. Und die beginnt für ihn beim nächsten Grand Prix in Spa-Francorchamps. „Dieses Rennen muß uns weiterbringen", sagt der McLaren-Pilot. „Bisher war unser Auto noch nie perfekt, in Spa wird es soweit sein."

Kein Jubel im Überschwang. Gewinnt den wichtigsten, den schönsten Grand Prix des Jahres und läßt trotzdem nicht die Puppen tanzen. Statt dessen wird nüchtern die Situation analysiert. „Das Ganze läuft auf einen Dreikampf McLaren, Ferrari, Lotus hinaus. Aber ich glaube, daß unser Auto noch enorme Möglichkeiten besitzt, die bisher gar nicht ausgeschöpft sind."

Der Porsche-Motor läuft wie eine Eins, Probleme bereiten noch die Elektronik und vor allem das permanente Vabanque-Spiel von Teamchef Ron Dennis. Beim letzten Rennen in Imola schon sparte er derart an Gewicht, daß Prosts Siegerauto beim Wiegen um zwei Kilo für zu leicht befunden wurde. Die Disqualifikation wurmt Prost noch heute: „Ich könnte sicher besser schlafen, wenn ich diese neun Punkte noch hätte."

540 Kilogramm muß ein Formel-1-Wagen laut Reglement noch über die Ziellinie bringen, auch in Monte Carlo ging Ron Dennis wieder unvernünftig nah an diese Grenze. 542 Kilogramm wurden bei Prosts McLaren gewogen, „da habe ich erst einmal ein 'Uff' der Erleichterung ausgestoßen", erzählt dieser. Zum Vergleich: Das deutsche Zakspeed-Auto des Engländers Jonathan Palmer, als elftes in Monaco im Ziel, wog am Ende 612 Kilogramm.

Dem Gewichtesparen ist dafür diesmal der zweite McLaren-Fahrer zum Opfer gefallen, Weltmeister Niki Lauda. Nach dem haarsträubenden Unfall von Nelson Piquet und Ricardo Patrese rutschte der Österreicher durch die zurückgebliebene Öllache, der Wagen drehte sich, der Motor ging aus. Was nun aber bei jedem Pkw die Grundvoraussetzung für den Beginn einer Fahrt ist, ein Anlasser nämlich, bedeutet für Lauda das Ende. Einen Anlasser hat sein McLaren zwar, aber nicht jene vielleicht zwei Kilo leichte Preßluftflasche, die diesen betreiben könnte. Der Weltmeister mußte ein völlig unbeschädigtes Auto parken – es lief nur nicht.

Das Glück, das leugnet Prost erst gar nicht, stand ihm hilfreich zur Seite bei seinem Sieg. Aber auch die eigene Erfahrung. Die lehrte den Vorjahressieger nämlich Zurückhaltung. Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste, und nur mit dieser Devise lassen sich die zerbrechlichen Formel-1-Boliden durch die engen Gassen von Monte Carlo lenken. „Der Kurs ist immer etwas bizarr", sagt Prost. „Ich habe niemals wirklich hart attackiert, um nicht anzuecken."

Die Fehler der anderen regeln das Ausleseverfahren schon ganz von selbst. Prost: „Deshalb war ich auch nicht traurig, als mich Alboreto überholte. Ihn im Nacken hätte ich Angst gehabt, einen Fehler zu machen." So geschah es denn umgekehrt: Der Ferrari-Pilot, von Tausenden fanatischer Tifosi auf den teuren Tribünen nach vorne gepeitscht, fuhr an den Leitplanken einen Reifen kaputt, mußte zum Wechseln an die Boxen und verpaßte so den durchaus möglichen Sieg.

Das könnte endlich das Jahr des Alain Prost werden. Sieg in Rio, Schnellster in Imola (aber disqualifiziert), Sieg in Monaco, der 18. in seinem 77. Grand-Prix. Weltmeister Niki Lauda scheint schon die Luft auszugehen, die Konkurrenz stellt keinen Siegertypen. Im fünften Anlauf könnte der Weg zum WM-Titel gespurt sein.

Wenngleich das McLaren/Porsche-Team von seiner erdrückenden Überlegenheit der Vorsaison verloren hat. „Unser Vorsprung wird kleiner, die anderen haben aufgeholt", sagt Porsche-Konstrukteur Hans Mezger, der den Grund dafür zu kennen glaubt: Spionage.

Der Mann aus Zuffenhausen vermutet sogar, bei einer der vielen Werksbesichtigungen dort, „die leider auch durch die Motorsportabteilung führen", könne sich irgendwann einmal ein Spion eingeschlichen haben. „Wenn ich heute durchs Fahrerlager gehe, dann kommt mir bei den anderen Teams vieles irgendwie bekannt vor."

Das muß Stéphanie von Monaco am Sonntag angesichts des Siegers ähnlich ergangen sein.

STAND ● PUNKT

Saronnis Comeback

Giuseppe, wer? So fragten die italienischen Radsport-Journalisten im letzten Jahr, wenn die Rede auf ihren Landsmann Giuseppe Saronni kam. Weltmeister war der Mann aus Novara gewesen und auch Giro-Sieger, ein unumstrittener Superstar seiner Branche. Doch 1984 trumpfte in Italien ein anderer auf: Francesco Moser. Er gewann Mailand–San Remo, fuhr Stundenweltrekord und siegte beim Giro d'Italia.

Auch Saronni war beim Giro und erreichte das Ziel in Verona – allerdings mit über 22 Minuten Rückstand auf Moser. Giuseppe, wer?

Giro 1985: Am Samstag siegte Saronni gemeinsam mit seinem Team beim Mannschaftszeitfahren, am Sonntag war er erneut Etappensieger. Spätestens seit diesem Tag sagt niemand mehr: Giuseppe, wer? Im Gegenteil. Saronnis fast unglaubliches Comeback wird jubelnd gefeiert.

27 Jahre alt ist Giuseppe Saronni mittlerweile, und schon deshalb muß er endlich wieder ein großes Rennen gewinnen, will er nicht endgültig in der Versenkung verschwinden – verhöhnt von den Kollegen, verstoßen von den Vertragspartnern, bemitleidet von den ehemaligen Fans.

Er hat im Winter und im Frühjahr so hart trainiert wie nie zuvor. Er hat die großen Eintagsrennen nur zum Einrollen für den Giro benutzt und bewußt auf eine Siegchance verzichtet. Er hat ähnliches den beiden belgischen Stars seiner Mannschaft, Pevenage und Hoste, empfohlen.

Ein entbehrungsreicher Weg, doch – wie sich zeigt – der einzig richtige.

K. Bl.

GALOPP / Mit großem Vorsprung gewann Lirung das Henckel-Rennen

Nun schöpft Jentzsch aus dem vollen

K. GÖNTZSCHE, Gelsenkirchen

Der 24malige Galopper-Championtrainer Heinz Jentzsch (65) aus Köln kommt am 7. Juli auf der Rennbahn in Hamburg-Horn ins Schwitzen, da er ein Supertrio für das 116. Deutsche Derby satteln kann. Der Fuchshengst Lirung hat am Sonntag mit sechs Längen Vorsprung als 14:10-Favorit das klassische Henckel-Rennen (90 000 Mark, 50 000 dem Sieger, 1600 Meter) in Gelsenkirchen-Horst gewonnen. Die plazierten Bismarck und Onesto bildeten ebenso nur die Kulisse für eine eindrucksvolle Vorstellung Lirungs wie die übrigen Starter, von denen Selando mit Peter Remmert erst im Ziel war, als Lirung schon fast auf der Siegerparade war.

Lirung, Acatenango, Aguarico, das sind die Namen der drei Pferde, mit denen der Meistertrainer in Hamburg antreten will. Sie alle gehören einem Besitzer: Walther-Johann Jacobs (77) aus Bremen, der seit 20 Jahren das Gestüt Fährhof betreibt und es von bescheidenen Anfängen zur aktuell ersten Adresse des deutschen Turfs führte. Lirungs Halbbruder Lagunas gelang im Vorjahr der Derbysieg, nun ist der jüngere Bruder einer der Favoriten für das Derby.

Vom Wetterpech verfolgt sind in den letzten Wochen die großen Rennen in Deutschland. Vor dem Gerling-Preis vor einer Woche in Köln zog ein Gewitter über die Bahn: Es kostete mindestens 100 000 Mark Totoumsatz. Am Sonntag in Gelsenkirchen war es ähnlich: Regen, Blitz und Donner eine Stunde vor dem Hauptrennen – die gleiche Situation danach bis zum Ende der Veranstaltung, so daß man mit einem Wettumsatz von 855 230 Mark (davon 159 737 Mark im Henckel-Rennen) nach neun Prüfungen noch zufrieden sein mußte. Bis vor drei Jahren waren Millionenumsätze an Renntagen mit einem Klassiker im Mittelpunkt eigentlich nichts Besonderes, auch wenn das Wetter einmal nicht mitspielte.

Gelsenkirchen-Horst hat zusammen mit Dortmund wie keine zweite deutsche Rennbahn die Probleme von Arbeitslosigkeit zu spüren bekommen. Wenn es dann noch am Service für die Besucher mangelt, sind rückläufige Umsätze an den Wettschaltern nur logische Konsequenz. Die neu eröffnete Spielbank in Dortmund-Hohensyburg lehnte eine Zusammenarbeit mit dem Dortmunder Galopprennverein ab. Den Unternehmen in Sachen Glück war es nicht komfortabel genug.

GOLF / Bernhard Langer war selbstverständlich der überragende Spieler

12 000 Mark Prämie für ihn ein Trinkgeld

GERD A. BOLZE, Stuttgart

Eine Klasse für sich war einmal mehr Bernhard Langer (Anhausen) unter der fast vollzählig versammelten deutschen Elite der Berufs- und Amateurgolfer bei der Nationalen Offenen Deutschen Meisterschaft in Stuttgart-Mönsheim. Der diesjährige Masters-Champion von USA und Australien verteidigte vor 3000 begeisterten Zuschauern diesen nationalen Titel erfolgreich mit 66+70+70+72=278 Schlägen bei schwierigem Par 72. Damit verewigte sich der 27jährige Weltklassegolfer zum fünften Mal nach 1975/77/79/84 auf dem American Express-Pokal, mit dessen erstem Gewinn er als 17jähriger Golflehrer-Lehrling seinen ersten größeren Sieg gefeiert hatte.

Die 12 000 Mark Preisgeld waren für den blonden, sympathischen „Millionär zum Anfassen", so seine Fans, nur ein Trinkgeld. Doch ein weltweiter Exklusiv-Vertrag mit dem Kreditkarten-Unternehmen American Express – man spricht von jährlich 100 000 Dollar – sichert Langers Teilnahme für die nächsten Jahre an dieser Meisterschaft und auch an der Offenen Meisterschaft von Deutschland, die diesmal vom 22. bis 25. August in Bremen-Garlstedt stattfindet.

„Ich hatte hier eigentlich nur zu verlieren – denn wehe, ich hätte nicht erneut gewonnen, die Presse hätte mich bestimmt ganz schön verrissen. Doch der Mensch ist keine Maschine, und gerade das Golfspiel ist so unberechenbar wie keine zweite Sportart", erklärte der alte und neue Meister.

Mit seinen großartigen 66 Schlägen stellte er am ersten Tag seinen eigenen Platzrekord ein, den er 1982 beim erneuten Gewinn der „Lufthansa-German Open" zusammen mit Mark Thomas (England) gespielt hatte.

Zwar neun Schläge hinter Langer, aber selbst sieben Schläge vor allen übrigen Konkurrenten, entschied der ebenfalls 27jährige Torsten Giedeon (Burg Overbach) mit 70+73+71+73=287 Schlägen überraschend klar den Kampf um den zweiten Platz für sich.

FUSSBALL / Karlsruhe vor dem vierten Abstieg



Gibt nicht auf: Roland Schmider
FOTO: HARTUNG



Absteiger: Lothar Buchmann
FOTO: W. HARTMANN

Dem „Sonnenkönig vom Wildpark" scheint mal wieder nicht die Sonne

MARTIN HÄGELE, Stuttgart

Schon am Sonntagabend nach dem Training hat sich der Präsident vor seinen Profis aufgebaut. Heute abend, vor dem Spiel gegen den FC Bayern München, will er seinen Appell wiederholen. „Männer", so Roland Schmider, „das ganze Land guckt auf euch, und auch ihr müßt morgen früh wieder in den Spiegel schauen können. Also kämpft bis zum Umfallen – die Deutsche Meisterschaft soll sauber entschieden werden." Und sein Trainer Lothar Buchmann: „Wenn wir schon absteigen, dann wollen wir wenigstens die Meisterschaft mitentscheiden."

Für Roland Schmider ist der letzte große Bundesliga-Auftritt des Absteigers Karlsruher SC gegenüber dem vermutlichen neuen Meister Bayern München schon der Auftakt zur zweiten Liga: „Hier muß sich zeigen, wer bereit ist, bedingungslos für den KSC zu kämpfen. Ich rate es keinem, die Saison locker auslaufen zu lassen."

Nein, durchhängen läßt sich Roland Schmider nicht. Auch wenn er wieder mal einen Abstieg erlebt. Den vierten inzwischen. „Sicher geht das unter die Haut, sich erneut aus der Bundesliga verabschieden zu müssen", gesteht er. Oder geht da mehr kaputt? „Wer bei uns ein Ehrenamt übernimmt, muß wissen, daß die Ehre umsonst ist. Er muß bereit sein, wenig Lob, dafür viel Prügel zu kassieren. Das klingt nach Märtyrer – aber so ist es."

Daß ein Zug von Masochismus in diesem Menschen wohne, bestätigen selbst dessen Kritiker. Wie etwa der ehemalige Vizepräsident des badischen Traditionsklubs, Walter Schmitt: „Ich bewundere es, wie dieser Mann die schlimmsten Nackenschläge wegsteckt und gleich wieder den Kopf hervorstreckt." Schmitt kennt sich aus mit Nackenschlägen. Zur Klientel des Dekans der Vollzugsanstalt Bruchsal gehören Lebenslängliche, Menschen, die im Leben danebengegriffen haben.

Ob er nicht mal müde werde, ausgelaugt von diesem ständigen Rauf und Runter? „Solange ich die Unterstützung meines Umfelds spüre, mache ich weiter", sagt Schmider.

Manchmal möchte Schmider in einer anderen Stadt leben. In Karlsruhe stößt der Getränkegroßhändler ständig an Grenzen. „Die Hauptverwaltungen, das große Kapital sitzt nicht bei uns", meint er. In der Vorrunde hat er seine Frau mit zum Spiel im Münchener Olympia-Stadion genommen, um ihr zu zeigen, „daß zwischen Karlsruhe und anderen Bundesliga-Städten Welten liegen, daß wir halt eine graue Maus sind".

Trotzdem hat er noch nicht resigniert. Etwa, weil Mäusekönig nicht auch König ist? Oder wie bringt es ein Mensch mit großem Mercedes, mit all den Statussymbolen, die heutzutage den gemachten Mann auszeichnen, fertig, für sein Hobby Klinken zu putzen und betteln zu gehen? Das, so Schmider, sei nur möglich unter echten Freunden. „Unter Freunden, die auf ihre Fahnen geschrieben haben, sie wollen dem Verein dienen, nicht am Verein verdienen." Diese Leute würden sein Engagement würdigen.

Schmider gilt als Oberdiener. Mit mindestens einer Viertelmillion veranschlagen KSC-Kenner die Liebe ihres Chefs zum Klub. Wieviel Schmiders Firma noch zubuttert – Staatsgeheimnis. Schmider habe schon soviel Geld im Verein stecken, daß man ihn nie wieder loskriege, deshalb klebe er so hartnäckig an seinem Stuhl, behaupten dessen Gegner.

Doch gefährlich geworden sind die Besserwisser in Karlsruhe dem Boß oder wie sie ihn nennen, dem „Sonnenkönig vom Wildpark", noch nie. Schmider hat sich auch nie viel um die Opposition geschert. Der Ex-FDP-Stadtrat („Politik ist einfacher als Bundesliga-Fußball, man genießt Fraktionsschutz und steht nicht ständig in vorderster Linie") gehört nicht zu den Liberalsten. Gegen unbotmäßige Zeitgenossen reagiert Schmider häufig mit „Rausschmeißen" oder „den verklag ich".

Rechtsanwalt Christoph Schikkardt, der als Vertreter einiger KSC-Profis schon etliche Prozesse gegen den badischen Bundesliga-Klub gewonnen hat, hält Schmider schlicht „für nicht beleidigungsfähig". Das dicke Fell muß mit den Jahren gewachsen sein. Mit all diesen Wechselbädern oder Widersprüchen um die Person des Präsidenten.

Für seinen Verein werde er weiterkämpfen, erklärt Schmider (44). Auch im 14. Funktionärsjahr, im 12. als erster Vorsitzender. Und den Kampfhahn Schmider sollen jetzt all diejenigen kennenlernen, die dem Absteiger seine besten Spieler wegschnappen möchten: Theiß, Roth und Bühler.

„Für einen Apfel und ein Ei gebe ich keine künftigen Nationalspieler ab", erklärt Schmider. „Entweder wir können um diese Talente herum eine Mannschaft aufbauen, die dann auch mittelfristig in der Bundesliga bestehen kann, oder deren neue Klubs müssen gewaltig bezahlen."

Zudem findet heute noch das Spiel Kaiserslautern – Bochum statt.

„Er verwirklichte ein Stück Frieden"

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Jerusalem ist sein Thema. Für Frieden in dieser Stadt und für alle, die guten Willens sind, riskiert Teddy Kollek auch mal ein starkes Wort gegen Parteifreunde. Der Bürgermeister Jerusalems ist nie ein Mann einer Partei oder einer Gruppe gewesen, auch nicht, als er jahrelang als rechte Hand des Staatsgründers Ben Gurion wirksam die israelische Politik mitgestaltete.

Theodor Kollek, den jeder „Teddy" nennt, und den nur wenige mal mit einer Krawatte erblickten, steht seit mehr als zwei Jahrzehnten jener Stadt vor, die drei großen Religionen heilig ist. Und er hat es, vor allem nach der Wiedervereinigung Jerusalems im Jahre 1967 immer wieder verstanden, Anstöße für die Versöhnung zu geben, Brücken zu schlagen von einer Religion zur anderen. Diese Arbeit ist mühsam. Aber sie ist auch friedensstiftend.

Für diese Arbeit hat der Stiftungsrat des Börsenvereins des deutschen Buchhandels den Jerusalemer Bürgermeister zum diesjährigen Träger des Friedenspreises gewählt. Der Preis wird am 13. Oktober in der Frankfurter Paulskirche überreicht. Die Laudatio hält der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel.

In der Begründung der Preisverleihung heißt es, Kollek habe in zwanzig Jahren täglich Mut bewiesen, indem er, oft durch unkonventionelle Entscheidungen, das Zusammenleben von Israelis und Arabern, Christen, Muslims und Juden in der Heiligen Stadt in Frieden gestaltete. Allen habe er eine Heimat gegeben und damit ein Stück Frieden verwirklicht.

Der gebürtige Wiener, der am kommenden Montag 74 wird, ist kein Mann, der sich auf politischen Lorbeeren ausruht. Er wird weiter im Alltag versuchen, das Puzzle der Einigung aller Bürger Jerusalems zu vervollständigen. Dabei ist für ihn klar: „Jerusalem bleibt eins und ungeteilt. Und die Hauptstadt Israels."

Kollek: „Wir lösen hier freilich nicht die Probleme des Mittleren Ostens, aber immerhin haben wir den Beweis erbracht, daß Israelis und Araber zusammenleben und sich aneinander gewöhnen können. Das ist ein großer Fortschritt." Deshalb sieht er die Zukunft Jerusalems auch „rosig".

Wie ernst es ihm mit der Einheit seiner Stadt ist, verdeutlicht eine dreiteilige Fotofolge in seinem Amtszimmer. Das erste Foto zeigt die Altstadt von Jerusalem vor 1967, geteilt durch Mauer und Stacheldraht. Das zweite, aus dem Jahre 1967, hält den Moment fest, da ein Teil der Mauer fällt. Darunter, als drittes Foto, eine Totale des Brandenburger Tors heute. „Das wollen wir hier nie wieder haben", sagt Kollek seinen Besuchern mit fester Stimme.

So wie er denken fast alle Israelis. Jerusalem als Symbol der Versöhnung und als Hauptstadt Israels – das ist das Lebenswerk Kolleks. Es hat ihn zu einem der populärsten Politiker in Israel gemacht.

Kolleks Aussagen zur PLO, die von einer israelischen Hauptstadt nichts wissen will, sind auch von verblüffender Überzeugungskraft: „Ich habe nie geglaubt, daß die PLO wirklich die Palästinenser vertritt. Aber ob die PLO nun existiert oder nicht – das palästinensische Problem existiert. Nehmen wir an, die PLO würde ganz verschwinden; die Frage der Palästinenser würde nicht verschwinden. Sie sind eine Nation, die ihre Probleme, ihre Rechte hat. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Mit der PLO haben wir uns so nie auseinandersetzen können, denn wir können, wir wollen nicht mit Mördern sprechen."

Kolleks bisheriges Leben gleicht einem Abenteuer. Mit elf Jahren war er der zionistischen Jugendbewegung in Wien beigetreten. In seiner Biographie „Ein Leben für Jerusalem" (Hoffmann & Campe, Hamburg) schrieb er ein halbes Jahrhundert später: „Ich tat es nicht aufgrund irgendwelcher tieferen ideologischen Erkenntnisse, sondern fast zufällig."

1934 traf er in Palästina ein, wurde Mitbegründer des Kibbuz Ein Gew am Tiberia-See. Es folgten Jahre des Widerstands in Europa und Istanbul, um zu retten, was zu retten war. In Istanbul, so berichtet Kollek, machte er die „schockierendste Erfahrung meines Lebens. Ich hörte zum erstenmal von den Massenvernichtungen der Juden. Ich glaube, dieses Wissen hat meine ganze Weltsicht vollständig verändert. Damals gingen mir erst richtig die Augen dafür auf, wie lebensnotwendig unsere historische Mission war, in Palästina einen jüdischen Staat zu schaffen." Dann ein paar Jahre in der politischen Abteilung der Jewish Agency, der Kernzelle des zukünftigen israelischen Außenministeriums. 1952 berief ihn Ben Gurion zum Generaldirektor im Amt des Ministerpräsidenten. 1947 wurde Teddy Kollek Vater. Sein Sohn Amos ist heute einer der rennomiertesten Schriftsteller Israels.

Alles was Jerusalem, Israelis und Araber gleichermaßen, betrifft, ist für Teddy Kollek Herzenssache. Deshalb wünscht er sich auch, daß die Europäer „keine Illusionen wecken, wonach europäische Initiativen die Lage in Nahost allgemein und in Jerusalem im besonderen ändern könnten". Die Entwicklungen in dieser Region seien unberechenbar und für einen Frieden zwischen Juden und Arabern werde es im Nahen Osten „noch Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte" brauchen. Jerusalem ist für ihn erst der Anfang.

Genscher findet Kanzler auf gleichem Kurs

● Fortsetzung von Seite 1

streckenwaffen, Raketen mit interkontinentaler Reichweite, Raketenabwehr im Weltraum) wichtig. Es sei im deutschen Interesse, „daß die USA und die UdSSR über strategische Verteidigungssysteme im Zusammenhang mit nuklearen Offensivwaffen verhandeln". Dabei mahnte Kohl die Sowjetunion, ohne sie beim Namen zu nennen, „beiderseitig annehmbare Lösungen" nicht durch „einseitige oder sachfremde Junktims" zu behindern. Faktisch geschieht das durch Moskau, indem es unter Hinweis auf die „wechselseitigen Beziehungen" aus dem von beiden Außenministern Shultz und Gromyko unterzeichneten Kommuniqüe vom vergangenen 8. Januar die drei Verhandlungsgegenstände miteinander verknüpft und von den USA die Beendigung der SDI-Forschung verlangt, bevor es zu sowjetischen Konzessionen bei der Verringerung der nuklearen Offensivrüstung kommen kann.

Kohl wandte sich gegen die Auffassung, Bonn habe wegen einer möglichen Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm die „Qual der Wahl" zwischen Paris und Washington. Die Bundesregierung prüfe die amerikanische Einladung an der Richtschnur der deutschen, europäischen und den Interessen der NATO. „Mein Verhältnis zu Präsident Mitterand und unsere Kontakte zu Frankreich sind eng und vertrauensvoll", unterstrich der Kanzler und ergänzte ganz im Sinne der Wünsche Genschers, der „Grundgedanke einer Zusammenfassung und Bündelung der europäischen Kapazitäten und Möglichkeiten in der modernen Hochtechnologie" werde von Bonn unterstützt.

Papst fordert in Brüssel polnische Selbstbestimmung

Die Kritik an Johannes Paul II. war in Belgien moderater

DW. Lüttich

Papst Johannes Paul II. hat sich vor 10 000 polnischen Emigranten in Brüssel zu den Zielen der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" bekannt. Die polnische Nation sei aus dem Zweiten Weltkrieg „gestärkt in ihrem Recht auf Leben als Herr ihres eigenen Vaterlands, der eigenen Geschichte, uneingeschränkter Freiheit, auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung" hervorgegangen, sagte der Papst. Alle diese Werte seien im Wort „Solidarność" vereint.

F. MEICHSNER, Lüttich

Die fünftägige Reise des Papstes durch Belgien geht heute zu Ende. Sie war – obwohl von der Begeisterung der Masse getragen – für Johannes Paul II. in mancher Hinsicht kaum weniger problematisch als der vorangegangene Holland-Besuch. Zwar erwies sich die Atmosphäre als ausgesprochen herzlich, und es kam nicht zu provozierenden Protesten außerkirchlicher Randgruppen, dafür aber war die Kritik aus der Kirche heraus um so lauter. Sie hatte ausschließlich engagierte Laien zu Sprechern.

Am stärksten exponierte sich im Lütticher Ausstellungspalais Frau Anne-Marie Gilson von der Action Catholique Rurale Féminine. Sie begann ihre Rede an den päpstlichen Gast mit den Worten: „Heiliger Vater! Bei Ankündigung Ihres Besuches hatte ich wie viele Männer und Frauen hierzulande eine Frage auf den Lippen: Warum? Der Prunk, der Ihre Reise umgibt, gefiel mir nicht." Sie habe zunächst gezögert, ob sie diese Ansprache überhaupt halten solle. „Dann sagte ich mir selbst: Im Namen der Christen, Frauen und Männer aus Wallonien und aus Brüssel, die in Kirche und Gesellschaft engagiert sind, in Solidarität mit anderen Männern und Frauen, werde ich auszusprechen wagen, was viele von uns fühlen."

Dann nannte sie – wie das schon der Vorsitzende des interdiözesanen Pastoralrats in Antwerpen, Aurelien Thijs, in Laeken zwei Sprecher der katholischen Arbeiterbewegung und ein Student der katholischen Universität Löwen taten – die Dinge beim Namen. Ihre Rede ließ – bei allem Freimut – nichts von der naiven Arroganz der holländischen „Provos" verspüren. Viele engagierte Christen, so sagte Frau Gilson, fühlten sich „nicht mehr auf der gleichen Wellenlänge mit der Institution Kirche" und litten darunter. Die Kirche habe „bedauerlicherweise den Kontakt mit breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung verloren". Die Gläubigen erwarteten jetzt vom Papst „ein klares und stimulierendes Wort, um die Probleme anzugehen, die uns quälen, wie: der Frieden, die Gerechtigkeit, die Menschenrechte, der Rassismus".

Thijs nannte noch andere Probleme: „Das Leid, das Menschen erleben, wenn es ihnen nicht gelingt, ein dauerhaftes und stabiles Eheverhältnis aufzubauen", die Beschränkung des Freiheitsraums für Laien und den Zölibat. Er bat den Papst ausdrücklich, „Studienarbeiten über Formen der Ehe in der Priesterschaft fortzusetzen" und mehr Freiheitsraum für die Laien in der Kirchenorganisation zu lassen. Wie ein roter Faden zog sich durch die Johannes Paul II. vorgetragenen Wünsche das Verlangen nach Aufwertung der Rolle der Frau in der Kirche. Der Papst zeigte gegenüber diesen Manifestationen innerkirchlichen Aufbegehrens keinerlei Verärgerung oder Ungeduld. Das bringt ihm zweifellos die menschliche Sympathie fast aller Zuhörer ein.

Spezifische Antworten auf spezifische Fragen gab Johannes Paul II. freilich nicht. Er ermutigte seine Zuhörer, vor den Problemen nicht zu kapitulieren und eine Lösung im Rahmen der Weisungen des Lehramtes sowie in der Festigung des Glaubens zu suchen. In der belgischen Kirche hofft man, daß all die kritischen Fragen, Anregungen und Wünsche in die Materialsammlung zur Vorbereitung der außerordentlichen Bischofssynode eingehen werden, auf der im November im Vatikan eine Bilanz der zwei Jahrzehnte nachkonziliarer Entwicklung gezogen werden soll.

Der vorletzte Tag des päpstlichen Belgien-Besuches stand vorwiegend im Zeichen der Begegnung mit der Politik. Johannes Paul II. traf im königlichen Schloß von Laeken mit der königlichen Familie, den Vertretern aller Verfassungsorgane und dem diplomatischen Korps zusammen und besuchte dann den Kommissionssitz der Europäischen Gemeinschaft. In einer Rede vor den Repräsentanten der Gemeinschaftsorgane forderte er die Europäer auf, sich nicht mit der Teilung ihres Kontinents abzufinden und auch diejenigen Länder, die aus verschiedenen Gründen der EG nicht angehörten, in das fundamentale Streben nach Einheit miteinzubeziehen. Er forderte seine Zuhörer auf, gemeinsamen Willen und eine gemeinsame Vision hervorzubringen.

Bonn befremdet über Nicaragua

dpa, Bonn

Die Bundesregierung hat gegenüber Nicaragua ihr „Befremden" über jüngste Äußerungen des nicaraguanischen Staatschefs Daniel Ortega zum Ausdruck gebracht. Ortega hatte während seines Besuchs in Ost-Berlin die Bundesrepublik Deutschland wegen ihrer Unterstützung von Positionen der USA als einen „Komplizen bei der Ausrottung des nicaraguanischen Volkes" bezeichnet. Der nicaraguanische Botschafter in Bonn, Heberto Incer, wurde daraufhin in das Auswärtige Amt zitiert. Der Lateinamerika-Beauftragte des Auswärtigen Amtes, Horst Kullack-Ublick, trug die Kritik der Bundesregierung an dem Ortega-Vorwurf vor.

Renger erinnert an Sacharow

dpa, Bonn

Zum 64. Geburtstag des verbannten sowjetischen Nobelpreisträgers Andrej Sacharow hat Bundestags-Vizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) erneut an die Sowjetunion appelliert, die Verbannung des Ehepaares Sacharow aufzuheben. Die Erinnerung an das Schicksal Sacharows sei zugleich ein Protest gegen die Verfolgung aller Bürgerrechtler in der Sowjetunion, sagte Frau Renger gestern in Bonn. Am Geburtstag des Physikers wollen verschiedene Gruppen Mahnwachen vor der sowjetischen Botschaft in Bonn aufstellen. In einer Telefonkampagne wurden Medien aufgefordert, einen Aufruf zum Versand von Geburtstagskarten an Sacharow zu verbreiten.

Diepgen wirbt in Fernost für Berlins Wirtschaft

20 Weltstädte tagen in Tokio / Neue Kontakte gesucht

F. DIEDERICHS, Berlin

Neue Wirtschaftsverbindungen nach Fernost erhofft sich Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen von einer dreitägigen Konferenz, an der in Tokio insgesamt 20 Weltstädte teilnehmen. Auf dieser Tagung, die dem Ziel dient, das Engagement der Stadt in Japan zu verstärken, ist Berlin als einziger deutscher Teilnehmer vertreten. Zum Auftakt des Besuchs traf die Berliner Delegation gestern mit dem japanischen Thronfolger Akihito zusammen.

Diepgen hatte zuvor in Tokio eine Berlin-Ausstellung eröffnet und einen politischen Vortrag gehalten. Dem Berliner Senat ist mit der einwöchigen Reise, an die sich ein kurzer Hongkong-Aufenthalt anschließen wird, vor allem daran gelegen, den guten Klang des Namens Berlin herauszustellen: Er hat mit der geplanten Einrichtung des „Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin" in der ehemaligen kaiserlichen Botschaft im Berliner Tiergarten eine besondere Geltung erlangt, wie auch die kurze Stippvisite des japanischen Premiers Nakasone wenige Tage vor der Reise Diepgens bewiesen hatte.

Schon vor dem Beginn der Beratungen der Weltstadt-Bürgermeister konnte Diepgen ein erstes Resümee seiner Erfahrungen und Gespräche ziehen. Berlin wird sich in Zukunft stärker als bisher in Japan engagieren, strebt sogar die Einrichtung einer festen Repräsentanz in Tokio an. Diepgen hält die Möglichkeiten der Berliner Wirtschaft auf dem japanischen Markt noch nicht für vollständig ausgeschöpft. Andererseits gelte es auch, die günstige Infrastruktur Berlins japanischen Firmen schmackhaft zu machen. Berlin will hier mit seinen wissenschaftlichen Einrichtungen und der leistungsfähigen mittelständischen Industrie als Magneten ins Feld ziehen. Diepgen vertrat die Auffassung, daß die japanische Wirtschaft von Berlin aus zudem einen schnelleren Zugang zum Handelspartner „DDR" als beispielsweise von Wien aus haben würde.

Erste konkrete Kooperationsgedanken bezogen sich jedoch weniger auf eine offizielle Senatsvertretung in Tokio als auf eine konzertierte Werbeaktion von Berliner Messegesellschaft, der Wirtschaftsförderung und der Handelskammer. Auf der Konferenz der Weltstädte schließlich will sich Berlin nach Worten Diepgens als „kulturelles Zentrum im Austausch zwischen den politischen Systemen" darstellen, da auf der Konferenz sowohl die Dritte Welt wie auch das westliche und östliche Lager vertreten sind. Die Themen der Tagung heißen Umweltschutz, Wohnungsbau, Transportprobleme und Abfallbeseitigung. Erstes konkretes Ergebnis der Konferenz für die Berliner Politiker: eine Einladung von Moskaus Bürgermeister Vladimir Fedorovich.

Handelsgespräche zwischen Moskau und Washington

AFP, Moskau

In Moskau haben gestern die mit Spannung erwarteten sowjetisch-amerikanischen Handelsgespräche begonnen. Aus diplomatischen Kreisen heißt es, der amerikanische Delegationschef, Handelsminister Malcolm Baldrige, solle vom sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow empfangen werden. Die sowjetische Gesprächsdelegation wird von Außenhandelsminister Nikolai Patolitschew geleitet. Die gemischte Wirtschaftskommission der beiden Supermächte hatte zuletzt 1976 getagt, ein Jahr, bevor der sowjetische Truppeneinmarsch in Afghanistan die offiziellen Beziehungen zwischen Moskau und Washington auf den Nullpunkt gebracht hatte. Washington und Moskau hatten in der jüngsten Zeit verschiedentlich den Wunsch betont, ihren bilateralen Beziehungen einen „konkreten Inhalt" zu geben.

Kohl nennt Kritik „erstaunlich"

DW, Bonn

Zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ist es wegen ungelöster Fragen der Innen- und Rechtspolitik offenkundig zu erheblichen Mißstimmungen gekommen. Regierungssprecher Jürgen Sudhoff erklärte gestern in Bonn vor Journalisten, Kohl habe die öffentliche Klage Zimmermanns über dessen angebliches Zaudern in Streitfragen der Koalition als „erstaunlich" bezeichnet. Zur Lösung von Fragen zum Thema innere Sicherheit gebe es in der Koalition eine „klare Absprache" über deren Erledigung in Koalitionsgesprächen noch vor der Sommerpause. Zimmermann wisse, wie sehr ihn der Bundeskanzler in den Auseinandersetzungen um die Durchsetzung des schadstoffarmen Autos unterstützt habe. Zimmermanns Sprecher, Michael-Andreas Butz, antwortete auf derselben Pressekonferenz im Anschluß an die Erklärung Sudhoffs in auffällig kühler und distanzierter Weise, Zimmermann habe in seiner Kritik nicht das schadstoffarme Auto angesprochen, sondern ungelöste Fragen wie die Ausländerpolitik.

Steilmann-Freispruch ist rechtskräftig

dpa, Bochum

Das Urteil gegen den Wattenscheider Textilfabrikanten Klaus Steilmann, der in einem Verfahren wegen Parteispenden zugunsten der CDU vom Vorwurf der Steuerhinterziehung freigesprochen worden war, ist rechtskräftig: Die Bonner Staatsanwaltschaft hat jetzt ihre Berufung gegen das Urteil eines Bochumer Gerichts vom 13. Februar überraschend zurückgezogen. Das teilte gestern der Rechtsanwalt Steilmanns, Klaus Brammen, mit. In der Urteilsbegründung hatte der Richter dem Textilfabrikanten, der insgesamt etwa 170 000 Mark an zwei der CDU nahestehende Vereinigungen gespendet hatte, zwar objektiv den Tatbestand der Steuerhinterziehung von rund 90 000 Mark bescheinigt; subjektiv sei ihm jedoch keine Schuld nachzuweisen. Steilmann habe nicht wissen können, daß die Empfänger sogenannte „Spendenwaschanlagen" waren.

Ristocks Immunität jetzt aufgehoben

F. D. Berlin

Der Rechtsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses hat gestern einstimmig die Aufhebung der parlamentarischen Immunität des früheren SPD-Spitzenkandidaten und jetzigen Abgeordneten Harry Ristock beschlossen. Die Berliner Staatsanwaltschaft hatte gegen den ehemaligen Bausenator im Zusammenhang mit seiner früheren Tätigkeit bei einer Berliner Fensterfabrik ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Ihm und zwei weiteren Geschäftsführern wird vorgeworfen, mehr als 500 000 Mark Sozialversicherungsbeiträge für Mitarbeiter zu spät bezahlt zu haben. Ristock hatte wegen dieser Ermittlungen im vergangenen Jahr seinen Posten als SPD-Spitzenkandidat für die Berliner Wahlen niedergelegt und war von Hans Apel ersetzt worden.

Weinberger zu Besuch in Berlin

F. D. Berlin

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger trifft heute zu einem Kurzbesuch in Berlin ein. Weinberger, der sich zu Besuchen amerikanischer Streitkräfte in Europa aufhält, wird von Berlins Bürgermeister Heinrich Lummer (CDU) empfangen werden, da sich Eberhard Diepgen derzeit in Japan aufhält. Auf dem Besuchsprogramm stehen in Berlin weiterhin die Eintragung in das Goldene Buch der Stadt, eine Besichtigung der Berliner Mauer sowie der Besuch amerikanischer Einheiten auf dem US-Übungsgelände in Berlin-Lichterfelde.

Alle für einen

Bm. – Das Thema Fernwärme ist ein publizistischer Dauerbrenner, an dem sich aber so richtig nur die subventionierten Fernwärmeerzeuger und die nutznießenden Verbraucher erwärmen können. Im vorigen Jahr ließ das Ifo-Institut in einem Gutachten kein gutes ökonomisches Haar an diesem warmen Wasser im Rohr. Das brachte zwangsläufig jene in Harnisch, die auch dort die Fernwärme weiter in den Markt pumpen wollten, wo sie sich vielleicht über Jahrzehnte einmal rentieren wird – oder aber nie.

Prompt wurde ein Gegengutachten beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, in Auftrag gegeben, dessen zweiter Teil jetzt vorgelegt wurde. Die immer wieder herausgestrichenen Investitionshilfen für die Fernwärme als Initialzündungen für weitere Investitionen der Kraftwirtschaft, die den Arbeitsmarkt entlasten sollen, werden von den Berliner Forschern lediglich mit dem Prädikat „mit großen Unsicherheiten behaftet" bedacht.

In Ballungsräumen und in der Nähe großer Kraftwerkseinheiten, die Wärme auskoppeln können, hat die Fernwärme ihren Weg zu 8,5 Prozent Anteil am Wärmemarkt gemacht. Daß sich noch weitere Potentiale entwickeln werden, steht außer Zweifel. Und da die Mittel in den öffentlichen Kassen fehlen, denkt man daran, die künftigen Nutzer von Fernwärme über einen höheren Preis die Annehmlichkeiten der Fernwärme selbst bezahlen zu lassen.

Dann macht das Beispiel vom Waldbesitz auch einen Sinn, den man erst ohne Ertrag einmal aufbauen muß, ehe eine spätere Generation vom Holze Nutzen zieht. Subventionen sind nun einmal verpönt – auch weil sie feudalistischen Hautgout haben: Alle für einen!

Symbolisch

J. Sch. (Paris) – Die vorzeitige Rückzahlung der Devisenkredite, die die Frankreich in der EG aufgenommen hatte, ist vor allem von symbolischer Bedeutung. Denn von den über vier Milliarden Ecu geht es zunächst nur um die teilweise Tilgung des von europäischen Banken auf sieben Jahre bereitgestellten Eurokredites über 1,24 Milliarden Dollar. Paris will wohl beweisen, daß die über zweijährige Sanierungspolitik auch an der Schuldenfront Früchte trägt. Die französische Notenbank verfügt über Devisenreserven, die ihr die Finanzierung der Transaktion ohne weiteres erlaubt. Ob Frankreich dadurch seine Auslandsschulden, die Ende letzten Jahres 54 Milliarden Dollar betrugen, auf ein vertretbares Niveau reduzieren kann, ist aber eine andere Frage. Denn der Schuldendienst wird 1985 noch rund acht Milliarden Dollar beanspruchen – bei einer vermutlich defizitären Leistungsbilanz.

Risse im Rahmen

Von JOACHIM GEHLHOFF

Arg ins Stocken gerieten dieser Tage zwei deutsche Industrieverbandspräsidenten. Vor der Presse schilderten sie eine Flut von Klagen, die ihrer vorwiegend mittelständischen Klientele ins Haus steht und die doch noch unvereinbar sei mit der vom Kanzler so oft und gern betonten Notwendigkeit einer „Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen". Auf die Frage nach positiven „Rahmenverbesserungen" fiel den Herren nur der Hinweis auf die weltweit und darob auch daheim bessere Konjunkturlage ein. Sonst nichts.

Wenigstens einem ihrer Verbandsmanager kam mit spätem Nachsatz noch etwas in den Sinn, was dem Bonner „Rahmenverbesserer" aus eigenem Tun gelang. Beispielsweise die Mini-Vermögenssteuerreform, die Kleinstbetriebe seit 1984 sehr fühlbar entlaste, und das größerer Flexibilität in erstarrter Personalkosten-Struktur dienliche neue Arbeitsförderungsgesetz. Doch beim Mittelstandsunternehmer komme Derartiges „nur in homöopathischer Dosis" positiv an.

Das Geschilderte passierte in der vergangenen Woche bei den zwei deutschen Gießereiverbänden, die in rund 900 Betrieben 112 000 Beschäftigte zählen. Der Vorfall ist typisch. Ein weiteres Exempel: Tief im allerchristlichsten Westfalen (auch da geriet die Welt für die CDU jetzt bei der Landstagswahl ins Wanken) sitzt der noch halbwegs junge Selfmade-Unternehmer, der im letzten Dutzend Jahren aus dem Nichts eine nun 500 Leute starke Produktionsgruppe aufgebaut hat. Mit glänzenden Augen schwärmte er unlängst von seinem taufrischen Betrieb in den USA. Da sei Schwung, Aufbruchstimmung, passable Steuerlast, – alles was ein Unternehmerherz begehrt.

Und daheim? Verkrustung, Erstarrung, Bevormundung, Überbesteuerung, – und aus alledem eine miese Stimmung, wann er immer mit seinen Jungunternehmer-Kollegen zusammenkomme. Sie alle hätten sich von der nun schon gut zwei Jahre alten Bonner Wende, vom Ende der sozialdemokratischen Mißwirtschaft, etwas ganz anderes versprochen. Der muntere Mann denkt manchmal schon ans Auswandern über den Großen Teich.

Das sind Stimmen aus dem zumeist schweigsamen Lager der großen Unternehmermehrheit im Lande. In unserem massenkapitalistischen Zeitalter der Großunternehmen von Kleinaktionären mit breiter Publizität wird das Gewicht dieser Mittelständler (nicht nur in der Industrie) leicht unterschätzt. In Wahrheit stekken in ihrer Größenklasse 95 Prozent aller deutschen Unternehmen mit vier Fünftel aller Ausbildungsplätze und mehr als der Hälfte aller Arbeitsplätze der Gesamtwirtschaft. Und was beispielsweise in den letzten acht Jahren überhaupt an zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft entstand, geht zu vier Fünftel gleichfalls auf ihr Konto.

Statt „Rahmenverbesserung" sehen diese Mittelständler zur Zeit und vorwiegend nur neue Risse in jenem „Rahmen" auftauchen, den Wirtschafts- und Sozialpolitik allem unternehmerischen Tun setzen. Einen kleinen Katalog davon boten jetzt die Gießereiverbände. Die Bonner Pläne für die Insolvenzrechtsreform (Einschränkung des Lieferanten-Eigentumsvorbehalts), für den Ausbau von Sozialplanforderungen, für die Einschränkung von Überstunden, dazu in Bund und Land ein „Überbietungswettbewerb" immer teurerer (und nur noch wenig bewirkender) neuer Umweltschutz-Auflagen, – das alles bedrohe die Lebensfähigkeit zahlloser Mittelständler empfindlich.

Nur noch mit resignierender Wehmut folgt dann der obligate Hinweis auf die durch überzogene Steuerlast (gut 70 Prozent vom Unternehmensgewinn) dezimierte und deshalb die Wagnis-Investitionen lähmende Eigenkapitalquote der Mittelständler. Da hat Kanzler Kohl zu Beginn der Bonner Wende den Befreiungsschlag drastischer Steuersenkung nicht gewagt, weil dabei die „soziale Harmonie" im Lande zu Bruch ginge. Zu Bruch gegangen ist sie (Nordrhein-Westfalens einstige CDU-Wähler haben es gerade demonstriert) nun wegen der zählebig hohen Arbeitslosigkeit. Die Scherben kitten, zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, das wird auch künftig zur Hauptsache nur mit munteren Mittelständlern zu schaffen sein. Aber bestimmt nicht, wenn der Gesetzgeber diesen Leuten noch zusätzliche Lasten aufbürdet.

INSTITUT DER WIRTSCHAFT / Ein Subventionsabbau ist dringend erforderlich

Lineare Kürzung von Finanzhilfen politisch am ehesten durchsetzbar

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Einen gezielten Subventionsabbau hält das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln zumindest mittelfristig zur Stärkung des Wettbewerbs und der sozialen Marktwirtschaft für dringend nötig. Eine lineare Kürzung der Finanzhilfen von Bund, Ländern und Gemeinden könne zwar als eine vermutlich auch politisch am ehesten durchsetzbare Maßnahme angesehen werden. Aber aufgrund ihrer globalen Wirkung sei dies nur ein erster Schritt, um die Gebietskörperschaften zu entlasten.

In der Untersuchung weist das Kölner Institut noch einmal darauf hin, daß es trotz jahrelanger Auseinandersetzungen weder im politischen Sprachgebrauch noch in der wissenschaftlichen Diskussion bisher gelungen ist, einen allgemeingültigen Subventionsbegriff zu finden. Was jeweils gemeint ist, hänge entscheidend von dem Ziel der jeweiligen Analyse ab.

Allein die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes seien zwischen 1970 und 1984 von 15 auf 29 Milliarden Mark gestiegen. Werden die Auswirkungen des Haushaltsbegleitgesetzes 1982 und des Steuerentlastungsgesetzes in die Rechnung einbezogen, so kommt das Institut für 1984 sogar auf ein Volumen von 31,5 Milliarden, vor allem aufgrund der zusätzlichen Hilfen für die Bereiche Kohle, Stahl und Landwirtschaft bereits vier Milliarden mehr als 1980. In diesem Jahr dürften die Bundessubventionen weiter auf 32,9 Milliarden Mark steigen.

Verursacht wird die Expansion der Bundessubventionen ausschließlich durch eine entsprechende Ausdehnung der Steuervergünstigungen. Mußte der Bund 1980 für die Gewährung der Steuervergünstigungen erst auf 7,9 Prozent seiner Steuereinnahmen verzichten, so werden es nach den Berechnungen des Instituts 1985 bereits neun Prozent sein.

Sowohl ordnungspolitische als auch fiskalische Gründe werden daher für den Subventionsabbau ins Feld geführt. Gefordert wird häufig eine lineare Kürzung und damit ein stufenweiser Abbau aller Subventionen (Rasenmähermethode). Das Institut weist darauf hin, daß sich diese Methode realistischerweise nur auf die Finanzhilfen beziehen könnte. Dies hätte den verteilungspolitischen Nachteil der Ungleichbehandlung.

Diese groben Maßnahmen berücksichtigten nicht die wirtschaftspolitischen Prioritäten. Sie könnten in mittelfristiger und langfristiger Sicht nicht den gezielten Abbau ersetzen. Hierfür müßten nach Ansicht des Instituts Kriterien festgelegt werden:

- Zumindest für die im Subventionsbericht aufgeführten einzelnen Maßnahmen müßten in regelmäßigen zeitlichen Abständen die Zielsetzung und der Grad ihrer Erreichung überprüft werden. Wie lange ohne solche Auflagen eine einzelne staatliche Subventionsmaßnahme überdauern kann, zeige die 1868 eingeführte „Steuerbefreiung für Salz".
- Die Einführung einer zeitlichen degressiven Staffelung bestimmter Subventionszahlungen könnte zu einer Begrenzung führen.
- Außerdem könnte die Subventionsmentalität und damit auch der haushaltspolitische Aufwand eingeschränkt werden, indem in Zukunft Subventionen nur noch unter der Auflage einer späteren Rückzahlung oder zumindest Teilrückzahlung gewährt werden, also in Form von Krediten, die nur in Einzelfällen gestundet oder erlassen werden können.
- Die Subventionen müßten auch hinsichtlich ihrer Widersprüchlichkeit überprüft werden. So mache es zum Beispiel wenig Sinn, daß die Landwirtschaft durch massive Steuervergünstigungen beim Gasöl subventioniert wird, wenn gleichzeitig Finanzhilfen zur Energieeinsparung gewährt werden.
- Aufgespürt werden müßten häufig unkoordinierte Mehrfachsubventionen. So gewährt zum Beispiel Niedersachsen neben den Bundeszuschüssen nicht rückzahlbare Reederhilfen für bestimmte Schiffsbauten.
- Die Berichtspflicht sollte auf Länder und Gemeinden ausgedehnt werden. Überdies sollte ein unabhängiges Sachverständigengremium alle zwei Jahre die Subventionen durchforsten und Vorschläge für einen Abbau unterbreiten.

PROBLEMKREDITE DEUTSCHER BANKEN

Bundesbank: Risiken halten sich in relativ engen Grenzen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Risiken in den 132 Milliarden Mark Krediten deutscher Banken an die Dritte Welt und Osteuropa, von denen 62 Milliarden über Auslandsstützpunkte gegeben wurden, halten sich nach Einschätzung der Bundesbank im internationalen Vergleich in einem recht engen Rahmen. Von den rund 400 Milliarden Dollar westlichen Bankenforderungen gegenüber den 25 größten Schuldnern unter den Entwicklungs- und Staatshandelsländern entfielen nur 35 Milliarden auf deutsche Banken und ihre Auslandsniederlassungen; ein erheblicher Teil der Risiken sei zudem durch öffentliche Gewährleistungen abgedeckt.

Überdurchschnittlich hoch sind im internationalen Vergleich wegen der starken deutschen Position im Osthandel die Kredite deutscher Banken an Staatshandelsländer; so entfallen auf Polen 25,6 Prozent (2,3 Mrd. Dollar) und auf die Sowjetunion 19,5 Prozent (3,2 Mrd. Dollar).

Prozentual weit weniger stark, wenn auch mit absolut höheren Beträgen, sind deutsche Banken und ihre Auslandsstützpunkte in großen lateinamerikanischen Staaten engagiert, so mit 6,4 Prozent (4,8 Mrd. Dollar) in Brasilien, 4,8 Prozent (3,5 Mrd. Dollar) in Mexiko und 9,3 Prozent (2,4 Mrd. Dollar) in Argentinien. Somit waren die deutschen Banken von den Spannungen im internationalen Finanzgefüge vergleichsweise wenig betroffen, schreibt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht.

In einer erstmals durchgeführten Untersuchung über die Auslandsaktivitäten deutscher Banken kommt die Bundesbank zu dem Ergebnis, daß sich das zusammengefaßte Geschäftsvolumen deren Auslandsniederlassungen auf rund 380 Milliarden Mark, davon jeweils die Hälfte bei Töchtern und Filialen, oder gut ein Achtel des Geschäftsvolumens der Inlandsinstitute summiert. Diese Aktivitäten konzentrieren sich allerdings nur auf 33 Banken mit 996 Milliarden Geschäftsvolumen, die 63 Töchter und 96 Filialen im Ausland unterhalten. Unter den Töchtern sind die 26 in Luxemburg mit 160 Milliarden Mark Geschäftsvolumen die wichtigste Gruppe, die 36 Milliarden Mark Kredite an Kunden in der Bundesrepublik ausgeliehen hatte.

Bei der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft spielen, so die Bundesbank, die Auslandsniederlassungen der Banken eine nicht unwichtige Rolle; sie deckten seit Ende der 70er Jahre durchschnittlich etwa 13 Prozent des gesamten kurz- und mittelfristigen Kreditbedarfs inländischer Unternehmen. Durch die Aktivitäten der Auslandsniederlassungen besonders am Euro-DM-Markt könne allerdings die Geldpolitik erheblich erschwert werden, weil die Mindestreserve, das wichtigste Instrument, durch Verlagerung vom Inlandsgeschäft auf Auslandsstützpunkte an Schärfe verliere.

AUF EIN WORT

„Wenn der Preis eines Produktes und nicht mehr sein Nutzen für den Verbraucher in den Mittelpunkt der unternehmerischen Entscheidungen eines Markenartikelherstellers rückt, beginnt der Todeskampf dieser Marke."

Ernst-Wilhelm Lindow, Mitglied der Geschäftsleitung der Ferd. Mülhens, 4711, Köln FOTO: ERICH KRAMER

Insolvenzen nehmen weiter zu

dpa/VWD, Wiesbaden

Der Anstieg der Insolvenzen in der Bundesrepublik hat sich auch im ersten Quartal 1985 fortgesetzt. Für diesen Zeitraum meldeten die Amtsgerichte 4787 Anträge auf Eröffnung eines Konkursverfahrens und 24 eröffnete Vergleichsverfahren. Die Gesamtzahl der Insolvenzen lag mit 4811 um 11,7 Prozent höher als vor einem Jahr, teilte das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, mit. Die Anzahl der zahlungsunfähig gewordenen Unternehmen und Privatpersonen stieg um 11,4 Prozent auf 3435. Den stärksten Anstieg hatte das Baugewerbe mit einem Zuwachs von fast 26 Prozent auf 905 Unternehmenszusammenbrüche.

VERMÖGENSBILDUNG

Gewicht verschob sich zu Unternehmens-Investitionen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Bei der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung, die 1984 um elf Prozent auf 167 Mrd. DM zunahm, haben sich die Gewichte merklich zugunsten der Investitionen von Produktionsunternehmen (32,4 nach 29,3 Prozent) verschoben, während die übrigen Investoren an Boden verloren haben. Andererseits ging der Anteil der privaten Haushalte an der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis, der 1981/82 noch bei 90 Prozent gelegen hatte, von fast 70 auf 65,4 Prozent zugunsten der übrigen Bereiche zurück, was die Bundesbank in ihrem Monatsbericht als Normalisierung bezeichnet.

Gleichzeitig beanspruchten die öffentlichen Haushalte die von den anderen Sektoren gebildeten Ersparnisse in erheblich geringerem Umfang (5,2 nach 9,2 Prozent), was die Fortschritte der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte widerspiegelt. Die Unternehmen trugen wie 1983 knapp 40 Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Ersparnisbildung bei.

Die Umschichtung im Sparaufkommen zugunsten der Eigenfinanzierung der investierenden privaten und öffentlichen Sektoren hat maßgeblich dazu beigetragen, daß sich Unternehmen sowie private und öffentliche Haushalte trotz kräftig erhöhter Investitionen weniger verschulden mußten.

Der Anteil der Eigenfinanzierungsmittel der Unternehmen bewegte sich mit gut 70 Prozent weiterhin auf einem hohen Niveau, womit nach dem Urteil der Bundesbank gute Voraussetzungen für eine kräftige Entfaltung der Investitionstätigkeit auch in diesem Jahr gegeben sein dürfte.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Handelsabkommen mit China wird heute unterzeichnet

WILHELM HADLER, Brüssel

Ein Abkommen über die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EG und China wird heute in Brüssel unterzeichnet. Es soll die Beziehungen auf eine breitere vertragliche Grundlage stellen und die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Ausweitung des Warenverkehrs schaffen.

Die beiden Vertragsparteien räumen sich in ihren Handelsbeziehungen nicht nur die Meistbegünstigung ein, was bedeutet, daß Vorteile, die Dritten gewährt werden, automatisch auch auf die Vertragspartner ausgedehnt werden müssen. Sie verpflichten sich auch, „im Rahmen ihrer Möglichkeiten" zur Schaffung eines ausgewogenen Handelsverkehrs beizutragen.

China – so heißt es in den Abkommen – „berücksichtigt wohlwollend die Einfuhren aus der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft". Die Pekinger Behörden wollen dafür Sorge tragen, daß die Exporteure der EG in die Lage versetzt werden, „sich in vollem Umfang an den Möglichkeiten des Handels mit China zu beteiligen."

Im Gegenzug strebt die EG eine „immer weitergehende Liberalisierung der Einfuhren" aus der Volksrepublik an. Beide Seiten wollen in Streitfällen „freundschaftliche Konsultationen" einleiten und sich bemühen, keine Maßnahmen vor Durchführung der Konsultationen zu treffen. Nur in Ausnahmesituationen sollen Handelsbeschränkungen zulässig sein.

Gefördert werden sollen Joint ventures, der Technologietransfer, die Zusammenarbeit von Finanzeinrichtungen sowie die Veranstaltung von Seminaren und Informationsreisen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Gegenwärtig kommen auf je 100 Erwerbsfähige 36 Rentner. Im Jahre 2008 müssen 100 Erwerbsfähige mit ihren Rentenversicherungsbeiträgen für 45 Rentner sorgen. Noch höher wird die „Alterslast" für die übernächste Generation: Im Jahre 2030 müssen 100 Erwerbsfähige das Ruhegeld für 66 Pensionäre aufbringen. Nimmt man die Zahl der Kinder hinzu, dann muß jeder Verdiener für einen Nichtverdiener aufkommen. QUELLE: GLOBUS

Klage gegen Bildungsurlaub

Düsseldorf (Py.) – Die nordrhein-westfälischen Arbeitgeber haben gegen das „Arbeitnehmer-Weiterbildungsgesetz" Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht erhoben. Das „Gesetz zur Freistellung von Arbeitnehmern zum Zwekke der beruflichen und politischen Weiterbildung" war am 24. Oktober 1984 mit der absoluten Mehrheit der SPD im Düsseldorfer Landtag verabschiedet worden und am 1. Januar 1985 in Kraft getreten. Die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens begründet ihren Schritt vor allem mit der einseitigen finanziellen Belastung der Arbeitgeber, politische Bildungsarbeit zu finanzieren.

BMW stellt ein

München (sz.) – Über 1000 neue Mitarbeiter will die Münchner BMW AG bis zum Jahresende 1985 einstellen. Der weitaus überwiegende Teil davon wird nach Angaben des Unternehmens benötigt, weil die Produktionskapazitäten zur Zeit voll ausgelastet sind und nur durch eine Aufstockung der Belegschaft die „unverändert gute Nachfrage aus dem Ausland und die wieder anziehende Inlandsnachfrage" befriedigt werden kann. Deutlich unter 500 Neueinstellungen seien durch die Arbeitszeitverkürzung bedingt. Ende 1985 wird der Personalstand bei BMW den Planungen zufolge 46 100 (44 700) Mitarbeiter betragen.

Warten auf Belebung

Stuttgart (dpa/vwd) – Der Frühjahrsboom auf dem deutschen Gebrauchtwagenmarkt läßt auf sich warten. Wie die Deutsche Automobil Treuhand GmbH (DAT), Stuttgart, gestern in ihrem neuesten Marktbericht feststellt, geben die Gebrauchtwagenpreise derzeit etwas nach. Dies sei eine Folge des durch den langen Winter verursachten hohen Gebrauchtwagen-Bestandes.

Dachdecker optimistisch

Düsseldorf (Py.) – Mit guten bis sehr guten Ergebnissen für die beteiligten 518 Unternehmen aus 19 Ländern ist die Internationale Fachausstellung „Dach + Wand" in Köln zu Ende gegangen. Insgesamt 32 000 Fachleute aus 48 Staaten besuchten die Ausstellung, darunter 2700 aus dem Ausland. Nach Aussagen vieler Experten macht sich in der Branche eine leichte Zuversicht bemerkbar. Obwohl auch das Dachdeckerhandwerk von der schwierigen Baukonjunktur beeinträchtigt wird, stehen für diesen Handwerkszweig die Zeichen günstiger als für das Bauhauptgewerbe.

Handelsgespräche eröffnet

Moskau (AP) – Sieben Jahre nach der letzten Gesprächsrunde haben die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion am Montag in Moskau ihre Gespräche über die Intensivierung des bilateralen Handels wieder aufgenommen. Die regelmäßigen Verhandlungen waren 1979 nach dem Einmarsch der sowjetischen Streitkräfte in Afghanistan von den USA abgebrochen worden. Bei den Gesprächen geht es nach Baldridges Worten um den strategisch unbedeutenden Austausch nichtmilitärischer Waren.

Kohle an der Spitze

Frankfurt (dpa/vwd) – Die deutsche Steinkohle ist im vergangenen Jahr mehr als bisher zur Stromerzeugung in der Bundesrepublik eingesetzt worden. Mit insgesamt 46,1 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten haben die öffentliche Stromversorgung und industrielle Kraftwirtschaft zuletzt 87 Prozent (Vorjahr 85,5) ihrer Kohle aus deutschen Zechen bezogen, 13 (14,5) Prozent aus dem Ausland. Das teilte die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) gestern in Frankfurt mit.

KfW senkt Zinsen

Frankfurt (dpa/vwd) – Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt, senkt mit sofortiger Wirkung die Zinsen ihrer Eigenmittelprogramme um etwa 0,5 Prozentpunkte. Im Rahmen der Mittelstandskredite für kleine und mittlere Unternehmen werden die Zinsen auf 6,75 (sieben) Prozent zurückgenommen. Für Kredite der KfW-Umweltschutzfinanzierung müssen künftig 6,25 (6,50) Prozent gezahlt werden. Gleichzeitig wird der Auszahlungssatz von 95 auf 96 Prozent angehoben. Die Laufzeit von zehn Jahren einschließlich zweier tilgungsfreier Jahre bleibt unverändert, teilte die KfW am Montag in Frankfurt mit.

ISRAEL

Mehrwertsteuer wird erhöht, Reallöhne sollen sinken

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Dreizehneinhalb Stunden tagte die Regierung am Sonntag, ehe sie auf Premier Shimon Peres' Drängen schließlich eine Reihe von Maßnahmen beschloß, die das Leben der Israelis schwerer und – vor allem – teurer machen werden:

- Erhöhung der Mehrwertsteuer von 15 auf 17 Prozent.
- Bis August dürfen öffentliche Stellen keine neuen Kauf- oder Dienstleistungsverträge abschließen und kein neues Personal einstellen.
- Die Reisesteuer wird von 150 auf 300 Dollar pro Person erhöht und die Devisenzuteilung von 1000 auf 800 Dollar im Jahr herabgesetzt.
- Keine Lohnerhöhungen in den kommenden drei Monaten. Wegen der Inflation bedeutet dies eine beträchtliche Senkung der Reallöhne.
- Beschleunigte Fortsetzung der Privatisierung staatlicher Firmen.
- Beratung über Einführung der Fünftagewoche im Staatdienst mit entsprechender Kürzung der Gehälter.

Arbeitnehmer in produktiven Betrieben, nämlich Industrie, Bau, Touristik und Landwirtschaft, erhalten eine Einkommensteuerermäßigung von zehn Prozent als Leistungsansporn.

Der wohl wichtigste Beschluß ist eine Gesetzesnovelle, die der Nationalbank Autonomie gewährt und es ihr ermöglicht, die Tätigkeit der Notenpresse zu beschränken.

Dieses Jahr soll das Drucken von Banknoten auf den Gegenwert von 1,2 Mrd. Dollar beschränkt werden. (SAD)

DEUTSCHER INGENIEURTAG / Acht Thesen zum technischen Fortschritt

„Nicht von Amts wegen zu verordnen"

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Ohne weiteren technischen Fortschritt hätte gerade die rohstoffarme, exportabhängige und dichtbesiedelte Bundesrepublik Deutschland keine wirtschaftlichen Überlebenschancen, gäbe es keinen Umweltschutz und es würden unsere heutigen Lebens- und Arbeitsbedingungen zerstört. Diese Auffassung vertrat in Stuttgart Karl Eugen Becker, Präsident des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) anläßlich des bevorstehenden Deutschen Ingenieurtags (21. und 22. Mai) vor der Presse. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß selbst dort, wo im Gefolge der Technik Probleme für Mensch und Umwelt aufträten, diese wiederum nur durch Technik zu lösen seien, nämlich durch eine noch bessere und noch menschengerechtere Technik.

Zum Leitthema der Tagung, auf der rund 1800 Ingenieure aus dem In- und Ausland diskutieren werden, hat der VDI als Veranstalter acht „Thesen zum technischen Fortschritt" formuliert. In diesen Thesen wird unter anderem gefordert, daß die deutsche Wirtschaft aus eigener Kraft einen internationalen Wettbewerbsvorsprung, vor allem bei den Zukunftstechnologien, erarbeiten und halten müsse.

Dies freilich lasse sich dauerhaft nicht durch Subventionen erreichen oder „vom Amts wegen verordnen". Staat und Gesellschaft müßten allerdings fördernde Rahmenbedingungen für den technischen Fortschritt schaffen. Dazu zähle auch eine größere Aufgeschlossenheit unserer Gesellschaft für Fragen der Technik und ein verstärkter Technikunterricht an allen Schulen.

Von den Ingenieuren selbst fordern die Thesen, daß sie verstärkt in ganzheitlichen Systemen denken und Technikfolgen für die Umwelt berücksichtigen müßten. Darüber hinaus sollten die Ingenieure verstärkt auf die von den Mitbürgern gestellten Fragen zur Technik eingehen. Um die Fragen offensiv beantworten zu können und ein positives, motivierendes Zukunftsbewußtsein festigen zu helfen, sei ein stärkerer Dialog der Ingenieure untereinander vonnöten.

Alles in allem sei der technische Fortschritt kein Selbstzweck. Er dürfe nicht dazu führen, daß die Umwelt gefährdet und die Ressourcen durch Raubbau aufgezehrt würden. Es sei daher auch Aufgabe der technischen Entwicklung, langfristig alternative Ressourcen zu erschließen und verlorengegangenes Terrain – beispielsweise Wüsten oder abgeholzte Gebiete – wieder zurückzugewinnen. Das Bewußtsein in Industrie und Wirtschaft müsse wachsen, daß eine menschen- und umweltgerechte Technik nicht nur eine moralische Forderung sei, sondern auch ökonomische Chancen biete.

ITALIEN / Teilprivatisierung der Staatsunternehmen

Börseneinführung geplant

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Mit dem Verkauf der Kapitalmehrheit des Nahrungsmittelkonzerns SME an die in Besitz der De-Benedetti-Gruppe befindliche Branchenschwester Buitoni ist das erste zur Staatsholding IRI gehörende Unternehmen vollständig in private Hand übergegangen. Dabei dürfte es den Erwartungen italienischer Wirtschafts- und Regierungskreise zufolge vermutlich nicht bleiben, da schon andere Staatsbeteiligungsunternehmen auf der Liste der Voll- bzw. Teilprivatisierung stehen.

Grundlage dieser Operationen ist die von der Regierung Craxi kürzlich ratifizierte Absicht des Managements der italienischen Staatsholdings, „nichtstrategische" Bereiche aus dem Verband der von ihnen kontrollierten Firmengruppen zu lösen und die finanziellen Anstrengungen künftig auf die strategischen Konzernsparten zu konzentrieren.

Neue Konzernstrategie

Dazu gehört neben der Stahl- und der Aluminiumindustrie, die tief in den roten Zahlen stecken, vor allem „HighTech"-Bereiche wie die Luft- und Raumfahrt, das Fernmelde- und Nachrichtenwesen sowie das gesamte Gebiet der Elektronik, in dem die Staatsunternehmen umfangreiche Investitionen planen.

Die *Neuorientierung* der *Staatsunternehmen* entspringt den Bemühungen der italienischen Regierung, die Produktivität und Rentabilität der vom Staat kontrollierten Wirtschaftsbereiche zu verbessern. Erhebliche Fortschritte konnten hierbei sowohl im Falle des staatlichen Energiekonzerns ENI als auch im Falle der Staatsholding IRI erzielt werden, die seit zweieinhalb Jahren ein neues Spitzenmanagment haben.

Die Staatsholding IRI verminderte 1984 mit einem gegenüber dem Vorjahr um 10,1 Prozent auf 41 014 Mrd. Lire (1000 Lire = 1,57 DM) gestiegenen Umsatz ihren konsolidierten Konzernverlust um 678 Mrd. Lire oder 22 Prozent auf 2371 Mrd. Lire, während der Energiekonzern ENI mit einem um 18,4 Prozent auf 45 349 Mrd. Lire höheren Umsatz seinen Verlust von 1450 auf 88 Mrd. Lire verminderte. Zu der Verbesserung trug in beiden Fällen nicht nur die konjunkturelle Entwicklung bei, sondern auch eine Betriebspolitik, die inzwischen gezielt auf Kostensenkung gerichtet ist.

Zu der Neuorientierung gehört auch, daß Staatsunternehmen, die ihre Rentabilität zurückgewonnen haben, mit einer Kapitalminorität an der Börse notiert werden sollen, um auf diese Weise privates Kapital zur Finanzierung heranzuziehen. Erstes Beispiel dafür war die ENI-Tochter Saipem, die 1984 zur Börsennotiz angemeldet wurde. Börsenpläne werden jetzt mit der IRI-Tochter Italtel geschmiedet, Italiens größtem Hersteller in der Nachrichtentechnik, der 1984 zum zweiten Mal hintereinander einen Reingewinn erzielte und daraus erstmals nach elfjähriger Pause eine Dividende zahlt. In diesem Fall hat das Management eine Börseneinführung für 1986 ins Auge gefaßt.

Gegenwärtig werden an der Mailänder Börse 13 Unternehmen (von insgesamt 150) mit Staatsbeteiligung gehandelt, eines davon gehört zur ENI-Gruppe. Nur in den wenigsten Fällen erfüllen die notierten Staatsbeteiligungsunternehmen allerdings die Auflage der amtlichen Börsenaufsichtskommission, wenigstens ein Viertel des Kapitals frei am Markt zu halten. Die Gesellschaften wurden bisher nur nicht vom Kurszettel gestrichen, weil die Börsenaufsichtsorgane mit einer Verminderung der staatlichen Kapitalanteile rechnen.

Rom verkauft Banken

Teil- und Vollprivatisierungen sind auch im Bankwesen geplant oder im Gange. Vor dem Übergang an die New York Citi Bank stehen 74 Prozent des Kapitals der Banca Centro Sud, einer Tochter des von IRI kontrollierten Kreditinstituts Banco di Roma, während sich der Verkauf der IRI-Beteiligung an Banco di Santo Spirito an das öffentlich-rechtliche Kreditinstitut Monte dei Paschi di Siena in der Planung befindet. Rund 15 Prozent des Kapitals des größten italienischen Kreditinstituts der Banca Nazionale del Lavoro in Rom sollen im Rahmen einer dem Publikum vorbehaltenen Kapitalerhöhung von 600 auf 700 Mrd. Lire an der Börse notiert werden.

Allerdings wird dies wenig an der überragenden Rolle der staatlichen und öffentlich-rechtlichen Banken ändern, 80 Prozent aller Kundeneinlagen halten.

KONJUNKTUR / Die Investitionstätigkeit in Frankreich hat sich deutlich belebt

Gute Aussichten für deutschen Export

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das konjunkturelle Klima in Frankreich, dem größten Auslandskunden der Bundesrepublik, hat sich in letzter Zeit leicht erwärmt. Die Nachfrage der privaten Haushalte nimmt nach ihrer starken Abkühlung während der Wintermonate in verschiedenen Bereichen, inbesondere bei Autos, wieder etwas zu, während sie bei Textilien und elektrischen Haushaltsgeräten weiterhin sehr schwach ist. Auch zeigt der seit Jahren in einer schweren Krise steckende Wohnungsbau erste Zeichen der Wiederbelebung.

Am deutlichsten aber ist die Erholung in der Investitionsgüterkonjunktur. Die Investitionstätigkeit der Industrie war schon 1984 nach einem dreijährigen Rückgang um real sieben Prozent gestiegen. In diesem Jahr wollen 70 Prozent der von der Notenbank kürzlich befragten Unternehmen ihre Investitionen weiter steigern. Für die deutsche Investitionsgüterindustrie, die in Frankreich eine starke Position besitzt, sind das günstige Perspektiven.

Die französische Wirtschaft selbst hat bisher von der besseren Binnennachfrage aber kaum profitiert. Ein Großteil des Nachfragezuwachses befriedigten die Importeure. Dafür konnte Frankreich vor allem dank dem hohen Dollarkurs seine Exporte steigern. So nahm die Industrieproduktion des Landes in den letzten Monaten wieder zu, ohne allerdings die entsprechenden Vorjahresergebnisse wesentlich zu übertreffen.

Von Mitte dieses Jahres an rechnet man wegen der dann wirksam werdenden Einkommensteuersenkung mit einem breiteren Verbrauchsanstieg, andererseits aber auch mit einer Abschwächung der Exporte und zwar wegen der schlechter gewordenen internationalen, vor allem amerikanischen Konjunktur und in Europa auch wegen des zu starken Franc.

Die von der französischen Regierung für 1985 angestrebte Zunahme des Bruttosozialprodukts um mindestens zwei Prozent dürfte danach kaum erreicht werden können. Das Nationalinstitut für Statistik (INSEE) erwartet höchstens ein Prozent, was eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit bedeuten würde.

Auch die Preisstabilisierungsziele der Regierung – höchstens 4,5 Prozent Inflation in 1985 – scheinen immer mehr gefährdet. Bereits in den ersten vier Monaten dieses Jahres waren es 2,5 Prozent und im Jahresvergleich erreichte die französische Teuerungsrate zuletzt 6,5 Prozent, das heißt fast dreimal soviel wie in der Bundesrepublik.

Unter diesen Umständen dürfte es die Regierung in Paris kaum wagen, trotz der bevorstehenden Wahlen ihren Stabilisierungskurs wesentlich zu lockern. Dieser Auffassung widerspricht auch nicht die jetzt erfolgte leichte Kreditverbilligung. Die französischen Zinssätze liegen nach wie vor erheblich über dem internationalen Durchschnitt.

JUGOSLAWIEN / Düstere Wirtschaftsprognosen

Gerüchte über Moratorium

CLAUDE JUVENAL, Belgrad

Die wirtschaftliche Lage in Jugoslawien hat sich seit Anfang 1985 drastisch verschlechtert. Von Belgrader Expertenkreisen wird immer häufiger die Frage aufgeworfen, ob das mit über 20 Milliarden Dollar verschuldete Land die internationalen Gläubiger um ein Moratorium bitten sollte.

Zentralbankgouverneur Radovan Makic erklärte in der letzten Woche, man müsse wahrscheinlich zwischen der völligen Erschöpfung der Devisenreserven und einem Aufschub bei der Tilgung der Auslandschulden wählen. Wenig später revidierte Makic allerdings der Öffentlichkeit gegenüber diese düstere Prognose und beteuerte, ein Moratorium sei nie ernsthaft erwogen worden.

Die gegenwärtige Entwicklung gibt jedoch zu großer Besorgnis Anlaß. Die Inflationsrate, die bis Ende des Jahres 40 Prozent nicht übersteigen soll, hat Ende April schon 26 Prozent erreicht. Im Jahresrhythmus, von April 1984 bis April 1985, ergibt dies 85,7 Prozent. Daß sie bis Ende 1985 auf eine dreistellige Zahl anwächst, wird in Fachkreisen nicht mehr ausgeschlossen. Die Experten betonen allerdings, daß die hohe Preissteigerungsrate seit Januar teilweise auf Manipulationen der Regierung zurückzuführen sei. Diese habe Verteuerungen des vierten Quartals 1984 in den ersten Monat des neuen Jahres „hinübergerettet", um die Inflationsrate 1984 statistisch unter der von 1983 halten zu können.

Das Defizit des Außenhandels hat sich in den ersten vier Monaten dieses Jahres um 64 Prozent erhöht und 653 Mill. Dollar erreicht. Ein Rückgang um drei Prozent der dringend benötigten Exporte in Länder mit konvertierbarer Währung konnte nicht verhindert werden. Der Gouverneur der Zentralbank hat bereits zu verstehen gegeben, Jugoslawien könnte demnächst gezwungen sein, auf lebenswichtige Importe von Energieprodukten und Rohstoffen verzichten zu müssen. Bezeichnend ist, daß bei geringeren Ausfuhren (minus drei Prozent), die Importe von Januar bis Ende April mit insgesamt 3,92 Mrd. Dollar um fünf Prozent gestiegen sind.

Die Experten verweisen auch auf „Grundübel" der Wirtschaftspolitik. Die Regierung habe trotz unzähliger Beteuerungen keine Wirtschaftsreformen durchgesetzt. Sie scheine sich im Gegenteil wieder dem veralteten Rezept des Preisstopps zuwenden zu wollen, was in Widerspruch zu der Absichtserklärung stehe, die sie gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) abgegeben habe. Die Hersteller von insgesamt 18 Industrieprodukten wurden bereits aufgefordert, ihre seit Jahresbeginn um 20 Prozent erhöhten Preise wieder auf das Februarniveau zu drücken.

Der Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung, betonen die Experten, erreiche gegenwärtig 15 Prozent. Die Regierung könne oder wolle aber die Betriebe nicht zu einer Rationalisierung zwingen, weil diese auf einen massiven Abbau von *Arbeitsplätzen insbesondere* im Dienstleistungsbereich hinauslaufen würde. Als „abschreckendes Beispiel" führen sie „Zastava", den größten Automobilhersteller des Landes an: Das Unternehmen beschäftigt 51 Prozent der Belegschaft in der Verwaltung. (AFP)

US-STAHLINDUSTRIE / Selbstbeschränkungs-Abkommen zeigen wenig Wirkung

Der Wettbewerb nimmt ständig zu

BERND PARSON, New York

Das zwischen Washington und den wichtigsten Stahlexportländern abgeschlossene Selbstbeschränkungsabkommen scheint den US-Herstellern wenig zu nutzen. Nachdem sich die Ertragslage der US-Firmen im ersten Quartal 1985 weiter verschlechtert hat, ist zu hören, daß die Banken ihre Kreditkonditionen an die Branche verschärfen wollen.

„Die Leistung der Stahlindustrie ist so unberechenbar und ihre Probleme so tiefgreifend, daß man sich ernsthaft die Frage stellen muß, ob sie sich jemals erholen wird", sagt der Wertpapieranalyst Richard McClow von der Brokerfirma Duff + Phelps Inc. Die meisten seiner Kollegen bezweifeln, daß es der Branche in absehbarer Zeit gelingen wird, ihre Kapazitäten auszulasten und die Preise und Gewinne anzuheben.

Im April beantragte Wheeling-Pittsburgh Corp. die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens nach Paragraph 11 der US-Konkursgesetzgebung. Mit diesem Verfahren erhielt das Unternehmen eine „Atempause", um durch eine Umschuldung und Neuorganisation sein Überleben zu ermöglichen. Branchenkenner vermuten, daß die Firma mit dem Bankrott droht, um ihre 8200 gewerkschaftlich organisierten Mitarbeiter für Lohnkonzessionen und die 13 Gläubigerbanken für eine Umschuldung der langfristigen Verbindlichkeiten von 514 Mill. Dollar (rund 1,6 Mrd. DM) zu gewinnen. Wheeling-Pittsburgh hat seit 1982 etwa 122 Mill. Dollar Verlust gemacht bei kaum 800 Mill. Dollar Umsatz im Jahr.

Bei der pessimistischen Einschätzung der Branche spielen die hohen Lohnkosten eine entscheidende Rolle. Der Stundenlohn eines US-Stahlarbeiters ist etwa doppelt so hoch wie der seines japanischen Kollegen. Die Hersteller suchen deshalb nach Wegen, die Lohnkosten zu senken. Kürzlich einigten sich die fünf führenden Hersteller darauf, die bislang in der Stahlindustrie praktizierte Koordinierung der Tarifverhandlungen aufzugeben. Damit haben aber die Hersteller nach Auffassung von Analysten die Gefahr eines Streiks im kommenden Jahr heraufbeschworen.

Schließlich leidet die Branche unter dem ständig zunehmenden Wettbewerb bei sinkender Nachfrage. Von den 59 Ländern, die in den USA konkurrieren, haben im vergangenen Jahr nur drei ihre Lieferungen nicht erhöht. „Trotz Präsident Reagans Versuch, die Stahleinfuhren durch Handelsbeschränkungen zu bremsen, dürften die Probleme schlimmer werden, da besonders Entwicklungsländer nach einer Ausweitung ihrer Stahlausfuhren in die USA trachten", meint der Analyst McClow.

Nur für den Branchenführer U. S. Steel Corp, Pittsburgh, sehen Branchenkenner Lichtblicke. Das Unternehmen verdiente im vergangenen Jahr 493 Mill. Dollar bei 19,1 Mrd. Dollar Umsatz. (dpa/VWD)

NÜSSE / Süderweiterung der EG schafft Probleme

Verbrauch stark gestiegen

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die Bundesrepublik Deutschland ist mit einem Einfuhrvolumen von 200 000 Tonnen das größte Nuß-Importland der Welt, doch der Konsum könnte durch eine saisonunabhängigere Angebotspolitik erheblich gesteigert werden. Diese Auffassung wurde von deutschen Fachleuten gestern beim V. Welt-Nuß-Kongreß in Hamburg vertreten. Die Sprecher des deutschen Organisationskomitees, Dieter Fels (Früco GmbH) und John Degler (Edeka Zentrale AG) wiesen darauf hin, daß stark schwankende Preise und unrealistische Preisvorstellungen in einigen Erzeugerländern Absatz und Verbrauch von Nüssen immer wieder erheblich beeinträchtigten.

Mit der Bundesrepublik ist zum erstenmal ein Verbraucherland Stätte dieses Weltkongresses, zu dem rund *500 Teilnehmer aus etwa 40 Ländern* erschienen sind. Der Kongreß befaßt sich nicht nur mit der volks- und ernährungswirtschaftlichen Bedeutung der Nußherstellung, sondern auch mit Problemen der Vermarktung. So stehen mit der Süd-Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft für den Handel und die Industrie erhebliche Probleme ins Haus. Dies betrifft vor allem den Handel mit Mandeln, für die die USA Hauptlieferant sind, ihr Anteil am deutschen Import liegt bei 64 Prozent.

Die Zollerleichterungen dürften daher vor allem zu Lasten der US-Nußfarmer gehen: Ein Streit mit den USA – so erklärten gestern die deutschen Kongreß-Vertreter – erscheine unvermeidlich. Der deutsche Nußhandel fordert außerdem die Beseitigung der Tarif-Diskriminierung der deutschen Seehäfen gegenüber den Rheinmündungshäfen bei den *Anschlußfrachten ins Binnenland.*

Verhaltenskodex für Technologietransfer

IRENE ZÜCKER, Genf

Die sechste Verhandlungsrunde über einen internationalen Verhaltenskodex für Technologietransfer, die vom 13. bis 31. Mai unter der Schirmherrschaft der Unctad in Genf tagt, hat eine Chance, nach zehnjährigem Ringen den Kodex zu verabschieden. Nach einer Denkpause von anderthalb Jahren seit der erfolglosen fünften Konferenz von 1982 ist den Delegierten aus hundert Ländern klar, daß diese Verhandlungsrunde für lange Zeit die letzte Möglichkeit ist, zu einem Kodex zu kommen. Deshalb diskutieren die einzelnen Gruppen bereits, ob sie diesmal aus politischen Gründen einen Kompromiß eingehen wollen, da sie andernfalls ein grundlegendes Scheitern der Verhandlungen zugeben müßten.

Ziel des Kodex ist, die Rahmenbedingungen für den Technologietransfer weltweit zu gestalten. Dabei sollen die Entwicklungsländer vermehrt und einfacher Zugang zu den von ihnen benötigten Technologien erhalten. Es geht jedoch nicht ausschließlich um eine Nord-Süd-Operation. Der Kodex muß universellen Charakter besitzen, somit auch den Bedürfnissen der Industrienationen entsprechen, da heute gut 90 Prozent des grenzüberschreitenden Technologietransfers zwischen Privatfirmen der Industrieländer abgewickelt werden. Die Dritte Welt betrachtet den Besitz von Technologie als Schlüssel zu ihrer Industrialisierung.

FRANKREICH / Tendenz am Arbeitsmarkt verbessert

Mehr Stellen angeboten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nach Angaben des französischen Arbeitsministeriums hat sich die Zahl der Arbeitslosen im April um 81 500 auf 2,34 Millionen, also um beachtliche 3,4 Prozent vermindert. Auch saisonbereinigt sei sie monatlich zum dritten Mal hintereinander zurückgegangen und zwar um 23 000 beziehungsweise um ein Prozent auf 2,39 Millionen. Das wären nur noch 4,6 Prozent mehr gewesen als vor einem Jahr.

Die Oppositionsparteien dagegen behaupten, daß die Arbeitslosigkeit auch in den letzten Monaten weiter zugenommen hat, dabei allein im April um 39 600 auf 2,87 Millionen nach dem inoffiziellen Indikator des früheren bürgerlichen Arbeitsministers Stoleru. Dieser erfaßt allerdings auch die im Rahmen der Regierungsprogramme vorübergehend Beschäftigten weiter als Arbeitslose.

Im Hinblick auf die Parlamentswahlen vom Frühjahr 1986, bei denen das Arbeitslosenproblem von vielleicht ausschlaggebender Bedeutung sein wird, bemüht sich die Regierung auch sonst um die Verschönerung der Arbeitslosenstatistik. Immerhin aber scheint sich die Tendenz am französischen Arbeitsmarkt in letzter Zeit nicht mehr verschlechtert, sondern eher etwas verbessert zu haben.

So nahm im April – wie auch die Opposition nicht bestreitet – die Zahl der Stellenangebote um 4,5 Prozent auf 46 000 zu. Andererseits hatte sich die aktive Bevölkerung Frankreichs 1984 um 200 000 auf 13,55 Millionen vermindert. Dieser Rückstand dürfte so schnell nicht zu überwinden sein, zumal inzwischen in den Krisenbranchen die Möglichkeiten der vorzeitigen Pensionierung weitgehend erschöpft sind.

ARGENTINIEN / Einfrieren der Dollarkonten wird von der Presse hart kritisiert

„Die Zeichen stehen auf Sturm"

WERNER THOMAS, Buenos Aires

Nach der Entscheidung der argentinischen Regierung, alle Dollarkonten für 120 Tage einzufrieren, ist das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik des Landes weiter gesunken. Präsident Raul Alfonsin und seine Berater ernteten Kritik von allen Seiten.

Die Zeitung „La Nacion" befürchtet, daß das Finanzsystem nun „neuen Problemen" ausgesetzt sein wird. Ähnlich urteilen Bankiers. Carlos Herrero, der Geschäftsführer der „Banco Popular Argentino", prophezeit „negative Auswirkungen" auf das Verhalten seiner Kunden. „Die Leute werden in Zukunft ihre Dollars unter ihrer Matratze deponieren", konzedierte selbst ein Regierungsvertreter.

Der Griff nach den Dollar-Konten versetzte die Nation in Nervosität und beherrschte die Schlagzeilen der Presse. Er war jedoch eine Reaktion auf eine andere besorgniserregende Entwicklung: die Schließung der bankrotten Banco Italia y Rio de la Plata am 10. Mai durch die Regierung, der ältesten und drittgrößten Privatbank (88 Filialen). Als dieser Schritt bekannt wurde, haben viele Argentinier ihre Dollar-Einlagen auch bei anderen Banken abgehoben. Besonders wurden die privaten Geldinstitute getroffen, weil die Meinung vertreten wird, die Regierung werde einer staatlichen Bank eher beistehen.

Auf den eingefrorenen Dollar-Konten liegt eine Dollar-Summe von 800 Millionen bis einer Milliarde. Diese Gelder müssen nun der Zentralbank zur Verfügung gestellt werden.

Die Regierung hat drei Monate Zeit, um wichtige Entscheidungen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu treffen. Ob solche Entscheidungen fallen, ist jedoch fraglich. Viele Beobachter glauben, daß innerhalb der Regierung keine Einigkeit herrscht über einen konsequenten Wirtschaftskurs.

Die weiteren Entwickungen werden besonders davon abhängen, ob Argentinien einen dringend benötigten Kredit von 4,2 Mrd. Dollar erhält, den ausländische Banken gewähren wollen. Der Kredit steht jedoch in Verbindung mit einem neuen Abkommen zwischen der Alfonsin-Regierung und dem Internationalen Währungsfonds (IWF).

Die Regierung muß dringend die Inflationsrate drücken, die in den ersten vier Monaten dieses Jahres bereits 147,3 Prozent betrug. Wenn die Lebenshaltungskosten weiter in diesem Tempo klettern, droht eine Preissteigerungsrate von mehr als 1700 Prozent drohen. Weitere drastische Sparmaßnahmen verschärfen aber die Konfrontation mit der mächtigen peronistischen Gewerkschaftsorganisation CGT.

Am Donnerstag dieser Woche veranstalten die Arbeitnehmerverbände einen Generalstreik. Der Tag soll mit einer Massenkundgebung auf dem Plaza de Mayo vor dem Präsidentenpalast beginnen. Saul Ubaldini, der einflußreichste Gewerkschaftsführer, gehört zu den Rednern. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird er bei dieser Gelegenheit eine bereits dieser Tage erhobene Forderung wiederholen: Präsident Alfonsin müsse seine Wirtschaftspolitik ändern – oder gehen. „Die Zeichen stehen auf Sturm", kommentierte die Zeitung „La Prensa". (SAD)

ALLIANZ / Dividende auf elf DM aufgestockt

Neue Konzernstruktur steht

DANKWARD SEITZ, München

Die Ausschüttung einer auf 11 (10) DM erhöhten Dividende je 50-DM-Aktie für das Geschäftsjahr 1984 wird die Allianz Versicherungs-AG, München, ihrer Hauptversammlung am 27. Juni vorschlagen. Gewinnberechtigt ist ein Grundkapital von 501,2 Mill. DM. In die freien Rücklagen sollen – einschließlich einer Zuweisung aus dem Bilanzgewinn – 140,3 (146,3) Mill. DM eingestellt werden.

Des weiteren sollen die Aktionäre die seit langem geplante Umstrukturierung des Konzerns billigen. Die Vorschläge sehen vor, in der bisherigen Allianzversicherungs-AG, die dann als „Allianz AG Holding" firmieren wird, die Verwaltung von Beteiligungen im In- und Ausland sowie das überwiegend aus dem Konzern übernommende Rückversicherungegeschäft zusammenzufassen.

Diese Gesellschaft soll sich dann vorwiegend auf die Steuerung des Gesamtkonzerns und auf strategische Grundsatzfragen konzentrieren. Ziel des Konzepts ist es, der Allianz-Gruppe weltweit mehr Beweglichkeit im Wettbewerb zu verschaffen. Das Ersatzversicherungs-Geschäft soll mit Zustimmung der Aktionäre auf eine neue Gesellschaft dieser Holding, die „Allianz Versicherungs-AG" (neu), übertragen werden. Sie wird über eine 100prozentige Beteiligung sowie einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Allianz AG Holding verbunden bleiben.

Dem Vorstand der Allianz AG Holding werden die bisherigen Vorstandsmitglieder Wolfgang Schieren (Vorsitzender), Jan Bötius, Uwe Haasen, Wolfgang Müller, Friedrich Schiefer und Ernst Wunderlich angehören. Der Vorstand der Allianz Versicherungs-AG (neu), deren Aufsichtsratsvorsitz Schieren übernehmen wird, wird sich zusammensetzen aus: Ernst Wunderlich (Vorsitzender), Peter Blomberg, Jan Bötius, helmut Bossenmaier, Heinz Braun, Detlev Bremkamp, Wolfgang Müller, Diethart Beipohl und Herbert Schmeer.

KARLSRUHER VERSICHERUNGEN / Zur satten Dividende von acht Prozent noch ein stolzer Jubiläumsbonus

Im Neugeschäft die Branche überrundet

HARALD POSNY, Düsseldorf

Im Doppeljubiläums-Jahr legen die Karlsruher Versicherungen, die Lebensgesellschaft ist soeben 150, die Sachversicherung 75 Jahre alt geworden, für 1984 ihre Unternehmenszahlen vor, die in Geschäftsentwicklung und Ertragslage ersteunlichepositive Unterschiede zum Branchendurchschnitt erkennen lassen. Gleichwohl muß bei allen Daten zur Beitrags-, Bestands- und Brutto-Überschuß-Entwicklung die Umstellung auf das Bonussystem und die Direktgutschrift in Kommentierungen einbezogen werden. Das gilt allerdings auch für die gesamte Branche. Vorjahresvergleiche sind also unter diesem Aspekt zu sehen.

Die Karlsruher Leben steigerte 1984 ihr Neugeschäft um 11,3 (Branche 1,1) Prozent. Wesentliche Impulse gaben dabei die Erhöhung der vermögensbildenden Lebensversicherungen nach dem 4. Vermögensbildungsgesetz. Hier hat die Karlsruher nicht nur ihren Marktanteil ausgebaut, sie hält im eigenen Vertragsbestand selbst 11 Prozent Vermögens-Policen. Fast Dreiviertel des Summenbestands jedoch sind Großlebensversicherungen.

Die Kapitalanlagestruktur hat sich nur wenig verändert. Den größten Anteil an den Nettoneuanlagen stellten mit 38 Prozent die Schuldscheindarlehen, am Gesamtbestand halten sie 37,8 Prozent. Besonders engagiert zeigte sich die Gesellschaft in Immobilienanlagen. Fast 100 Mill. DM legte sie hier an und steigerte ihren Immobilienanteil auf 13 (Branche: 8,6) Prozent. Das günstige Kursniveau nutzten die Anlagefachleute zur Realisierung von Kursgewinnen, mit denen man die Kunden im Wege der Überschußbeteiligung an den Reserven der Gesellschaft teilhaben lassen möchte.

Vom Bruttoüberschuß (256 nach 287 Mill. DM) fließen 97,3 (97,9) Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung. Zusätzlich wurden den Versicherten 71 Mill. DM erstmalig in Form der Direktgutschrift an Überschußanteilen zur Verfügung gestellt. Die Einführung der Direktgutschrift gewährleistet eine zeitnähere Zuteilung der Überschüsse. Aus dem Jahresüberschuß von 7,1 (6,1) Mill. DM gehen 4,5 (3) Mill. DM in die Rücklagen, während die Aktionäre (neben Allianz und Münchener Rück 10 Prozent Streubesitz) mit 18 Prozent Dividende und 6 Prozent Bonus bedient werden (Hauptversammlung am 19. Juli).

Die Sachtochter, Karlsruher Versicherung AG, hat 1984 ihren soliden Wachstumskurs fortgesetzt, die Beitragseinnahmen wuchsen um 8,8 Prozent auf 166 Mill. DM. Auf der anderen Seite steht dem eine nochmals deutlich erhöhte Schadenbelastung, vor allem aus dem Hagelunwetter in München, gegenüber. Das technische Ergebnis schließt nach Zuführung von 2,4 (3,2) Mill. DM mit einem Plus von 0,8 (2,2) Mill. DM. Kapitalerträge steigerten das Gesamtergebnis auf 4,9 Mill. DM nach Steuern. Nach Rücklagendotierung werden 8 Prozent Dividende und 6 Prozent Bonus ausgeschüttet.

Karlsruher Leben	1984	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	26 421	+ 7,8
Eingel. Neugeschäft	3 700	+ 11,3
Beitragseinnahmen	802	+ 4,1
Aufw.f.Vers.Fälle	274	+ 10,0
Kapitalanlagen [1]	5 655	+ 9,5
Kapitalerträge [2]	415	+ 8,9
Aufw.f.Beitr.Rückerst.	249	- 11,4
Rückst.f.Beitr.Rückerst.	675	+ 18,0

	1984	1983	1982
Stornoquote [3]	6,4	6,5	6,5
Verw.Kostenquote [4]	5,8	6,1	6,9
Abschl.Kostenqu. [5]	39,5	37,9	38,3
Überschußquote [6]	31,9	37,3	33,3

[1]) ohne Depotford.; [2]) Durchschnittsrendite: 7,8 (7,8) Prozent; [3]) Rückk., Umwandlg. in beitr.freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4]) sonst. Aufw. d. Vers. Betr. in % d. Beiträge; [5]) in Promille d. eingel. Neugesch.; [6])Bruttoüberschuß in % d. Beiträge (1984 durch Umstellung auf Bonussystem und Direktgutschrift beeinflußt).

BRAUNE HANNE HV

Starker Anstieg bei Kommunaldarlehen

D. SCHMIDT, Hannover

Einen „ausgesprochen positiven Verlauf konstatiert die Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank AG, Hannover, in den ersten vier Monaten 1985. Wie der Vorstandsvorsitzende des Instituts, Hans-Dieter Schrader, vor der Hauptversammlung erklärte, wurden im Berichtszeitraum Darlehen in Höhe von 940 Mill. DM neu abgeschlossen; in der gleichen Vorjahreszeit erreichten die Neuabschlüsse lediglich 579 Mill. DM.

Vor allem der starke Anstieg im Kommunalbereich, der sicb mit 719 (368) Mill. DM nahezu verdoppelte, beeinflußte das Wachstum entscheidend. Aber auch das Neugeschäft an Hypothekenkrediten übertraf mit 221 (211) Mill. DM erneut das hohe Vorjahresniveau. Mit 93 (128) Mill. DM reduzierte sich dagegen der gewerbliche Anteil für Wohnraumfinanzierungen.

Ebenso wie das Neugeschäft verlief auch die Bestandsentwicklung bisher günstig. Der Anteil der langfristigen Ausleihungen erhöhte sich auf 9,05 Mrd. DM. Das Bilanzvolumen der Braunen Hanne, so lautet das Börsenkürzel, stieg bis Ende April um über 600 Mill. DM auf gut 10 Mrd. DM. Erfreulich, so Schrader, hat sich im bisherigen Verlauf des Jahres 1985 die Ertragssituation entwickelt. Alles deute darauf hin, daß die Bank erneut ein „zufriedenstellendes Ergebnis erzielen" könne.

Die derzeit günstige Beurteilung dürfe allerdings nicbt den Blick vor den negativen Entwicklungen im Baugewerbe verschließen, meinte Schrader, der längerfristig negative Auswirkungen auf die Geschäftsmöglichkeiten aller Realkreditinstitute befürchtet.

Die Hauptversammlung stimmte dem Vorschlag der Verwaltung zu, neben der unveränderten Dividende von 20 Prozent einen Bonus von 2 Prozent auszuschütten. Den Rücklagen werden insgesamt 10 Mill. DM zugewiesen.

PROGRESS-WERK OBERKIRCH / Umsatzrückgang

Kapazitäten gut ausgelastet

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Den Geschäftsverlauf des Jahres 1985 beurteilt die Progress-Werk Oberkirch AG (PWO), Oberkirch, nach Angaben in einem Zwischenbericht „zuversichtlich". Der Auftragsbestand des Unternehmens, das auf den Gebieten der Stanz- und Ziehteile, im Blechbau und der Wehrtechnik (Feldküchen) sowie im Bereich der Bauverkleidungen tätig ist, belief sich Ende des ersten Quartals 1985 auf über 55 Mill. DM und erlaubt damit eine gleichmäßige Kapazitätsauslastung bis zum Jahresende. Auch die Ertragslage entwickle sich weiterhin zufriedenstellend.

Im Geschäftsjahr 1984 war die Umsatzentwicklung der PWO nach anfänglich gutem Start zur Jahresmitte durch die Auswirkungen des Arbeitskampfes in der Metallindustrie und die dadurch verursachte Produktionsunterbrechung bei einigen Großabnehmern stark beeinträchtigt. Überdies habe eine Behälterfertigung auf Veranlassung eines ausländischen Kunden unterbrochen werden müssen. Infolgedessen verringerte sich der Umsatz der PWO um 6,8 Prozent auf 96,5 Mill. DM. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß im Jahr zuvor eine überaus kräftige Umsatzzunahme von 29 Prozent verbucht worden war. Der Exportanteil am Umsatz des Berichtsjahres nahm auf 20 (Vorjahr: 31) Prozent ab.

Der Gewinn je Aktie ging um über 20 Prozent auf 10,72 (13,60) DM zurück. Es errechnet sich ein Brutto-Cash-Flow von 7,4 (8,3) Mill. DM. Gleichwohl wird ein leicht erhöhter Jahresüberschuß von 1,7 (1,6) Mill. DM ausgewiesen. Der HV am 28. Juni wird vorgeschlagen, für 1984 eine Dividende von unverändert 16 Prozent auf 8 (7) Mill. DM Aktienkapital auszuschütten. Investiert wurden 7,3 (8,7) Mill. DM und abgeschrieben 4,0 (3,9) Mill. DM.

BSW präzisiert Kapitalerhöhung

dpa/VWD, Kehl

Die Badische Stahlwerke AG (BSW), Kehl, die Anfang 1983 aus der zusammengebrochenen Korf-Gruppe, Baden-Baden, herausgelöst und saniert worden war, hat jetzt ihre Kapitalerhöhungspläne präzisiert. Wie aus der Einladung zur BSW-Hauptversammlung am 27. Juni hervorgeht, wird die Erhöhung des Grundkapitals um 9 Mill. auf 39 Mill. DM durch Umwandlung von offenen Rücklagen vorgeschlagen. Anschließend soll das Aktienkapital gegen Bareinlagen um 1 Mill. auf 40 Mill. DM zum Preis von 100 DM je 100-DM-Aktie erhöht werden. Ferner soll ein genehmigtes Kapital von bis zu 20 Mill. DM gegen Bar- oder Sacheinlagen geschaffen werden. Die Ermächtigung dazu gilt bis zum 31. Mai 1990.

BSW-Vorstandssprecher Horst Weitzmann hatte bereits im April erklärt, daß sich das zur GHH-Gruppe gehörende Stahlhandelsunternehmen Ferrostaal AG, Essen, im Zuge der Inanspruchnahme dieses genehmigten Kapitals von 20 Mill. DM voraussichtlich mit rund 15 Mill. DM an BSW beteiligen wird. 75 Prozent des BSW-Kapitals sollen weiterhin bei dem BSW-Verarbeitungsbetrieb Neckardrahtwerke GmbH (NDW), Eberbach und Plochingen, bleiben. Die BSW hat 1984 mit 1 051 Mitarbeitern 665 000 Tonnen Stahl produziert und 667 000 Tonnen Betonstahl, Walzdraht und Drahterzeugnisse verkauft. Der Umsatz stieg auf 478 (429) Mill. DM.

WOLFF WALSRODE / Umfangreiche Investitionen – Ertrag weiter verbessert

Unverändert auf Erfolgskurs

DOMINIK SCHMIDT, Walsrode

Die zum Leverkusener Bayer-Konzern gehörende Wolff Walsrode AG, Walsrode, hat im Geschäftsjahr 1984 das „beste Ergebnis seit Kriegsende" erzielt. Nach Angaben des Vorstands gilt dies weniger für den ausgewiesenen Jahresüberschuß, der 12,7 Mill. DM erreichte und die Ausschüttung einer auf 12 (6) Prozent verdoppelten Dividende erlaubt. Stärker verbessert habe sich das Betriebsergebnis, wie der auf 14,5 (7,1) Mill. DM gestiegene Steueraufwand zeige. Im Vorjahr allerdings mußte noch ein Verlustvortrag von 9,3 Mill. DM getilgt werden, so daß der Bilanzgewinn nur 5,65 Mill. DM erreichte. Das Ergebnis 1984 erlaubte es, 2,78 Mill. DM den Sonderposten mit Rücklageanteil und 5,15 Mill. DM der freien Rücklage zuzuführen.

Die Umsatzsteigerung im Berichtsjahr um 6,2 Prozent auf 581 (547) Mill. DM resultiert nach den Worten von Ernst-Michael von Kistowsky fast ausschließlich aus dem Folien-Geschäft, das mit 55 Prozent am Gesamtumsatz beteiligt ist. Am Zuwachs haben die Herstellung und die Verarbeitung gleichermaßen Anteil. Auf Zellglas-Folien – Wolff ist der letzte deutsche Zellglas-Hersteller – entfallen noch rund 75 Mill. DM Umsatz. Trotz der anhaltenden Verdrängung durch Polypropylen-Folien soll die Zellglas-Produktion, die 1984 gewinnbringend gearbeitet hat, aufrechterhalten werden.

Zufrieden äußern sich von Kistowsky und Joachim Nentwig auch zum Chemiebereich, obwohl die im Frühjahr 1984 angelaufene Anlage zur Herstellung von Rein-CMC (Carboxylmethylcellulose) noch Anlaufverluste von rund 9 Mill. DM verursachte. Inzwischen sei bei Rein-CMC aber die Auslastung auf 60 Prozent gestiegen und der Break-even-point erreicht.

Nachdem bereits 1984 in Sachanlagen 26 Mill. DM investiert wurden, sehen die Planungen bis 1988 ein Investitionsprogramm von rund 130 Mill. DM vor. Davon entfallen auf den Folien-Bereich 60 Mill. DM und auf den Chemie-Bereich 38 Mill. DM.

Fortgesetzt hat sich die günstige Entwicklung im bisherigen Verlauf des Jahres 1985. Bis Ende April erhöhte sich der Umsatz gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 3 Prozent. Für das gesamte Jahr rechnet der Vorstand mit einem Umsatzplus auf mindestens 620 Mill. DM. Auch die Ertragslage habe sich erneut verbessert. Der Dividendensatz von 1984, dies gelte schon heute als sicher, werde 1985 zumindest gehalten werden.

WASAG-CHEMIE / Zuversicht auch für das neue Jahr

Gute Sprengstoff-Rendite

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit der für 1984 vorgeschlagenen Verdoppelung der Dividende auf 16 (8) DM je 100-DM-Aktie demonstriert die Essener Wasag-Chemie AG ihren Aktionären, daß die im Vorjahr geglückte Wende aus langer Verlustperiode von Dauer ist (Hauptversammlung am 12. Juni). Die Holding von drei Produktionsbeteiligungen in der Munitions- und Sprengmittelfertigung (Mehrheit von 15 Mill. DM Aktienkapital bei der Essener Bohlen Industrie GmbH) reüssiert wieder, seitdem der verlustreiche Ausflug zum Aufbau eines Mischkonzerns radikal rückgängig gemacht wurde.

Nacb 7 (1,3) Mill. DM EEV-Steuern zeigt die Holding einen Jahresüberschuß von 5,9 (12,2) Mill. DM, von dem 3,5 Mill. DM zur Stärkung der Rücklagen auf nun wieder 8 Mill. DM benutzt werden. Die drei Produktionstöchter (größte die WNC-Nitrochemie GmbH, Aschau) brachten 199 (193) Mill. DM Gruppenumsatz mit 38 (33) Prozent Exportanteil. Die Belegschaftszahl stieg auf 1091 (1070), die Investitionssumme „nur" auf 6,7 (4) Mill. DM, weil sich größer Geplantes teils durch Personalmangel und teils durch Verzögerung bei Genehmigungsverfahren hinauszögerte.

Für 1985 ist der Vorstand „sicher", den Weg „angemessener" Dividende nebst Rücklagenstärkung fortsetzen und „latente" Schwächen in der Sprengmittelsparte beheben zu können. Als letzter Bereinigungsakt des früheren Irrwegs wurde im April die 45-Prozent-Beteiligung Plasticos del Cinca S. A., Barcelona, verkauft.

NAMEN

Dr. Wilhelm Mai wurde vom stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied der WFG Westfälische Ferngas AG, Dortmund, bestellt.

Adolf Röscher ist zum stellvertretenden Geschäftsführer der Rhenania Allgemeine Speditions-GmbH, Mannheim, berufen worden. Auf eigenen Wunsch ausgeschieden ist **Lothar Ditter.**

STEUERGESETZE / Nur nackte Zahlungsströme interessieren die Finanzgerichte

„Ohne Rücksicht auf Recht und Moral"

Steuergesetze sind kein Volksrecht. Daß der ungetreue Buchhalter die unterschlagenen Gelder versteuern muß, weil die abgezweigten Beträge seine Steuerkraft erhöhen, wird sicherlich als richtig, wenn auch als lebensfremd, empfunden und als plausibel, daß der Arbeitgeber die verschwundene Summe, wie man sagt, von der Steuer absetzt. Damit ist aber die Steuerrechtslage erst zu einem Drittel beschrieben. Weil der Buchhalter nicht dafür sorgt, daß sein Prinzipal in seiner Steuerbilanz seinen Regreßanspruch gegen ihn, den Buchhalter, aktiviert und deshalb die Unterschlagung doch nicht von der Steuer absetzt, begeht der Unterschlager Steuerhinterziehung als sogenannter mittelbarer Täter, der seinen Chef als Werkzeug – so das Strafrecht im Originalton – benutzt, um die Steuer eben desselben Unternehmers zu verkürzen.

In Kenntnis dieser feingesponnenen Rechtslage wird es nicht mehr wundern, daß ein nach Aufträgen jagender Bauunternehmer die Bestechungsgelder an einflußreiche Freunde im kommunalen Entscheidungsprozeß als Betriebsausgabe absetzen kann, falls er auf Anfrage des Finanzamtes den Namen der Kassierer benennt. Ohne Rücksicht auf Rechts-, Moral- und Stilwerte, die Steuer kennt nur die nackten Zahlungsflüsse.

Wer in diesen Kategorien aucb beruflich denken muß wie Finanzrichter, wird es nicbt als befremdlich empfinden, wenn er prüft, ob Spenden an alle drei Lokalparteien nicht von einer Sparkasse von deren Steuer absetzbar sind. Ein Finanzgericht ist auch noch an die Rechtsprechung seines vorgesetzten Bundesfinanzhofes gebunden, und in dessen Spruchpraxis hat sicb Einschlägiges längst ereignet und ist zum herrschenden Richterrecht geworden.

Als Verursacher des neuen Rechts ist leicht ein bayerischer Bürgermeister auszumachen, dem der Bundesfinanzhof im diametralen Bruch zu seiner bisherigen Judikatur am 8. 3. 1974 recht gab, seine Kosten, die er wegen seiner dritten Wahl durch den Souverän „Volk" einer freien Wählergemeinschaft überwies, als Werbungskosten abzuziehen. „Die politische Bedeutung des Wahlaktes muß außer Betracht bleiben", so das Oberste Steuergericht wörtlich, um „die Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer" zu gewährleisten. Steuergleichheit der Arbeitnehmer geht also vor Chancengleichheit der Parteien und der Wähler.

Diese Worte hat der Bundesfinanzhof nicht einfach daher geredet, sondern damit seine zuletzt am 4. 8. 1967 dargelegte, althergebrachte Auffassung endgültig revidiert. „Es widerspricht dem Sinn demokratischer Institutionen, daß jemand Aufwendungen machte, um gewählt zu werden." Dies ist lediglich noch ein steuerhistorisches Bekenntnis, denn am 9. 10. 1980 gewährte der Bundesfinanzhof einem Arbeitnehmer-Aufsichtsrat den Betriebsausgabenabzug für die Verpflichtung, mit der er sich die Kandidatur durch die Gewerkschaft „erworben" hatte, also um auf die Wahlliste gesetzt zu werden, an die Urlaubskasse der Belegschaft, mithin an seine Wähler, eine Quote seiner Aufsichtsratstantieme zu zahlen. „Eine moralische Würdigung ist unzulässig", sagt das Gericht ausdrücklich.

Am 28. 11. 1980 zog der Bundesfinanzhof die letzte Konsequenz: Ein Ministerialrat, als ÖTV-Mitglied ehrenamtlich tätig, verlangte den Abzug seiner Ehrenamtskosten als Werbungskosten, die er zur „Sicherung und Erhaltung" seiner unkündbaren Lebensposition aufwendet ... und gewinnt den Steuerprozeß. Aus der Tatsache, daß einzelne Finanzverwaltungen bereits jeweils vor diesen Urteilen im Sinne der steuersparwilligen Funktionäre und Beamten Verwaltungserlasse veröffentlichten (so Hessen beispielsweise am 29. 6. 1970) ist zu schließen, daß Gewerkschaften und Beamtenverbände die Steuerrechtsentwicklung in Richtung „politischer Steuerspar-Modelle" gefördert haben müssen. Angesichts dieses Befundes schlossen die Altpräsidenten des Bundesfinanzhofs, v. Wallis und List, in der Fachliteratur schlüssig, was ihnen einige Attacken in der Öffentlichkeit einbrachte, daß Parteispenden der Unternehmen auch Betriebsausgaben sein können.

Der Bundesfinanzhof folgte der Steuermentalität der Rechtsuchenden auf der rechtlichen Ebene und erklärte die politischen Finanz-Einflußnahmen zu do ut des in der Errechnung der Steuerbemessungsgrundlage. Davon Parteispenden auszunehmen, heißt Rechts-Spaltung zu betreiben, deshalb gar zu strafen, heißt Rechts-Vergewaltigung zu billigen. Was der Bundesfinanzhof Berufspolitikern, Gewerkschaftlern und Beamten gewährt, kann nur mit Faustrecht einseitig, deklassierend Parteiförderern vorenthalten werden.

Am 30. 1. 1980 verglich das Finanzgericht Berlin die Zahlung eines Sonderbetrages durch einen Volksvertreter an seine Partei, um wieder aufgestellt zu werden, mit „einer Provision zur Erlangung von Aufträgen". So weit soll hier nicht gegangen werden, aber das offenbar trocken rechnende Steuerrecht arbeitet nur noch im Wege des kommerziellen Saldos, so daß es als Protagonist der „gekauften Republik" – moralisch abgewertet und entwertet – in die politische Wissenschaftsgeschichte eingehen wird.

Rechtsanwalt Dr. Günther Felix, Köln

UNIROYAL ENGLEBERT / Gewinn gesteigert

Marktanteil noch erhöht

HARALD POSNY, Aachen

Bei Pkw-Reifen rechnen die Marktforscher der Aachener Uniroyal Englebert Reifen GmbH für 1985 mit einem stagnierenden Markt. Dabei stehe einem leichten Plus im Ersatzgeschäft ein leichtes Minus in der Erstausrüstung gegenüber. Bei Nutzfahrzeugen müsse sogar ein Rückgang erwartet werden. Für Uniroyal hat sich im 1. Quartal dieses Jahres der insgesamt positive Trend des Vorjahres fortgesetzt. Dies ist, so Geschäftsführer Bernd Frangenberg, besonders im Nutzfahrzeugbereich auf Neuentwicklungen und Qualitätsverbesserungen zurückzuführen. Sorgen bereiten Kostensteigerungen, die nur schwer weiterzugeben seien.

Trotz stark negativer Vorzeichen hat die Uniroyal Englebert Reifen GmbH, deren Gesellschaftskapital voll bei der Continental AG in Hannover liegt, ihren Umsatz 1984 von 431 auf 442 Mill. DM erhöht. Eine streikbedingte Absatzeinbuße von 200 000 Reifen konnte nicht mehr wettgemacht werden.

Dem Unternehmen gelang, den Absatz in Erstausrüstung und Ersatzgeschäft bei Leicht-Lkw-Reifen zu erhöben, während der Markt nur um 7,5 Prozent auf 2,45 Mill. Stück wuchs. Dennoch: Im letzten Jahr hatte das Unternehmen „fünfstellige Stückzahleinbußen" im Pkw-Bereich zu verkraften. Uniroyal-Reifen aus Aachen sind für 81 Prozent der deutschen Autos werkseitig zugelassen. Die Internationalität der Uniroyal-Gruppe ermöglichte in der Streik-Phase eine gewisse Pufferfunktion im europäischen und weltweiten Ersatzgeschäft. Der Dollarkurs machte dabei die Exporte in die USA attraktiv.

Trotz erheblich gestiegener Rohstoff- und Personalkosten, allein die Rohstoffkosten erhöhten sich im Mittel um 7 Prozent, während die Aufwendungen für die 1900 Mitarbeiter nur um 4 Prozent wuchsen, stand dem verhaltenen Umsatzwachstum ein deutlich höherer Jahresüberschuß von 14,5 (nach 8,7) Mill. DM gegenüber. Dazu haben, so Frangenberg, vor allem höchste Kostendisziplin, die seit 1980 jährlich um 3 bis 4 Prozent gestiegene Produktivität bei einer Kapazitätsauslastung von 98 (Branche: 94) Prozent, die Produktion von mehr hochwertigen Produkten und die nach früheren Jahren 1984 geringeren Investitionen (10,3 nach 16,6 Mill. DM) beigetragen. Außerdem enthalte der Jahresüberschuß 7,5 Mill. periodenfremde, 1984 nicht erwirtschaftete Erträge.

Die europäische Uniroyal-Gruppe steigerte 1984 ihren Umsatz um 7,5 Prozent auf 787 Mill. DM und wird „erneut ein positives Ergebnis" vorlegen. Der Gesamtabsatz kletterte um 40 000 auf über 10 Mill. Einheiten. Damit sei Uniroyal Englebert in Europa die Nr. 4 unter den Reifenherstellern. Die Gruppe beschäftigt 5209 (5337) Mitarbeiter. Investiert wurden 35 (34) Mill. DM.

NAHRUNGSMITTEL / Frankreich auch im vergangenen Jahr zweitwichtigster Lieferant für den deutschen Markt

Erfolg vor allem mit „typischen Produkten"

HENNER LAVALL, Düsseldorf

Der deutsche Markt für Nahrungsmittel ist der größte in Europa. Obwohl er seit einiger Zeit Stagnationstendenzen aufweist, bleibt er, bedingt durch seinen Wert von rund 151 Mrd. DM pro Jahr, davon 55 Mrd. DM Importe, für Lieferländer aus aller Welt interessant. Mit großen Anstrengungen wird ein harter Wettbewerb um das Geld der Konsumenten geführt.

Dennoch haben es auch im vergangenen Jahr die führenden Nahrungsmittel-Lieferanten geschafft, ihre Position durch neue Produktideen und besseres Marketing, aber auch mit Herausstellen der Qualität und der „typischen Produkte" zu halten oder sogar auszubauen. So exportierten die Holländer in 1984 Agrar- und Ernährungsgüter für rund 6,9 Mrd. DM in die Bundesrepublik Deutschland, die Franzosen für 6,2 Mrd. DM. Insbesondere Frankreich konnte 1984 mit seinem weltweiten Ernährungsgüter-Export zufrieden sein. Insgesamt wurden Nahrungsmittel für 46 Mrd. DM ausgeführt, ein Zuwachs von 13 Prozent gegenüber 1983.

Aus deutscher Sicht ist Frankreich mit einem Anteil von 11,4 Prozent an den Einfuhren zweitwichtigster Lieferant nach den Niederlanden (12,4 Prozent). Die halbstaatliche Förderungsgemeinschaft für französische Landwirtschaftserzeugnisse (Sopexa) führt die Entwicklung vor allem auf die nach wie vor gefragten Spezialitäten und Produkte mit gutem Image zurück. Um dies weiter zu fördern, verfügt die Sopexa-Zentrale in Paris in diesem Jahr über einen Werbeetat von rund 160 Mill. DM. Auf das für Deutschland zuständige Sopexa-Büro in Düsseldorf entfallen davon knapp 13 Mill. DM.

Im vergangenen Jahr wurde mit dem Werbegeld erfolgreich gearbeitet, denn bei den Produkten, für die die Sopexa zuständig ist, konnte ein Mengenplus von vier Prozent und ein Wertplus von 14 Prozent erzielt werden. Die Differenz, so erklärt die Förderungsgesellschaft dazu, sei nur zu einem Teil auf Preissteigerungen zurückzuführen. Weit wichtiger sei, daß sich die Nachfrage der deutschen Verbraucher nach höherwertigen Produkten verstärkt habe.

Nach Getreide, das bei den deutschen Importen aus Frankreich immer noch an erster Stelle steht, folgen dicht auf Wein, Schaumwein und Spirituosen mit einem Wert von knapp einer Mrd. DM. Auf Wein allein entfallen davon knapp drei Mill. Hektoliter im Wert von 720 Mill. DM. Bedeutendster Einzelposten war Bordeaux-Wein, für den die deutschen Konsumenten gut 80 Mill. DM (plus 40 Prozent) ausgaben. In der Beliebtheitsskala an zweiter Stelle stand 1984 Wein aus dem Elsaß. Auf ihn entfielen knapp 62 Mill. DM. Unter den Schaumweinen führt der Champagner mit einem Rekordzuwachs von 49 Prozent auf etwa 140 Mill. DM. Markenspirituosen wie Cognac, Calvados und Liköre legten im Wert teilweise kräftig zu.

Beim Konsum von französischem Käse liegen die deutschen Verbraucher weit vor allen anderen Auslandskunden Frankreichs, stellt die Sopexa zufrieden fest. Allein an Weichkäse, u. a. Camembert und Brie, nimmt die Bundesrepublik mit über 45 000 Tonnen mehr als die Hälfte des gesamten französischen Exports auf. Insgesamt lieferten die Franzosen im vergangenen Jahr 73 000 Tonnen Käse für 652 Mill. DM nach Deutschland.

Auch für zahlreiche Obst- und Gemüsesorten ist die Bundesrepublik nach Angaben der Sopexa wichtigster Kunde der französischen Erzeuger. Dies gilt u. a. für Blumenkohl, Spargel, Salat, Möhren, Tafeltrauben, Birnen und Erdbeeren. Der Gesamtabsatz auf dem deutschen Markt wuchs im vergangenen Jahr um acht Prozent auf 469 000 Tonnen. Ihr Wert stieg sogar um ein Viertel auf 644 Mill. DM. Kräftige Zuwachsraten gab es ebenfalls bei den deutschen Rindfleischimporten (plus 61 Prozent in der Menge und 50 Prozent im Wert). Insgesamt lieferte Frankreich auf dem Fleisch- und Wurstsektor vergangenen Jahr 114 000 Tonnen für 693 Mill. DM.

Neue Absatz-Impulse verspricht sich die Sopexa 1985 von der größten Nahrungsmittelmesse der Welt, der Anuga in Köln, die vom 12. bis 17. Oktober stattfindet. Frankreich stellt dort mit 5300 Quadratmeter Ausstellungsfläche die größte Auslandsbeteiligung.

BANK AUFHÄUSER

Stärker in Dienstleistungen

DANKWARD SEITZ, München

Mit einem wieder zufriedenstellenden Ergebnis rechnet das Müchner Bankhaus H. Aufhäuser für 1985, nachdem das erste Quartal bereits eine Ausweitung des Kundenkreditvolumens gegenüber der Vorjahreszeit um 2,5 Prozent brachte und die Bilanzsumme seit Jahresanfang um 8 Prozent gestiegen war. Zudem zeigte sich Rudolf Bayer, einer der vier Geschäftsinhaber, sehr erfreut über ein „enorm großes Wachstum" im Wertpapiergeschäft.

Weil man sich aber auch künftig aus dem Massengeschäft heraushalten möchte, will die Privatbank (ohne Filialnetz) noch stärker das Dienstleistungsgeschäft (Vermögensverwaltung, Versicherungs- und Immobilienvermittlung) betreiben. Zudem hat Aufhäuser, wie Bayer mitteilte, jetzt die Münchner Münzenhandelsfirma „Beckenbauer" übernommen, die als Basis zum Ausbau des Numismatikgeschäfts dienen soll.

Im Geschäftsjahr 1984 stieg die Bilanzsumme der Bank um 7,2 Prozent auf 1,23 Mrd. DM und das Geschäftsvolumen um 6,2 Prozent auf knapp 1,5 Mrd. DM. Getragen wurde das Wachstum im wesentlichen von den um 8,4 Prozent auf etwas über 700 Mill. DM erhöhten Kundeneinlagen.

Das Kundenkreditvolumen nahm um 1,4 Prozent auf 678 Mill. DM zu. Die größten Posten bilden Sichteinlagen (306 nach 258 Mill. DM) und Buchkredite (388 nach 385 Mill. DM). Gegenüber Banken stiegen die Forderungen um 15,1 Prozent auf 557,9 Mill. DM und die Verbindlichkeiten um 3,8 Prozent auf 191,7 Mill. DM.

Guten Anklang fanden, so Bayer, die zweijährigen eigenen Inhaber-Schuldverschreibungen. Ihr Umlauf verdoppelte sich 1984 fast auf 16,4 Mill. DM. Daher ist für 1985 vorgesehen, fünfjährige Papiere (Anfangsvolumen 5 Mill. DM) auszugeben, deren Konditionen in etwa den öffentlichen entsprechen sollen. Bezüglich der Ertragslage, traditionell nicht beziffert, meinte Bayer, daß sie sich „zu anderen Privatbanken durchaus sehen lassen könne". Der Zinsüberschuß sei bei einer Zinsspanne von 1,95 (2,0) Prozent leicht gestiegen und überdecke den Verwaltungsaufwand. Provisions- und Wertpapiererträge hätten sich „unerwartet gut" und erfreulich entwickelt. Zur Risikovorsorge habe man wieder größere Rückstellungen bilden können.

KWS mit besseren Ergebnissen

dos. Einbeck

Die KWS Kleinwanzlebener Saatzucht AG, Einbeck, wird das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) aller Voraussicht nach erneut mit einem verbesserten Ergebnis abschließen. Wie der Vorstand in einem Aktionärsbrief schreibt, spricht die Entwicklung auf den relevanten Märkten dafür, daß der Jahresüberschuß über dem des Vorjahres (7,1 Mill. DM) liegen wird. In welcher Form dies Auswirkungen auf den Dividendenvorschlag haben wird, bleibt offen. Für 1983/84 war die Dividende auf 15 (12) Prozent aufgestockt worden.

Auch zum Umsatz nennt der KWS-Vorstand keine Zahlen. Weil aber bisher die Umsätze mit den wichtigsten Saatgutarten, nämlich Zuckerrüben und Mais, über dem Niveau des Vorjahres liegen, dürften die Erlöse innerhalb der AG die von 1983/84 (143 Mill. DM) erneut übersteigen. Kräftig erhöhte Umsätze kennzeichnen die Entwicklung bei den inländischen Töchtern F. von Lochow-Petkus GmbH (Getreide) und van Waveren-Pflanzenzucht GmbH (Gemüse).

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

AM-Holding zahlt 10 DM

Düsseldorf (Py.) – Die Aachener und Münchener Beteiligungs-Aktiengesellschaft, Aachen, die Holding der AM-Versicherungsgruppe, weist für 1984 nach Zuführung von 8,7 (8,4) Mill. DM zu den freien Rücklagen einen Bilanzgewinn von 13,4 (14,7) Mill. DM aus. Der Hauptversammlung am 28. Juni wird vorgeschlagen, darauf auf 86 Mill. DM Grundkapital eine von 9 auf 10 DM je 50-DM-Aktie erhöhte Dividende zuzüglich 5,63 DM Steuergutschrift auszuschütten. Die Aachener und Münchener Versicherung AG will aus 22,6 (23,3) Mill. DM Jahresüberschuß den freien Rücklagen 10,3 (11) Mill. DM zuführen und den Aktionären auf 88 Mill. DM Grundkapital unverändert 7 DM je 50-DM-Aktie zuzüglich 3,94 DM Steuergutschrift zahlen.

Unveränderte Dividende

Heidelberg (dpa/vwd) – Die Heidelberger Zement AG, Heidelberg, wird für das Geschäftsjahr 1984 eine unveränderte Dividende von 7 DM je 50-DM-Aktie ausschütten. Einen entsprechenden Vorschlag wird die Verwaltung dieses zweitgrößten deutschen Zementherstellers der Hauptversammlung am 18. Juli machen. Größter Aktionär ist die Dresdner Bank AG mit über 25 Prozent.

Gehe steigert Umsatz

Stuttgart (dpa/VWD) – Die Gehe AG, Stuttgart, ältestes deutsches Pharmagroßhandelsunternehmen, hat ihren Umsatz 1984 gegenüber dem Vorjahr um 6,8 Prozent auf 1,11 Mrd. DM gesteigert. Einschließlich der 1982 erworbenen Ruwa Ludloff + Watermann GmbH, Minden, die in Kürze mit Gehe verschmolzen werden soll, wurde 1984 eine Umsatzsteigerung um 7,1 Prozent auf 1,72 Mrd. DM erzielt. Das Unternehmen schlägt, so geht es aus der Einladung zur Hauptversammlung am 26. Juni hervor, eine unveränderte Dividende von 10 Prozent auf 40,5 Mill. DM Aktienkapital vor. Am Aktienkapital sind mit 76 Prozent die Franz Haniel + Cie. GmbH, Duisburg, und mit 24 Prozent freie Aktionäre beteiligt. Der Hauptversammlung werde außerdem vorgeschlagen, den Vorstand zur Ausgabe von Inhaber-Genußscheinen von bis zu 20,25 Mill. DM mit Umtauschrecht in 10,125 Mill. DM Inhaber-Stammaktien zu ermächtigen. Der Umtauschpreis werde in keinem Fall auf weniger als 60 DM je 50-DM-Aktie ermäßigt.

Töchter neu geordnet

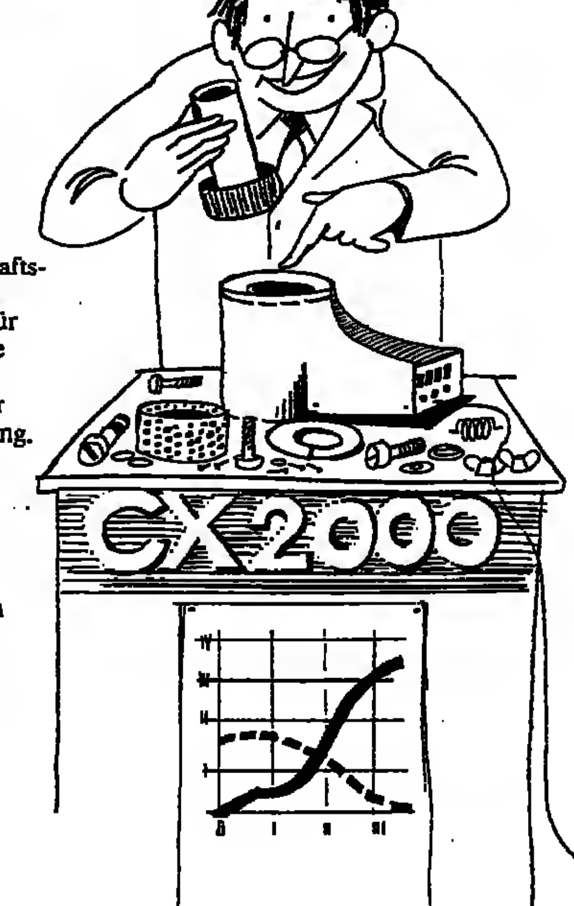
Salzgitter (dos.) – Die zum bundeseigenen Salzgitter-Konzern gehörende Dr. C. Otto & Comp. GmbH, Bochum, hat ihre drei Tochtergesellschaften Hubert Schulte Rohrleitungsbau mbH, Hermann Müller GmbH und Deutsche Ofenbaugesellschaft mbH (alle Bochum) zusammengefaßt. Die neue Gesellschaft firmiert als Schulte-Müller-DOG GmbH, ist mit einem Stammkapital von 3,5 Mill. DM ausgerüstet und erzielt mit rund 600 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von gut 120 Mill. DM. Salzgitter verspricht sich von der Neuordnung eine weitere Leistungssteigerung. Das Geschäftsjahr 1983/84 hatte die Otto-Gruppe gerade noch positiv abgeschlossen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bensheim: SOLVECO Computer Beratungs- u. Vertriebsges. m.b.H., Heppenheim; **Betzdorf:** Becker-Rolfes & Co. Pflaster- u. Tiefbau GmbH, Wollroth; **Bochum:** Helmut Wilters Kaffeeröstrei- u. Handels-KG, Herne 2; **Bonn:** Nachl. d. Karl Heinz Grein; **Euskirchen:** Sibille Mende, Mechernich-Lessenich; Leo Kaufmann; **Fritzlar:** a) Eberhard Ermler, Bauunternehmer, Gudensberg; b) Norbert Bezold, Bauunternehmer, Gudensberg-Maden; **Göttingen:** Thiel Motorgeräte u. -fahrzeuge GmbH, Rosdorf; **Karlsruhe:** Becker & Kiefer Ingenieurbüro f. Bauwesen GmbH, Ettlingen; **Kassel 1:** Amir-Sehhi Bau-Kontraktges. mbH i.L.; **Leer:** Heko GmbH Fliesen-Fachgeschäft, Ostrhauderfehn; **München:** Nachl. d. Charlotte Martha Mathilde Schulz; Nachl. d. Louise Karoline Illg, Inh. d. Anton Jais Nachf.; Nachl. d. Ernst Ludwig Joseph Maria Ebner; **Neu-Ulm:** Wais, Sauter & Co. GmbH, Bellenberg; Manfred Kleinoth, Inh. d. Taxi-Service Manfred Kleinoth, Illertissen; **Northeim:** Modenhaus Steinmetz; **Rottweil:** Rosa Lämmle „Mode Lämmle"; **Salzgitter:** Nachl. d. Friedrich Schindler; **Schwäbisch Gmünd:** Nachl. d. Rüdiger Klett; Rainer Herbst GmbH; **Wesel:** Impex-Schuhe Import/Export GmbH & Co. KG, Hünxe-Drevenack; Nachl. d. Horst Rutsch, Kaufm., Hünxe-Drevenack; Gerhard Diemler, Hünxe; **Wuppertal:** Karin Ellinghaus; Putsch Sohn GmbH & Co. KG; Nachl. d. Edith Paula Auguste Hederich.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Hannover: KG d. Hass & Reineke, Langenhagen; **Schwäbisch Hall:** Hubert Dengel GmbH & Co., Schöntal-Berlichingen; **Verden:** Immo-Hausbau GmbH.

Vergleich beantragt: Neustadt a.Rbge.: Walter Pflüger GmbH & Co. KG „bautreff", Wunstorf 1; **Stuttgart:** Kunhardt GmbH., An- u. Verkauf v. Computern, Waiblingen; **Vaihingen/Enz:** Irion Hub- u. Fahrgeräte GmbH & Co., Illingen; KG i. Albert Irion Nachf. GmbH & Co. Illingen; Hub- u. Fahrgeräte GmbH, Illingen.





DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 18 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 0 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 8 49 00 00, Telex 92 20 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

STUTTGARTER BANK / Mit Ergebnis zufrieden

Zinsmarge unter Druck

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die bestehende Bankenstruktur in Baden-Württemberg sei sehr wohl in der Lage, den Bedarf an bankwirtschaftlichen Leistungen abzudecken. Diese Ansicht vertritt Walter Schneider, Vorstandsvorsitzender der Stuttgarter Bank AG, im Hinblick auf die Diskussion in der Region. Er sehe in der Schaffung einer größeren Landesbank grundsätzlich keine Wettbewerbsprobleme für sein Haus, nimmt jedoch eine Konstruktion unter Einbeziehung der Landeskreditbank aus.

Die Stuttgarter Bank rechnet für das laufende Geschäftsjahr mit einer Ausweitung ihres Geschäftsvolumens in der Bandbreite von 5 bis 8 Prozent. Die Impulse werden vor allem aus dem Kreditgeschäft erwartet. Mit der Ergebnisentwicklung im ersten Quartal sei man zufrieden, obwohl sich die Zinsspanne weiter einenge. Im Geschäftsjahr 1984 war die Zinsspanne von 3,04 auf 2,77 Prozent zurückgegangen. Gleichwohl hat der Zinsüberschuß von 75,1 (79,2) Mill. DM den Personal- und Sachaufwand noch um 43 Prozent überdeckt.

Der Rückgang des Ergebnisses in der ordentlichen Rechnung – das Teilbetriebsergebnis verschlechterte sich auf 34,6 (40,5) Mill. DM – wurde durch die Verbesserung im außerordentlichen Bereich überkompensiert. Das Ergebnis (nach DVFA-Formel) stellt sich auf 29,01 (36,23) DM je Aktie.

Aus dem auf 7,5 (6,4) Mill. DM erhöhten Jahresüberschuß werden unverändert 9 Prozent Dividende und 2 Prozent Bonus auf 45 (40) Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet. Die Bilanzsumme des Instituts war im Berichtsjahr um 10,4 Prozent auf 2,72 Milliarden DM angewachsen.

SHERRY / Der Anteil der Billigangebote ist deutlich zurückgegangen

Preise tendieren weiter nach oben

J. BRECH, Hamburg

Die Anhebung der staatlich fixierten Mindestexportpreise sowie verschärfte Anbau- und Produktionsbeschränkungen haben auf dem deutschen Sherry-Markt zu einer merklichen Verschiebung des Preisniveaus nach oben geführt. Nach Angaben des Bundesverbandes Wein- und Spirituosenimport ist der Durchschnittspreis 1984 von 5,93 auf 6,46 DM je Flasche gestiegen.

Deutliche Veränderungen hat es vor allem bei den Marktanteilen innerhalb der Preisklassen gegeben. So ist der Anteil der Billig-Angebote bis etwa 3,99 DM im Lebensmittel-Einzelhandel von 47,4 auf 35,8 Prozent gefallen, während sich der in der Preisklasse von 7 bis 9,99 DM von 29,1 auf 33,4 Prozent erhöht hat. Bei einem Durchschnittspreis von 8,84 DM stammen hieraus 46 Prozent des gesamten Sherry-Umsatzes.

In den auf höherem Niveau stabilisierten Preisen glauben die deutschen Importeure auch ein gestärktes Markenbewußtsein der Konsumenten zu erkennen. Dieser Trend soll durch eine gemeinsame Sherry-Anzeigenkampagne der spanischen Hersteller im Herbst dieses Jahres gefördert werden.

Die Sherry-Importe sind nach Angaben der Bundesvereinigung im Jahr 1984 der Menge nach um gut 10 Prozent auf 189 730 hl und dem Wert nach auf 65 Mill. DM zurückgegangen. Berücksichtigt man, daß die Einfuhrsteigerung im Jahr 1983 stattliche 30 Prozent erreicht hatte, liegt der Import im Zweijahresvergleich um 22,5 Prozent höher als 1982. Dieses Wachstum wird nach Meinung der Importeure in den nächsten Jahren nicht zu wiederholen sein.

Die Aussichten für dieses Jahr bleiben aber optimistisch. Der Import ist in den ersten Monaten erheblich gestiegen. Dies steht allerdings in Zusammenhang mit den zum 1. April wirksam gewordenen Anhebungen der Mindestexportpreise. Durch eine Korrektur um 15 Prozent betragen sie jetzt rund 2,30 DM je Flasche und 1100 DM je 500-Liter-Faß. Als Faßware kommen etwa 6 Prozent des Sherry-Imports nach Deutschland. Die höheren Mindestexportpreise, so die Meinung der Bundesvereinigung, dürften das Angebot der Billig-Sherrys noch weiter zurückdrängen. Neue Kunden hoffen die Importeure im Süden Deutschlands zu finden. Das Absatzschwergewicht liegt mit etwa zwei Dritteln im Norden.

WESTFALIA SEPARATOR / Schwierige Landtechnik

Starker Umsatzrückgang

HEINZ HILDEBRANDT, Oelde

Die rückläufige Investitionsbereitschaft der Landwirtschaft, nicht zuletzt durch die EG-Milchquotenregelung begründet, führte bei der Westfalia Separator AG, Oelde, im Bereich der Landtechnik zu Umsatzrückgängen von etwa 25 Prozent. Sie konnten auch durch ein leichtes Plus im Zentrifugen-Bereich nicht ausgeglichen werden, so daß sich der Gesamtumsatz des Unternehmens im Geschäftsjahr 1984 um 8,1 Prozent auf 382,3 (415,9) Mill. DM verminderte. Der Exportanteil erreichte dabei mit 68 (60) Prozent eine Höchstmarke, obwohl Österreich, die USA und vor allen die EG-Staaten weniger abnahmen. Dagegen verstärkte sich die Nachfrage aus anderen Ländern, besonders aus der Sowjetunion, erheblich.

Die Investitionen im letzten Geschäftsjahr lagen mit 25,2 (26,4) Mill. DM wiederum über den mit 18,2 (18,0) Mill. DM ausgewiesenen Abschreibungen. Der leicht verbesserte Jahresüberschuß von 11,5 (10,9) Mill. DM läßt neben einer Einstellung in die Rücklagen wie im Vorjahr wieder eine Dividende von 6 Prozent auf das mit 98,76 Mill. DM unveränderte Grundkapital zu.

Die bisherige Entwicklung 1985 ist weiterhin von einem rückläufigen Auftragseingang bei der Landtechnik geprägt. Sehr positiv wird die Situation jedoch im Zentrifugen-Bereich gesehen. Bei steigender Nachfrage zeichnet sich hier ein wachsender Trend zu größeren Maschinen ab. Der Auftragsbestand in dieser Sparte sichert die Beschäftigung über das laufende Jahr hinaus, so daß insgesamt für das Unternehmen eine gute Entwicklung erwartet wird.

THYSSEN



THYSSEN AKTIENGESELLSCHAFT vorm. August Thyssen-Hütte · Duisburg

Prospekt

für die Zulassung zum Börsenhandel von DM 265 000 000,– auf den Inhaber lautenden Aktien aus der Kapitalerhöhung 1985 mit voller Gewinnberechtigung vom Geschäftsjahr 1984/85 an

eingeteilt in 1 440 000 Aktien über je DM 50,– Nr. 8 000 001 bis 9 440 000
193 000 Aktien über je DM 1 000,– Nr. 9 500 001 bis 9 693 000

– Wertpapier-Kenn-Nr. 748 500 –

an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Bremen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart

Die Thyssen Aktiengesellschaft vorm. August Thyssen-Hütte – im folgenden auch Thyssen AG oder Gesellschaft genannt – ist am 2. Mai 1953 unter der Firma August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft gegründet und am 26. Mai 1953 in das Handelsregister eingetragen worden. Durch Hauptversammlungsbeschluß vom 29. April 1977 wurde der Firmenname in „Thyssen Aktiengesellschaft vorm. August Thyssen-Hütte" geändert.

Sitz der Gesellschaft ist Duisburg.

Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung und Verarbeitung von Eisen, Stahl und anderen Werkstoffen sowie die Vornahme aller Geschäfte, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig oder nützlich erscheinen, ferner der Betrieb einer Hüttenkokerei. Der Gesellschaftszweck kann auch in Form von Beteiligungen verfolgt werden.

Zu Beginn der 70er Jahre wurde die Unternehmenspolitik neu ausgerichtet. Heute ist die Thyssen-Gruppe als Produzent industrieller Güter und als Handelsfirma ein breit diversifiziertes Unternehmen, wobei die Produktionsschwerpunkte bei Werkstoffen, Werkstücken und kompletten Systemlösungen liegen.

Das **Grundkapital** betrug nach der Kapitalerhöhung im Mai 1976 DM 1 298 659 350,–. Infolge Ausübung von Umtauschrechten durch Aktionäre der Thyssen Industrie AG (früher: Rheinstahl AG) erhöhte sich das Grundkapital bis zum Ende der Umtauschfrist am 16. Mai 1984 um insgesamt DM 1 340 650,– auf DM 1 300 000 000,–. Es ist voll eingezahlt und eingeteilt in

2 030 000 Aktien über je DM	50,–	Nr. 5 000 001 bis 6 995 215
		Nr. 7 464 640 bis 7 499 424
2 224 000 Aktien über je DM	100,–	Nr. 0 000 001 bis 1 000 000
		Nr. 3 000 001 bis 4 224 000
802 100 Aktien über je DM	1 000,–	Nr. 1 000 001 bis 1 275 100
		Nr. 1 300 001 bis 1 827 000
58 000 Aktien über je DM	3 000,–	Nr. 2 000 001 bis 2 058 000

Die Aktien lauten auf den Inhaber. Sie sind zur Zeit mit den Gewinnanteilscheinen Nr. 29 und 30 sowie einem Erneuerungsschein versehen und an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Bremen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen. Außerdem werden die Aktien an den Börsen in London, Paris, Zürich, Genf und Basel amtlich notiert.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Anteilscheine auszustellen, von denen jeder mehrere Anteilsrechte verkörpern kann. In den Anteilscheinen sind die Nummern der Aktien zu vermerken, für die sie ausgestellt sind.

Am Grundkapital der Thyssen AG ist die Thyssen Beteiligungsverwaltung GmbH, Düsseldorf, mit mehr als 25 % beteiligt.

Durch Beschluß der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft vom 27. März 1981 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital in der Zeit bis zum 1. April 1986 durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Aktien gegen Sach- oder Bareinlagen einmalig oder mehrfach zu erhöhen, jedoch um höchstens DM 79 260 750,– (genehmigtes Kapital). Dieser Beschluß ist am 25. Mai 1981 in das Handelsregister beim Amtsgericht Duisburg eingetragen worden. Durch Beschluß der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft vom 28. März 1982 wurde der Vorstand weiterhin ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital in der Zeit bis zum 1. April 1987 durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Aktien gegen Sach- oder *Bareinlagen* einmalig oder mehrfach zu erhöhen, jedoch um höchstens DM 240 739 250,– (genehmigtes Kapital). Dieser Beschluß ist am 5. Mai 1982 in das Handelsregister beim Amtsgericht Duisburg eingetragen worden. Der Vorstand entscheidet über einen Ausschluß des Bezugsrechts.

Von den Ermächtigungen hat der Vorstand der Gesellschaft am 10. April 1985 mit *Zustimmung* des Aufsichtsrats teilweise Gebrauch gemacht und beschlossen, das Grundkapital um DM 265 000 000,– durch Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Aktien mit voller Gewinnberechtigung vom Geschäftsjahr 1984/85 an zu erhöhen. Dabei wird das durch § 3 Abs. 5 der Satzung geschaffene genehmigte Kapital von DM 79 280 750,– voll und das durch § 3 Abs. 7 der Satzung geschaffene genehmigte Kapital von DM 240 739 250,– in Höhe von DM 185 739 250,– in Anspruch genommen. *Für einen Teilbetrag von DM 5 188 850,–* neuer Aktien wurde das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Das Erhöhungskapital ist eingeteilt in

1 440 000 Aktien über je DM	50,–	Nr. 8 000 001 bis 9 440 000
193 000 Aktien über je DM	1000,–	Nr. 9 500 001 bis 9 693 000

Die DM 265 000 000,– neuen Aktien hat ein unter Führung der Dresdner Bank AG und der Deutsche Bank AG stehendes Bankenkonsortium zum Nennbetrag gezeichnet und mit der Verpflichtung übernommen

1. DM 259 811 150,– neue Aktien den Aktionären der Thyssen AG im Verhältnis 5 : 1 zum Preis von DM 90,– je Aktie im Nennwert von DM 50,– und
2. DM 4 887 050,– neue Aktien zum Preis von DM 90,– je Aktie im Nennwert von DM 50,– *den Inhabern der in Streubesitz befindlichen Aktien der nachstehend* genannten Gesellschaften

   Edelstahlwerk Witten AG, Witten, im Verhältnis 5 : 1
   Stahlwerke Bochum AG, Bochum, im Verhältnis 15 : 2
   Thyssen Industrie AG, Essen, im Verhältnis 10 : 1

börsenumsatzsteuerfrei in der Zeit vom 29. April bis 13. Mai 1985 einschließlich zum Bezug anzubieten sowie

3. DM 301 800,– als Spitzenausgleich im Interesse der Thyssen AG zu verwerten mit der Maßgabe, daß der sich hierbei ergebende Mehrerlös als Aufgeld an die Thyssen AG abzuführen ist.

Der Unterschiedsbetrag zwischen Übernahme- und Bezugspreis wurde an die Gesellschaft abgeführt; er wurde der gesetzlichen Rücklage zugeführt.

Die Kapitalerhöhung wird die Bilanzstruktur verbessern und zu einer Erhöhung der Eigenmittel der Gesellschaft und deren Anpassung an das gestiegene Geschäftsvolumen führen.

Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde am 19. April 1985 in das Handelsregister beim Amtsgericht Duisburg eingetragen.

Die insgesamt DM 265 000 000,– neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung vom April 1985 sind Gegenstand dieses Prospektes.

Die neuen Aktienurkunden *tragen das Ausstellungsdatum „im April 1985"* und sind mit den faksimilierten Unterschriften des Vorsitzenden des Aufsichtsrats und zweier Mitglieder des Vorstands sowie einer handschriftlichen Kontrollunterschrift versehen. Die neuen Aktien sind mit Gewinnanteilscheinbogen, enthaltend den Gewinnanteilschein Nr. 30 sowie einen Erneuerungsschein, ausgestattet. Auf den Aktienmänteln, den Gewinnanteilscheinen und den Er*neuerungsscheinen ist der Prägestempel der Gesellschaft angebracht.*

Das eingetragene Grundkapital der Thyssen AG beträgt nunmehr DM 1 565 000 000,– und ist eingeteilt in:

3 470 000 Aktien über je DM	50,–	Nr. 5 000 001 bis 8 995 215
		Nr. 7 464 640 bis 7 499 424
		Nr. 8 000 001 bis 9 440 000
2 224 000 Aktien über je DM	100,–	Nr. 0 000 001 bis 1 000 000
		Nr. 3 000 001 bis 4 224 000
995 100 Aktien über je DM	1 000,–	Nr. 1 000 001 bis 1 275 100
		Nr. 1 300 001 bis 1 827 000
		Nr. 9 500 001 bis 9 893 000
58 000 Aktien über je DM	3 000,–	Nr. 2 000 001 bis 2 058 000

Das gemäß § 3 Abs. 6 der Satzung genehmigte Kapital beläuft sich zur Zeit noch auf DM 55 000 000,– und ist bis zum 1. April 1987 befristet.

Der **Vorstand** der Thyssen AG besteht satzungsgemäß aus wenigstens zwei Mitgliedern. Die Zahl seiner Mitglieder wird durch den Aufsichtsrat festgelegt.

Ihm gehören an:

Dr. Dieter Spethmann, Vorsitzender, Düsseldorf; Dr. Werner Bartels, Düsseldorf; Dr. Heinz Kriwet, Düsseldorf; Prof. Dr. Karl-Heinz Rösener, Düsseldorf; Dr. Heinz-Gerd Stein, Dinslaken; Dipl.-Kfm. Fritz Wälter, Essen; Hans Gert Woelke, Mülheim; Dr. Dr.-Ing. E. h. Karl-August Zimmermann, Dinslaken.

Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Der **Aufsichtsrat** setzt sich gemäß den Bestimmungen des Montanmitbestimmungsgesetzes zusammen und besteht satzungsgemäß aus einundzwanzig Mitgliedern.

Ihm gehören an:

Günter Vogelsang, Düsseldorf, Diplom-Kaufmann, Vorsitzender; Hans Mayr, Dreieich, Erster Vorsitzender der IG Metall, 1. stellv. Vorsitzender; Dr. Wolfgang Schieren, München, Vorsitzender des Vorstandes der Allianz Versicherungs-AG, stellv. Vorsitzender; Karlheinz Weihs, Dinslaken, Walzendreher, stellv. Vorsitzender; Hans Otto Bäumer, Velbert, Minister a. D.; Robert Baumann, Duisburg, Sicherheitsmeister; Ilse Brusis, Bochum, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Dr. Wilfried Guth, Königstein/Taunus, Mitglied des Vorstandes der Deutsche Bank AG; Helmut Haeusgen, Frankfurt am Main, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Dresdner Bank AG; Dr. Carl H. Hahn, Wolfsburg, Vorsitzender des Vorstandes der Volkswagenwerk AG; Dr. h. c. Walter Hesselbach, Frankfurt am Main, Vorsitzender des Vorstandes der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG; Fritz Hülsmann, Dinslaken, Stellv. Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen; Kurt Kistner, Baunatal, Dreher; Will Marx, Königstein/Taunus, Mitinhaber des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie.; Herbert Mösle, Oberhausen, Elektriker; Dr.-Ing. E. h. Bernhard Plettner, Erlangen, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Siemens AG; Walter Scheel, Köln, Bundespräsident a. D.; Ruppert Siemon, Düsseldorf, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V. † 11. 5. 1985; Günter Stolz, Bad Homburg, Sekretär bei der IG Metall; Dr. Kurt Wessing, Düsseldorf, Rechtsanwalt; Claudio G. L. Graf Zichy-Thyssen, Buenos Aires (Argentinien), Kaufmann.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten satzungsgemäß außer der Erstattung ihrer baren Auslagen eine feste, nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung. Diese Vergütung beträgt für die Mitglieder je DM 8 000,–, für den Vorsitzenden das Doppelte und für seine Stellvertreter das Anderthalbfache dieses Betrages. Außerdem erhalten die Aufsichtsratsmitglieder einen Betrag von DM 3 000,– für je 1 % Dividende, die über 4 % hinaus für das abgelaufene Geschäftsjahr an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Dieser Betrag erhöht sich für den Vorsitzenden auf das Doppelte und für die Stellvertreter auf das Anderthalbfache. Die auf die Vergütung und die baren Auslagen der Aufsichtsratsmitglieder entfallende Umsatzsteuer wird von der Gesellschaft erstattet, wenn und soweit die Mitglieder des Aufsichtsrats berechtigt sind, die Umsatzsteuer der Gesellschaft gesondert in Rechnung zu stellen, und dieses Recht ausüben.

Für das Geschäftsjahr 1983/84 hat der Aufsichtsrat eine Vergütung von insgesamt DM 188 000,– erhalten.

Die **Hauptversammlung** findet am Sitz der Gesellschaft oder in Städten der Bundesrepublik Deutschland statt, deren Einwohnerzahl 100 000 übersteigt. Die Hauptversammlung wird mindestens einen Monat vor dem letzten Hinterlegungstag der *Aktien durch* den Vorstand *einberufen; die Hinterlegung hat so* rechtzeitig zu erfolgen, daß zwischen dem Tag der Hinterlegung und dem Tag der Hauptversammlung mindestens vier Werktage, ausgenommen Sonnabend, frei bleiben. Je DM 50,– Nennbetrag der Aktien gewähren in der Hauptversammlung eine Stimme.

Das **Geschäftsjahr** läuft jeweils vom 1. Oktober bis zum 30. September des darauffolgenden Jahres.

Die **Bekanntmachungen** der Gesellschaft werden außer im Bundesanzeiger in je einem Pflichtblatt der Wertpapierbörsen veröffentlicht, an denen die Aktien zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen sind. Für die Rechtsgültigkeit der Bekanntmachungen genügt die Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, an jedem deutschen Börsenplatz, an dem die Aktien zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen sind, mindestens je ein Kreditinstitut als **Zahl- und Hinterlegungsstelle** zu bestimmen und bekanntzugeben, an dessen Schaltern Aktien hinterlegt, fällige Gewinnanteilscheine eingelöst, neue Gewinnanteilscheinbogen erhoben, Bezugsrechte ausgeübt und alle *sonstigen* die *Aktien* betreffenden von einem *Gesellschaftsorgan* beschlossenen Maßnahmen kostenfrei durchgeführt werden können.

Über die Verwendung des **Bilanzgewinns** beschließt die Hauptversammlung. Die Thyssen AG hat für die Geschäftsjahre 1979/80 bis 1981/82 folgende **Dividenden** gezahlt:

Geschäftsjahr	Dividendenberechtigtes Grundkapital DM	DM je Aktie (gerechnet auf nom. DM 50,–)	Gesamtbetrag DM
1979/80	1 298 670 400,–	4,–	103 893 832,–
1980/81	1 297 728 000,–*)	2,–	51 909 040,–
1981/82	1 297 728 000,–*)	2,–	51 909 040,–

*) nom. DM 944 400,– Thyssen-Aktien im Besitz einer ausländischen Tochtergesellschaft sind nicht dividendenberechtigt

In den Geschäftsjahren 1982/83 und 1983/84 mußte die bisherige kontinuierliche Dividendenzahlung unterbrochen werden. In 1982/83 kam es vor allem bei Stahl und Edelstahl sowie bei Budd zu erheblichen Verlusten. Der Jahresabschluß Thyssen-Welt für 1983/84 zeigt jedoch wieder einen Überschuß in Höhe von DM 181 Mio. Hierdurch wurden die mit laufenden Anpassungsprogrammen verbundenen Belastungen abgedeckt. Darüber hinaus wurde in erheblichem Umfang auch für Altlasten und noch anstehende Strukturbereinigungen Vorsorge getroffen. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Konsolidierung der Thyssen-Gruppe geleistet. Die Wiederaufnahme einer Dividendenausschüttung für 1983/84 mußte demgegenüber zurückstehen.

Der Jahresfehlbetrag der Thyssen AG für das Geschäftsjahr 1982/83 (DM 74 242 000,–) *wurde durch Auflösung der Rücklage für Konzernzwischengewinne* (DM 25 992 000,–) teilweise ausgeglichen, der verbliebene Bilanzverlust (DM 48 250 000,–) durch den Jahresüberschuß des Geschäftsjahres 1983/84 (DM 48 250 000,–) vollständig getilgt.

THYSSEN AKTIENGESELLSCHAFT vorm. August Thyssen-Hütte · Duisburg

Konzernbilanz Welt zum 30. September 1984

AKTIVA

	Stand am 1. 10. 1983 DM	Veränderungen im Geschäftsjahr 1983/84: Umbuchungen DM	Zugänge[1]) DM	Abgänge DM	Zuschreibungen DM	Abschreibungen DM	Stand am 30. 9. 1984 DM	Stand am 30. 9. 1983 DM
Anlagevermögen								
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte								
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten	1 995 353 266	+ 13 214 711	86 706 275	39 466 311	119 616 094	160 146 208	2 015 479 847	1 995 353 286
mit Wohnbauten	40 506 592	+ 2 447 208	804 843	1 039 353	2 561 101	1 811 178	43 469 213	40 506 592
ohne Bauten	111 196 415	– 753 069	4 638 152	4 577 980	–	1 474 178	109 029 360	111 196 415
Bauten auf fremden Grundstücken	105 968 322	+ 4 331 536	12 643 794	150 928	–	8 775 396	114 017 328	105 968 322
Maschinen und maschinelle Anlagen	2 299 933 535	+221 363 770	417 851 725	27 916 304	–	686 266 679	2 224 963 847	2 299 933 535
Gleisanlagen	131 318 219	–	307 771	3 362	–	5 529 953	126 092 675	131 318 219
Werksgeräte	198 364 908	– 1 500 828	4 032 186	2 471 280	–	11 736 462	188 888 548	198 364 908
Reserveteile	307 269 927	– 992 549	2 821 965	445 584	–	30 811 293	277 842 466	307 269 927
Betriebs- und Geschäftsausstattung	320 792 465	+ 10 219 271	149 818 005	11 425 908	–	141 597 774	327 806 059	320 792 485
Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	275 076 363	–249 280 184	272 744 846	3 997 150	–	831 500	293 712 375	275 076 363
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten	17 443 382	+ 950 132	38 652 674	4 443 712	371 000	8 889 529	42 083 947	17 443 382
	5 803 223 414	–	989 022 236	95 939 832	122 750 195	1 057 870 350	5 781 185 663	5 803 223 414
Finanzanlagen								
Beteiligungen	850 346 865	–	24 018 274	30 082 424	177 389	13 153 089	631 325 015	650 346 865
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren								
Wohnungsbaudarlehen (davon an verbundene Unternehmen 34 597 000 DM) (Nennwert 267 796 000 DM; durch Grundpfandrechte gesichert 241 105 000 DM)	116 916 612	–	1 085 441	12 823 137	7 465 552	361 064	114 263 404	118 916 612
Sonstige (davon an verbundene Unternehmen 1 867 000 DM) (Nennwert 173 635 000 DM; durch Grundpfandrechte gesichert 1 883 000 DM)	26 595 236	–	60 837 608	3 118 582	145 578	48 344 314	36 115 526	26 595 236
	795 658 713	–	85 919 323	46 004 143	7 768 519	61 858 467	781 703 945	795 858 713
	6 599 082 127	–	1 074 941 559	141 943 975	130 538 714	1 119 728 817	6 542 889 608	6 599 082 127
Umlaufvermögen								
Vorräte							6 567 534 652	5 927 557 629
abzüglich Erhaltene Anzahlungen (davon von verbundenen Unternehmen 1 551 000 DM)							663 223 625	905 768 521
							5 884 311 027	5 021 769 108
Geleistete Anzahlungen							850 101 637	1 282 387 770
abzüglich Erhaltene Anzahlungen							785 536 292	1 209 779 587
							64 565 345	72 608 183
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr 651 695 000 DM)							5 164 391 972	4 470 660 601
Forderungen an verbundene Unternehmen							65 206 009	152 168 621
Forderungen aus Krediten nach § 89 AktG							5 906 779	6 154 307
Forderungen aus Krediten nach § 115 AktG							22 779	25 102
Wechsel (davon bundesbankfähig 7 476 000 DM)							49 853 898	37 171 816
Schecks							1 468 175	2 906 088
Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben							8 222 930	6 539 340
Guthaben bei Kreditinstituten							510 479 471	622 309 611
Wertpapiere							50 993 832	5 832 290
Eigene Aktien (Nennwert 944 400 DM)							1 143 983	1 143 983
Sonstige Vermögensgegenstände							840 850 749	713 336 997
							12 647 216 947	11 114 846 247
Rechnungsabgrenzungsposten								
Disagio							7 970 225	8 824 823
Sonstige							46 233 358	53 533 826
							54 203 583	62 358 649
Konzernergebnis							–	V 48 250 000
							19 244 310 138	17 824 537 023

[1]) In den Zugängen ist die Anpassung des Anlagevermögens der ausländischen Gesellschaften in Höhe von DM 69,3 Mio an Werte enthalten, die sich aufgrund veränderter Währungsumrechnungskurse ergaben.

PASSIVA

	Stand am 30. 9. 1984 DM	Stand am 30. 9. 1983 DM
Grundkapital der Thyssen AG	1 300 000 000	1 298 670 400
Konzernrücklagen		
Kapitalrücklagen[2])	925 576 203	924 584 790
Rücklagen des Konzerns aus Ertrag und Konzernzwischengewinnen[2])	327 857 867	312 166 723
Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung	–161 744 468	–264 716 582
Rücklage für eigene Aktien	1 143 983	1 143 983
	1 072 833 585	973 178 914
Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz (davon Anteile am Gewinn 18 831 923 DM, Anteile am Verlust 708 773 DM)	150 447 710	126 033 245
Sonderposten mit Rücklageanteil (Rücklagen gem. § 74 EStDV; gem. Entwicklungsländer-Steuergesetz; gem. § 6 b EStG; gem. § 52 Abs. 5 EStG u. a.)	97 718 610	396 176 354
	2 620 999 905	2 794 058 913
Rückstellungen		
für Pensionen	2 963 566 510	2 611 831 153
für Bergschäden	14 785 145	14 490 214
für Instandhaltungen	2 922 536	2 318 137
für sonstige Zwecke	2 330 082 256	1 768 831 684
	5 311 376 449	4 597 471 188
Finanzschulden		
mit einer vereinbarten Laufzeit von mindestens vier Jahren		
Anleihen (davon durch Grundpfandrechte gesichert 150 000 000 DM)	249 240 000	261 740 000
Bankkredite (davon durch Grundpfandrechte gesichert 306 514 000 DM)	3 921 383 685	3 433 081 049
Sonstige Kredite (davon durch Grundpfandrechte gesichert 528 317 000 DM)	679 935 897	683 907 678
(Hiervon sind vor Ablauf von vier Jahren fällig 1 406 761 000 DM)	4 850 559 582	4 398 728 627
mit einer vereinbarten Laufzeit von unter vier Jahren		
Bankkredite	1 497 531 283	1 246 269 770
Sonstige Kredite (davon gegenüber verbundenen Unternehmen 665 000 DM)	6 034 098	1 461 325
Akzepte	200 916 499	226 884 479
	6 557 041 462	5 873 344 201
Andere Verbindlichkeiten		
Erhaltene Anzahlungen (davon von verbundenen Unternehmen 96 000 DM)	795 143 326	1 021 336 210
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2 100 163 672	1 760 183 482
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	43 370 545	140 665 542
Sonstige Verbindlichkeiten	1 614 213 481	1 637 337 497
	4 752 891 024	4 559 522 731
Rechnungsabgrenzungsposten	2 001 298	139 990
	19 244 310 138	17 824 537 023

Haftungsverhältnisse	30. 9. 1984 DM	30. 9. 1983 DM
Wechselobligo	484 900 000	441 461 000
Bürgschaften	238 108 000	378 321 000
Gewährleistungen	173 474 000	442 376 000
Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	2 659 000	1 654 000

[2]) Die Gesetzliche Rücklage der Thyssen Aktiengesellschaft in Höhe von 720 756 413 DM ist in den Kapitalrücklagen, die Anderen Rücklagen der Thyssen Aktiengesellschaft sind mit 204 819 790 DM in den Kapitalrücklagen und mit 555 781 210 DM in den Rücklagen des Konzerns aus Ertrag und Konzernzwischengewinnen enthalten.

Erläuterungen zur Konzernbilanz Welt

zum 30. September 1984

Der Abschluß Thyssen-Welt zum 30. September 1984 umfaßt 184 Konzernunternehmen. Eine Übersicht über die wesentlichen einbezogenen Gesellschaften wird in der Besitz- und Betriebsbeschreibung gegeben.

Bewertungsgrundsätze

Um die Aussagefähigkeit des Weltabschlusses zu verbessern, wurden die Abschlüsse der in- und ausländischen Konzernunternehmen nach den Gliederungs- und Bewertungsgrundsätzen des deutschen Aktiengesetzes aufgestellt.

Im Inland gilt im einzelnen folgendes: Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen oder mit einem niedrigeren, steuerlich für zulässig gehaltenen Wert. Die Herstellungskosten umfassen neben den direkt zurechenbaren Kosten auch – soweit steuerlich aktivierungspflichtig – anteilige Gemeinkosten und Abschreibungen des Produktionsbereiches.

Für Gleisanlagen und Werksgeräte sowie für Reserveteile mit Einzelwerten über DM 400,– bestehen Festwerte. Reserveteile mit Einzelwerten bis einschließlich DM 400,– sind aufgrund steuerlicher Vorschriften in den Vorräten enthalten. Die in die Festwerte einbezogenen Gegenstände werden grundsätzlich mit 40 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet.

Die planmäßigen Abschreibungen werden, soweit steuerlich zulässig, nach der degressiven Methode errechnet. Sobald die lineare Methode zu höheren Abschreibungen führt, wird linear abgeschrieben. Die den Abschreibungen jeweils zugrunde liegende Nutzungsdauer ist unter Berücksichtigung des technischen Fortschritts und der wirtschaftlichen Veralterung geschätzt. Bei Zugängen von beweglichen Anlagegegenständen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wird grundsätzlich die volle Jahresrate, bei Zugängen in der zweiten Hälfte eine halbe Jahresrate verrechnet.

Geringwertige Wirtschaftsgüter, das sind Gegenstände mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis einschließlich DM 800,–, werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben.

Die Beteiligungen werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bilanziert. Niedrigere Werte werden angesetzt, wenn besondere Umstände vorliegen oder steuerliche Möglichkeiten für veränderte Bewertungsmaßstäbe gegeben sind.

Die Wohnungsbaudarlehen sind entweder nach § 7 c EStG wertberichtigt oder auf den Barwert abgezinst. Der sich aus der Abzinsung und der Abschreibung von Belegungsrechten ergebende Betrag ist um die im Berichtsjahr neu zu aktivierenden Belegungsrechte gekürzt worden. Die ausgewiesene Zuschreibung ergibt sich aus der Auflösung von Wertberichtigungen infolge Laufzeitverkürzung und Tilgung der Darlehen.

Bei den Sonstigen Ausleihungen, Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenständen wurden alle erkennbaren Risiken durch entsprechende Bewertungsabschläge berücksichtigt. Unverzinsliche oder niedrig verzinsliche Forderungen wurden abgezinst.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind grundsätzlich mit den Anschaffungs- oder niedrigeren Wiederbeschaffungskosten bewertet. Die Anschaffungskosten bei Schüttgütern in betrieblichen Lagerstätten werden grundsätzlich nach der Lifo-Methode ermittelt. Soweit erforderlich, werden Abschreibungen für Lagerrisiken vorgenommen.

Unfertige und fertige Erzeugnisse sind mit durchschnittlichen Herstellungskosten, jedoch nicht höher als mit dem voraussichtlichen Verkaufserlös, abzüglich der bis zum Verkauf noch anfallenden Kosten, bewertet. Vertriebs- sowie Veralterungsrisiken werden angemessen berücksichtigt.

Der Gesamtbetrag der Rückstellungen für Pensionen entspricht versicherungsmathematischen Berechnungen. Hierbei wurden die neuen Richttafeln berücksichtigt.

In den Rückstellungen für sonstige Zwecke wurde allen erkennbaren Risiken sowie allen ungewissen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen.

In den Erträgen aus Beteiligungen sind einbehaltene Quellensteuern sowie Steuerguthaben aus Gewinnausschüttungen inländischer Gesellschaften enthalten.

Auch die Abschlüsse der ausländischen konsolidierten Gesellschaften wurden nach aktienrechtlichen Gliederungs- und Bewertungsgrundsätzen aufgestellt. Erforderliche Bewertungskorrekturen wurden – soweit sie das Jahresergebnis betrafen – in den Abschlüssen der ausländischen Gesellschaften erfolgswirksam verrechnet.

In den Bilanzen der ausländischen Konzerngesellschaften sind die Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte sowie die Beteiligungen von Gesellschaften in Hochinflationsländern mit dem Kurs zur Zeit ihrer Anschaffung oder Herstellung (historischer Kurs) umgerechnet worden. Die übrigen Vermögens- und Schuldteile wurden zum Stichtagskurs (Mittelkurs) am Bilanzstichtag übernommen. Die Aufwendungen und Erträge der Gewinn- und Verlustrechnungen wurden mit den Durchschnittskursen des Geschäftsjahres umgerechnet; hiervon ausgenommen sind die Abschreibungen von Gesellschaften in Hochinflationsländern, die in Übereinstimmung mit der Bilanz zum historischen Kurs angesetzt wurden. Für den Jahresüberschuß ohne Berücksichtigung der historisch umgerechneten Abschreibungen und die Rücklagenveränderungen wurde der Mittelkurs am Bilanzstichtag zugrunde gelegt. Die Unterschiede aus dem Ansatz verschiedener Kurse in den Gewinn- und Verlustrechnungen sind unter den Sonstigen Aufwendungen und Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung wurde nach der Methode der Erstkonsolidierung durchgeführt. Hiernach werden die Buchwerte der Beteiligungen an den zu konsolidierenden Unternehmen mit dem zum Zeitpunkt des Erwerbs vorhandenen anteiligen Kapital und den anteiligen Rücklagen dieser Gesellschaften aufgerechnet. Die sich hieraus ergebenden Unterschiedsbeträge werden als Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung gesondert ausgewiesen. Die auf Dritte entfallenden Anteile am Kapital und an den Rücklagen sowie am Gewinn und am Verlust der einbezogenen Unternehmen sind im Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz erfaßt.

Die in der Folgezeit entstandenen anteiligen Jahresergebnisse werden, soweit sie nicht ausgeschüttet sind, in den Rücklagen des Konzerns aus dem Ertrag ausgewiesen. Hierin sind auch die aus dem Jahresüberschuß der Thyssen AG gebildeten Rücklagen enthalten. Außerdem enthält diese Position die sich aus der Währungsumrechnung der Bilanzen der ausländischen Gesellschaften ergebenden Differenzen sowie ergebniswirksame Konsolidierungsvorgänge.

Die wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten der in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen werden gegeneinander aufgerechnet.

Die in den Vorräten der Einzelbilanzen enthaltenen Konzernzwischengewinne sind in der Konzernbilanz gemäß § 331 Abs. 2 AktG von den Wertansätzen der Warenbestände gekürzt. Soweit Zwischengewinne aus der Übertragung von Anlagevermögen innerhalb der Thyssen-Gruppe aktienrechtlich zu eliminieren waren, erfolgte dies im Konzernabschluß durch die Bildung von Konzernrücklagen.

Aktiva

Das **Sachanlagevermögen** – DM 5 761 185 663,– – ist den Unternehmensbereichen wie folgt zuzuordnen:

	30. 9. 1984 Mio DM	30. 9. 1983 Mio DM	Veränderung Mio DM
Thyssen AG	56,1	66,6	–10,5
Unternehmensbereiche			
Stahl	2 962,4	2 980,8	–16,4
Edelstahl	521,5	566,3	–44,8
Investitionsgüter und Verarbeitung	1 935,1	1 873,9	+61,2
Handel und Dienstleistungen	266,1	315,6	–29,5
Nettowerte laut Bilanz	5 761,2	5 803,2	–42,0



THYSSEN AKTIENGESELLSCHAFT vorm. August Thyssen-Hütte · Duisburg

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung Welt

für die Zeit vom 1. Oktober 1983 bis zum 30. September 1984

		1983/84 DM	1982/83 DM
Außenumsatzerlöse		32 429 917 064	28 367 984 841
Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		+ 263 910 080	– 132 144 176
Andere aktivierte Eigenleistungen		93 818 526	133 405 622
Gesamtleistung		32 787 445 870	28 389 246 287
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren		21 930 360 546	18 872 945 045
Rohertrag		10 857 085 124	9 496 301 242
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		39 111 075	13 307 525
Erträge aus Beteiligungen		85 922 185	47 702 188
Erträge aus den anderen Finanzanlagen		1 330 224	991 527
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		144 807 124	145 994 884
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens		199 400 516	634 472 428
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		198 303 483	139 319 902
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		395 504 834	52 915 362
Sonstige Erträge (davon außerordentliche 287 075 545 DM)		689 682 240	468 247 625
		1 721 061 681	1 501 921 417
Zwischensumme		12 578 146 805	10 998 222 959
Löhne und Gehälter		9 191 978 995	5 912 392 791
Soziale Abgaben		977 305 707	943 040 207
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		973 724 509	543 182 912
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte		1 057 970 350	1 063 804 505
Abschreibungen auf Finanzanlagen		61 858 467	38 389 177
Abschreibungen auf Anteile an einem konsolidierten Unternehmen		–	43 333 234
Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten		131 929 078	94 757 859
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		45 879 691	39 369 458
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		713 894 533	873 750 048
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen		157 759 228	166 883 479
Sonstige Steuern		24 274 803	34 200 849
Aufwendungen aus Verlustübernahme		9 875 113	11 842 318
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		86 850 159	381 879 128
Beiträge an die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl		22 232 247	17 657 979
Sonstige Aufwendungen		2 271 722 297	1 686 226 582
		12 397 151 055	11 548 460 425
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag		G 180 995 750	V 550 237 766
Verlustvortrag aus dem Vorjahr		48 250 000	–
		G 132 745 750	V 550 237 766
Einstellung in Konzernrücklagen			
Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung	107 222 350		
Rücklagen des Konzerns aus Ertrag und Konzernzwischengewinnen	374 682 727		
	481 905 077[1]		
abzüglich Entnahme aus Rücklagen des Konzerns aus dem Ertrag	367 082 477	– 114 822 800	+ 507 729 715
		G 17 923 150	V 42 508 051
Konzernfremden Gesellschaftern zustehender			
Gewinn		18 631 923	8 898 768
Verlust		708 773	3 158 919
		17 923 150	5 741 949
Konzernergebnis		–	V 48 250 000

[1]) davon zur Eliminierung von Konzernzwischengewinnen 475 544 558 DM

Duisburg, am 17. Dezember 1984

Der Vorstand

Spethmann Bartels Dehmer Kriwet Stein Wälter Woelke Zimmermann

Der Konzernabschluß und der Konzerngeschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften.

Düsseldorf, am 18. Dezember 1984

Treuverkehr
Dr. Rätsch & Co. GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. W. Dörner, Wirtschaftsprüfer
Dr. C. P. Rätsch, Wirtschaftsprüfer

Diese Nettowerte des Sachanlagevermögens errechnen sich aus den nachstehenden Bruttowerten abzüglich der aufgelaufenen Abschreibungen.

	Bruttowerte am 30. 9. 1984	Abschreibungen bis 30. 9. 1984	Nettowerte am 30. 9. 1984
	Mio DM		
Thyssen AG	76,8	20,7	56,1
Unternehmensbereiche Stahl	12 902,6	9 940,2	2 962,4
Edelstahl	2 068,4	1 549,9	521,5
Investitionsgüter und Verarbeitung	5 621,3	3 686,2	1 935,1
Handel und Dienstleistungen	852,1	569,0	286,1
Insgesamt	21 521,2	15 760,0	5 761,2

Gemessen an den Bruttowerten betragen die Nettowerte des Sachanlagevermögens am 30. September 1984 26,8 %.

Im Geschäftsjahr 1983/84 entwickelte sich das Netto-Sachanlagevermögen wie folgt:

		Mio DM
Stand am 1. Oktober 1983		5 803,2
Zugänge		
Investitionen Sachanlagen	901,1	
Währungsunterschiede	87,9	
Zugänge laut Bilanz	989,0	
Zuschreibungen	122,8	1 111,8
		8 915,0
Abgänge	95,9	
Abschreibungen	1 057,9	1 153,8
Stand am 30. September 1984		5 761,2

Die Investitionen der Thyssen-Gruppe in Sach- und Finanzanlagen betrugen im Geschäftsjahr 1983/84 insgesamt DM 986 Mio. Sie verteilen sich – im Vergleich mit dem Vorjahr – wie folgt:

	1983/84	1982/83
	Mio DM	
Thyssen AG	4	17
Unternehmensbereiche Stahl	501	473
Edelstahl	73	68
Investitionsgüter und Verarbeitung	356	332
Handel und Dienstleistungen	52	73
Insgesamt	999	993
Abschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen	1 120	1 144

Von dem Gesamtbetrag der Investitionen entfielen DM 901 Mio auf Sach- und DM 95 Mio auf Finanzanlagen. Die Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland betrugen DM 783 Mio, im Ausland waren es DM 203 Mio.

Im Stahlbereich lag der Schwerpunkt in der Modernisierung von Hochofenanlagen. Außerdem erhielten zahlreiche Aggregate elektronische Steuerungs- und Kontrollsysteme, die vor allem eine größere Flexibilität der Fertigung ermöglichen. Im Unternehmensbereich Edelstahl standen die Walzwerke im Vordergrund. Investitionsziele waren insbesondere Rationalisierung, Qualitätssicherung und -erhöhung. Im Unternehmensbereich Investitionsgüter und Verarbeitung betrafen die Zugänge die Umrüstung von Fertigungsanlagen sowie den Erwerb von Firmen vor allem auf den aussichtsreichen Gebieten Werkzeugmaschinen, flexible Fertigungssysteme und Aufzüge. Der Handel hat seine Niederlassungen modernisiert sowie die Geräteausstattung für Dienstleistungen und den Fuhrpark für den Straßengütertransport weiter verbessert.

Die Zuschreibungen resultieren insbesondere aus der Übertragung des Sachanlagevermögens von der Thyssen Werksanlagen-Verwaltung Hattingen GmbH auf die Thyssen Stahl AG mit Wirkung vom 1. Oktober 1983. Hierbei handelt es sich um den bisher durch die Thyssen Stahl AG angepachteten Werksbereich Hattingen.

Unter den **Finanzanlagen** – DM 781 703 945,– – werden ausgewiesen:

	30. 9. 1984	30. 9. 1983
	Mio DM	
Beteiligungen	631,3	650,4
Wohnungsbaudarlehen	114,3	118,9
Sonstige Ausleihungen	36,1	26,6
Insgesamt	781,7	795,9

Die wesentlichen Beteiligungen sind der Besitz- und Betriebsbeschreibung des Prospektes zu entnehmen.

Die Buchwerte der Finanzanlagen haben sich im Geschäftsjahr 1983/84 wie folgt verändert:

		Mio DM
Stand am 1. Oktober 1983		795,9
Zugänge		
Investitionen Finanzanlagen	84,5	
Währungsunterschiede	1,4	
Zugänge laut Bilanz	85,9	
Zuschreibungen	7,8	93,7
		889,6
Abgänge	46,0	
Abschreibungen	61,9	107,9
Stand am 30. September 1984		781,7

Die Investitionen betreffen hauptsächlich Ausleihungen an die Bong Mining Company Incorporated, Monrovia (Liberia), in Höhe von DM 40,9 Mio sowie den Erwerb einer Reihe von in- und ausländischen Beteiligungsgesellschaften.

Die Zuschreibungen ergeben sich aus der Auflösung von Wertberichtigungen infolge der Laufzeitverkürzung und Tilgung von Darlehen.

In den Abgängen kommt, neben Tilgungen von Wohnungsbaudarlehen und Sonstigen Ausleihungen, auch die Ausbuchung des Beteiligungsbuchwertes der Maschinenfabrik Diedesheim GmbH zum Ausdruck, da die Gesellschaft im Geschäftsjahr 1983/84 erstmalig in den Konzernabschluß einbezogen wurde.

Die Abschreibungen enthalten insbesondere die unter den Zugängen ausgewiesenen Ausleihungen an die Bong Mining Company Incorporated, Monrovia (Liberia), in Höhe von DM 40,9 Mio.

Die **Vorräte** – DM 5 884 311 027,– – verteilen sich auf die Unternehmensbereiche wie folgt:

	30. 9. 1984	30. 9. 1983
	Mio DM	
Stahl	1 908,9	1 420,4
Edelstahl	1 311,1	1 133,1
Investitionsgüter und Verarbeitung	2 585,0	2 596,6
Handel und Dienstleistungen	1 062,5	807,5
	9 567,5	5 927,9
Abzüglich: Erhaltene Anzahlungen	683,2	905,8
Insgesamt	5 884,3	5 021,9

Bei den Beständen wurden Erhaltene Anzahlungen in Höhe der bereits gebundenen Mittel von DM 683,2 Mio abgesetzt. Als Sicherheit für Erhaltene Anzahlungen waren am Bilanzstichtag Vorräte im Wert von DM 321,0 Mio übereignet.

Unter den **Eigenen Aktien** – DM 1 143 983,– – sind die von der Thyssen Investment S.A., Luxemburg, zum Bilanzstichtag gehaltenen Aktien der Thyssen AG im Nominalwert von DM 944 400,– ausgewiesen.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** – DM 840 950 749,– – enthalten insbesondere Forderungen, die nicht aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr stammen, einschließlich der Ansprüche im Zusammenhang mit Strukturverbesserungshilfen und der Stahlzulage. Diese Ansprüche resultieren aus den mit der Öffentlichen Hand im Rahmen des Umstrukturierungsprogramms der Stahlindustrie abgeschlossenen Zuwendungsverträgen.

Passiva

Das **Grundkapital** – DM 1 300 000 000,– – erhöhte sich im Geschäftsjahr 1983/84 um DM 1,3 Mio infolge eines weiteren Umtausches von Aktien der Thyssen Industrie AG in Aktien der Thyssen AG. Der Umtausch von Aktien der Thyssen Industrie AG in Aktien der Thyssen AG ist beendet.

Die **Konzernrücklagen** – DM 1 072 833 585,– – setzen sich aus den Kapitalrücklagen, den Rücklagen des Konzerns aus Ertrag und Konzernzwischengewinnen, dem Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung und der Rücklage für eigene Aktien zusammen.

In den Kapitalrücklagen ist die gesetzliche Rücklage der Thyssen AG enthalten, da sie aus Agien im Zusammenhang mit Kapitalerhöhungen stammt. Weiterhin wird unter dieser Position der Teil der Anderen Rücklagen der Thyssen AG ausgewiesen, der aus Gründungsvorgängen resultiert.

Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um DM 1,0 Mio resultiert aus einem weiteren Umtausch von Aktien der Thyssen Industrie AG in Aktien der Thyssen AG als Unterschied zwischen dem Zeitwert der hereingenommenen Thyssen Industrie AG-Aktien und dem Nennwert der ausgegebenen Thyssen AG-Aktien zuzüglich einer Barzahlung.

Die im Geschäftsjahr 1982/83 zur Zwischengewinneliminierung aus der konzerninternen Übertragung von Anlagevermögen bei der Thyssen AG gebildeten Sonderposten mit Rücklageanteil wurden zum 30. September 1984 aufgelöst. Zur Neutralisierung des bei der Übertragung der konsolidierten Beteiligungen entstandenen Gewinnes von DM 100,8 Mio erfolgte im Berichtsjahr eine Einstellung in den Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung. Für die übrigen im Anlagevermögen aus der Neuordnung des Stahlbereichs 1982/83 enthaltenen Zwischengewinne sowie den in 1983/84 aus der Übertragung des Stahlbereichs Hattingen auf die Thyssen Stahl AG resultierenden Gewinn wurden den Rücklagen des Konzerns aus Ertrag und Konzernzwischengewinnen DM 374,7 Mio zugeführt. Insgesamt ergab sich im Berichtsjahr somit eine Einstellung in die Konzernrücklagen zur Eliminierung von Zwischengewinnen im Anlagevermögen in Höhe von DM 475,5 Mio.

Zur Anpassung des Konzernergebnisses an das Bilanzergebnis der Thyssen AG war – unter Berücksichtigung der Jahresergebnisse von konsolidierten Gesellschaften, mit denen kein Ergebnisabführungsvertrag besteht – eine Entnahme aus den Rücklagen des Konzerns aus dem Ertrag in Höhe von DM 367,1 Mio erforderlich.

Weitere bilanzielle Veränderungen bei den Konzernrücklagen haben sich insbesondere durch Veränderungen des Konsolidierungskreises ergeben.

Die Rücklage für eigene Aktien in Höhe von DM 1,1 Mio bildet einen Gegenposten zu den sich im Bestand der Thyssen Investment S.A., Luxemburg, befindlichen Aktien der Thyssen AG.

Im **Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz** – DM 150 447 710,– – sind die Anteile Dritter an Kapital und Rücklagen sowie am Ergebnis der in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen enthalten.

Der **Sonderposten mit Rücklageanteil** – DM 97 718 610,– – verringerte sich gegenüber dem Vorjahr durch Auflösung – überwiegend Rücklagen gemäß § 6 b EStG im Jahresabschluß der Thyssen AG – in Höhe von DM 385,5 Mio; demgegenüber erfolgten Einstellungen in Höhe von DM 96,9 Mio im wesentlichen durch Bildung einer Preissteigerungsrücklage gemäß § 74 EStDV.

Den **Rückstellungen für Pensionen** – DM 2 963 586 510,– – wurden – entsprechend den versicherungsmathematisch erforderlichen Dotierungen – im Berichtsjahr zu Lasten des Ergebnisses DM 157,9 Mio zugeführt. Pensionsverpflichtungen der ausländischen Gesellschaften werden weitgehend durch Einzahlungen in Pensionsfonds abgedeckt und sind insoweit nicht in den Rückstellungen für Pensionen enthalten.

Die **Rückstellungen für sonstige Zwecke** – DM 2 330 082 258,– – sind vorgesehen für nicht veranlagte Steuern, Zölle und Abgaben, Gewährleistungen, noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen im Anlagengeschäft und für alle übrigen erkennbaren Risiken, insbesondere im Beschaffungs- und Absatzbereich. Darüber hinaus bestehen im Zusammenhang mit dem vorzeitigen Ausscheiden von Mitarbeitern Rückstellungen für Sozialpläne.

Der Anstieg der Rückstellungen ergibt sich insbesondere aus der im Geschäftsjahr 1983/84 bei der Thyssen AG getroffenen Vorsorge für Risiken im Zusammenhang mit der Abwicklung von alten Eisenbahnaufträgen bei der heutigen Transit America Inc., dem früheren Eisenbahnbereich von Budd, sowie aus den genannten Sozialplanverpflichtungen.

Die **Finanzschulden** – DM 6 557 041 492,– – werden in folgenden Zeiträumen fällig:

	Stand am 30. 9. 1984	Fälligkeit bis 12 Monate	Fälligkeit 1 bis 4 Jahre	Fälligkeit über 4 Jahre
	Mio DM			
Finanzschulden mit einer vereinbarten Laufzeit von mindestens vier Jahren				
Anleihen	249,2	37,4	82,4	129,4
Bankkredite	3 921,4	162,0	867,2	2 892,2
Sonstige Kredite	679,9	45,6	212,1	422,2
Summe	4 850,5	245,0	1 161,7	3 443,8
in %	100,0	5,1	23,9	71,0
Zum Vergleich 30. 9. 1983				
Summe	4 398,7	190,3	1 856,9	2 351,5
in %	100,0	4,3	42,2	53,5
Finanzschulden mit einer vereinbarten Laufzeit von unter vier Jahren				
Bankkredite	1 497,5	1 176,5	321,0	–
Sonstige Kredite	8,1	2,0	6,1	–
Akzepte	200,9	195,0	5,9	–
Summe	1 706,5	1 373,5	333,0	–
in %	100,0	80,5	19,5	–
Zum Vergleich 30. 9. 1983				
Summe	1 474,6	1 170,7	303,9	–
in %	100,0	79,4	20,6	–
Finanzschulden				
Insgesamt	8 557,0	1 618,5	1 494,7	3 443,8
in %	100,0	24,7	22,8	52,5
Zum Vergleich 30. 9. 1983				
Insgesamt	5 873,3	1 381,0	2 160,8	2 351,5
in %	100,0	23,2	36,8	40,0

Die Finanzschulden erhöhten sich gegenüber dem 30. September 1983 um DM 683,7 Mio. Hierin ist ein Anstieg in Höhe von DM 308,9 Mio enthalten, der sich rechnerisch aus dem Ansatz der Auslandsverbindlichkeiten mit – gegenüber dem Vorjahr – veränderten Währungsumrechnungskursen ergeben hat.

Insgesamt sind von den Finanzschulden folgende Beträge gesichert:

- durch Grundpfandrechte, wie in den Bilanzen vermerkt — DM 984,8 Mio
- durch Abtretung von Warenforderungen, Unterlegung von Wechseln sowie Sicherungsübereignung von Sachanlagen und Vorräten — DM 287,7 Mio

Zu den Finanzschulden zählten am 30. September 1984 folgende Anleihen:

Anleihen	Zinssatz %	Emissionsbetrag Mio	Tilgung	Stand 30.9.84 Mio DM
Thyssen AG				
Anleihe von 1971	7 ½	DM 100	1977/99	20,0
Anleihe von 1972	8	DM 100	1978/87	30,0
Anleihe von 1977	7 ¼	DM 150	1981/92	100,0
Thyssen Investment S.A.				
Anleihe von 1975	7 ¾	sfr 80	1985/90*)	99,2
				249,2

*) Tilgung spätestens 1990; von 1979 bis 1988 jährliche Tilgungen von je sfr 4,0 Mio möglich

Die Anleihen der Thyssen AG sind zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen zugelassen; die Anleihe der Thyssen Investment S.A. ist an den Börsen von Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich zum Handel zugelassen.

Der Durchschnittszinssatz der Finanzschulden liegt infolge des höheren Zinsniveaus im Ausland, insbesondere für US-$-Kredite, zum Bilanzstichtag bei 9,0 % p. a.

Am Bilanzstichtag bestanden folgende **Haftungsverhältnisse**:

a) In der Bilanz vermerkt

Wechselobligo	DM 484 900 000,–
Bürgschaften	DM 238 108 000,–
Gewährleistungen	DM 173 474 000,–
Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	DM 2 859 000,–

Die Bürgschaften wurden überwiegend von der Thyssen AG und der Thyssen Industrie AG gegeben. Sie betreffen im wesentlichen Verpflichtungen bei der Erschließung von Erzvorkommen und Bürgschaften in Verbindung mit Tochtergesellschaften.



THYSSEN AKTIENGESELLSCHAFT vorm. August Thyssen-Hütte · Duisburg

b) In der Bilenz nicht vermerkt

Bei der Thyssen AG besteht eine entallige Haftung gegenüber dem Rationellsierungsverband des Stainkohlenbergbaus für die Kosten, die diesem eue der Refinenzierung der verkauften Einbringungsforderungen gegen die Ruhrkohle AG entstehen.

Grundschuldbriefe in Höhe von DM 1,5 Mio, die auf dem Grundvermögen eines Konzernunternehmens lasten, sind zur Sicherung von Ansprüchen Dritter abgetreten worden.

Thyssen-Inland hst gegenüber einer Anzahl von Gesellschaften mit beechränkter Heftung und einigen Genossenscheften bedingte Einzahlungeverpflichtungen und Nachschußpflichten von zusammen DM 2,9 Mio. Weiterhin bestehen bedingte Mitheftungen gemäß § 24 GmbHG gemeinsam mit den übrigen Anteilseignern für noch nicht aingezahlte Stammkapitalien.

Unternehmen der Thyssen-Gruppe haben von den im Rahmen dee Stahlumstrukturierungsprogramms der Öffentlichen Hand bewilligten Strukturverbesserungshilfen insgesamt DM 139,9 Mio erhalten. Diese Zuschüsse führen eb 1989 – unter bestimmten Bedingungen bereits ab 1986 – zu Rückzahlungeverpflichtungen nach Maßgabe eventueller Jahresüberschüsse.

Besitz- und Betriebsbeschreibung

Die **Thyssen AG** ist Konzernführungsgesellschaft der **Thyssen-Gruppe**. Zu ihr gehören u. a. rund 180 konsolidierte Konzerngesellscheften in der Bundesrepublik Deutschland, in den USA und in zahlreichen anderen Ländern. Die vielfältigen Aktivitäten sind vier Unternehmensbereichen zugeordnet:

- Stahl
- Edelstahl
- Investitionsgüter und Verarbeitung
- Handel und Dienstleistungen

Der Gesemtumsatz **Thyssen-Welt** im Geschäftsjahr 1983/84 betrug DM 41,2 Mrd. Nach Abzug der Innenumsätze ergeb sich ein Außenumsatz von DM 32,4 Mrd, 14% mehr els 1982/83.

Vom Außenumsatz entfielen 49% euf Geschäfte mit Kunden in der Bundesrepublik Deutschland. Andere Absatzschwerpunkte waren Nordamerika mit 18 % und die übrigen EG-Länder mit 11%.

Am 30. September 1984 gehörten 131030 Mitarbeiter zu den Belegscheften Thyssen-Welt.

Der inländische Grundbesitz der Thyssen-Gruppe umfaßte em 30. September 1984 rund 8 880 he. Hiervon sind rund 4 875 ha betrieblich genutzt; die restlichen rund 2 185 ha sind betriebsneutrale Industrie- und Gewerbeflächen, Wohngrundstücke sowie land- und forstwirtscheftliche Flächen.

Im letzten Jahrzehnt het Thyssen seine Unternehmensstruktur stark verändert. Dies geschah durch hohe Investitionen, intensive Produktentwicklungen und die Erschließung neuer Märkte ebenso wie durch Programmbereinigungen und die Aufgabe unrentabler Fertigungen. Ziel eller Maßnehmen ist die Ausrichtung des Unternehmens euf eine Produktpalette, mit der Thyssen euch ohne gesamtwirtscheftliches Wachstum rentabel erbeiten kann.

Unternehmensbereich Stahl

Die **Thyssen Stahl AG** in Duisburg liegt mit ihren modernen Hochöfen, Stahl- und Walzwerken transportgünstig an der Rheinschiene. Flachstahl dominiert im Produktionsprogremm. Die Basis: zwei leistungsfähige Breitbandstraßen mit zahlreichen nachgescheiteten Verarbeitungsanlegen. Stark zugenommen het der Anteil der oberflächenveredelten Stahlerzeugnisse, insbesondere für die Autoindustrie. Für den Meschinen- und Anlegenbau werden schwere Profile und Grobbleche produziert. Eine besondere Stärke sind Schienen. Außerdem werden Konzern- und Beteiligungsgesellschaften mit Vormaterial beliefert.

Im letzten Jahrzehnt hat Thyssen Stahl die Anlagenstruktur durch Investitionen und Stillegungen konsequent euf die Erfordernisse des Marktes eusgerichtet. Seit Beginn der Stahlkrise wurde die Rohstahlkapazität von 21 auf 11 Mio t reduziert. Die Straffung der Belegscheften insbesondere in den letzten Jahren führte zu einer erheblichen Verbesserung der Produktivität.

Thyssen Bandstahl Berlin GmbH und **Nedstaal B.V.** (Niederlande) produzieren Bandstahl bzw. Walzdraht, **Thyssen Grillo Funke GmbH** ist spezialisiert auf Elektroblech.

Schwerpunkt bei der **Thyssen Draht AG** ist die Drahtverarbeitung. Dazu gehören euch Kabel für Kommunikation und industrielle Anwendung sowie Schweißzusätze.

Aufgeben der Transportgesellschaften **Eisenbahn und Häfen und Veerheven B.V.** (Niederlande) sind der Werksverkehr im Duisburger Raum sowie Erzumschlag und -transport. Der Standort der Thyssen Stahl AG direkt em Rhein ermöglicht den kostengünstigen Einsatz von modernen Schubverbänden.

Ende September 1984 zählten 50 999 Mitarbeiter zu den Belegscheften des Stahlbereichs. Der Gesamtumsatz im Geschäftsjahr 1983/84 erreichte DM 10,3 Mrd, das waren 25 % des Gesamtumsatzes Thyssen-Welt.

Unternehmensbereich Edelstahl

Die **Thyssen Edelstahlwerke AG** hat ihre Hauptwerke in Krefeld und Witten. Produziert werden Stähle von hoher Reinheit und Gleichmäßigkeit, geneu auf den Verwendungszweck ebgestimmt. Zum Programm gehören weiter Spezielfertigungen: Magnete und Magnetsysteme, Präzisionsband, hochlegierte Schweißzusätze, Titanerzeugnisse und Heizleiter. Thyssen Edelstahl verfügt über zahlreiche Vertriebsgesellscheften im Ausland. Ihr Anteil em Umsatz ist bereits euf 20 % gestiegen.

14 644 Mitarbeiter gehörten em 30. September 1984 zum Edelstahlbereich. Auch hier wirken sich die in den letzten Jahren durchgeführten Anpassungen günstig euf die Wettbewerbsposition eus. Im Geschäftsjahr 1983/84 wurde ein Umsatz von DM 3,5 Mrd erzielt, 8 % des Gesamtumsatzes Thyssen-Welt.

Unternehmensbereich Investitionsgüter und Verarbeitung

Die **Thyssen Industrie AG** ist des europäische Verarbeitungszentrum der Thyssen-Gruppe. Eine offensive Produktentwicklung und die Programmbereinigungen der letzten Jahre haben die Position dee Unternehmens wesentlich gefestigt. Die über 50 in- und eusländischen Werke sind zu neun Geschäftsbereichen zusammengefaßt, die eelbständig em Merkt operieren. Zur Produktpalette gehören insbesondere Guß- und Schmiedeerzeugnisse, Werkzeugmaschinen, Aufzüge, Lokomotiven, Eisenbahnwagen und Schiffe. Bei Serienprodukten erfolgt eine Konzentration euf Erzeugnisse mit hohem Fertigungs-Know-how, bei denen der Markt große Stückzahlen ermöglicht. Gleichzeitig wird das Unternehmen weiterentwickelt zum Anbieter kompletter Systeme der Verkehrs-, Umwelt-, Energie- und Beerbeitungstechnik. Zahlreiche Ingenieurleistungen werden bei diesen Systemlösungen gebündelt.

The Budd Company hat vor ellem Fertigungen in den USA und in Kanada. Die Gesellscheft ist überwiegend tätig für den Verkehrs- und Transportsektor und gehört zu den führenden Lieferanten von Autoteilen. Ein Schwerpunkt liegt in der Produktion von Karosserieteilen eus Stahl und Kunststoff. Eine weitere Stärke des Unternehmens ist die Produktion von Rädern und Bremsen insbesondere für den Lkw-Sektor.

Transit America Inc. in den USA baut Nahverkehrszüge und Eisenbahnwagen.

Die **Rheinische Kalksteinwerke GmbH** beliefert vor allem die Stahlindustrie, die Chemie und das Baugewerbe mit Kalkstein- und Kalkerzeugnissen. Neu entwickelt wurden Produkte für den Umweltschutz.

Die Gesellscheften des Unternehmensbereiche hetten am 30. September 1984 insgesamt 53 392 Mitarbeiter. Der Umsatz des Geschäftsjahres 1983/84 betrug DM 9,8 Mrd, 24 % dee Gesamtumsatzes Thyssen-Welt.

Unternehmensbereich Handel und Dienstleistungen

Den Schwerpunkt bildet die **Thyssen Handelsunion AG**. Die Gesellschaft gehört zu den größten europäischen Handelshäusern und hat sich mit ihrem Leistungeangebot weit über den Stahl hineus entwickelt. Ausgehend von der Absatzfunktion für Thyssen-Werke sind heute bereits zwei Drittel des Hendelsumsetzes Fremdgeschäft. Die Thyssen Handelsunion gliedert sich in sieben Geschäftsbereiche, denen die zahlreichen in- und eusländischen Gesellschaften zugeordnet sind. Das Handels- und Dienstleistungsprogramm reicht von Walzstahl, Stahlrohren, Draht und Drahterzeugnissen, Rohstoffen, Schrott, Kohle, Minerelöl und Düngemitteln über Kunststoffe, Leichtmetall, Sanitär- und Heizungsmeterielien, Maschinen, Ausrüstungen bis hin zu schlüsselfertigen Industrieanlagen und Hochbeuten sowie Aktivitäten in fast ellen Sparten der Transportwirtschaft. Für das Anlagengeschäft wird das gesamte Projektmenegement eus einer Hand engeboten. Die Referenzliste umfaßt Projekte eus zahlreichen Industrie- und Entwicklungsländern.

In den letzten Jahren het der Thyssen-Handel insbesondere das internationele Geschäft stetig eusgebaut. Tochtargesellscheften, Delegiertenbüros und Vertretungen erbeiten in 65 Ländern. 170 Niederlassungen, Lagerbetriebe und Betriebsstätten befinden sich in der Bundesrepublik Deutschland.

Ende September 1984 gehörten zum Untarnehmensbereich 11718 Mitarbeiter. Der Umsatz im Geschäftsjahr 1983/84 erreichte DM 17,6 Mrd, demit entfielen 43 % vom Gesamtumsatz Thyssen-Welt euf Handel und Dienstleistungen.

Thyssen-Gesellschaften und Beteiligungen (Stand März 1985)

Die nechstehenden Beteiligungsanteile verstehen sich, soweit sie als mittelbare Anteile ausgewiesen werden, stets auf den mittelbaren Besitz durch eine Konzerngesellscheft oder durch mehrere Konzarngesellschaften.

Gesellschaft	Gesellschaftskapital 1000 DM bzw. Fremdwährung	Beteiligung Thyssen AG unmittelbar %	mittelbar %	insgesamt %	Ergebnisausschlußvertrag
A. In den Konzernabschluß einbezogene wesentliche Konzerngesellschaften					
I. Inland					
Thyssen Aktiengesellschaft vorm. August Thyssen-Hütte, Duisburg	1 300 000				
Stahl					
Thyssen Stahl AG, Duisburg	750 000	100,0	–	100,0	
Gemeinschaftsbetrieb Eisenbahn und Häfen GbR, Duisburg-Hamborn	–				
Thyssen Bandstahl Berlin GmbH, Berlin	2 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Grillo Funke GmbH, Gelsenkirchen	10 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Henrichshütte AG, Hattingen	100	–	100,0	100,0	
Thyssen Niederrhein AG Hütten- und Walzwerke, Oberhausen	125 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Draht AG, Hamm	85 000	–	100,0	100,0	
Edelstahl					
Thyssen Edelstahlwerke AG, Düsseldorf	150 000	100,0	–	100,0	x
Edelstahlwerk Witten AG, Witten	41 400	36,0	62,8	88,8	x
Investitionsgüter und Verarbeitung					
Thyssen Industrie AG, Essen	470 000	90,0	–	90,0	x
Bergische Stahl-Industrie, Remscheid	15 000	–	85,5	95,5	
Herbert Maschinen und Anlagen GmbH, Frankfurt (Main)	1 000	–	76,0	78,0	x
Hüller Hille GmbH, Ludwigsburg	26 000	–	100,0	100,0	
Maschinenfabrik Diedesheim GmbH, Mosbach-Diedesheim	10 000	–	100,0	100,0	
TGW Thyssen Getriebe- und Kupplungswerke GmbH, Bochum	2 000	–	100,0	100,0	x
Thyssen Bausysteme GmbH, Dinslaken	17 000	5,0	85,0	100,0	x
Thyssen Engineering GmbH, Essen	118 500	–	100,0	100,0	x
„Ofu" Ofenbau-Union GmbH, Düsseldorf	3 500	48,0	51,0	100,0	x
Thyssen Guss AG, Mülheim (Ruhr)	85 000	–	100,0	100,0	
Thyssen-M.A.N. Aufzüge GmbH, Neuhausen (Filder)	7 058	–	85,0	85,0	x
Thyssen Nordseewerke GmbH, Emden	32 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Polymer GmbH, München	8 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Werksanlagen-Verwaltung Hattingen GmbH, Essen	60 000	–	100,0	100,0	x
Waggon Union GmbH, Siegen und Berlin	45 000	–	100,0	100,0	
Ferrozell-Gesellschaft Sachs & Co. mbH, Augsburg	19 000	–	100,0	100,0	
Rheinische Kalksteinwerke GmbH, Wülfrath	70 000	75,1	–	75,1	
Wülfrather Zement GmbH, Wülfrath	7 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Schwerkomponenten GmbH, Düsseldorf	50	100,0	–	100,0	x
Handel und Dienstleistungen					
Thyssen Handelsunion AG, Düsseldorf	100 000	100,0	–	100,0	x
Bucher + Mayer GmbH, Fellbach	1 800	–	95,0	85,0	
Haeger & Schmidt GmbH, Düsseldorf	10 000	–	100,0	100,0	x
Rheinkraft-Spedition GmbH, Duisburg-Hamborn	2 000	–	75,0	75,0	
Berzen-Spedition GmbH, Duisburg-Hamborn	2 420	–	66,7	66,7	
Jacob Bek Nachf. GmbH, Ulm	2 653	–	75,5	75,5	
Thyssen Brennkraft GmbH, Düsseldorf	10 000	–	100,0	100,0	x
Thyssen Rheinstahl Technik GmbH, Düsseldorf	15 000	–	100,0	100,0	x
Thyssen Schulte GmbH, Düsseldorf	50 000	–	100,0	100,0	x
Christlieb & Pohle GmbH, Regensburg	3 000	–	100,0	100,0	x
Hupfeld + Calmano GmbH, Wiesbaden	2 385	–	100,0	100,0	x
Thyssen Eisen- und Stahl GmbH, Berlin	2 400	–	100,0	100,0	x
Thyssen Sonnenberg GmbH, Düsseldorf	15 000	–	100,0	100,0	x
Thyssen Stahlunion GmbH, Düsseldorf	50 000	–	100,0	100,0	x
RöRo Gerüstbau GmbH, Düsseldorf	5 000	–	100,0	100,0	x
C. F. Ahrenkiel GmbH, Hamburg	900	80,0	–	60,0	x
Thyssen-Verkehr GmbH, Duisburg-Hamborn	500	100,0	–	100,0	x
II. Ausland					
Thyssen Holding und Finanzierungs AG, Zürich (Schweiz) ... sfr	10 000	100,0	–	100,0	
Thyssen Investment S.A., Luxemburg ... lfr	800 000	–	99,8	99,8	
Stahl					
Nedstaal B.V., Alblasserdam (Niederlande) ... hfl	20 000	–	100,0	100,0	
Veerheven B.V., Rotterdam (Niederlande) ... hfl	8 000	–	100,0	100,0	
Edelstahl					
S.A. Thyssen Edelstahl N.V. vormals Eurométal, Lüttich (Belgien) ... bfr	85 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Acciai Speciali S.p.A., Mailand (Italien) ... lit.	250 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Aciers Spéciaux S.A., Maurepas (Frankreich) ... FF	48 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Edelstaal Nederland B.V., Vianen (Niederlande) ... hfl	2000	–	100,0	100,0	
Thyssen Edelstahl AG, Bronschhofen/Wil (Schweiz) ... sfr	9 150	–	100,0	100,0	
Thyssen Fine Steels Ltd., Smethwick (Großbritannien) ... £	650	–	100,0	100,0	
Thyssen Marathon Canada Ltd., Mississauga (Kanada) ... kan $	1 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Marathon Edelstahl Verkaufsgesellschaft mbH, Vösendorf (Österreich) ... S	10 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Marathon S.A., Mexico-City (Mexiko) ... mex $	300 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Marathon Speciality Steels (Pty) Ltd, Johannesburg (Rep. Südafrika) ... R	2 150	–	100,0	100,0	
Thyssen Specialstal AB, Göteborg (Schweden) ... skr	12 500	–	100,0	100,0	
Thyssen Specialty Steels Inc., New York (USA) ... US-$	[illegible]	–	100,0	100,0	
Investitionsgüter und Verarbeitung					
Thyssen Holding Corporation, Dover (USA) ... US-$	802 562*	100,0	–	100,0	
The Budd Company, Troy (USA) ... US-$	391 157*	–	100,0	100,0	
Armetal Industria Argentina de Metales S.A., Buenos Aires (Argentinien) ... $a	1 376 347	–	100,0	100,0	
Budd Canada Inc., Kitchener (Kanada) ... kan $	20 891	–	78,1	78,1	
Conelly Skis Inc., Lynnwood (USA) ... US-$	3 540*	–	100,0	100,0	
Freeway Truck Parts, Carson (USA) ... US-$	10 727*	–	100,0	100,0	
Global Parts Inc., Troy (USA) ... US-$	100	–	100,0	100,0	
Greening Donald Co. Ltd., Hamilton (Kanada) ... kan $	1 451	–	100,0	100,0	
Milford Fabricating Company, Detroit (USA) ... US-$	393*	–	100,0	100,0	
Waupaca Foundry Inc., Waupaca (USA) ... US-$	257	–	100,0	100,0	
Woodings-Verona Tool Works Inc., Verona (USA) ... US-$	15 378	–	100,0	100,0	
Transit America Inc., Philadelphia (USA) ... US-$	50 000*	–	100,0	100,0	
Ascenseurs Soretex S.A., Angers (Frankreich) ... FF	32 101	–	99,9	99,9	
Ascensores S.A. (ASA), Valencia (Spanien) ... Pta	710 000	–	99,7	99,7	
Boetticher Elevadores S.A., Madrid (Spanien) ... Pta	409 210	–	100,0	100,0	
N. V. Henschel Engineering S.A., Wilrijk-Antwerpen (Belgien) ... bfr	60 000	–	100,0	100,0	
Österreichische Salen Kunststoffwerk Ges.mbH, Krems (Österreich) ... S	18 500	–	100,0	100,0	
Place Machine Corporation, Troy (USA) ... US-$	6 034*	–	100,0	100,0	
Thyssen Aufzüge Ges. mbH, Graz (Österreich) ... S	5 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Fundições S.A., Barra do Pirai (Brasilien) ... Cr $	18 002 536	–	99,8	89,8	
Thyssen Hueller Ltda., Diadema-São Paulo (Brasilien) ... Cr $	5 000 000	–	70,0	70,0	
Handel und Dienstleistungen					
Antwerpse Transit en Scheepvaart N.V., Antwerpen (Belgien) ... bfr	8 000	–	60,0	90,0	
B.V. „Nedeximpo" Nederlandse Export- en Importmaatschappij, Amsterdam (Niederlande) ... hfl	10 000	–	100,0	100,0	
Handel- en Scheepvaartmatschappij Thyssen Rotterdam B. V., Rotterdam (Niederlande) ... hfl	25	–	100,0	100,0	
Thyssen Austria Ges. mbH, Wien (Österreich) ... S	20 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Belge S.A., Brüssel (Belgien) ... bfr	1 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Canada Ltd., Rexdale (Kanada) ... kan $	6 330	–	100,0	100,0	
Thyssen Carbometal Co. (S.E.A.) Pte. Ltd., Singapur ... S$	50	–	100,0	100,0	
Thyssen France S.A., Paris (Frankreich) ... FF	300	–	100,0	100,0	
Thyssen Inc., Dover (USA) ... US-$	35 500*	–	100,0	100,0	
Thyssen Steel Detroit Co., Dover (USA) ... US-$	15 501*	–	100,0	100,0	
Thyssen Saudia Ltd., Riyadh (Saudi-Arabien) ... S. Rl.	1 000	–	75,0	75,0	
Thyssen (Schweiz) AG, Zürich (Schweiz) ... sfr	1 350	–	100,0	100,0	
Thyssen Steel Caribbean Inc., Hato Rey (Puerto Rico) ... US-$	12 259*	–	100,0	100,0	
Thyssen Steel Ltd., London (Großbritannien) ... £	600	–	100,0	100,0	
B. Nicht in den Konzernabschluß einbezogene wesentliche Konzerngesellschaften					
Exploration und Bergbau GmbH, Düsseldorf	100	–	54,0	54,0	
Montan GmbH Assekuranz-Makler, Düsseldorf	100	51,6	1,7	53,3	
Thyssen Bauträger GmbH, Essen	8 000	–	100,0	100,0	x
Thyssen Versicherungsdienst GmbH Industrieversicherungsvermittlung, Düsseldorf	50	100,0	–	100,0	x
Thyssen Wohnbau GmbH, Essen	10 000	60,1	39,8	100,0	
Thyssen Wohnungsgesellschaft Dümpten mbH, Oberhausen	25 000	–	100,0	100,0	
Thyssen Wohnstätten AG, Düsseldorf	32 250	57,5	42,6	100,0	
C. Wesentliche Beteiligungen					
Rohstoffversorgung					
Bong Mining Company Incorporated, Monrovia (Liberia)					
Common Stock ... US-$	200	–	21,4	21,4	
Capital Obligations ... US-$	28 500	–	42,8	42,9	
Ertsoverslagbedrijf Europoort C.V., Rotterdam (Niederlande) ... hfl	10 100	–	50,0	50,0	
Ferteco Mineração S.A., Rio de Janeiro (Brasilien) ... Cr $	17 006 657	–	57,7	57,7	
Rohstoffhandel GmbH, Düsseldorf	300	–	50,0	50,0	
Ruhrkohle AG, Essen	634 503	–	12,7	12,7	
Produktionsgesellschaften					
AEG-Elotherm GmbH, Remscheid	7 000	–	50,0	50,0	
Arlesa S.A., Llodio (Spanien) ... Pta	135 000	–	25,0	25,0	
Baustahlgewebe GmbH, Düsseldorf	20 000	–	34,0	34,0	
Blocher Motor GmbH & Co. KG, Metzingen	3 250	–	92,3	92,3	
Blohm + Voss AG, Hamburg	81 400	57,5	–	57,5	
Dolomitwerke GmbH, Wülfrath	12 000	50,0	–	50,0	
Intertractor Viehmann GmbH & Co., Gevelsberg	40 000	–	25,0	25,0	
Magnesital Feuerfest GmbH, Oberhausen	15 000	–	33,0[1]	33,0	
Makina Tekim Endüstrisi A.S., Istanbul (Türkei) ... TL	750 000	–	26,1	26,1	
Mannesmannröhren-Werke AG, Düsseldorf	500 000	25,0	–	25,0	
Martin & Pagenstecher GmbH, Köln	8 000	66,0	–	66,0	
Rasselstein AG, Neuwied	148 000	50,0	–	50,0	
Sinterstahl GmbH, Füssen	1 600	–	50,0	50,0	
Stahlwerke Bochum AG, Bochum	24 200	48,5	–	48,5	
Vereinigte Schraubenwerke GmbH, Essen-Steele	6 800	50,0	–	50,0	
Wälzlagerrohr GmbH, Krefeld	20 000	–	50,0	50,0	
Wanit GmbH & Co. KG, Herne	3 000	–	50,0	50,0	
Handel und Dienstleistungen					
Barth-Arcus GmbH Europäische Verkehrsdienste, Mannheim	3 000	–	50,0	50,0	
Frachtenkontor Dortmund GmbH, Duisburg-Rheinhausen	1 200	–	50,0	50,0	

* einschl. paid-in-capital
[1]) über Martin & Pagenstecher GmbH, Köln

Zahlenspiegel Thyssen-Welt*)

Geschäftsjahre (1. Okt. bis 30. Sept.)		1979/80	1980/81	1981/82	1982/83	1983/84
Anzahl der konsolidierten Gesellschaften		177	178	184	186	184
Umsatz						
Stahl	Mio DM	8 827	9 444	10 325	8 852	10 286
Edelstahl	Mio DM	3 031	2 871	3 030	2 808	3 464
Investitionsgüter und Verarbeitung	Mio DM	7 635	8 702	8 733	9 602	8 795
Handel und Dienstleistungen	Mio DM	13 473	14 140	18 057	14 721	17 646
Gesamtumsatz	Mio DM	33 966	35 257	39 145	34 883	41 191
abzüglich Innenumsatz	Mio DM	6 838	7 090	7 535	6 615	8 761
Außenumsatz	Mio DM	27 128	28 167	30 810	29 368	32 430
hiervon an Kunden innerhalb BR Deutschland	%	57	55	54	51	48
außerhalb BR Deutschland	%	43	45	46	49	51
Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)		152 088	149 786	144 715	139 197	132 854
davon Inland		127 700	125 694	122 158	118 208	111 090
Ausland		24 389	24 092	22 557	20 989	21 864
Personalaufwand	Mio DM	6 879	7 109	7 473	7 299	7 813
Investitionen	Mio DM	1 294	1 227	1 015	983	998
Abschreibungen	Mio DM	1 088	1 081	1 106	1 144	1 120
Cash flow[1])	Mio DM	1 404	1 145	1 211	872	1 459
Gewinn/Verlust vor Steuern[2])	Mio DM	467	157	214	V 384	338
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	Mio DM	117	V 68	V 66	V 550	161
Dividende						
absoluter Betrag	Mio DM	103,8	51,9	51,9	–	–
je Aktie von DM 50 Nennwert: Dividende	DM	4,00	2,00	2,00	–	–
Steuergutschrift für inländische steuerpflichtige Aktionäre	DM	2,25	1,13	1,13	–	–
Bruttodividende	DM	6,25	3,13	3,13	–	–

*) Die Zuordnung einiger Thyssen-Gesellschaften zu den Unternehmensbereichen wurde geändert. Zum Unternehmensbereich Stahl gehören jetzt auch Thyssen Draht, der Gemeinschaftsbetrieb Eisenbahn und Häfen sowie Veerhaven. Die Vergleichszahlen für die Vorjahre entsprechen in allen Übersichten dieses Prospektes der neuen Gliederung.

[1]) Laut Ausweis G. u. V.-Rechnungen: Jahresüberschuß/-fehlbetrag, Abschreibungen, Zuführung zur Pensionsrückstellung

[2]) Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen



THYSSEN AKTIENGESELLSCHAFT vorm. August Thyssen-Hütte · Duisburg

Erläuterungen zur Geschäftslage

Im Geschäftsjahr 1983/84 wurde *eine erhebliche Ergebnisverbesserung erzielt,* der Jahresüberschuß betrug DM 181 Mio. Eine Dividende wurde jedoch nicht ausgeschüttet. Stattdessen wurde im Jahresabschluß in erhsblichem Umfang Vorsorge für Altlesten und noch enstehende Strukturbereinigungen getroffen, um die laufende Konzernrechnung auf diesem Wege weitmöglich von Anpassungskosten freizuhelten.

Der Start in das neue Geschäftsjehr 1984/85 verlief für Thyssen günstig. Thyssen-Welt kam im ersten Helbjahr auf einen Außenumsatz von DM 2,7 Mrd monatlich, 6 % mehr ele in der gleichen Zeit dee Vorjehres. Jeder Geschäftsbereich schreibt schwarze Zahlen. Das Konzernergebnis der ersten sechs Monete liegt nennenewert über dem der ersten sechs Monate des Vorjahres.

Bei **Thyssen Stahl** hat sich die Produktion auf dem relativ hohen Stand gehelten. Bei Erz und Kohle eind die Kosten wegen des starken Dollars gestiegen. Kostensenkend wirken dagegen die 1983 in Angriff genommenen Strukturmaßnahmen, die *im wesentlichen bis Ende 1985* abgeschlossen werden. In der ersten Hälfte des neuen Geschäftsjehree war der Umsatz um 11 % höher els ein Jahr zuvor. Thyssen Stahl erwartet für 1984/85 wieder ein positives Ergebnis.

Bei **Thyssen Edelstahl** sind alle Betriebe normal oder besser beschäftigt. Der Umsatz ist im ersten Helbjehr um 8 % gestiegen. Insgesamt rechnet Thyssen Edeletahl für 1984/85 wieder mit einem positiven Ergebnis.

Im Unternehmenebereich **Investitionsgüter und Verarbeitung** erwartet **Thyssen Industrie** beim Umsatz nur einen leichten Anstieg. Der Auftragseingang ist in praktiech allen Geschäftsbereichen stark expansiv. Diee und die Programmbereinigungen der letzten Jahre festigen die Ertragslage. Thyssen Industrie rechnet für 1984/85 mit einem poeitiven Ergebnis. Bei **Budd** sind die meisten Werke weiterhin vollbeschäftigt. Dae Ergebnis von Budd wird 1984/85 deutlich positiv sein. **Transit America** umfaßt den früher zu Budd gehörenden Eisenbahnbereich. Belestungen aus der Bewältigung der elten Verlustaufträge wurden bilenziell mit einem raumgreifenden Schritt berücksichtigt.

Der Unternehmensbereich **Handel und Dienstleistungen** het sein internetionelee Geschäft stark eusgebeut. Im ersten Halbjahr 1984/85 nahm der Umsatz um 8 % zu. Die Ertragelege ist stabil. Auch im laufenden Jahr wird dieser Bereich *wieder mit Gewinn abschließen.*

Auch von den nichtkonsolidierten **Beteiligungen** wird 1984/85 wieder ein guter Ergebnisbeitrag erwartet.

Daraus folgt zusammenfassend:

- Die erste Hälfte 1984/85 brachte weitere Verbesserungen in der Geschäftslage.
- Auch für die zweite Jahreshälfte eind die Aussichten insgesamt gut. Auf dem schon erreichten Niveau bewegt sich die Thyssen-Gruppe sowohl beim Geschäftsvolumen als euch beim Ertrag weiter nach vorn.

In Anbetracht der dargesleilten Geschäftslage wird der Vorstand dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1984/85 eine Dividende von voraussichtlich mindestens DM 4,– je Aktie im Nennwert von DM 50,– auf das erhöhte Kapital von DM 1,565 Mrd vorschlagen.

Duisburg, im April 1985

THYSSEN AKTIENGESELLSCHAFT
vorm. August Thyssen-Hütte

Aufgrund des vorstehenden Prospektes sind

DM 265 000 000,–
auf den Inhaber lautende Aktien eus der Kapitalerhöhung 1985
mit voller Gewinnberechtigung vom Geschäftsjahr 1984/85 an

eingeteilt in

1 440 000 Aktien über je DM 50,– Nr. 8 000 001 bis 9 440 000
193 000 Aktien über je DM 1000,– Nr. 9 500 001 bis 9 693 000

der

THYSSEN AKTIENGESELLSCHAFT
vorm. August Thyssen-Hütte
Duisburg

– Wertpapier-Kenn-Nr. 748 500 –

zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Bremen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart zugelassen worden.

Düsseldorf, Berlin, Bochum, Bremen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Köln, München und Stuttgart, im Mai 1985

DRESDNER BANK AKTIENGESELLSCHAFT	**DEUTSCHE BANK** AKTIENGESELLSCHAFT
BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT	**DEUTSCHE BANK BERLIN** AKTIENGESELLSCHAFT
BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT AKTIENGESELLSCHAFT	**BAYERISCHE HYPOTHEKEN- UND WECHSEL-BANK** AKTIENGESELLSCHAFT
BAYERISCHE LANDESBANK GIROZENTRALE	**BAYERISCHE VEREINSBANK** AKTIENGESELLSCHAFT
BERLINER BANK AKTIENGESELLSCHAFT	**BERLINER COMMERZBANK** AKTIENGESELLSCHAFT
BERLINER HANDELS- UND FRANKFURTER BANK	**COMMERZBANK** AKTIENGESELLSCHAFT
DG BANK DEUTSCHE GENOSSENSCHAFTSBANK	**HESSISCHE LANDESBANK – GIROZENTRALE –**
MARCARD & CO	**MERCK, FINCK & CO.**
NORDDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE	**SAL. OPPENHEIM JR. & CIE.**
SIMONBANK AKTIENGESELLSCHAFT	**J. H. STEIN**
TRINKAUS & BURKHARDT	**M. M. WARBURG-BRINCKMANN, WIRTZ & CO.**
WESTDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE	**WESTFALENBANK** AKTIENGESELLSCHAFT

PROGRESS-WERK OBERKIRCH

Aktiengesellschaft · 7602 Oberkirch-Stadelhofen

EINLADUNG ZUR HAUPTVERSAMMLUNG

Hiermit laden wir unsere Aktionäre zu der am

Freitag, dem 28. Juni 1985, 15.00 Uhr

im Saal des Hotels OBERE LINDE in Oberkirch stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Wegen Einzelheiten verweisen wir auf die Bekanntmschung im „Bundes-Anzeiger" Nr. 92 vom 21. Mai 1985.

Oberkirch-Stadelhofen,
im Mai 1985

Der Vorstand

ZANDERS

Feinpapiere Aktiengesellschaft
Bergisch Gladbach
Wertpapier-Kenn-Nummer 785 210

Zur ordentlichen Hauptversammlung am Montag, dem 1. Juli 1985, 11.00 Uhr, im Bürgerhaus Bergischer Löwe, Konrad-Adenauer-Platz, 5060 Bergisch Gladbach

werden die Aktionäre unserer Gesellschaft hiermit eingeladen. Die Tagesordnung, die Vorschläge zu den Punkten der Tagesordnung, sowie die näheren Einzelheiten wegen der Ausübung des Stimmrechts, Hinterlegung der Aktien usw. bitten wir den Einladungsbekanntmachungen vom 21. Mai 1985 im Bundesanzeiger Nr. 92 und im Handelsblatt Nr. 96 zu entnehmen.

Bergisch Gladbach, im Mai 1985
Der Vorstand

HAMBORNER BERGBAU AKTIENGESELLSCHAFT
Duisburg-Hamborn

— Wertpapier-Kenn-Nr. 601 300 —

Hiermit laden wir die Aktionäre unserer Gesellschaft zu der am

Mittwoch, dem 3. Juli 1985, 15.30 Uhr,

im Kleinen Saal der Mercatorhalle in Duisburg,
König-Heinrich-Platz (Eingang Königstraße),

stattfindenden

ORDENTLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG

unserer Gesellschaft ein.

Tagesordnung

1) Vorlage des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1984 und des Geschäftsberichts mit dem Bericht des Aufsichtsrats
2) Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 1984
3) Beschlußfassung über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1984
4) Beschlußfassung über die Vergütung an den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1984
5) Wahlen zum Aufsichtsrat
6) Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985

Zu Punkt 2) der Tagesordnung schlagen Vorstand und Aufsichtsrat vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 6 072 000,00 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 7,00 DM zuzüglich einer Sonderausschüttung von 1,00 DM auf jede Aktie im Nennbetrag von 50,00 DM zu verwenden. Zusammen mit der anrechnungsfähigen Körperschaftsteuergutschrift erhalten damit die inländischen steuerpflichtigen Aktionäre einen Bruttoertrag von 12,50 DM je Aktie.

Im übrigen verweisen wir auf die dem Aktiengesetz (§ 124) entsprechende vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit den Vorschlägen zur Beschlußfassung im Bundesanzeiger Nr. 92 vom 21. Mai 1985.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens am 27. Juni 1985 bei der Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer zur Entgegennahme der Aktien befugten Wertpapiersammelbank oder bei einer der nachstehend genannten Banken oder deren Niederlassungen hinterlegt haben und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen:

Dresdner Bank AG, Düsseldorf/Frankfurt (Main)/Hamburg,
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin,
Deutsche Bank AG, Düsseldorf/Frankfurt (Main)/Hamburg,
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin,
Bankhaus H. Aufhäuser, München,
Berliner Commerzbank AG, Berlin,
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt (Main)/Berlin,
Commerzbank AG, Düsseldorf/Frankfurt (Main)/Hamburg,
Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln/Frankfurt (Main),
J. H. Stein, Köln,
Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf/Essen/Frankfurt (Main),
Westfalenbank AG, Bochum/Düsseldorf,
Commerz-Credit-Bank AG Europartner, Saarbrücken,
Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken,
Deutsche Länderbank AG, Frankfurt (Main)/Berlin.

Die *Hinterlegung kann auch in der Weise geschehen, daß die Aktien mit* Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Werden die Aktien bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank hinterlegt, so ist eine Bescheinigung, welche die hinterlegten Stücke nach Nummer und Betrag zu bezeichnen hat, bei der Gesellschaft in Duisburg-Hamborn einzureichen.

Duisburg-Hamborn, den 21. Mai 1985

Der Vorstand

HARPENER AKTIENGESELLSCHAFT
Dortmund

Wir erlauben uns, die Aktionäre unserer Gesellschaft zu der

am Montag, dem 1. Juli 1985, 11.00 Uhr,

im „Goldsaal" der Westfalenhalle GmbH,
Rheinlanddamm 200, Dortmund,

stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

einzuladen.

Tagesordnung

1. a) Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. 12. 1984 mit dem Geschäftsbericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1984
   b) Vorlage des Teilkonzernabschlusses und des Teilkonzerngeschäftsberichts zum 31. 12. 1984
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 1984
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1984
4. Beschlußfassung über die Entlastung das Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1984
5. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern
6. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985

Die vollständige Einladung mit den Vorschlägen zur Beschlußfassung ist *im Bundesanzeiger Nr. 92 vom 21. Mai 1985* veröffentlicht worden. Außerdem verweisen wir auf die unseren Aktionären von ihren Depotbanken zugehenden Unterlagen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am **Dienstag, dem 25. Juni 1985,** bei der Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der in der vollständigen Einladung aufgeführten Hinterlegungsstellen in den üblichen Geschäftsstunden hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen.

Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer Bank bis zum Ende der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden.

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank ist die von diesen hierüber auszustellende Bescheinigung spätestens am **Mittwoch, dem 26. Juni 1985,** bei der Gesellschaft einzureichen.

Den zur Teilnahme berechtigten Personen werden Eintritts- und Stimmkarten erteilt.

Dortmund, im Mai 1985

Der Vorstand

Es macht Spaß zu helfen...



Frau Brigitte B., 46, Hausfrau, schrieb kürzlich: »Seit einem halben Jahr ist auch unsere Jüngste aus dem Haus. Es war plötzlich so leer... Ich hatte soviel Zeit. Das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, bedrängte mich immer mehr... Aber dann, beinahe zufällig, erzählte mir eine Bekannte von ihrer Tätigkeit im Altenclub. Sie sei dort ‚ehrenamtlich' stundenweise an einigen Wochentagen oder am Wochenende. Und bald darauf arbeitete ich auch ‚ehrenamtlich' in einer Begegnungsstätte mit. Aber von wegen ‚Ehre'. Doch ich merkte: die älteren Menschen brauchen mich. Übrigens: ich profitiere auch davon. Es ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Aber vor allem: es macht auch Spaß zu helfen.«

Übrigens: Wenn Sie uns schreiben, helfen wir Ihnen gerne, erste Kontakte zu finden.

Deutscher Evangelischer Verband für Altenhilfe
im Diakonischen Werk der EKD,
Postfach 476, 7000 Stuttgart 1.

Einladung zur Hauptversammlung

Wir laden unsere Aktionäre zu der am Freitag, dem 5. Juli 1985, 10.00 Uhr, im Kuppelsaal des Congress-Centrums Stadtpark, Theodor-Heuss-Platz 1–3, Hannover 1, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Tagesordnung

1. Vorlage der festgestellten geänderten Jahresabschlüsse sowie der geänderten Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 1977–1983, des Berichts des Aufsichtsrats und des ergänzenden *Geschäftsberichts* des Vorstands für die Geschäftsjahre 1977–1983.

Verwendung der Bilanzgewinne für die Geschäftsjahre 1977–1983.

2. Vorlage des festgestellten *Jahresabschlusses zum 31.12.1984,* des Berichts des Aufsichtsrats und des Geschäftsberichts des Vorstands für das Geschäftsjahr 1984.

Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1984.

3. Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 1984.
4. Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1984.
5. Entlastung des *Vorstands für das* Geschäftsjahr 1984.
6. Ermächtigung zur Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen, Schaffung bedingten Kapitals und Satzungsänderung.
7. *Genehmigtes* Kapital.
8. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985.

Die vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit *Vorschlägen* zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 92 vom 21. Mai 1985 enthalten. *Wir bitten, dieser Bekanntmachung* Einzelheiten über die Tagesordnung und über die Hinterlegung von Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung zu entnehmen. Letzter Hinterlegungstag ist Freitag, der 28. Juni 1985.

Hannover, den 7. Mai 1985

Continental Gummi-Werke Aktiengesellschaft
Hannover
Der Vorstand

Continental®

RORENTO

RORENTO N.V.

Die diesjährige Hauptversammlung unserer Gesellschaft findet am Donnerstag, dem 27. Juni 1985, um 11.00 Uhr bei RORENTO N.V., Willemstad, Curaçao, statt.

Die Aktionäre sind stimmberechtigt, wenn sie ihre Aktien bis spätestens 20. Juni 1985 hinterlegen.

Hinterlegungsstellen sind in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, *Köln, München und Saarbrücken die folgenden Banken:*

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bankhaus H. Aufhäuser
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Dresdner Bank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank AG
M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG

Die vollständige Einladungsbekanntmachung mit der Tagesordnung wird im Bundesanzeiger Nr. 92 vom 21. Mai 1985 veröffentlicht.

Am Donnerstag, dem 6. Juni 1985, wird um 14.30 Uhr im Hilton Hotel, Weena, Rotterdam, eine Informationsveranstaltung für Aktionäre stattfinden. Teilnahmeberechtigt sind die Aktionäre, die ihre Aktienurkunden bis spätestens 30. Mai 1985 bei einer der oben erwähnten Banken hinterlegt haben.

Bei den obengenannten Stellen sowie bei AVIRENTO B.V. ist der Geschäftsbericht 1984/85 erhältlich.

Rotterdam, im Mai 1985

Der Aufsichtsrat

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Landschaftstraße 8, 3000 Hannover 1, Tel. (0511) 1211-0 — Telex 09 22 510

Aus dem Jahresabschluß 1984

Bilanzsumme	DM 9.358,5 Mio
Zunahme 1984	DM 841,7 Mio
Langfristige Darlehen	DM 8.378,8 Mio
Neugeschäft 1984	DM 1.824,0 Mio
Umlauf an Schuldverschreibungen	DM 7.610,3 Mio
Neuabsatz 1984 einschl. Schuldscheine	DM 2.958,8 Mio
Eigenkapital	DM 190,0 Mio

Die vollständige Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Hannover, im Mai 1985 Der Vorstand

bhb ... die Bank mit dem schnellen Service

Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt für den Frieden zwischen den Menschen für den Frieden zwischen den Völkern

VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE 

WERNER-HILPERT-STRASSE 2 3500 KASSEL POSTSCHECKKONTO FRANKFURT/M 4300-60 BLZ 50010060

Warenpreise – Termine

Knapp behauptet schlossen am Freitag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Leicht befestigen konnte sich dagegen Silber. Überwiegend etwas schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Etwas höher wurden Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	17. 5.	16. 5.
Mai	341,75	341,50
Juli	318,00	318,50
Sept.	310,00	318,75
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif,	17. 5.	16. 5.
St. Lawrence 1 CW	247,74	248,69
Amber Durum	241,09	241,09
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	126,30	128,80
Juli	129,00	129,00
Okt.	134,50	135,70
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	122,00	126,00
Juli	121,00	122,00
Okt.	116,50	117,80
Hafer Chicago (c/bush)	17. 5.	16. 5.
Mai	157,00	157,25
Juli	154,25	154,00
Sept.	153,50	153,25
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	281,00	281,25
Juli	276,75	277,25
Sept.	263,00	265,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	17. 5.	16. 5.
Mai	140,00	144,50
Juli	130,60	133,00
Okt.	121,40	122,30

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	17. 5.	16. 5.
Terminkontr. Mai	143,85	143,25
Juli	144,15	143,30
Sept.	144,65	143,90
Kakao New York ($/t)	17. 5.	16. 5.
Terminkontr. Mai	2046	2065
Juli	2045	2035
Sept.	2025	2030
Umsatz	2796	2011
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	3,10	3,00
Sept.	3,21	3,12
Okt.	3,38	3,25
Jan.	3,65	3,60
März	4,20	4,06
Umsatz	7 125	6 410
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	17. 5. / 2,75	16. 5. / 2,77
Kaffee London (£/t) Robusta-	17. 5.	16. 5.
Kontrakt Mai	2040–2045	2058–2062
Juli	2083–2085	2110–2111
Sept.	2122–2125	2155–2160
Umsatz	2033	1844
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1760–1767	1780–1775
Juli	1786–1787	1781–1782
Sept.	1775–1776	1770–1772
Umsatz	2517	6196
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	96,60–96,80	93,40–93,60
Okt.	99,60–99,80	96,80–97,00
Dez.	105,60–106,60	102,60–103,20
Umsatz	972	2187
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	17. 5.	16. 5.
schw. Sarawak spez.	715,00	705,00
weißer Sarawak	855,03	855,00
weißer Muntok	865,00	865,00
Orangensaft New York (c/lb)	17. 5.	16. 5.
Mai	150,60	155,50
Juli	150,70	153,35
Sept.	148,50	150,70
Nov.	147,45	148,80
Jan.	146,65	148,30
Umsatz	500	150

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	17. 5.	16. 5.
Südstaaten fob Werk	45,00	47,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	30,75	31,00
Sojaöl Chicago (c/lb) Mai	31,40	31,00
Juli	29,90	29,45
Aug.	28,66	28,55
Sept.	28,05	27,85
Okt.	27,15	27,00
Dez.	26,35	26,35
Jan.	25,98	26,00
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	31,75	32,25
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	20,00	20,00
Choise white hog 4% fr. F.	18,25	18,75
Talg New York (c/lb)		
top white	10,00	10,00
fancy	18,50	18,50
bleichfähig	17,00	17,00
yellow max. 10% fr. F.	15,50	15,75
Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	46,80	46,82
Juli	49,40	49,50
Aug.	49,80	49,75
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	63,90	63,50
Juli	65,35	64,85
Aug.	64,50	64,15
Häute Chicago (c/lb)	17. 5.	16. 5.
Ochsen enh. schwere River Northern	58,00	58,00
Kühe enh. schwere River Northern	42,00	–
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	577,50	581,00
Juli	571,50	575,50
Aug.	573,00	576,50
Sept.	572,50	575,50
Nov.	580,50	583,00
Jan.	591,00	593,75
März	601,50	604,75
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	120,50	122,70
Juli	124,80	127,00
Aug.	127,50	129,80
Sept.	130,10	132,50
Okt.	132,80	135,00
Dez.	138,50	140,50
Jan.	140,80	143,30
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	17. 5.	16. 5.
Mai	362,50	364,00
Juli	365,50	366,20
Okt.	368,00	368,80
Kokosöl New York (c/lb)	17. 5.	16. 5.
Westküste fob Werk	38,00	38,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	20. 5.	17. 5.
jegl. Herk. cif	1030,00	1035,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	750,00	735,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	605,00	620,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	222,00	225,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippines cif	700,00	695,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	298,50	299,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	17. 5.	16. 5.
Juli	65,02	65,05
Okt.	63,73	63,50
Dez.	63,75	63,75
März	64,30	64,30
Mai	65,50	65,40
Juli	65,80	65,80
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS–1:	40,75	40,75
Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	17. 5.	16. 5.
Mai	520,00	–
Aug.	532,00–534,00	535,00–536,00
Okt.	532,00–534,00	532,00–536,00
Umsatz	61	68
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	17. 5.	16. 5.
Mai	unerh.	geschl.
Juli	unerh.	geschl.
Okt.	unerh.	geschl.
Dez.	unerh.	geschl.
Umsatz	6	5
Tendenz:		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	17. 5.	15. 5.
Mai	622,00–627,00	624,00–626,00
Juli	635,00–637,00	–
Okt.	622,00–630,00	–
Umsatz	33	4
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	17. 5.	16. 5.
East African 3 long	580,00	580,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	17. 5.	16. 5.
Mai	12 080	12 081
Juni	12 113	12 149
Kautschuk London (p/kg)	17. 5.	16. 5.
Nr. 1 RSS loco	64,00–67,00	64,00–67,00
Juni	69,00–71,00	69,00–71,50
Juli	70,00–73,50	70,00–72,00
Aug.	71,00–73,50	71,00–73,50
		Tendenz: ruhig
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	17. 5.	16. 5.
Juni	192,50–193,00	192,25–192,00
Juli	193,75–194,00	193,00–194,00
Nr. 2 RSS Juni	192,00–193,00	191,50–192,50
Nr. 3 RSS Juni	189,50–190,50	189,00–190,00
Nr. 4 RSS Juni	184,00–185,00	183,50–184,50
Tendenz: still		
Jute London (£/lgt)	17. 5.	16. 5.
BWC	905,00	905,00
BWD	885,00	885,00
BTC	905,00	905,00
BTD	885,00	885,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	20. 5.	17. 5.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	337,56–337,76	341,86–342,05
drittfolg. Monat	334,05–334,24	350,04–350,43
Blei: Basis London		
laufend. Monat	113,30–113,50	114,99–115,19
drittfolg. Monat	116,23–116,43	117,33–117,53
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1758,15–1760,10	1748,25–1753,15
drittfolg. Monat	1703,45–1707,38	1728,81–1738,78
Zink: Basis London		
laufend. Monat	245,75–250,95	251,42–251,62
drittfolg. Monat	249,85–250,05	254,15–254,35
Produz.-Preis	291,53	296,21
Zinn: 99,9%	4058–4098	3995–4034

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	20. 5.	17. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	460,05–463,37	470,49–473,80
Blei in Kabeln	121,00–122,00	122,75–123,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	20. 5.	17. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	421–429	430
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	472–474	476–480
MS 63	470–477	478–485

Zinn-Preis Penang

	17. 5.	16. 5.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,16

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	20. 5.	17. 5.
Leg. 225	378–380	378–380
Leg. 226	380–382	380–382
Leg. 231	410–425	410–425
Leg. 233	420–435	420–435

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	20. 5.	17. 5.
Platin (DM je g)	30,258	30,358
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	28 130	32 450
Rücknahmepr.	27 430	31 700
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 220	32 490
Rücknahmepr.	31 410	31 670
verarbeitet	33 8008	34 0808
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 660	31 840
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	656,20	655,80
Rücknahmepr.	637,00	636,60
verarbeitet	665,108	684,608

Internationale Edelmetalle

	20. 5.	17. 5.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	323,65	319,00
15.00	323,30	320,10
Zürich mittags	323,50–324,00	320,00–320,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	96 500	96 150
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	509,10	510,90
3 Monate	524,30	525,75
6 Monate	539,55	541,35
12 Monate	568,35	570,35
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	17. 5. / 221,90	16. 5. / 221,00
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	87,95	87,50

New Yorker Preise	17. 5.	16. 5.
Gold H & H Ankauf	322,75	322,75
Silber H & H Ankauf	651,00	653,50
Platin fr. Händlerpr.	276,00–278,00	268,00–277,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	116,50–111,50	112,00–113,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	646,00	647,50
Juni	651,10	649,60
Juli	653,50	653,00
Sept.	662,00	651,50
Dez.	677,50	676,20
Jan.	682,40	681,20
März	691,90	692,00
Umsatz	14 000	19 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	17. 5.	16. 5.
Mai	63,50	63,75
Juni	63,70	64,00
Juli	64,05	64,35
Sept.	64,75	65,05
Dez.	65,60	65,75
Jan.	65,65	65,00
März	66,50	66,35
Umsatz	7 500	9 500

Londoner Metallbörse

	20. 5.	17. 5.
Aluminium (£/t) Kasse	864,00–864,50	877,50–878,00
3 Monate	885,00–885,50	899,00–900,00
Blei (£/t) Kasse	290,00–290,50	293,00–295,00
3 Monate	297,50–298,00	299,50–300,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1156,5–1157,5	1186,0–1187,0
3 Monate	1166,5–1167,0	1188,0–1189,0
abends Kasse	–	1186,0–1187,0
3 Monate	–	1100,0–1190,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1146,0–1150,0	1179,0–1181,0
3 Monate	1152,0–1154,0	1179,0–1181,0
Zink (£/t) Kasse	629,00–628,50	647,00–648,00
3 Monate	639,5–640,00	653,00–654,00
Zinn (£/t) Kasse	9447–9450	9560–9570
3 Monate	9405–9406	9520–9525
Quecksilber ($/Fl.)	–	280–290
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	69–71

Wir trauern um

Hermann Schridde

Wir haben einen Freund und vorbildlichen Trainer verloren.

Die deutschen Springreiter

Nach kurzer, schwerer und mit großer Geduld ertragener Krankheit verstarb der Leiter des Bereiches Revision der Iduna Versicherungen, Herr

Dipl.-Kfm. Prokurist

Uwe Pingel

* 2. 4. 1937 † 17. 5. 1985

Eine liebenswerte und menschliche Persönlichkeit ist viel zu früh von uns gegangen.

Wir werden Herrn Uwe Pingel nicht vergessen.

Vorstand und Mitarbeiter der Iduna Versicherungen

Beerdigung findet statt am 23. 5. 1985, 15 Uhr, Heidefriedhof Quickborn, Harksheider Weg.

Statt jeder besonderen Anzeige

Wer so gewirkt wie du im Leben,
wer so wie du erfüllte seine Pflicht,
wer nur sein Bestes hat gegeben,
stirbt selbst im Tode nicht

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief heute mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Opa, Schwager und Onkel

Dr. med. dent. Fritz Pustkuchen

* 7. 11. 1897 † 19. 5. 1985

In Liebe und Dankbarkeit
Annemarie Pustkuchen geb. Schonert
Dirk Pustkuchen
Dr. med. dent. Fritz-Armin Pustkuchen
Ute Schuricht geb. Pustkuchen
Dr. med. dent. Rainer Schuricht
Heiko Pustkuchen
Ulrike, Julia und Stefan als Enkelkinder
sowie alle Anverwandten

4952 Porta Westfalica-Neesen, Kreuzacker 6

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 22. Mai 1985, um 11.00 Uhr von der Kirche in Lerbeck aus statt.

Ausführung Beerd.-Inst. Drescher, PW-Lerbeck, Zur Porta 58

Renten weiter freundlich

Die Spekulationen auf eine Diskontsenkung in den USA sind aufgegangen. Sie hatten in den letzten Wochen auch auf dem deutschen Rentenmarkt zu kurssteigernden Anlagekäufen geführt. Deshalb blieb jetzt die Reaktion am Wochenbeginn relativ bescheiden. Öffentliche Anleihen wurden nur bis zu 0,30 Prozentpunkte angehoben. Geringe Kursreserven werden jetzt noch in den Titeln mit kürzeren Laufzeiten gesehen. Bei den DM-Auslandsanleihen werden erste Adressen auf dem Niveau inländischer Emissionen gehandelt.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder - Städte

[illegible]

Bankschuldverschr.

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

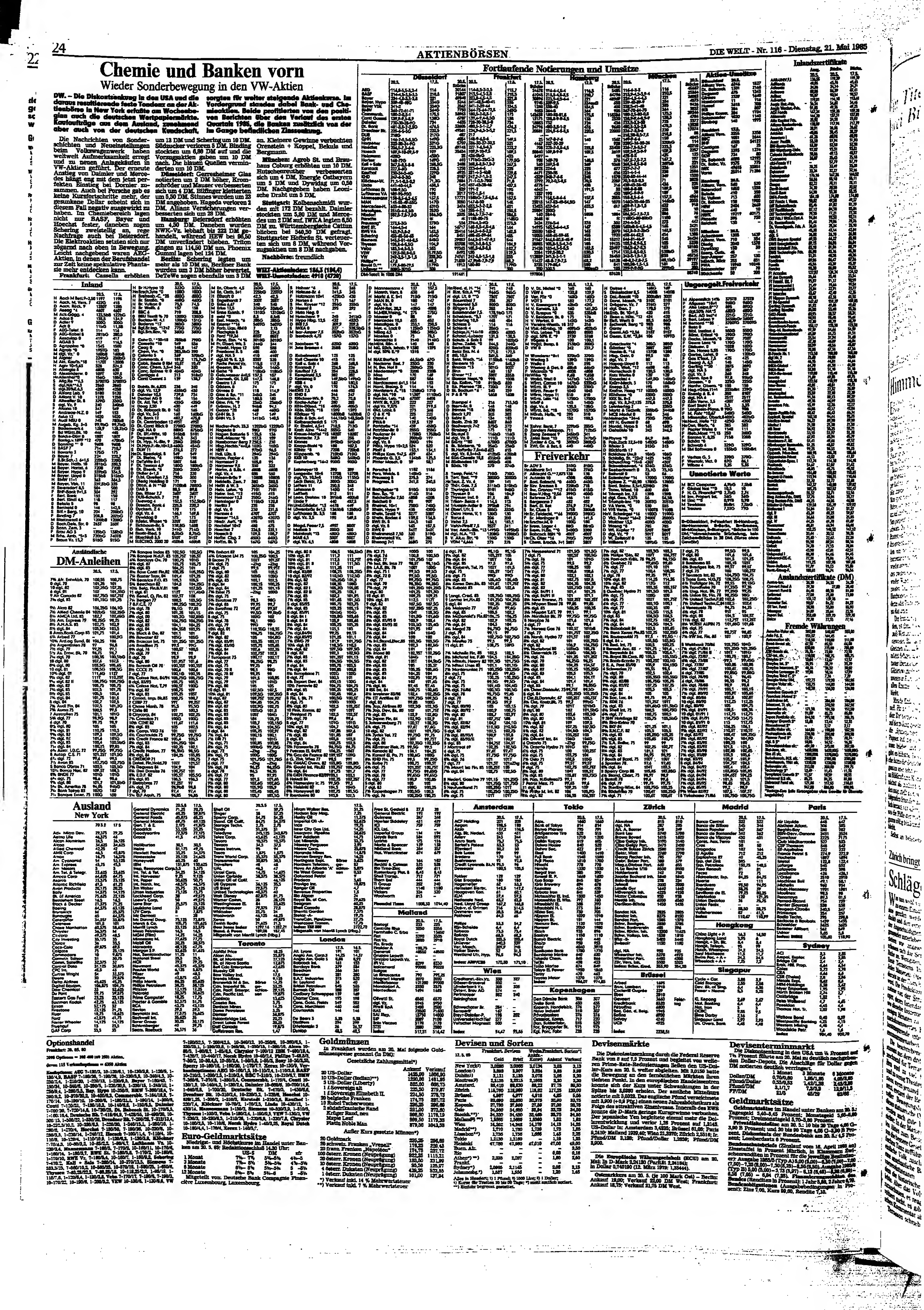
Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]



Chemie und Banken vorn

Wieder Sonderbewegung in den VW-Aktien

DW. – Die Diskontsenkung in den USA und die daraus resultierende feste Tendenz an der Aktienbörse in New York erfaßte am Wochenbeginn auch die deutschen Wertpapiermärkte. Kaufaufträge aus dem Ausland, zunehmend aber auch von der deutschen Kundschaft, sorgten für weiter steigende Aktienkurse. Im Vordergrund standen dabei Bank- und Chemieaktien. Beide profitierten von den positiven Berichten über den Verlauf des ersten Quartals 1985, die Banken zusätzlich von der im Gange befindlichen Zinssenkung.

Die Nachrichten von Sonderschichten und Neueinstellungen beim Volkswagenwerk haben weltweit Aufmerksamkeit erregt und zu neuen Anlagekäufen in VW-Aktien geführt. Der erneute Anstieg von Daimler und Mercedes hängt eng mit dem jetzt perfekten Einstieg bei Dornier zusammen. Auch bei Porsche gab es keine Kursfortschritte mehr, der gesunkene Dollar scheint sich in diesem Fall negativ ausgewirkt zu haben. Im Chemiebereich lagen nicht nur BASF, Bayer und Hoechst fester, daneben zogen Schering zweistellig an, rege Nachfrage auch bei Beiersdorf. Die Elektroaktien setzten sich nur zögernd nach oben in Bewegung. Leicht nachgebend waren AEG-Aktien, in denen der Berufshandel zur Zeit keine spekulative Phantasie mehr entdecken kann.

Frankfurt: Cassella erhöhten um 13 DM und Schering um 10 DM. Südzucker verloren 5 DM. Binding stockten um 6,80 DM auf und die Vorzugsaktien gaben um 10 DM nach. Die blauen Quellen verminderten um 10 DM.

Düsseldorf: Gerresheimer Glas notierten um 2 DM höher, Kromschröder und Mauser verbesserten sich um 4 DM. Bilfinger kletterten um 5,50 DM. Stinnes wurden um 23 DM angehoben. Hageda verloren 2 DM. Allianz Versicherungen verbesserten sich um 28 DM.

Hamburg: Beiersdorf erhöhten um 4,50 DM. Daneben wurden NWK-Vz. lebhaft bis 222 DM gehandelt, während HEW bei 96,50 DM unverändert blieben. Triton gingen zu 114,50 DM um. Phoenix Gummi lagen bei 124 DM.

Berlin: Schering legten um mehr als 10 DM zu, Berliner Bank wurden um 3 DM höher bewertet, DeTeWe zogen ebenfalls um 3 DM an. Kleinere Gewinne verbuchten Orenstein + Koppel, Bekula und Bergmann.

München: Agrob St. und Brauhaus Coburg erhöhten um 10 DM. Hutschenreuther verbesserten sich um 4 DM, Energie Ostbayern um 5 DM und Dywidag um 0,50 DM. Nachgegeben haben Leonische Draht um 5 DM.

Stuttgart: Kolbenschmidt wurden mit 172 DM bezahlt. Daimler stockten um 5,80 DM und Mercedes um 2 DM auf. IWKA legten 6,50 DM zu. Württembergische Cattun blieben bei 540,50 DM gefragt. Stuttgarter Hofbräu St. verteuerten sich um 8 DM, während Vorzugsaktien um 8 DM nachgaben.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 186,3 (184,4)
WELT-Umsatzindex: 4910 (4728)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelter Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Toronto

[illegible]

London

[illegible]

Amsterdam

[illegible]

Mailand

[illegible]

Wien

[illegible]

Tokio

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

Zürich

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Madrid

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Singapur

[illegible]

Paris

[illegible]

Sydney

[illegible]

Optionshandel

[illegible]

7-190/52,5, 7-200/42,5, 10-240/12, 10-250/8, 10-260/6,5, 1-220/25,1, 1-230/23,8, 1-240/20, 1-250/15, 1-260/10. Alcan 10-85/5, 1-80/8,7, 1-85/6,5, Chrysler 7-100/12 IBM 7-490/19,4, 7-420/7, 10-440/17, Norsk Hydro 10-40/2,4, Philips 7-48,8/3, 7-50/2, 10-50,4,5, 10-55/2,4, 1-50/5,6, 1-55/3, Sony 10-56/1,55, Sperry 10-160/16, 1-160/20, 1-170/7,7, Xerox 10-150/9, Verkaufoptionen: AEG 10-100/1,5, 10-110/2,4, 1-110/3,6, BASF 10-210/3, 1-200/2,5, 1-210/3,4, BBC 7-210/3, 10-210/6,7, BMW 7-360/6, 7-370/8, 1-330/3,4, Commerzbk. 1-170/4, Conti 10-130/1,5, 10-140/4,2, 1-120/2,4, Daimler 10-660/6, 10-700/14,6, 1-640/6,8, 1-700/20, Deutsche Bk. 7-470/3, 1-450/6,6, Dresdner Bk. 10-210/2,4, 10-220/3,2, 1-220/6, Hoechst 10-820/1,25, 1-200/2, 1-210/3, Karstadt 1-210/3,6, Kaufhof 1-220/7,4, Klöckner 10-70/2, 1-70/2,5, Linde 10-430/12, 1-430/14, Mannesmann 1-150/2, Siemens 10-520/3,9, 1-510/3, Thyssen 1-100/3, Veba 1-180/2,4, 1-190/0,5, VEW 7-130/3, VW 7-230/3, 10-230/6,5, 1-210/26, 1-220/6,9, 1-230/7,8, Chrysler 10-100/2,5, 10-110/6, Norsk Hydro 1-40/3,25, Royal Dutch 10-180/4,4, 1-170/4, Xerox 1-140/3,7.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 20. 5. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7⅝– 7¾	5⅜–5½	4⅞–5
3 Monate	7⅞– 8⅛	5⅝–5¾	4⅞–5⅛
6 Monate	8⅛– 8⅜	5½–5¾	5 –5¼
12 Monate	8⅝– 8⅞	5¾–6	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 20. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1425,00	1806,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1220,00	1481,95
5 US-Dollar (Liberty)	525,00	668,75
1 £ Sovereign alt	225,50	279,87
1 £ Sovereign Elizabeth II.	224,50	278,73
20 belgische Franken	174,75	227,72
10 Rubel Tscherwonez	236,25	296,69
2 südafrikanische Rand	221,00	273,60
Krüger Rand, neu	898,50	1178,19
Maple Leaf	899,50	1179,33
Platin Noble Man	879,50	1042,53

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	235,25	296,69
20 schweiz. Franken „Vreneli"	178,25	229,43
20 franz. Franken „Napoléon"	174,75	227,72
100 österr. Kronen (Neuprägung)	822,25	1115,21
20 österr. Kronen (Neuprägung)	183,50	231,99
10 österr. Kronen (Neuprägung)	95,50	125,97
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	429,25	523,55
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	101,00	137,94

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

12. 5. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*¹ Ankauf	Verkauf
New York²)	3,0288	3,0368	3,0134	3,03	3,13
London¹)	3,893	3,907	3,884	3,83	3,98
Dublin¹)	3,121	3,135	3,078	3,05	3,20
Montreal²)	2,2135	2,2215	2,1953	2,20	2,30
Amsterd.	88,410	88,630	88,22	87,75	89,50
Zürich	118,760	118,960	118,82	117,25	120,00
Brüssel	4,987	4,977	4,919	4,85	5,05
Paris	32,690	32,850	32,375	32,00	33,75
Kopenh.	27,780	27,940	27,50	27,00	28,75
Oslo	34,560	34,680	33,94	33,75	34,50
Stockh.**)	34,320	34,480	33,465	33,75	34,50
Mailand³) **)	1,5565	1,5685	1,5360	1,52	1,62
Wien	14,202	14,242	14,179	14,13	14,35
Madrid**)	1,770	1,780	1,735	1,73	1,85
Lissabon**)	1,736	1,756	1,666	1,45	2,25
Tokio	1,2130	1,2160	–	1,19	1,25
Helsinki	47,780	47,980	47,010	47,06	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,08	0,18
Athen*) **)	2,233	2,287	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,0965	2,1145	–	2,05	2,15
Johannesbg.*)	1,627	1,556	–	1,20	1,45

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 3) 1000 Lire; 2) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 30 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die Diskontsatzsenkung durch die Federal Reserve Bank von 8 auf 7,5 Prozent und begleitet von weiteren Prime-Rate-Reduzierungen ließen den US-Dollar-Kurs am 20. 5. weiter abgleiten. Mit 3,0150 hatte die Bewegung an den fernöstlichen Märkten ihren tiefsten Punkt. In den europäischen Handelszentren konnte sich der Kurs unter Schwankungen in der Spitze bis 3,0380 erholen. Der amtliche Mittelkurs notierte mit 3,0328. Das englische Pfund verzeichnete mit 3,900 (+0,9 Pfg.) einen neuen Jahreshöchstkurs als Folge des attraktiven Zinsniveaus. Innerhalb des EWS konnte die D-Mark geringe Kursgewinne verbuchen. Der japanische Yen begleitete einmal mehr die Dollarentwicklung und verlor 1,28 Prozent auf 1,2145. US-Dollar in: Amsterdam 3,4235; Brüssel 61,05; Paris 9,2410; Mailand 1939,40; Wien 21,3270; Zürich 2,5516; Ir. Pfund/DM 3,128; Pfund/Dollar 1,2830; Pfund/DM 3,900.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 20. Mai: In D-Mark 2,24130 (Parität 2,24184); in Dollar 0,740190 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 20. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,75; Verkauf 21,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Diskontsenkung in den USA um ½ Prozent auf 7½ Prozent führte am 20. Mai zu deutlich nachgebenden Dollar-Depots. Die Abschläge für Dollar gegen DM notierten deutlich verringert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,70/0,60	1,95/1,85	4,05/3,95
Pfund/Dollar	0,55/0,53	1,42/1,38	2,43/2,38
Pfund/DM	3,1/1,7	7,3/5,9	12,9/11,5
FF/DM	21/5	45/29	82/66

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 20. 5.: Tagesgeld 5,40–5,45 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 5,70–5,80 Prozent.

Privatdiskontsätze am 20. 5.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 20. 5.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 16. April 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/5 (Typ A) 5,00 (5,00)–6,50 (7,00)–7,00 (7,50)–7,25 (8,00)–7,50 (8,25)–8,50 (8,50). Ausgabe 1985/6 (Typ B) 5,00 (5,00)–5,73 (5,97)–6,13 (6,46)–6,38 (6,80)–6,58 (7,05) – 6,84 (7,25). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,88, 2 Jahre 6,70. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 99,60, Rendite 7,10.

Ein Titel, zwei Bücher

mar – „Handlexikon der Politikwissenschaft" und „Ehrenwirth" steht in weißer Schrift auf dem leuchtend blauen Rücken des soeben erschienenen Buches. Genau dieses Buch hatten wir schon seit 1970 im Regal stehen. Oder doch nicht? Beim Blättern in der Neuerscheinung kommen wir aus dem Staunen nicht heraus.

Statt „Herausgegeben von Axel Görlitz" steht nun „Herausgegeben von Wolfgang W. Mickel" auf dem Titelblatt. Von den 36 Mitarbeitern der ersten Ausgabe sind lediglich noch vier unter den mehr als 100, die jetzt Beiträge geliefert haben. Auch die Liste der Stichworte und vor allem die Inhalte der Lexikon-Artikel sehen jetzt ganz anders aus. Was 1970 unter „Arbeitskampf" firmierte (mit der zentralen These, daß nicht der „Arbeitsfriede", sondern der permanente Konflikt als normal zu gelten hätte), verteilt sich nun auf die Stichworte „Arbeitsrecht" und „Streik und Aussperrung". Wurde seinerzeit säuberlich zwischen „Linksradikalismus" (ohne ein Wort über linken Terror) und „Rechtsradikalismus" (mit der Schlußbemerkung, die rechtsradikale Maximalwählerschaft umfasse 15 Prozent, die Stammwählerschaft rund 4 Prozent) unterschieden, so kennt die neue Ausgabe nur das Stichwort „Extremismus". Wurde 1970 Marx als Hauptzeuge bemüht, wenn es galt, das „Gemeinwohl" oder die „Grundrechte" zu definieren (natürlich als herrschaftsstabilisierende Formeln der Bourgeoisie), so kommen die Autoren jetzt ganz ohne die Zeugenschaft des Herrn aus dem vorigen Jahrhundert aus.

Kurzum: Es hat hier eine Wende von 180 Grad gegeben, und sogar zum Besseren hin. So etwas kommt heutzutage ja gar nicht so oft vor. Um so unverständlicher, daß der Verlag – trotz eines großen Anmerkungsteils – mit keinem Wort darauf hinweist, daß es früher einmal denselben Titel in derselben Aufmachung im selben Verlag gab. Hat man hier etwa aus Angst vor gewissen Aufpassern sein Licht unter den Scheffel gestellt?

Ein „Faust" aus Leipzig bei den Ruhrfestspielen

Himmel ohne Madonna

Ein Pferdewagen – freilich ohne Pferde – fährt auf die Bühne des Festspielhauses in Recklinghausen. Eine Wanderbühne kommt. „Die Pfosten sind, die Bretter aufgeschlagen": das Schauspielhaus Leipzig spielt bei den Ruhrfestspielen Goethes „Faust", an zwei vierstündigen Abenden der Tragödie beide Teile.

Regie führt der langjährige Leipziger Intendant und Nationalpreisträger Karl Kayser, das karge Bühnenbild stammt von Axel Pfefferkorn. Man spielt meist auf kahler, weißer Bühne, vor der man zur Vorbühne hin auf ein Podium ausweichen kann. Nur gelegentlich wird die Dekoration schwarz. Die wenigen Requisiten – Bücher, ein Totenkopf, die Phiole für das erste Studierzimmer etwa – werden von den Darstellern meistens kurzerhand mitgebracht und hernach wieder abgeräumt. Und bis zum Ende des zweiten Abends sind es immer wieder Wagen – eine Kutsche im zweiten Teil, manchmal auch ein Handwagen –, die auf der Szene Podeste oder Tische ersetzen. Praktisch ist das schon.

Die Inszenierung, 1980/81 entstanden, ist dadurch aber ganz und gar aufs Wort und den szenischen Einfall verwiesen. Man hat ein anrührendes Gretchen (Claudia Wenzel), einen bis zuletzt deftigen, zuweilen den Entertainer überziehenden Mephisto (Gert Gütschow) und Friedhelm Eberle als intensiven Faust, der freilich – trotz allen Einsatzes – manches schuldig bleibt.

Manche Einfälle sind recht originell. Für den Osterspaziergang „vor dem Tor" beispielsweise stellt Kayser auf der in Gang gesetzten Drehbühne die „Spaziergänger aller Art" als Puppen auf, die sich vorn im Zentrum beleben und sprechen. Auch gibt es hübsche Lösungen für manche Szene der Gretchen-Tragödie. Im ganzen aber fehlt es der Aufführung an Bildkraft und Konzeption. Was zunächst als schlicht bewundert werden mag, stellt sich während der acht folgenden Stunden als nur noch ärmlich heraus, vor allem im zweiten Teil, wo die Fülle der mythologischen Figuren völlig blaß und unverständlich bleibt.

Selbst an belebenden Kostümen herrscht Mangel, die Inszenierung nimmt nicht die geringste historische Ortsbestimmung vor. Faust und Mephisto, Gretchen und Frau Marthe tragen Kleidung von heute. Am Hof des Kaisers gibt es Fracks und ein paar lange Mäntel, den Krieg führt man in Feldgrau, und allenthalben raucht man Zigarren und Zigaretten. Die Hexenküche, die der Regisseur in ein Bordell verlegt, bringt überhaupt keine Farbe ins Spiel, und das bißchen Rot und Grün im hellen Helena-Akt, zu dem die Dienerinnen mit poppigem Gesang einziehen, macht das Kraut wahrhaftig nicht fett. Die Walpurgisnächte schließlich, sowohl die nordische wie die klassische, mißlingen geradezu schmerzhaft, nicht anders das Fest der Galathea.

Selbstverständlich gibt es keinen katholischen Himmel am Ende, keine Madonna und kein fürsprechendes Gretchen. Und die roten Blüten, die Mephisto vertreiben, fallen wohl vor allem ihrer Farbe wegen. Regisseur Kayser will „die Forderung des Tages", und die Gedanken, von denen seine Inszenierung angekränkelt ist, entsprechen bis aufs I-Tüpfelchen der drüben offiziellen Interpretation des „Kulturerbes".

Faust erscheint da als Identifikationsfigur für „DDR"-Sozialisten, seine Vision vom „freien Menschen auf freiem Grund" als „revolutionäre Sozialutopie", deren wesentlicher Teil, die Erringung der Klassenherrschaft durch die einst unterdrückten Proletarier, unter den Bedingungen des „realen Sozialismus" bereits eingelöst sei. Das Programmheft sorgt dafür, daß das dem westlichen Publikum haarklein beigebracht wird.

Für die Erlösung desjenigen, der immer strebend sich bemüht, findet der Nationalpreisträger Karl Kayser eine geradezu abenteuerliche Auslegung: „Wer um des Fortschritts der Menschheit willen Schuld auf sich geladen hat, dem kann vor der Geschichte verziehen werden, denn die Ursachen solcher Schuld sind unvermeidbar." So wird ganz im nebenbei der Stalinismus mit allen seinen Schandtaten gerechtfertigt. Dafür, so meinen offenbar manche, sind die Ruhrfestspiele gerade der rechte Platz.

KATHRIN BERGMANN

Zürich bringt Jules Massenets Oper „Manon"

Schlägerei im Kasino

Was tun wohl vier Polizisten, die zu einem Einsatz in ein Spielkasino gerufen werden (Betrugsverdacht) und dort eine heftige Attacke des Angeschuldigten auf seinen Gegenspieler miterleben? Gar nichts, sie stehen wie angewurzelt da und schauen sich die Schlägerei in aller Ruhe an. Wenigstens tun sie das in René Terrassons Inszenierung von Jules Massenets Oper „Manon", die derzeit an der Züricher Oper zu sehen ist. Die Produktion ist eine Übernahme von der Straßburger Rheinoper, deren Intendant Terrasson ist, wo dieselbe Inszenierung bereits vor einigen Monaten zu sehen war – ein nachahmenswertes Beispiel also für kostensparende internationale Bühnenzusammenarbeit.

Die beschriebene Szene – sie stammt aus dem dritten Akt – ist bezeichnend für Terrassons Regie. Bei ihm wird zu viel herumgestanden und zu wenig Theater gespielt. Spätestens, wenn jemand zu einer Arie ansetzt, erstarrt der Rest zu ehrfurchtsvoller Bewegungslosigkeit. Durch dieses statuarische Opernverständnis werden auch gute Regieeinfälle zunichte: In der Massenszene des zweiten Aktes zum Beispiel läßt Terrasson die bessere Gesellschaft einen höfischen Tanz aufführen, während das einfache Volk zuschaut – sicherlich eine anschauliche Beschreibung des vorrevolutionären Frankreich, in dem die historische Manon Lescaut lebte. Aber das Volk tut nichts, als zuzuschauen, es reagiert nicht, es revoltiert nicht, es gibt keinerlei gestischen Kommentar ab.

Terrasson schrieb einen durchaus erhellenden Text über „Manon" im Programmheft – auf der Bühne war von seinen Einsichten kaum etwas zu spüren, da war die Oper nicht viel mehr als eine Aneinanderreihung allerdings herrlicher Musikstücke. Vor kurzem inszenierte Jean-Claude Auvray „Manon" in Basel (wir berichteten darüber) – wie viel lebendiger war das alles, wie viel mehr war da zu verstehen von den Beziehungen zwischen den einzelnen Personen, wie viel plastischer wurde das Bild eines vergnügungssüchtigen Frankreich gezeichnet. Nein, Oper fürs Auge, mit Menschen aus Fleisch und Blut, macht Terrasson nicht. Auch das recht blasse, wenig opulente Bühnenbild von Daniel Ogier konnte da nicht viel aufbessern.

Bleibt die Musik: Obwohl der Massenet-erfahrene Dirigent Jacques Delacôte zweifellos genügend Gespür und Sensibilität für diese schwelgerisch-zarte Musik mitbringt, blieb das Züricher Tonhalle- und Theaterorchester vor allem in Sachen Präzision entschieden hinter seinen Möglichkeiten zurück. Mehr als einmal machten sich Synchron-Schwierigkeiten nicht nur zwischen Sängern und Orchester, sondern auch zwischen einzelnen Instrumentengruppen störend bemerkbar. Auch die Sänger vermochten dafür nicht restlos zu entschädigen: Pietro Ballo als Des Grieux verfügte zwar über eine schlanke, auch in der Höhe mühelose Stimme, die aber trotzdem ein wenig flach klang. Immerhin schaffte Yvonne Kenny als Manon ihre Koloraturen mit bewundernswerter Leichtigkeit.

STEPHAN HOFFMANN

Hollywood gegen die Purpurrose von Kairo – Schlußbericht von den 38. Filmfestspielen in Cannes

Und von Chabrol ein Hühnchen in Essig

Was hätten die 38. Filmfestspiele von Cannes ohne Hollywood gemacht? Sie wären gewiß nicht ins Bodenlose gefallen, aber es hätte ihnen doch jener Glanz gefehlt, der den Jahrgang 1985, der mit dem 90. Geburtstag des Kinos zusammenfiel, so beachtlich machte. „Autorenkino fürs breite Publikum" – das wollte der neue Chef der Festspiele, Pierre Viot, bieten, und mit Hilfe vor allem der Amerikaner ist ihm das auch gelungen.

Sechs von insgesamt 20 Filmen des offiziellen Wettbewerbs kamen aus den USA, und voraussichtlich wird einer von ihnen das Rennen machen. Alle Anzeichen sprechen für Alan Parkers „Birdy", der dieses Festival am meisten geprägt hat (vgl. die WELT vom 14. Mai). Nur István Szabós „Oberst Redl", der für Ungarn ins Rennen gegangen ist, gilt allenfalls als Konkurrent für Parker. Wie schon im letzten Jahr, sicherte sich der französische Sender „Antenne 2" auch diesmal wieder die Exklusivrechte für die Preisverkündung am späten Montagabend während der Abschlußgala. Für die übrigen Medien, vor allem die Zeitungen, ist dieser Termin sehr ungünstig.



Karikatur im Wüstensand: Patrice Chéreau als Napoleon in dem Film „Adieu Bonaparte" FOTO: MISR

Was war an der zweiten Hälfte des Festivals registrierenswert? Nun, da ist vor allem Clint Eastwood, der mit einem klassischen Western in den Wettbewerb ging: „Pale Rider". Eastwood ist Titelheld, Regisseur und Produzent in einem, der rettende Engel für eine Handvoll armer Goldgräber, die ein reicher Landbesitzer von ihrer Mine vertreiben will. Zwar trägt er das Gewand des Priesters, doch sein Colt trifft immer ins Schwarze. Der Applaus für die zwei spannenden Westernstunden war stark.

Viel schwerer tat man sich mit Paul Schrader. Der 38jährige Regisseur des „American Gigolo" und Szenarist des „Taxi Driver" stellte seinen vieldiskutierten Film „Mishima" vor, den das Erfolgsgespann Francis Coppola und George Lucas produziert hat. Der Film propagiert ein literarisches Comeback des in Japan heiß umstrittenen, im Westen so gut wie vergessenen Schriftstellers Mishima, eines Narziß und Egozentrikers von hohen Graden, der sein Leben selbst zum Kunstwerk stilisierte, ständig – und vergeblich – auf den Nobelpreis spekulierte, als General eine dreihundert Mann starke Privatarmee kommandierte, für die diktatorische Stärkung des Kaisers eintrat und 1970 öffentlich Harakiri beging.

Eine so komplexe Persönlichkeit auf die Leinwand zu bringen, erscheint nahezu unmöglich, und es ist Schrader denn auch nur bedingt gelungen. Schwarzweiße Rückblenden umreißen Mishimas Biographie, Passagen aus wichtigen Romanen wie dem „Goldenen Pavillon" werden in schreiend bunten Theaterkulissen inszeniert. Mishimas Tod wird sorgfältig nachgestellt, aber das blutige Spektakel läßt den Zuschauer eigentümlich kalt.

Aus Hollywood kam schließlich auch Peter Bogdanovichs neuer Film „Mask", der auf einer wahren Begebenheit beruht und schon Millionen von Amerikanern zum Weinen gebracht hat. Er erzählt von Rusty Dennis und ihrem Sohn Rocky, der verunstaltet zur Welt gekommen ist. Sein Gesicht gleicht einer Maske, die entfernt an einen Löwen erinnert. Die Ärzte stehen hilflos vor dieser Mißgeburt und geben ihr nur geringe Lebenserwartung. Wenn der Film beginnt, da ist Rocky – den ärztlichen Prognosen zum Trotz – schon sechzehn. Er ist ein hochintelligenter Junge, und dank der Erziehung seiner Mutter ist er auch glücklich und selbstbewußt.

Die Pop-Sängerin Cher spielt Rockys Mutter: eine Frau, die so sensibel ist, daß ihre Nerven fast bloßliegen, so labil, daß sie sich immer wieder in Drogen und Tabletten flüchtet. Doch wenn es um ihren debilen Sohn geht, entwickelt sie eine Kraft ohnegleichen. Eine unvergeßliche Frauenrolle, mit der sich Cher für einen Darstellerpreis qualifizierte.

Die Franzosen, die mit drei Filmen im Wettbewerb vertreten waren, konnten heuer nicht überzeugen. Claude Chabrol, der ein „Hühnchen in Essig" servierte, schnitt noch am besten ab. In diesem spannenden Krimi aus der Welt des französischen Bürgertums wollen ehrwürdige Notabeln einer Kleinstadt den Postboten Louis und seine gelähmte Mutter (Stephane Audran) von deren Grund und Boden vertreiben. Louis setzt sich handfest zur Wehr und befördert einen seiner Peiniger höchst unsanft ins Jenseits. Es gibt noch einige Tote, bis ein findiger Kommissar endlich Licht in die Sache bringt.

Chabrol ist auch hier wieder ein guter Erzähler und handwerklich perfekt. Nur leider gleicht sein „Hühnchen" eher einem allzu oft aufgewärmten Gericht als einem Menü der „Nouvelle Cuisine". Im Wettbewerb war es deshalb wohl genauso chancenlos wie Godards „Detektiv" oder André Téchinés „Rendez-vous". Zwar versteht es Téchiné hervorragend, seine Schauspieler zu führen, vor allem die junge Juliette Binoche, die als kleine Provinzlerin nach Paris kommt und hier das Theater, die Kunst und die Liebe entdeckt. Der Film selbst jedoch ist recht läppisch. Seine Hauptschauplätze sind dunkle Flure, heruntergekommene Mietshäuser und eine breite Matratze, auf der sich Juliette mit ihren verschiedenen Partnern amüsiert.

Viel Hoffnung setzten die Franzosen auf die vom ägyptischen und französischen Kulturministerium großzügig subventionierte Koproduktion „Adieu Bonaparte", einen Staatsfilm gewissermaßen. Doch auch dieses opulente Historienspektakel, das der Ägypter Youssef Chahine abdrehte, enttäuschte. Es geht um Napoleons Ägypten-Feldzug, der nicht nur das Land von den Mamelucken befreite, sondern es auch wissenschaftlich erkundete.

Chahine versteht offenbar nur wenig von französischer Geschichte. Er macht Napoleon, den der Theatermann Patrice Chéreau spielt, zu einer lächerlichen Karikatur. Alles, was geschieht, wird strikt aus heutiger ägyptischer Perspektive betrachtet. Das ist gewiß nicht ehrenrührig für einen Ägypter. Doch warum mußte er dafür einen so verfälschten Napoleon bemühen?

Schade, daß die allerbesten Filme eines Festivals fast immer außer Konkurrenz laufen! Das galt auch für Cannes 1985, wo so ganz nebenher Woody Allens Meisterwerk „The Purple Rose of Cairo" vorgestellt wurde, eine brillante Lektion in Sachen Kino. Mia Farrow spielt da ein rührend-hilfloses Mauerblümchen, Cecilia, das allabendlich im Kino an der Ecke einen Leinwandhelden anhimmelt – bis der eines Tages einfach von der Leinwand herunter ins Parkett springt und die junge Frau in den nächtlichen Glamor New Yorks entführt. Später nimmt er sie mit in seine Geschichte hinein, und eine Nacht lang ist sie Star unter lauter anderen Hollywood-Stars. Doch Woody, der hier selber nicht mitspielt, ist Realist. Cecilia bleibt, was sie war: Serviererin in einer Imbißbude, mit einem Trunkenbold von Ehemann am Hals und keinem Pfennig Geld in der Tasche. So erbarmungslos kann das Leben sein. Ein Glück für Cecilia, daß ihr immer noch das Kino bleibt.

DORIS BLUM

JOURNAL

Londoner Oper startet mit Stockhausen

AP, London

Die Londoner Covent Garden Opera gab jetzt den Spielplanentwurf für die nächste Saison bekannt. Vorgesehen sind sieben Neuinszenierungen und 15 Wiederaufnahmen. Die neue Spielzeit beginnt am 16. September mit der britischen Erstaufführung von Karlheinz Stockhausens dreiaktiger Oper „Donnerstag aus Licht" unter der Leitung des Komponisten. Die Londoner Premiere zweier Einakter von Alexander von Zemlinsky, „Eine florentinische Tragödie" und „Der Geburtstag der Infantin", wird in Zusammenarbeit mit der Hamburgischen Staatsoper herausgebracht, die beide Werke schon 1983 beim Edinburg-Festival aufgeführt hat. Als einzige Wagner-Oper soll „Der fliegende Holländer" zu sehen sein, in einer Inszenierung von Andrej Tarkowski.

US-Wissenschaftler auf Koestler-Lehrstuhl

AFP, Edinburg

Robert Morris, der Vorsitzende des internationalen Verbandes für Parapsychologie, übernimmt den Lehrstuhl für Parapsychologie an der Universität Edinburg, der durch eine Stiftung von Arthur Koestler eingerichtet worden ist. Der 42jährige tritt das Amt am 1. Januar 1986 an. Morris lehrt gegenwärtig an der Syracuse-Universität, New York. Koestler hatte testamentarisch 500 000 Pfund Sterling zur Schaffung des Lehrstuhls hinterlassen.

München bringt ein Mammut-Filmfestival

dpa, München

Etwa 100 Filme werden beim Filmfest München vom 22. bis zum 30. Juni gezeigt. Regisseure aus 25 Ländern wollen ihre Werke persönlich vorstellen. Das Programm soll in seinem internationalen Teil vor allem auch eine Plattform des Films der sozialistischen Länder sein. Erstmals sind Produktionen aus der Volksrepublik China vertreten. Die Hommage an verdiente Münchener Filmschaffende gilt dem Regisseur Kurt Hoffmann, der in diesem Jahr 75 Jahre alt wird und neben Wolfgang Staudte und Helmut Käutner zu den großen Regisseuren der Nachkriegsära zählt.

Erfurts Krämerbrücke wird renoviert

dpa, Erfurt

Das kulturgeschichtlich interessanteste Profanbauwerk Erfurts, die mit Fachwerkhäusern überbaute Krämerbrücke, wird von Grund auf saniert. Die 1325 in Stein errichtete Brücke weist Durchfeuchtungsschäden auf. Deshalb müssen die Sandsteinbögen freigelegt und abgedichtet werden. Anschließend bekommen alle sieben Bögen eine Art Betonkappe übergestülpt, damit künftig von oben keine Nässe in das historische Bauwerk mehr eindringen kann. Nach Abschluß der umfangreichen Sanierungsarbeiten erhält die Krämerbrücke ein historisches Kleinpflaster.

Bestandskatalog für das Sprengel-Museum

dl, Hannover

Einen Katalog seiner Bestände hat jetzt das hannoversche Sprengel-Museum herausgebracht. Die zwölf Sammlungsschwerpunkte des Museums, zu denen u. a. Werke von Picasso, Léger, Laurens, Beckmann, Nolde oder Antes gehören, werden jeweils in eigenen Kapiteln mit begleitenden Abbildungen dargestellt. Dazu kommen ausführliche Biographien und Literaturangaben zum Leben und Werk weiterer 400 Künstler. Der Katalog, der 74 Mark kostet, versteht sich als Handbuch und zugleich als eine Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts.

Leistungsschau und Markt der Poeten mit viertausend Gästen: Das vierte Lyrikertreffen von Münster

Die Turnschuhgeneration hüpft auf alten Versen

Das Gedicht ist ein listiges Netzwerk von Bedeutungen", so Prof. Hans-Georg Gadamer in seinem Vortrag über den Sinngehalt moderner Dichtung. Dem 85jährigen Altmeister der Philosophie blieb es vorbehalten, den glanzvollen Schlußpunkt unter das diesjährige Lyrikertreffen in Münster (das vierte seiner Art) zu setzen. 17 deutschsprachige Autoren waren diesmal der Einladung der Stadt Münster und der Droste-Gesellschaft gefolgt. Lyriker aus der „DDR" fehlten leider, obwohl sie eingeladen waren. Einmal mehr waren die verantwortlichen Behörden nicht bereit gewesen, Ausreisevisa zu genehmigen. Offenbar erschien ihnen das Treffen in Münster als politisch nicht hinreichend ausmünzbar.

Dieses Münster hat sich – wenn solche Vokabeln bei so zarten Pflanzen wie Gedichten überhaupt erlaubt sind – in kurzer Zeit zu einer Art Leistungsschau oder Markt für neueste deutschsprachige Lyrik entwickelt. Das Konzept der „Leisen Präsentation von Lyrik – ohne Würstchen und Blasmusik", so die Veranstalter, ist vom Publikum dankbar angenommen worden. Sage und schreibe 4000 Zuhörer, eine für Lyrik wahrhaft riesige Zahl, folgten den Lesungen. Auf einem begleitenden Fachsymposium diskutierten Wissenschaftler über aktuelle Aspekte moderner Dichtung.

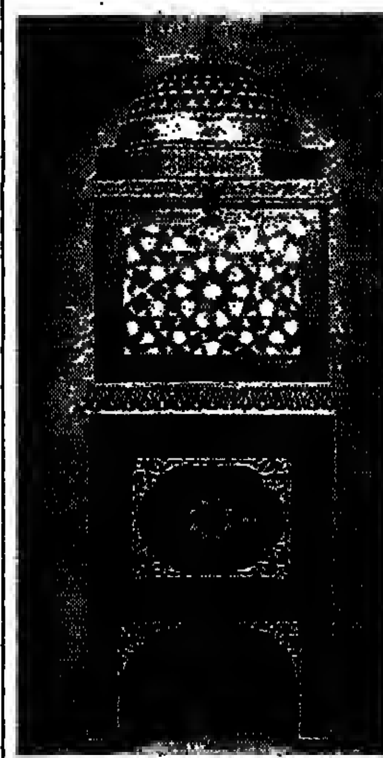
Nach den aufgeregten Debatten um die politische Dichtung scheint der provokative Impetus der siebziger Jahre abzuebben. Reste von Wildheit klangen lediglich noch in den mit Alltagsjargon gewürzten Gedichten des Berliner Lyrikers Uli Becker an. Die Lyrik der letzten Jahre, so zeigte sich auch in Münster, ist ernsthafter geworden. Größerer Kunstgehalt, zumindest Kunstanspruch ist wieder angesagt. Unüberhörbar die Anklänge an Altvertrautes, an herkömmliche Reimformen und Metaphern.

Hat sich die Qualität aber dadurch wirklich verbessert? Kritische Töne dazu artikulierte Hans-Jürgen Heise (Kiel) im Eröffnungsvortrag des Symposiums. Er sieht die moderne Poesie auf Positionen des 19. Jahrhunderts zurückgedrängt. Das Herumgehüpfe der Turnschuhgeneration auf alten Versen, so Heise, erinnere ihn an die Computerhacker, die sich in fremde Programme einschleichen, ohne etwas eigenes zu produzieren. Alexander von Bormann (Amsterdam) entwickelte in seinem Referat über die „DDR"-Lyrik der achtziger Jahre so etwas wie eine Gegenposition. Das Aufgreifen älterer Formen und den häufigen Bezug auf die klassischen Autoren bezeichnete er als „kreative Leistung", die er besonders bestimmten „DDR"-Autoren bescheinigte. Gegen den „hechelnden Avantgardismus" zitierte von Bormann den in West-Berlin lebenden Lyriker Frank-Wolf Matthies: „Was ist denn das vergötzte Neue anderes als das Altbekannte an einem anderen Ort!"

Widerspruch erntete Winfried Woesler (Osnabrück), der die Frage aufwarf: „Schreiben Frauen heute anders?" Er kam zu dem Ergebnis, daß die Frauen-Lyrik zwar keine eigene weibliche Sprache hervorgebracht habe, Frauen jedoch typische Fragen aufgriffen, die auf ein neues Selbstverständnis der Autorinnen schließen ließen. Frauen hätten das „Urthema Liebe" viel stärker aufgenommen als ihre männlichen Kollegen, und es zeige sich bei ihnen ein optimistischer Grundton, das berühmte Fünkchen Hoffnung. Die deutschsprachige Lyrik sei seit der feministischen Bewegung des vergangenen Jahrzehnts vielseitiger geworden.

Fragwürdig sind solche globalen Aussagen über die Gegenwartsdichtung allemal. Zu Woeslers Thesen ließen sich zahlreiche Gegenbeispiele finden. So gibt es ja kaum ein Thema weiblicher Lyrik, dem nicht literarische *Väter* beigebracht werden könnten. Die Literaturwissenschaft steckt bei der Lyrik offensichtlich in dem Dilemma, einen Gegenstand einordnen und benennen zu wollen, der sich heute weniger denn je unter klar abgrenzbaren Begriffen abheften läßt. So zeigte Münster wieder einmal, daß die Germanisten so wenig bündig formulieren können, was ein Gedicht ist, wie die Dichter je aufhören werden, Gedichte zu schreiben. Eigentlich keine schlechte Voraussetzung für Leser.

BRUNO KEHREIN



Aus Ebenholz und Mahagoni, mit Perlmutt und Gold: Korankasten aus dem 16. Jh. FOTO: KATALOG

In Frankfurts neuem Museum für Kunsthandwerk: „Türkische Kunst und Kultur aus osmanischer Zeit"

Der Eroberer ließ die Maler aus Venedig kommen

Ein Janitschare mit dem Gewehr über der Schulter führt an einem Strick um den Hals einen christlichen Gefangenen. Das zeigt ein Teller, der 1669 wahrscheinlich in Istanbul gebrannt wurde. Er ist in der Ausstellung „Türkische Kunst und Kultur aus osmanischer Zeit" zu sehen, mit der das neue Museum für Kunsthandwerk in Frankfurt eröffnet wurde und die anschließend nach Essen in die Villa Hügel geht.

Diese Übersicht macht ein Desiderat bewußt. Während die Kunst Ostasiens, des alten Amerika oder Afrika wiederholt Interesse fand, blieb die Zuwendung zur Kunst der islamischen Welt und speziell der Türkei eher sporadisch. So war zum Beispiel „Türkische Kunst" 1965/66 in Darmstadt, München und Düsseldorf zu sehen, oder Ingolstadt und München zeigten 1979 „Osmanisch-türkisches Kunsthandwerk" (darunter auch den Janitscharenteller). Erst das „Türkenjahr" 1983 bescherte dann die große Inszenierung „Die Türken vor Wien" in Wien und die Schau „Münster, Wien und die Türken 1683–1983" in Münster, zwei Ausstellungen, die allerdings zwischen „Türkengreuel" und „Türkenbeute" schwankten, also mehr die politische Historie als die Kultur im Blickfeld hatten.

Im selben Jahr war auch in Istanbul die große Europarat-Ausstellung „Die anatolische Zivilisation" zu sehen. Dieser Querschnitt von der prähistorischen Zeit bis ins 20. Jahrhundert wollte nicht zuletzt eine ungebrochene kulturelle Kontinuität auf dem Gebiet der heutigen Türkei belegen. Die Frankfurter Auswahl gibt sich demgegenüber bescheidener. Sie beschränkt sich auf die Zeit von der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen 1453 bis zur Schwelle der Gegenwart.

Auch ist ihr jeder „Kunst-Nationalismus" fremd. Eher betont sie die sehr unterschiedlichen Einflüsse; denn das Osmanische Reich bildete einen Kreuzungspunkt der Handelswege von Ostasien nach Europa. So sieht man hier eine chinesische Porzellanschale der Jiaqing-Periode (1796–1820), die in Istanbul mit Goldauflagen und Edelsteinen verziert wurde. Oder man begegnet Mehmed II., dem Eroberer (Konstantinopels), in einem Porträt von Gentile Bellini, den der Sultan sich – wie auch andere italienische Künstler – 1479 an seinen Hof geholt hatte.

Obwohl nach Sachgruppen gegliedert – Keramik, Kleidung, Münzen, Goldschmiedekunst, Holzarbeiten, Glas, Elfenbein, Rüstung und Waffen – vermischen sich die Bereiche immer wieder, nicht zuletzt weil die Teppiche und die Graphiken westeuropäischer Künstler zu türkischen Themen an den Wänden die einzelnen Ensembles rahmen. Nur der Kalligraphie und der Buchkunst wurde eine etwas abgelegene Ecke des Museums zugewiesen, da die empfindlichen Manuskripte nur gedämpftes Licht vertragen. Allein diese Abteilung lohnt schon einen Besuch.

Dem Zauber der Miniaturen mit ihrer teppichartigen Flächenhaftigkeit kann man sich nur schwer entziehen. Aber auch die reinen Schriftseiten bestechen durch die Schönheit der ausgewogenen Textblöcke, auch wenn man die Schrift nicht lesen kann. Und das fällt bei manchen Kalligraphien selbst den Fachleuten schwer. So sind der Namen des Herrschers, der am Anfang von Dokumenten mit einem Segenswunsch zu einer raffiniert stilisierten, fischblasenartigen Form, der Tughra, zusammengezogen wurde, oft genausowenig zu entziffern wie die ornamentalen Schriftzüge auf Fliesen.

Die Ausstellung ist eine Einladung in einen Kulturkreis, der uns, obwohl so nah, noch viel zu fern ist. (Bis 30. Juni; Essen: 7. Aug. bis 27. Okt.; Katalog 38 Mark; im Buchhandel, Verlag Aurel Bongers, 48 Mark)

PETER DITTMAR

Unter deutscher Leitung in den Weltraum

dpa, Bonn

Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) hat gestern in Bonn die beiden deutschen Wissenschaftsastronauten, die Physiker Reinhard Furrer (44) und Ernst Messerschmid (40), vorgestellt, die am 14. Oktober zu einem Raumfahrtunternehmen mit dem Weltraumlabor Spacelab unter rein deutscher Leitung starten werden. Neben dem fünfköpfigen amerikanischen Flugteam ist als dritter Wissenschaftsastronaut der Holländer Wubbo Ockels (39) mit von der Partie, bei der über 70 wissenschaftliche Experimente vorgenommen werden sollen.

Der Schwerpunkt der Versuche, die an Bord des Spacelab angestellt werden sollen, liegt bei der Nutzung der Schwerelosigkeit im Bereich der physikalischen Chemie, Verfahrenstechnik sowie bei der Herstellung von Legierungen. Hinzu kommen Experimente aus den Gebieten der Biologie und Medizin sowie der Navigation. Beteiligt sind neben europäischen und amerikanischen Wissenschaftlern vor allem rund 20 deutsche Forschungsinstitute, ferner mehrere Industrieunternehmen. Außerdem enthält das Arbeitsprogramm auch ein Experiment von zwei Teilnehmern des Wettbewerbs „Jugend forscht".

Riesenhuber nannte den für sieben Tage vorgesehenen Spacelab-Flug, der unter dem Begriff „D 1-Mission" läuft, den Einstieg in eine neue Epoche des europäischen Engagements in der Weltraumforschung. Er verwies auf den ersten erfolgreichen Spacelab-Flug mit dem deutschen Astronauten Ulf Merbold Ende 1983, der technisch ein Erfolg gewesen sei und bei dem sich das europäische Weltraumlabor als „raumtüchtig" erwiesen habe. Merbold wird diesmal vom Boden aus dabei sein, wenn im Nutzlastkontrollzentrum der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) in Oberpfaffenhofen das gesamte Datenmaterial vom D 1-Flug erfaßt wird, ohne daß es von der amerikanischen Raumfahrtbehörde Nasa zuvor „gefiltert" wird, wie Messerschmid versicherte.

Der Forschungsminister bewertete die D 1-Mission auch als einen ersten Schritt hin zu der geplanten europäischen Beteiligung an der von den USA für die neunziger Jahre vorgesehenen ständig bemannten Raumstation, wobei der europäische Beitrag „Columbus" unter deutscher Systemführerschaft steht. Die ständige Verfügbarkeit einer solchen Raumstation, die nach derzeitigem Stand etwa 1993/94 gestartet werden soll, werde ein wesentlich erweitertes Spektrum von Experimentier- und Nutzungsmöglichkeiten bieten. Riesenhuber sprach von einem „logischen Schritt" von Spacelab mit seinen Einzelflügen hin zu einer Dauerstation im All.

Ob es zuvor noch zu einem D 2-Flug ebenfalls unter deutscher Leitung kommen wird, ist nach Angaben des Ministers derzeit noch nicht entschieden. Keineswegs sei diese Mission aus der Planung gestrichen, doch stehe die Entscheidung über den Starttermin noch aus. Möglicherweise spielen hierbei auch Kostenfragen eine Rolle. Der D 1-Flug wird mit rund 400 Millionen Mark fast ausschließlich vom Forschungsministerium finanziert. Riesenhuber möchte jedoch erreichen, daß sich die Industrie mehr als bisher mit Experimenten und mit einer Übernahme von Kosten beteiligt. Dies sollte nach seiner Ansicht auch für die immensen Startgelder gelten, die sich beim D 1-Flug allein auf 170 Millionen Mark belaufen und der Nasa bezahlt werden müssen.

Zurückhaltend äußerte sich Riesenhuber auf Fragen zu einer möglichen deutschen Beteiligung an dem umstrittenen amerikanischen Forschungsprogramm über eine Raketenabwehr im Weltraum (SDI). „Wir sind in einem durchaus geordneten Entscheidungsprozeß", betonte der Minister.

Vor 50 Jahren starb Lawrence von Arabien bei einem Motorradunfall in England

Mit Säbel und Feder die eigene Legende geschaffen

Von SIEGFRIED HELM

Die Welt kennt ihn als Beduinen verkleidet, die Büchse auf dem Rücken, an der Spitze arabischer Wüstenfüchse, hoch auf dem Kamel sitzend. Peter O'Toole hat ihn in dem Filmepos „Lawrence von Arabien" als romantischen Krieger verklärt. Er hat mehr Biographen fasziniert als irgendein General beider Weltkriege. Vor 50 Jahren, am 19. Mai, starb T. E. Lawrence, einst der „Schrecken der Türken" genannt, einen gänzlich unheroischen Tod: bei einem Motorradunfall auf einer englischen Landstraße.

Hunderte von Bewunderern haben sich am Sonntag in der kleinen, 200 Kilomter südlich von London gelegenen Ortschaft Moreton versammelt, um seiner zu gedenken. Bei der Feier war sogar die Unglücksmaschine ausgestellt, auf der Lawrence umkam. Blumen und Kränze aus aller Welt waren eingetroffen, viele von anonymen Absendern. Oxford-Professor John Griffith bezeichnete in seiner Rede vor dem Grab Lawrence als „faszinierende, schwer faßbare und widersprüchliche Figur".

Widersprüchlich vor allem. So steht denn Thomas Edward Lawrence nur noch mit einem Bein auf dem Ruhmessockel der Geschichte. Das zweite hängt, reichlich komisch, in der Luft. Das haben Scharen von Schreibtischtätern zuwege gebracht, die seit Jahren an dem Ruhm dieses Tatmenschen sägten, der schon zu Lebzeiten eine Legende war und der mit seinem Bericht von der Wüstenfront einen Winston Churchill zu Tränen rührte.

T. E. Lawrence hat es seinen Biographen nicht leichtgemacht. Der uneheliche Sohn eines irischen Baronets, der in Oxford Archäologie studierte, früh die arabische Welt kennenlernte, so bei der Euphrat-Expedition der Britischen Museums, meldete sich bei Kriegsausbruch freiwillig nach Kairo und wurde 1916 zum „Architekten" der arabischen Revolte gegen die Ottomanen-Herrschaft. Er gewann das Vertrauen des Emirs Feisal,





Faszinierend und widersprüchlich zugleich: Thomas Edward Lawrence, in die Geschichte eingegangen als „Lawrence von Arabien" (links), und sein Verkörperer im Film, Peter O'Toole (rechts) FOTOS: DPA/UP

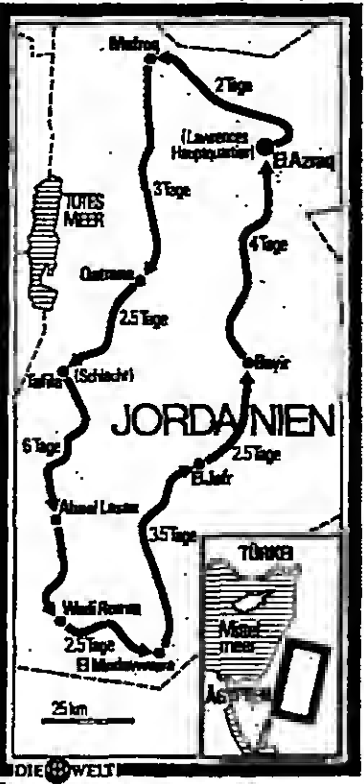
faßte arabische Stämme zu einer Streitmacht von 3000 Mann zusammen, mit der er einer 50 000 Mann starken Türkenarmee aufs Haupt schlug und siegreich in Damaskus einzog.

So lautet die ruhmverklärte Legende. T. E. Lawrence hat an ihrer Entstehung nicht nur mit Flinte und Krummsäbel, sondern auch mit der Feder mitgearbeitet. Sein Bewunderer G. B. Shaw bescheinigte ihm, „eines der wenigen großen Heldenbücher der Weltgeschichte" geschrieben zu haben. Seine „Sieben Säulen der Weisheit" wurden ein Grundtext für die Entstehung der arabischen Nationalstaaten im Nahen und Mittleren Osten. Man vereinnahmte T. E. Lawrence sogar als Wegbereiter einer Heimstatt der Juden in Palästina, ein Programm, das Lord Balfour 1917 verkündete.

T. E. Lawrence, der auf dem Kamel eine so gute Figur machte und wie ein Hollywood-Scheich aussah, war ein Meister der Verkleidung. Auch mit Worten. Sein Grundtext bedarf sorgfältiger Nachprüfung. Der jüngste Versuch erfolgte mit Kamelen.

Ein vierköpfiges Team der britischen Armee, vom Regiment „The Royal Green Jackets", reiste nach Jordanien, um seinen legendären Treck über tausend Wüstenkilometer zu wiederholen. Sie prüften Lawrence' eigenen „Reiseführer" mit den authentischen „Verkehrsmitteln" der Zeit nach und leisteten damit praktische Historikerarbeit. Hauptmann Charles Blackmore, Hauptmann James Bowden, Schütze Mark West und Militärmusiker Christopher Shelley kamen 29 Tage später mit wundgescheuertem Hinterteil, verlaust, gegerbt und mit neuen Einsichten zurück.

Die jordanische Armee stellte einen versierten Kameltreiber und



Überraschende Aufschlüsse: eine britische Expedition auf den Spuren Lawrence von Arabiens

einen Pfadfinder. Das Team brach von Aqaba auf und ritt östlich bis Almudawwara, wo noch heute die Trümmer eines zum Truppentransport eingesetzten Zuges zu sehen sind, den Lawrence in die Luft sprengte. Die britischen Soldaten kleideten sich wie Beduinen, aßen wie Beduinen und schliefen in den aus schwarzem Ziegenhaar gewebten Beduinenzelten.

Expeditionsleiter Bowden erklärte bei der Rückkehr: „Nachdem wir das Terrain gesehen und dort gelebt haben und geritten sind wie er, habe ich starke Zweifel an einigen seiner Behauptungen. Eine Anzahl seiner Heldentaten halten der Nachprüfung nicht stand."

Hatte Lawrence die fast hundert Kilometer lange Strecke Al Jahr-Bayir in einer Nacht in einem Gewaltritt von neun Stunden bewältigt, so benötigten die Grünjacken für die gleiche Strecke über steiniges Terrain zweieinhalb Tage. Lawrence, so meinen sie, müsse aufgeschnitten haben.

An anderer Stelle seines Buches beschreibt Lawrence eine Schlacht gegen die Türken bei Tafila. Für seine Taten bei diesem Schlagabtausch wurde er sogar mit einem Orden ausgezeichnet. Die Grünjacken verglichen seine Beschreibung mit den örtlichen Gegebenheiten und kamen zu dem Schluß: Lawrence kann nie dort gewesen sein. Hauptmann Bowden: „Eine exakte Prüfung von Terrain und Beschreibung beweist, daß er kein Augenzeuge der Schlacht gewesen sein kann."

Schon Oberst Richard Meinertzhagen, Geheimdienstchef des britischen Generals Allenby, sah in Lawrence einen Aufschneider, der in ständiger Angst lebte, entlarvt zu werden.

Man hat ihn als einen brillanten Guerillaführer gerühmt. Doch der amerikanische Psychiater Dr. John Mack diagnostizierte post festum bei Lawrence einen Mutterkomplex. Engländer, die ihm seine halbirische Herkunft nicht verzeihen können, sehen den Konflikt zwischen Wahrheit und Dichtung bei ihm als Bekundung der irischen Neigung zu einer blühenden Phantasie.

Lawrence' berühmte Beschreibung der Szene, wie er mit sicherem Instinkt unter den arabischen Edlen den zur Führung am besten geeigneten herausfand, konnte inzwischen als Erfindung entlarvt werden: „In einen schwarzen Türrahmen eingefaßt, stand dort eine weiße Gestalt und erwartete mich gespannt. Ich spürte bei dem ersten Blick: Dies war der Mann, den zu finden ich nach Arabien gekommen war – der Führer, der die arabische Revolte zu voller Glorie bringen werde..."

Französische Geheimdienstberichte, die im Château de Vincennes bei Paris gefunden wurden, machen klar: Lawrence und Feisal kannten sich schon seit Jahren und hatten die Revolte der Araber gegen die Türken offenbar schon lange vor ihrem Ausbruch ausgeheckt. Die vier Grünjacken machten jedoch noch eine ganz unerwartete Entdeckung: Sie verfielen dem Zauber der Wüste. Blackmore berichtete fasziniert: „Hat man dieses Land gesehen und wie wir dort gelebt, dann kann man über den romantischen Zauber und das rätselhafte Charisma des Mannes nur ins Staunen geraten.

Er war kein Scharlatan, wie von einigen Historikern behauptet wird. Er hat einen Mythos geschaffen und sich durch Übertreibung und Ausschmücken selbst glorifiziert." (SAD)

Bier-Professor beging Selbstmord

dpa, München

Der umstrittene Bier-Professor Helmut Kieninger, der in den bayerischen Bierpanscher-Skandal verstrickt war, hat sich in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim das Leben genommen. Nach Angaben der Polizei schnitt er sich mit einer Rasierklinge die Pulsadern auf. Kieninger war seit dem 1. Mai in Untersuchungshaft. Gegen ihn ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen Verstoßes gegen das Chemikalien- und Lebensmittelgesetz. Als Berater von Brauereien soll er Braustätten die Verwendung von Mono-Brom-Essigsäure zur Haltbarmachung des Bieres geraten und gegen Honorar beschafft haben. Mitte April war Kieninger als Extra-Ordinarius an der Technischen Universität Weihenstephan in den Ruhestand versetzt worden.

Dollarblüten in Düsseldorf

AP, Wiesbaden

Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) und der Düsseldorfer Kriminalpolizei haben in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt einen Schweizer Geschäftsmann sowie fünf weitere Personen festgenommen und eine Million falsche 100-Dollar-Noten sichergestellt. Wie das BKA gestern in Wiesbaden mitteilte, erfolgte der Zugriff bereits in der vergangenen Woche. In der Wohnung des 47jährigen Schweizers im Kanton Aargau habe die Polizei inzwischen weiteres Falschgeld mit einem Nennwert von 1,5 Millionen Dollar gefunden. Gegen alle sechs Beschuldigten wurde Haftbefehl erlassen.

Streik ohne Wirkung

AP, London

Trotz eines gerichtlichen Verbots trat gestern ein Teil der Belegschaft der Londoner U-Bahn-Betriebe in den unbefristeten Streik, um die Abschaffung des Zugführers auf einem Teil der Strecke zu verhindern. Der Ausstand führte jedoch nach Angaben der Verkehrsbetriebe lediglich zum Ausfall von einem Drittel der Züge. Busse und Bahnen fuhren nach Plan. Ein befürchtetes Verkehrschaos blieb aus.

Tod auf der Bühne

dpa, Hamburg

Der Hamburger Entertainer und Volkssänger Hein Timm ist am Sonntag im Alter von 76 Jahren während einer Veranstaltung in Norderstedt bei Hamburg gestorben, wie gestern



bekannt wurde. Er war seit vielen Jahren einem Millionenpublikum durch seine Lieder und Conferencen bekannt. Das Foto zeigt ihn wenige Minuten vor seinem Tod.

Erdbeben in Nordchile

dpa, Santiago de Chile

Der Norden Chiles ist am Sonntag von einem Erdbeben erschüttert worden. Nach Angaben des Seismologischen Instituts der Universität in Santiago wurde die Stärke mit 5,0 auf der Richter-Skala gemessen. Das Epizentrum habe 200 Kilometer nordöstlich von Santiago gelegen, hieß es. Angaben über Personen- und Sachschäden lagen nicht vor.

Mehr Sicherheit

dpa, Madrid

Der Verband spanischer Fluglotsen, in dem rund 70 Prozent der 940 Lotsen Mitglied sind, hat gestern in Madrid für den 3. und 4. Juni einen 48stündigen Streik angekündigt. Der Streik richtet sich gegen die Haltung der spanischen Behörden, die wiederholte Kritik der Fluglotsen an Mängeln in der technischen Ausrüstung ignoriert hätten. Diese Mängel gefährdeten die Flugsicherheit.

Vulkan ausgebrochen

dpa, Jakarta

In Nord-Sulawesi (Insel Celebes) ist am Sonntag abend der 1700 Meter hohe Vulkan Soputan ausgebrochen. In der indonesischen Hauptstadt Jakarta lagen bisher keine Berichte über etwaige Opfer oder Schäden vor. Nach offiziellen Angaben von gestern begannen die Eruptionen um 18.15 Uhr Ortszeit. Nach donnerndem Getöse stiegen über der Bergspitze hohe Flammen empor. Es war der zweite Ausbruch des Vulkans in knapp einem Jahr.

ZU GUTER LETZT

„Ein arbeitsloser italienischer Gastarbeiter in Frankreich hat um politisches Asyl in der UdSSR nachgesucht. Der 46jährige Lastwagenfahrer Michel Paradiso hofft auf eine Verbesserung seiner finanziellen Notlage", meldet die Nachrichtenagentur AFP.

LEUTE HEUTE

Erwacht

Die Schauspielerin **Chantal Nobel**, seit der TV-Serie „Chateauvallon" Star Nummer eins in Frankreich, ist drei Wochen nach ihrem Autounfall mit **Sacha Distel** aus ihrer Ohnmacht erwacht. Sie kann zwar noch nicht sprechen, aber doch die Augen auf- und zumachen und eine Hand leicht drücken. Ihre Fans sind erleichtert.

Verpackt

Nach Berlin und Hamburg zeigt Verpackungskünstler **Christo** seine „Surronded Islands" in der Fondation Maeght in Südfrankreich. In Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten der Kunstszene, darunter des Berliner Kultursenators **Volker Hassemer**, wurde die Ausstellung mit Christo-Collagen, Zeichnungen und Dokumenten über sein Verpackungswerk in der Biscayne Bay in Florida in Saint-Paul eröffnet.

WETTER: Gewitterneigung

Wetterlage: Während in die Gebiete nordöstlich der Elbe trockene Festlandsluft gelangt, bleibt im übrigen Deutschland weiterhin feuchte und wolkenreiche Luft aus dem Mittelmeerraum wetterbestimmend.



Vorhersage für Dienstag:
Im Nordosten noch sonnig und trocken. Höchsttemperaturen dort 22 bis 25 Grad, Tiefstwerte um 7 Grad. Im übrigen Deutschland teils locker, teils stark bewölkt und einzelne Schauer oder Gewitter, vornehmlich im Süden und im Westen. Temperaturen nachmittags 17 bis 22 Grad, nachts um 12 Grad. Von Gewitterböen abgesehen schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Weiterhin mäßig-warm und Gewitterneigung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	32°
Bonn	17°	Kopenh.	16°
Dresden	21°	Las Palmas	19°
Essen	14°	London	14°
Frankfurt	18°	Madrid	17°
Hamburg	19°	Mailand	15°
List/Sylt	17°	Mallorca	19°
München	14°	Moskau	12°
Stuttgart	18°	Nizza	15°
Algier	20°	Oslo	18°
Amsterdam	17°	Paris	15°
Athen	27°	Prag	18°
Barcelona	17°	Rom	20°
Brüssel	16°	Stockholm	14°
Budapest	20°	Tel Aviv	30°
Bukarest	19°	Tunis	23°
Helsinki	14°	Wien	17°
Istanbul	21°	Zürich	19°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 5.22 Uhr, Untergang: 21.16 Uhr; **Mondaufgang**: 6.34 Uhr, Untergang: –.– Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Für die Moslems beginnt die Zeit des Fastens

AP, Mekka

Für 800 Millionen Moslems in aller Welt – von Bauern im Süden der Philippinen bis zu Nomaden in der westlichen Sahara – begann (durch die Zeitverschiebung bedingt) am Sonntag oder gestern, zum Teil auch heute, der heilige Monat Ramadan, die Zeit des Gebets und des Fastens. Der Beginn des Ramadan hängt jeweils davon ab, wann die örtlichen Geistlichen die Sichel des Neumondes erblicken. Bis zum Sichtbarwerden des nächsten Neumondes in etwa 29 Tagen müssen die gläubigen Moslems in der Zeit zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang auf das Essen, Trinken, Rauchen und auf Sex verzichten.

Ähnlich den Christen, die ihre Kirchenbesuche oft auf hohe Feiertage wie Ostern oder andere wichtige Kirchenfeiertage beschränken, machen zahlreiche Moslems, die sich ansonsten nicht streng an die Riten ihrer Religion halten, an Ramadan eine Ausnahme und verzichten auf Nahrung, beten fünfmal täglich und spenden für die Armen. In der gesamten islamischen Welt öffnen während des Ramadans die Büros spät und schließen früh, beschränken zahlreiche Restaurants den Verkauf von Alkohol und verlangsamt sich der Lebensrhythmus allgemein.

Nach Sonnenuntergang wird das Fasten durch reichliche Tafelfreuden beendet, und die Partys dauern oft bis kurz vor dem nächsten Sonnenaufgang. Nach Schätzungen des ägyptischen Verkehrsministeriums erhöht sich allein in Ägypten der Lebensmittelverbrauch während des Fastenmonats um 30 bis 50 Prozent. Die ägyptischen Metzgereien sind während des Ramadans an sieben Tagen in der Woche geöffnet statt der üblichen drei.

Überschattet wird der Ramadan, die Zeit, in der auf Haßgefühle und Feindseligkeiten verzichtet werden soll, in diesem Jahr von dem iranisch-irakischen Krieg. Irak kündigte am Vorabend des Fastenmonats seine Bereitschaft zur Einhaltung einer Waffenruhe unter der Voraussetzung an, daß Iran seinem Beispiel folge. Aus Teheran lag bis jetzt jedoch noch keine Antwort vor.

„Keiner zieht in einer Höhe von 3000 die Reißleine"

Wie konnte es zum Absturz Hermann Schriddes kommen?

HORST BIALLO, Amphing

Nach dem Absturz der Cessna „206-D-EFLN", bei dem am Samstag in der Nähe von Meißendorf (Landkreis Celle) der Bundestrainer und ehemalige Olympiasieger Hermann Schridde (47) ums Leben kam, erhebt sich die Frage: Wie konnte sich während der Vorbereitung von vier Fallschirmspringern zum Sprung einer der Schirme bereits an der Ausstiegsluke öffnen und in der Folge das Höhenleitwerk der Maschine so stark beschädigen, daß diese abstürzte.

Johannes Graile (30), Ausbildungsleiter beim Fallschirm-Sportclub Colibri e. V. in Amphing, aus dem schon mehrfach deutsche Meister im Formationsspringen hervorgegangen sind, erläuterte gestern der WELT: Ein Ziehen der Reißleine in dieser Situation sei „mehr als unwahrscheinlich". In eine Höhe von 3000 Metern werden nämlich von jeder Sprungschule nur Profis mitgenommen. Die Sportler steigen nämlich gerade deshalb so hoch, damit sie in den Genuß des Fliegens mit ungeöffnetem Fallschirm kommen. Dies ist schließlich der Sinn des Ganzen.

Erst bei einer Höhe von zirka 800 Metern ziehen die Springer dann die Reißleine, öffnen den Fallschirm und verringern auf diese Weise das Flugtempo von zirka 180 auf 20 Stundenkilometer, der Landegeschwindigkeit. Ein Öffnen unmittelbar am Flugzeug in 3000 Meter Höhe wäre also widersinnig. „Jeder, der auch nur einmal zum Sprung zugelassen wird, erklärt Graile, weiß wie gefährlich so etwas wäre."

Die vier Springer in Schriddes Maschine hatten vermutlich beabsichtigt, eine Formation zu springen. Das bedeutet: Sie springen zu gleichen Zeiten in die Tiefe, um im freien Fall Figuren am Himmel auszuführen. Für einen solchen Formationssprung ist es notwendig, daß die Sportler nacheinander aus der Maschine klettern, sich auf dem Absprungbrett versammeln und dann nach einem Kommando zur gleichen Zeit in die Tiefe springen. In dieser etwas kritischen Phase kann es – was sehr selten passiert – zu einer unbeabsichtigten Öffnung des Fallschirms kommen. Der betreffende Springer bleibt entweder mit der Leine des Hilfsfallschirms irgendwo hängen oder einer der Kollegen zieht ihm, ohne es zu merken, in der Enge den Hilfsfallschirm heraus.

Wie ist so etwas möglich? Die meisten Profis in Deutschland benutzen das System „Handdeploy". Dabei ist ein kleiner Hilfsfallschirm am Fuß des Springers oder am Bauchgurt befestigt. Eine offenliegende Leine verbindet den kleinen mit dem großen Hauptschirm. Der Fahrtwind bläst den Hilfsfallschirm auf, dadurch zieht er den Hauptschirm aus dem Paket heraus. Wenn der Springer Probleme hat, muß er den Hauptschirm abtrennen und sich auf den Notfallschirm verlassen.

„Vielleicht hätte auch Hermann Schridde eine Chance gehabt. Aber er hatte keinen Fallschirm mit", meint Graile, „bei uns ist das üblich".



Hermann Schridde galt als erfahrener und reaktionsstarker Flieger. FOTO: DPA

Harte Strafen für Pekings Fußballfans

SAD, Peking

Nun muß auch die Volksrepublik China mit dem Ruf leben, Fußballrowdys zu haben. Nach einem WM-Qualifikationsspiel im Pekinger Arbeiter-Stadion, das die Chinesen vor 80 000 Zuschauern mit 2:1 gegen Hongkong verloren, war es in angrenzenden Stadtteilen zu schweren Ausschreitungen gekommen. Mindestens acht Busse wurden demoliert, ein jugoslawischer Diplomat und zwei Auslandskorrespondenten wurden tätlich angegriffen. Die Mannschaft von Hongkong mußte sich eine Stunde lang im Umkleideraum vor einer wütenden Menge verstecken.

Die Pekinger Stadtregierung verurteilte gestern auf einer Sondersitzung diese für China bisher einmaligen Ausschreitungen bei einem Fußballspiel als eine „Schandtat, die die Bevölkerung der Hauptstadt und das chinesische Volk in Mißkredit gebracht und die Würde unseres Landes verletzt hat". Die Behörde für öffentliche Sicherheit kündigte nach einem Bericht der „Beijing Ribao" eine strenge Untersuchung der beispiellosen Vorgänge und harte Bestrafung der Beteiligten an.

Auf dem Weg aus dem Stadion sah ich, wie das Auto der „Times"-Korrespondentin Mary Lee demoliert wurde. Der Reporter der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass, der seine kleine Tochter im Auto hatte, konnte zusammen mit dem britischen Reuter-Kollegen entkommen. Zwei Fenster des Autos wurden mit Backsteinen eingeschlagen. Reuter-Korrespondent Anthony Barker berichtete später, was ihm die jugendlichen Randalierer zuriefen: „Wer ist besser, China oder Hongkong? Wenn Du falsch antwortest, bringen wir Dich um..."

Die Volksrepublik China und Hongkong lagen vor dem Spiel in ihrer Asien-Gruppe punktgleich vorn. China hätte wegen des besseren Torverhältnisses ein Unentschieden zur Qualifikation für die WM 1986 genügt. Als Hongkong jedoch in der 61. Minute 2:1 in Führung ging, brach die Hölle los. Für die 80 000 Zuschauer war die sich abzeichnende Niederlage eine maßlose Enttäuschung.

Seite 2: Tränen in Peking